

# **NACH DEM SCHLACHTENLÄRM**

100 Jahre Großregion Saar-Lor-Lux

# **APRÈS LE VACARME DES BATAILLES**

Les 100 ans de la Grande Région Saar-Lox-Lux



**NACH DEM SCHLACHTENLÄRM**  
100 Jahre Großregion Saar-Lor-Lux





[www.marx-engels-stiftung.de](http://www.marx-engels-stiftung.de)



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**  
REGIONALBÜRO  
RHEINLAND-PFALZ



**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**  
REGIONALBÜRO SAARBRÜCKEN

**PETER IMANDT GESELLSCHAFT E.V.**  
VEREIN FÜR POLITISCHE BILDUNG UND KULTUR IM SAARLAND

## **Nach dem Schlachtenlärm**

© Blattlausverlag, 2018

Redaktion: Patric Bies

### **Herausgeber:**

Peter-Imandt-Gesellschaft /

Rosa-Luxemburg-Stiftung Saar

Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz

### **Verlag und Druck:**

Blattlaus GmbH

Ludwigstraße 29

66115 Saarbrüwcken

**ISBN: 978-3-945996-17-1**

**Preis: 26,50 Euro**







## **INHALT**

Salvador Oberhaus <b>Vorwort</b> .....	9
Michael Quetting <b>„Die Folgen des Krieges in der Großregion“</b> .....	13
Annie Lacroix-Riz <b>Die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zwischen 1918 und 1923</b> .....	19
Herwig Lerouge <b>Die „Flamenpolitik“ während des Ersten Weltkriegs – eine Konstante in der deutschen Geopolitik</b> .....	37
Ali Ruckert <b>Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung Luxemburgs</b> .....	55
Hubert Kesternich <b>Der Stahlbaron Hermann Röchling – Profiteur von Krieg und Nachkrieg in der Großregion</b> .....	77
Jean-Francois Lassagne <b>„Von Deutschland aus weht der Wind der Revolution über die Region“</b> .....	91
Laurent Erbs <b>Die Überwachung der Kommunisten im Département Moselle seit 1918</b> .....	111
Rainer Dörrenbecher <b>Auswirkungen und Folgen im Saargebiet – einige Gesichtspunkte</b> .....	127
<b>Die Autor_innen</b> .....	260

## **LE SOMMAIRE**

Salvador Oberhaus <b>Préface</b> .....	139
Michael Quetting <b>Les conséquences de la guerre dans la grande région</b> .....	143
Annie Lacroix-Riz <b>Les relations économique et diplomatique entre la France et l'Allemagne 1918 - 1923</b> .....	149
Herwig Lerouge <b>La „Flamenpolitik“ pendant da Première Guerre Mondiale. Une continuité dans la géopolitique allemande</b> .....	165
Ali Ruckert <b>Conséquences sur le développement du mouvement des travailleurs du Luxembourg</b> .....	181
Hubert Kesternich <b>Le baron de l'acier Hermann Röchling - Profiteur de la guerre et de l'entre-deux guerres dans la Grande-Région</b> .....	203
Jean-Francois Lassagne <b>Venu d'Allemagne, un air de révolution souffle sur la région</b> .....	217
Laurent Erbs <b>Contrôles antirévolutionnaires après 1918. Le recensement des communistes allemands dans le département de la Moselle</b> .....	235
Rainer Dörrenbecher <b>Effets et conséquences dans la région de la Sarre – quelques points importants</b> .....	249
<b>Les auteurs</b> .....	260





Salvador Oberhaus:

## **VORWORT**

Seit Christopher Clarks *Schlafwandler* und dem einhundertjährigen Jubiläum des Beginns des Ersten Weltkrieges ist wieder ein stärkeres öffentliches Interesse an der Geschichte dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ zu konstatieren. Die Debatten werden insbesondere von Kontroversen über Europas Weg in den Krieg dominiert. Dabei richtet sich mit Blick auf die *Julikrise* der Fokus in erster Linie auf die Haupt- und Staatsaktionen der verantwortlichen Politiker und Militärs.<sup>1</sup> Ein solcher Zugang ist insofern problematisch, als dass er dazu verleiten kann, Auslöser und Ursachen für den Krieg in eins zu setzen und langfristige politische und gesellschaftliche Entwicklungen, die einen Krieg begünstigten, auszublenden. Zur Relevanz sozioökonomischer Prozesse in der Vorkriegszeit etwa wurden in den letzten Jahren kaum weiterführenden Studien vorgelegt. Ähnliches gilt für die vielfältigen gravierenden Auswirkungen des Krieges auf das politische, kulturelle und nicht zuletzt auf das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen.

Dass es sich lohnt bereits vor den anstehenden Jahrestagen zu Revolutionen und Kriegsende in Europa einen Blick auf die epochalen Folgen des Weltkrieges zu werfen, dokumentiert die vorliegende Essaysammlung. Die hier veröffentlichten wissenschaftlichen und erinnerungspolitischen Artikel bildeten die Diskussionsgrundlage für die Tagung *Nach dem Schlachtenlärm – 100 Jahre Großregion Saar-Lox-Lux*, welche die Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland Pfalz in Kooperation mit der Marx-Engels-Stiftung im November 2014 in Saarbrücken veranstaltete.<sup>2</sup>

Die industriell geprägte Großregion Saar-Lothringen-Luxemburg-Wallonien eignet sich beispielhaft, um unterschiedliche Aspekte imperialistischer Nachkriegspolitik und sozio-ökonomischer Auseinandersetzungen, aber auch nationaler Identitätspolitik im revolutionären Transformationsprozess seit 1918 in regionalgeschichtlicher Perspektive, zu untersuchen.

---

1 Ein Zwischenfazit dieser Debatte ziehen die Beiträge von Wolfgang Kruse, Jürgen Angelow und Salvador Oberhaus in: WEIPERT, Axel/ OBERHAUS, Salvador/ NAKATH, Detlef/ HÜTTNER, Bernd (Hrsg.): *Maschine zur Brutalisierung der Welt? Der Erste Weltkrieg - Deutungen und Haltungen 1914 bis heute*, Münster 2017.

2 Die Konferenz fand statt am Samstag, den 15. November 2014, von 10-17 Uhr; Tagungsort: Futterstraße 19, 66111 Saarbrücken.

Im deutsch-französisch-belgisch-luxemburgischen Vergleich widmen sich die Beiträge in zwei Schwerpunkten den politischen und sozialen Kämpfen, um eine demokratische und sozialistische Nachkriegsordnung in der Region. Gefragt wird nach den Auswirkungen des Krieges auf die sich ausdifferenzierende Arbeiterbewegung und deren Handlungsspielräume als zentrale Akteurin der gesellschaftlichen Erneuerung jener Zeit.<sup>3</sup>

Herwig Lerouge, Ali Ruckert, Jean-François Lassagne, Rainer Dörrenbecher und Laurent Erbs befassen sich in ihren Beiträgen mit ausgewählten Fragen zu Revolution, Konterrevolution und Nationalitätenpolitik in den Nachkriegsgesellschaften. Annie Lacroix-Riz und Hubert Kesternich skizzierten in ihren Beiträgen unter besonderer Berücksichtigung der *Saarfrage* die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Handlungsoptionen der Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der deutsch-französischen Beziehungen.

Den interessierten LeserInnen wird nicht entgehen, dass der Erste Weltkrieg und die damals gescheiterten sozialistischen Revolutionen noch heute von brennender Aktualität für Identitätsbildungen in der politischen Linken sind. Die Auswirkungen der durch diesen Krieg eintretenden Ereignisse sind aber auch weit darüber hinaus bis in die Gegenwart spürbar und beeinflussen ungebrochen das Leben der Menschen in dieser Großregion.

---

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch: HÜTTNER, Bernd (Hrsg.): *Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg* (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte, Neue Folge, Band 14), Berlin 2015.





Michael Quetting:

## **DIE FOLGEN DES KRIEGES IN DER GROSSREGION**

Einhundert Jahre Erster Weltkrieg. 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges wird weiter über dessen Ursachen diskutiert. Für den russischen Revolutionär Lenin ergab sich aus seiner Imperialismustheorie, dass der Krieg nicht durch den bösen Willen der kapitalistischen Räuber entstanden war: „Der Krieg sei durch die Entwicklung des Weltkapitals, durch dessen milliardenfache Fäden und Verbindungen hervorgerufen worden.“<sup>1</sup>

Der Weltkrieg war die Fortsetzung jahrzehntelangen erbitterten Ringens zwischen den imperialistischen Staaten. Diese Auseinandersetzung hatte durch die ungleichmäßige ökonomische und politische Entwicklung des Kapitalismus ständig an Schärfe zugenommen. Die territoriale und ökonomische Aufteilung der Welt entsprach nicht mehr dem Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Staaten.

Mit dem Krieg sollte aber auch von den inneren Krisen abgelenkt werden. Die Menschen sollten nationalistisch verhetzt und in ihren revolutionären Kräften geschwächt werden. Zwei Militärblöcke standen sich gegenüber.

Daraus leitete die politische Linke die unversöhnliche Gegnerschaft gegen den imperialistischen Krieg ab, das heißt, gegen den Krieg zwischen Gruppen kapitalistischer Länder, der um die Teilung der kapitalistischen Beute geführt wurde.

So forderte der linke SPD Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht die Arbeiterbewegungen aller kriegführenden Länder auf, den Kampf jeweils gegen ihre eigene Bourgeoisie zu führen. Die Parole lautete: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

### **Und heute, hundert Jahre später?**

Die Entwicklungen in der Ukraine bringen Krieg und Bürgerkrieg wieder nach Europa und zeigen, dass Frieden und Kapitalismus nicht miteinander vereinbar sind. Diese und leider nicht nur diese Entwicklungen stellen auch heute eine Herausforderung für linke Organisationen dar.

---

<sup>1</sup> LENIN; W.I.: Werke (40 Bände, 2 Ergänzungsbände, Register, Vergleichendes Inhaltsverzeichnis), Berlin 1956–1972; Band 24, S. 51 f.

Oder betrachten wir die Lage in Syrien und im Irak. Da fordert Göring-Eckardt von den Grünen einen Bundeswehreininsatz. Ob mit oder ohne UNO-Mandat wäre ein solcher Bundeswehreininsatz abenteuerlich und falsch. So richtig es ist, dass sich die internationale Gemeinschaft endlich mit der Lage in Syrien und im Irak und dem IS-Terror befassen muss, so völlig an den Realitäten vorbei ist die Forderung, dies sogar noch mit Bodenkämpfen zu verbinden. Wer das fordert hat nicht die Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden im Kopf. Dieses verquerte Bild von Menschenrechtsinterventionismus ist lebensgefährlich. Ein wenig mehr Analyse könnte da Erkenntnis bringen.

Nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und nach den revolutionären Ereignissen am 9. November 1918 baten die Volksbeauftragten Karl Kautsky (SPD) als beigeordneter Staatssekretär in das Auswärtige Amt einzutreten, um zu prüfen, ob aus dem Aktenbestand des Amtes belastendes Material beiseite geschafft worden war. Kautsky hatte so Gelegenheit, Dokumente von erstrangiger Bedeutung für die Kriegsschuldfrage zu studieren. Er fasste seine Erkenntnisse aus dem Aktenmaterial in der Broschüre *Wie der Weltkrieg entstand* zusammen. Für Kautsky waren die Hauptkriegstreiber die österreichische gefolgt von der deutschen Monarchie. Für Lenin waren alle imperialistischen Regierungen, die in diesem Krieg verwickelt waren, „Räuberbanden“, so dass die Frage nach der Kriegsschuld für ihn sekundär war.

Wie man auch immer heute Kautsky oder Lenin bewerten will, angesichts von Waffenexporten und weltweiten Interventionen sollte überlegt werden, ob der „Hauptfeind“ nicht tatsächlich im eigenen Land steht!

Doch die Frage, mit der wir uns heute beschäftigen, ist aber ein wenig anders. Wir wollen weniger die Ursachen des Krieges beleuchten, sondern dessen Auswirkungen. *Nach dem Schlachtenlärm – 100 Jahre Großregion Saar-Lox-Lux* richtet den Fokus auf die vielfältigen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Konsequenzen des Krieges in der im Länderviereck gelegenen heutigen Großregion Saar-Lothringen-Luxemburg-Wallonien.

Diese Großregion eignet sich beispielhaft, um unterschiedliche Aspekte imperialistischer Nachkriegspolitik und sozio-ökonomischer Auseinandersetzungen im revolutionären Transformationsprozess seit 1918 zu untersuchen, so die Ansicht der Organisatoren.



Saarbrücken, Bergamt mit Trierer Straße

Und deren Auswirkungen sind auch für jene von uns von Interesse, die dafür kämpfen, dass dieses Land erhalten bleibt, die kämpfen gegen Schuldenbremse und den sozialen Ausverkauf und die für Demokratie und Selbstbestimmung eintreten. Um die aktuelle Identität der Saarländerinnen und Saarländer verstehen zu können, bedarf es der Beschäftigung mit der Geschichte.

Im Mittelpunkt dieser wissenschaftlichen Konferenz sollen Fragen stehen nach den Auswirkungen des Krieges auf die hiesigen Wirtschaftsstrukturen und die Arbeiterbewegung als der zentralen Akteurin der gesellschaftlichen Erneuerung vor hundert Jahren.

Am 9. November 1918 wurden auch die Menschen von Saarbrücken, damals die größte Stadt des Regierungsbezirks Trier, vom Geist der revolutionären Bewegung erfasst. Ein



Arbeiter- und ein Soldatenrat bildeten sich. Am gleichen Tag wählten etwa 2 000 Neunkirchner einen ebensolchen Rat ebensolche Räte und demonstrierten durch die Hüttenstadt. Am 11. November 1918 erfolgte der Waffenstillstand. Und nun nach dem imperialistischen Raubkrieg folgte der imperialistische Raubfrieden. Ein neues Kräfteverhältnis sollte möglichst lange festgeschrieben werden. Zudem hatte im östlich von Deutschland gelegenen Russland eine Revolution stattgefunden. Es sollte verhindert werden, dass so etwas auch in Deutschland möglich wäre. Deswegen wurden diesem Staat auch ein paar militärische Mittel bewilligt: 100 000 Mann reichten für eine Bürgerkriegsarmee. Ansonsten forderten die Sieger von Deutschland natürlich finanzielle Wiedergutmachung und auch Gebietsgewinne. So waren die Einbußen des deutschen Monopolkapitals beachtlich: ein Achtel des Territoriums ohne Berücksichtigung der Kolonien. Besonders traf es die deutsche Schwerindustrie. Mit dem 1871 annektierten Elsass-Lothringen, das wieder zu Frankreich gelangte, und mit den reichen Rohstoffvorkommen und Industrieanlagen von Ostoberschlesien, das dem polnischen Staat einverleibt wurde, gingen 75% der Eisenerz- und 20% der Steinkohleförderung sowie 26% der Roheisenproduktion und 30% der Stahl- und Walzwerkerzeugung verloren.

Auch das sogenannte *Saargebiet*, 1918 wusste man gar nicht, wie man das Gebiet hier nennen sollte, wurde dem deutschen Imperialismus von den Siegern entrissen. Es wurde ein besonderes Gebilde und dem Völkerbund unterstellt. Dieser Landraub entsprach dem Wunsch der französischen Bourgeoisie, welche die hochwertige Kohle des Saarreviers als Erzbasis für Frankreich benötigte. Immerhin wurden im Kriegsjahr 1913 von den saarländischen Bergleuten 13 216 300 Tonnen Kohle gefördert.

Aber neben den französischen Interessen gab es auch englische Forderungen, wobei am 10. April 1919 ein Kompromiss gefunden wurde. Und der hieß, vorläufig und erst einmal nur für 15 Jahre, kann die Saar ausgebeutet werden. So wurde dieses Land von der imperialistischen Diplomatie geschaffen. Im Versailler Vertrag stehen längere Passagen, welche die Grenzen dieses Territoriums, in den einstigen Teilen des preußischen Regierungsbezirks Trier und der bayerischen Pfalz, bestimmen. Die Sieger fanden einerseits ein industriell hochentwickeltes Gebiet vor, das andererseits ganz eng verbunden war mit ärmlichsten Landstrichen. Das Gebiet war wirtschaftlich verbunden gewesen mit dem rheinisch-westfälischen

Industriezentrum und auch mit dem lothringischen Erz- und Hüttenrevier. Die Bevölkerung bestand aus einer eigentümlichen Mischung zwischen industriellem Proletariat und Kleinbauerwesen. Es gab 44.000 landwirtschaftliche Betriebe. Jeder zehnte Arbeiter war Nebenerwerbsbauer. So gaben 22 800 von den rund 70 000 Bergarbeitern an, Hauseigentümer zu sein und über 12 000 von ihnen bezeichneten sich auch als Landeigentümer. Im Jahr 1929 besaß die Belegschaft 10 462 Rinder, 17 522 Ziegen, die sogenannten „Bergmannskühe“ und auch 10 421 Schweine. Festzustellen ist, dass es hier im *Saargebiet* viele Halbproletarier gab, die überwiegend katholisch waren, was so, da stark unter dem Einfluss der katholischen Kirche stehend, die Entwicklung des Klassenkampfes erschwerte.

In dieses Gebiet marschierten am 22. November 1918 die französischen Truppen ein. Gleich galt es die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Die bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte wurden aufgelöst. Die alten Eigentumsverhältnisse wurden wiederhergestellt. Auch der Großindustrielle Hermann Röchling, der sich direkt an die Organe der französischen Besatzungsmacht wandte, konnte so den Arbeiter- und Soldatenrat von Völklingen davonjagen lassen.

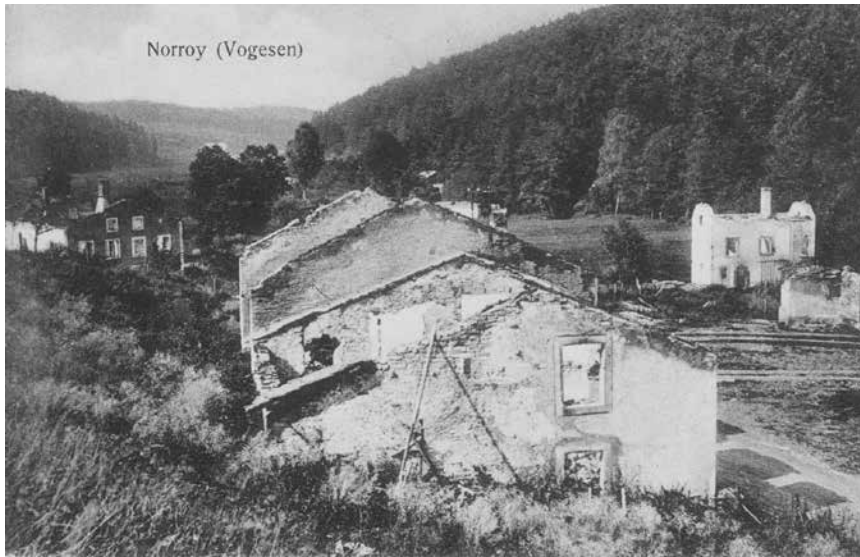
*Schlachtenlärm* kündigte sich auch im Zusammenhang mit den erwähnten 15 Jahren an. Im Saargebiet kam es nämlich zur einzigen „Einheitsfront“ im Kampf gegen den Hitler-Faschismus, der hier nur zehn statt der üblichen deutschen zwölf Jahre dauerte.

Nach dem *Schlachtenlärm* ist auch vor dem *Schlachtenlärm*. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind inzwischen rund 75 Jahre vergangen. Wie präsentiert sich unsere Gesellschaft heute:

## **Wieder vor dem Schlachtenlärm?**

Die vorliegende Publikation will dazu beitragen, Hintergründe und Ursachen von Schlachten und deren Lärm verstehen zu können. Allerdings genügt uns das nicht. Wir wollen, wir müssen handeln. Deswegen ist der Satz von Karl Liebknecht, „Steht der Hauptfeind im eigenen Land?“, nicht nur rein akademisch zu betrachten, sondern er hätte es verdient, auch noch nach 100 Jahren, vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse diskutiert zu werden.

***Glückauf!***



Schlachtfeld in den Vogesen



Trümmer in Longwy

Annie Lacroix-Riz:

## **DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN 1918-1923: VON DER POLITIK DER HÄRTE ZUR ERSTEN ENTSPANNUNG**

### **Vom Prinzip der Politik der Härte...**

Auf französischer Seite stand die unmittelbare Nachkriegszeit unter dem Vorzeichen der allgemeinen Tendenz des Imperialismus, der von Lenin im Jahr 1915 in der Broschüre mit dem Titel *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* als „Teilung und Neuaufteilung der Welt“ zwischen verbündeten und miteinander rivalisierenden Imperialismen beschrieben wurde<sup>1</sup>.

Das französische Finanzkapital zeigte damals seinen Willen, das Deutsche Reich als wichtigen Produktionsstandort in Europa abzulösen, insbesondere in der Schwerindustrie und der chemischen Industrie. Die Interessenverbände der Hütten und Kohlengruben<sup>2</sup> hatten bereits im Herbst 1914 ein expansives Programm zu Lasten des künftigen Verlierers Deutschland vorbereitet und ab 1915 auch öffentlich vorgestellt. Dieses Programm schien weniger kühn und systematisch ausgelegt zu sein als seine deutsche Entsprechung, aber es ist vor allem weit weniger bekannt<sup>3</sup> als das Programm, das Fritz Fischer in seinem 1961 erschienenen, berühmten Werk *Der Griff nach der Weltmacht* dargestellt hat. Bis heute ist für den französischen Fall keine Entsprechung zu Fischers großem Werk erschienen, das 1970 ins Französische übersetzt wurde, das auf eine bis heute nicht erschöpfend geführte Debatte über die Kontinuität imperialistischer Politik fokussiert bleibt, und dies trotz der gegenteiligen kategorischen Einwände seiner Gegner in Frankreich, vor allem Georges-Henri Soutou, der sich an die Spitze dieses Kampfes gestellt hat und den imperialistischen Charakter des Ersten Weltkrieges und seiner wirtschaftlichen Zielsetzungen bestreitet. Die französischen Großkapitalisten, die, wie anderswo auch, Staat und Organisation der Kriegswirtschaft beherrschten, verfolgten jedoch das wesentliche Ziel, „zur wirtschaftlichen Expansion Frankreichs auf

---

1 Lénine, *L'impérialisme [...]. Essai de vulgarisation*, Paris, Le Temps des cerises, 2001, S. 172. Hervorhebungen in der Vorlage.

2 Frz.: *Comités des Forges et des Houillères*.

3 Georges-Henri Soutou, *L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale*, Paris, Fayard, 1989, der die Schärfe der Begehrlichkeiten der Imperialisten (einschließlich der deutschen) im Ersten Weltkrieg bestreitet.

den Weltmärkten beizutragen und bei [den Ententemächten] deutsche Produkte [zu] verban-  
nen.<sup>4</sup>. Gerade auf sie ging die Kriegsführung wie auch der harte Versailler Friedensvertrag  
und die damit zusammenhängenden Verträge zurück: Der Waffenstillstandsvertrag von 1918  
und seine Folgen verkörpern den Wunsch, an die Stelle der mächtigen deutschen Chemie-  
und Stahlindustrie zu treten.

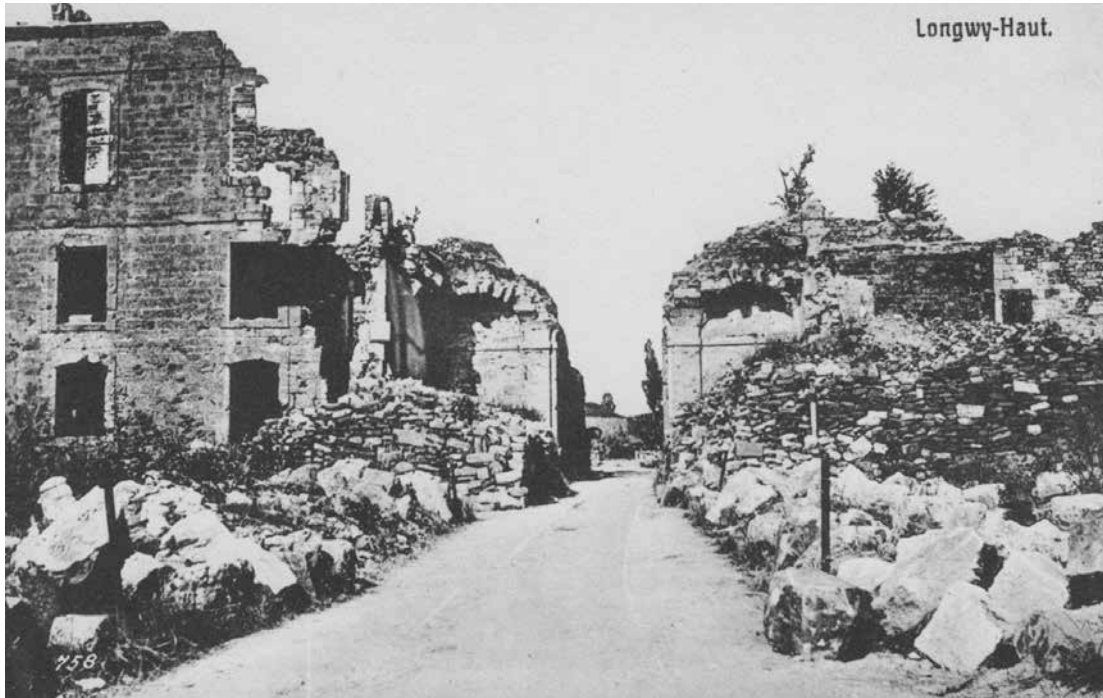
Der Vertrag, der die deutsche Niederlage festschrieb, war daher durch eine harte Position in  
Territorialfragen gekennzeichnet, die gegenüber dem Deutschen Reich direkt angewandt und  
auf den anderen Verlierer, das frühere Österreich-Ungarn, ausgedehnt wurde: Die Habsburg-  
monarchie, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts faktisch eine Verlängerung des  
Deutschen Reiches darstellte, war infolge ihrer wiederholten militärischen Niederlagen seit  
Beginn des Weltkrieges zu einem großen Zollverein verkommen, mit all den unausweichli-  
chen Folgeerscheinungen des Vorgängers, d.h. der totalen Absorption Österreich-Ungarns  
durch das Deutsche Reich. Dieses erlitt infolge des Versailler Vertrages den Verlust von  
Produktionsstandorten sowie Kohle- und Erzlagerstätten, die es im 18. und 19. Jahrhundert  
besiegten Staaten entrissen hatte (Polen bzw. Frankreich). Es handelte sich entweder um einen  
endgültigen (Departement Moselle, das wieder an Frankreich ging) oder vorübergehenden  
Gebietsverlust (Oberschlesien und Saarland) vor einem Plebiszit, das für das Jahr 1921 vorge-  
sehen war und in der ersten Region für die Siegermächte des Ersten Weltkrieges kaum hätte  
scheitern können, während das Ergebnis des auf das Jahr 1935 verschobenen Volksentschei-  
des an der Saar von vorneherein unsicher war. Deutschland wurden Abrüstungsmaßnahmen  
und Produktionsverbote auferlegt, die die deutsche Kriegswirtschaft schwächen sollten, Ein-  
schränkungen und Verbote im Hinblick auf den Außenhandel usw.

Der französische Staat übertrug der französischen Schwerindustrie die südwestdeutsche  
Stahlindustrie, wobei ein mehrheitlich französischer Einfluss im Saarland und in Luxemburg  
garantiert und im Departement Moselle ausschließlich war. Die Rückkehr dieses Departement-  
s zu Frankreich ließ Deutschland 75% seiner Eisenerzversorgung verlieren und „einen  
Teil seiner modernsten Stahlwerke. Das Steinkohlenrevier an der Saar gelangt bis zum  
Volksentscheid von 1935 an Frankreich, der Verlust des Elsass bedeutete den Verlust der

---

4 Aufruf der Association nationale d'expansion économique, 1916 (ohne genaue Datumsangabe) und Leitartikel des Journal des chambres  
de commerce, 10.1.1916, zitiert nach: Soutou, L'or et le sang, p. 169-170.

Pottaschenvorkommen, der von Eupen-Malmédy (an Belgien) den des Zinkabbaus *Vieille Montagne* in Kelmis. Insgesamt [waren das] 10% der Industrieproduktion, davon ein Drittel der Gießereien, ein Viertel der Kohle- und Stahlproduktion und die gesamten Zinklagerstätten.“



Trümmer in Longwy

In der Theorie erlitten die allmächtigen Chemiekonzerne, die vor dem Krieg den Weltmarkt der Farbstoffe beherrschten und ab 1904 mit Bayer, der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) und Agfa zu einer ersten *Interessengemeinschaft Farben* zusammengefasst worden waren (Interessengemeinschaft der Hersteller von Farbstoffen ohne Zusammenschluss des Kapitals), die Farbstoff-, Mineralöl- und Düngerherstellung sowie Pharmaindustrie noch heftigere Rückschläge. Der erste Chemiekonzern auf der Grundlage der Waffenstillstandsbedingungen – der zweite war jener aus dem Jahr 1940, zu Lasten des französischen



Brennende Kirche in Woinville bei St. Mihiel

wie in der Kriegszeit für den Wiederaufbau herangezogen wurde, wurde vom herrschenden politischen Apparat das beruhigende und verlogene Schlagwort „Deutschland wird zahlen!“ eingimpft.

Kapitals – wurde zugunsten des Chemiekonzerns Kuhlmann organisiert, der eine wichtige Rolle im französischen Staatsapparat spielte. Er oktroyierte dem Marktführer der Farbstoffindustrie in der Vorkriegszeit die Beschlagnahmung von Patenten, diverse Exportverbote bis zum Jahr 1925 und die Konfiszierung der deutschen Filialen in Frankreich auf. Diese wurden unter staatliche Regie gestellt und als *Nationale Gesellschaft für Farbstoff und Chemieprodukte*<sup>5</sup> organisiert. Sie wurde 1916 zu Lasten des Steuerzahlers gegründet und ab dem Krieg vom Kühlmann-Konzern dominiert, der, ebenfalls zu Lasten des Steuerzahlers, von den deutschen Verlusten profitierte und dem dieses Unternehmen faktisch kurze Zeit nach seinem Ende, offiziell im Jahr 1923, übertragen wurde<sup>6</sup>.

Der Versailler Vertrag schrieb außerdem das Reparationsprinzip fest, wobei Artikel 231 des Vertrages dem Deutschen Reich die Schuld am Kriegsausbruch zuschrieb. Dem französischen Volk, das genauso stark

<sup>5</sup> Frz.: Compagnie nationale des matières colorantes et des produits chimiques.

<sup>6</sup> Mèlés, Bariéty, *Les relations*, S. 231, und Annie Lacroix-Riz, *Industrialisation et sociétés (1880-1970)*. L'Allemagne, Paris, Ellipses, 1997, S. 46 f. und 13-14.



Zerstörungen in Gondrexon, 1915

Das Saarland, welches im Fokus dieser Tagung steht, wird selbst von den Historikern, die nicht der Meinung sind, dass der Krieg das Ergebnis eines Wettstreits imperialistischer Mächte gewesen sei, als die wichtigste territoriale und wirtschaftliche bzw. sogar einzige Forderung des Hüttenkomitees angesehen. Gegründet 1864 wurde es seitdem von den einflussreichsten französischen Stahlbaronen aus den Familien De Wendel in Lothringen und Schnei-

der in Le Creusot dominiert<sup>7</sup>. Der Besitz des Steinkohlenreviers an der Saar war entscheidend für das Potential der französischen Stahlindustrie nämlich durch die Erlangung von Reparationen in Form von Kohle. Die Umwandlung des lothringischen Eisenerzes konnte nur mit Hilfe von deutschem Koks gelingen, da Frankreich im Gegensatz zu Deutschland mit seinen großen Kohle- und Stahlrevieren im Ruhrgebiet und an der Saar über keine anderen Produktionsstätten verfügte.

### **...zu ihrer Umsetzung: wirtschaftliche und politische Einflussfelder**

#### **Die wirtschaftlichen Einflussfelder**

Während des Krieges waren gewisse Praxisgewohnheiten zwischen dem aus der friedlichen Ära getätigten Zusammenschluss, der sich zwischen 1880 und 1914 von deutschem und französischem Kapital gebildet hatte, beibehalten worden. Der allgemeinen Konfrontation des Kapitals aus beiden Ländern waren also beachtliche Ausnahmen zugestanden worden. Dieses Phänomen erlaubt es, die Anfänge der „deutsch-französischen Kriegszusammenarbeit“ im zu datieren, wobei nicht der Zweite Weltkrieg, sondern der Erste Weltkrieg gemeint ist. Die aufsehenerregendste der Ausnahmen zum allgemein herrschenden Konflikt des rivalisierenden Kapitals war die Abmachung, die im „August 1914 nach dem Einmarsch der

<sup>7</sup> These von Jacques Bariéty, in: René Poidevin/Jacques Bariéty, Les relations franco-allemandes, Paris, Armand Colin, 1977, S. 230-231.



Deutschen in Briey bzw. in die Gegend von Briey“ geschlossen wurde, nach der die „Fabriken [...] des Herrn De Wendel“ (Société des Petits-Fils de François de Wendel & Cie) nicht bombardiert werden sollten: „Von der deutschen Armee angebrachte Schilder mit der Aufschrift „Zu schützen“<sup>8</sup> verschonten die betreffenden Anlagen und die „Deutschen [konnten] während der gesamten Dauer der Feindseligkeiten Eisenerz abbauen.“<sup>9</sup> Der offenkundige Skandal entfachte nach dem Krieg einen lebhaften politischen und insbesondere parlamentarischen Wortwechsel (im Jahr 1919), aus dem die De Wendels, ebenso wie ihre involvierten Standesgenossen, jedoch siegreich hervorgingen. Die Diskussion wiederholte sich jedoch regelmäßig, insbesondere anlässlich des Wahlkampfs von 1936, als die Kommunistische Partei Frankreichs den enormen Aufschwung des seit 1933 zunehmenden schwarz getätigten Erzverkaufes unter der Federführung des Hüttenkomitees mit dem Geheimkompromiss über die Nichtbombardierung der Bergwerke der Familie De Wendel in Briey während des Ersten Weltkrieges verglich und in der *'Humanité'* unter der Rubrik „Der Eisen-Verrat“ veröffentlichte und ebenso auf einem Wahlplakat mit dem Titel: „Es geht wieder los!“<sup>10</sup>

Die Anwendung der *Politik der Härte* oder die der *Erfüllungspolitik* war daher von Anfang an unvollständig, angefangen bei den *Reparationen*. Die starken Rivalitäten zwischen den Hauptsiegermächten machte die offizielle Festsetzung der Reparationen vor 1920-1921 unmöglich; erst die Konferenz von Spa im Juli 1920 brachte ein Abkommen über die prozentuale Verteilung zwischen den Empfängern der Reparationen: 52% für Frankreich, 22% für Großbritannien, 10% für Italien, 8% für Belgien usw. Der Kompromiss über den Gesamtbetrag der Reparationen wurde erst auf der Konferenz von London im April-Mai 1921 unterzeichnet und sah einen Gesamtbetrag in Höhe von 132 Mrd. Goldmark vor, deren Bezahlung sich über mehrere Jahrzehnte erstrecken sollte.

---

8 Aussage des Generals Sarrail vor der Kammer, zitiert nach: Mennevé, „Pourquoi l'Allemagne n'a pas payé?“, in: Les documents politiques, diplomatiques, et financiers (im Folgenden: DPDF), Nr. 4, April 1921, S. 5 Bibliothèque de documentation internationale contemporaine de Nanterre, 3969, mit Nennung des Jahres. Siehe ebenfalls: Simone Pesquiès-Courbier, „Le Bassin ferrifère de Briey durant la Guerre de 1914-1918“, in: Revue historique des armées, 1981, Nr. 2, S. 98-128 und „La politique de bombardement des usines métallurgiques en Lorraine et au Luxembourg pendant la Première Guerre mondiale“, in: Revue historique des armées, 1981, Nr. 4, S. 127-159 sowie Lacroix-Riz, Aux origines du carcan européen, S. 23-25.

9 Protokoll 712, 31.5.1926, in: GA, W2, de Wendel, Archives de la Préfecture de police (APP); Louis Launay/Jean Sennac, Les relations internationales des industries de guerre, Paris, Editions républicaines, 1932, S. 37-43 etc.

10 RG, 24. und 29.4.1936 und entsprechende Plakate, in: GA, C 25, Comité des Forges, APP.

Die Ingangsetzung des „Reparationsdramas“<sup>11</sup> war noch chaotischer. Sie wurde faktisch ab Herbst 1923 von den USA verschoben, die mit Erfolg von Frankreich das Ende der Ruhrbesetzung und die Einberufung einer „Expertenkonferenz“ forderte, die im April 1924 in den Dawes-Plan mündete. Dies war die erste Etappe einer Abwicklung, die anschließend im Jahr 1929 durch den Young-Plan und weitere amerikanische Forderungen bestätigt wurde, die von langer Hand vorbereitet worden waren, aber die Weltwirtschaftskrise als Vorwand nutzen konnten: Das Hoover-Moratorium im Juli 1931, das definitiv jede Form von Begleichung der Reparationen beendete (Der von der Konferenz von Lausanne im Dezember 1932 „definitiv“ festgesetzte Betrag in Höhe von 3 Mrd. Goldmark wurde niemals bezahlt.). Mit der unablässigen Unterstützung durch die USA - und den Vatikan - im Gegensatz zu einer nicht auszurottenenden Legende in Deutschland wie anderswo bezahlte das Deutsche Reich nur einen Bruchteil der in London festgesetzten 132 Mrd. Goldmark auf der Grundlage der angenommenen Zahlungsfähigkeit Deutschlands und nicht der Wünsche der Länder, die Reparationen forderten. Die Gesamtsumme der gezahlten Beträge, einschließlich der Lieferung von Waren in den ersten Jahren, belief sich auf 20 Mrd., von denen 9 Mrd. auf Frankreich entfielen - das ohne internationale Unterstützung seit seiner Niederlage im Jahr 1870 innerhalb von zwei und nicht, wie vertraglich vorgesehen, von drei Jahren, die im Frankfurter Friedensvertrag festgelegte Kriegsentschädigung von 5 Mrd. Goldfranken, ein Viertel des französischen Nationaleinkommens, bezahlt hatte<sup>12</sup>.

Die USA als große Kreditgeber der Entente waren fest entschlossen, sich ihre Kredite zurückzahlen zu lassen. Sie hatten jedoch von Anfang an ihr Veto gegen jedwedes Prinzip von Reparationszahlungen eingelegt, ein Veto, das sie ihren französischen und englischen „Verbündeten“ ab Anfang 1919 bei der Pariser Friedenskonferenz mitgeteilt hatten. Die deutschen „Reparationen“ würden in erster Linie zweien ihrer bedeutenden imperialistischen Rivalen von Nutzen sein. Die USA sahen die Reparationen daher als inkompatibel mit ihren großen

---

11 Bariéty ebda.

12 Man vergleiche Poidevin/Bariéty, *Les relations franco-allemandes*, mit Stephen Schuker, *The End of French Predominance in Europe: The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill, University of North Carolina Press, 1976, Frank Costigliola, *Awkward Dominion: American Political, Economic and Cultural Relations with Europe, 1919-1933*, Ithaca, Cornell UP, 1984, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, *The Treaty of Versailles: A Reassessment after 75 Years*, Cambridge, [Cambridge University Press](https://www.cambridge.org/9780521875786), 1998, etc., passim.

Investitionsplänen im Deutschen Reich - sowie in den diesem traditionell verbundenen Gebieten Mittel- und Osteuropas - an, das Dreh- und Angelpunkt für die dauerhafte und profitable Verankerung der USA auf dem europäischen Kontinent sein sollte. Zu diesem Zweck wurden die Brüder John Foster und Allen Dulles, Teilhaber der großen New Yorker Geschäftsanwaltskanzlei Sullivan and Cromwell, die bedeutende Interessen in Mittel- und Osteuropa und vor allem in Deutschland hatte, mit entsprechenden Anweisungen zur Pariser Friedenskonferenz geschickt. Dort begannen sie eine europäische, stark deutsch geprägte Karriere, die sich bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg fortsetzen sollte, und wurden weltweit durch ihren hartnäckigen Anti-Reparationskurs bekannt<sup>13</sup>.

Großbritannien, ein bedeutender Exporteur von Steinkohle nach Frankreich seit der Vorkriegszeit und mit starkem Einfluss dort, fürchtete die Konkurrenz deutscher Kohle auf dem französischen Markt. Da es den Verlust seiner traditionellen Kunden fürchtete, bemühte sich Großbritannien darum, Frankreich den Nutzen der deutschen Reparationen streitig zu machen. Was allerdings überhaupt nicht bedeutete – dies trifft für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg genauso zu wie auf die nach dem Zweiten Weltkrieg –, dass es nicht selbst von den Reparationen hätte profitieren wollen, aber Washington führte einen wahren Guerillakrieg gegen die Reparationen, und London, das seinen wichtigen amerikanischen Kreditgeber nicht übermäßig verstimmen wollte, gab schnell dem amerikanischen Veto nach und zeigte sich gegenüber seinem französischen Rivalen umso unerbittlicher<sup>14</sup>.

Die Stärke der deutsch-französischen wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtung, die seit der Vorkriegszeit bestand und während des Krieges beibehalten worden war, neigte ebenfalls dazu, die scharfen Bestimmungen des Versailler Vertrages einschließlich der Reparationen wegzuwischen. Die Allianzen des Kapitals, vor allem im Metallgewerbe an der Saar, hatten aus dieser Sicht spektakuläre Wirkungen. Einer ihrer besten Analysten war, zu jener Zeit, Roger Mennevée, Publizist und Partisan sowie Redakteur der zwischen 1920 und 1940 erscheinenden *Documents politiques, diplomatiques et financiers*. Er bewies lediglich auf der Grundlage von

---

<sup>13</sup> Pruessen Ronald W., John Foster Dulles. The road to power, New York, Macmillan, 1982; Grose Peter, Gentleman's spy. The life of Allen Dulles, New York, Houghton Mifflin Co., 1994.

<sup>14</sup> Bariéty beschuldigt stets London, ohne ein Wort über Washingtons Rolle zu verlieren. Zur tatsächlich existierenden Rivalität zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA liegt eine gute französische Überblicksdarstellung vor. Vgl. Richard Farnetti, L'économie britannique de 1873 à nos jours, Paris, A. Colin, 1993.

Anzeigen, die in der Finanzpresse und im *Journal Officiel* erschienen waren, bis an welchen Punkt die Hegemonie der *Finanzoligarchie* und des Hüttenkomitees über Staatsapparat, Parlament, Presse, Kultur und Wissenschaft die Prinzipien und die Umsetzung der *Politik der Härte* aufgeweicht hatte.



Zerstörungen in Gondrexon, 1915

Gerade das Großkapital hatte diese Politik definiert und dem französischen Staat auferlegt, und es war auch das Großkapital, das sich zwischen 1919 und 1923 dieser Politik entlang der Schwierigkeiten in der internationalen Politik entledigte und den Staat zwang, auf seine neue Linie einzuschwenken. Eingebettet in eine lange Artikelserie veröffentlicht unter dem übergreifenden Titel *Die internationale Oligarchie und die Völker* über die Taten des französischen Imperialismus seit Ende des Ersten Weltkrieges aufklärend, bemühte sich eine umfangreiche Untersuchung von Mennevée seit dem Frühjahr 1921 darum, die Frage zu beantworten, Warum hat Deutschland nicht bezahlt?, und zwar die Reparationen, deren Prinzip Deutschland durch Versailles auferlegt worden war. Mennevée untersuchte darin die seit langer Zeit geknüpften Kontakte zwischen Industriellen und Bankiers und zeigte in diesem Zusammenhang die Tendenz der Belieferung der deutsch-französischer Stahlwerke auf, wie im Juli 1920, die der Dillinger Hüttenwerke, die auf französischer Seite von Théodore Laurent und auf deutscher durch den Staatssekretär Conrad von Schubert geleitet wurden<sup>15</sup>.

Die Aktiengesellschaft der saarländischen Stahlwerke in Dillingen stellte nicht eine gebrochene, sondern eine vom militärischen Ergebnis der Kriege umgestaltete Verbindung dar. In Wirklichkeit wurde sie nicht damals geschaffen, sondern durch den französischen Sieg modifiziert. „Vor dem Versailler Vertrag [...] besaß der deutsche Konzern 60% und der französische Konzern 40% des Kapitals“. Die Niederlage entfernte die saarländische Stahldynastie

<sup>15</sup> „Pourquoi l'Allemagne n'a pas payé?“, in: Les documents, Nr. 4, April 1921, S. 6 (und Journal Officiel vom 11.8.1920), BDIC (vollständige Reihe der Documents von Roger Mennevée).

Stumm nicht aus den *Dillinger Hüttenwerke*<sup>16</sup>, sondern reduzierte lediglich den Anteil, den sie dort hatte. Abmachungen zwischen privaten Partnern führten zur Abtretung von 20% des Kapitals an den französischen Konzern, der auch Anteilsinhaber war bei der Bergwerks- und Fabrikgesellschaft Redange-Dilling, Paris, Gesellschaft der Marine-Hütten- und Stahlwerke und von Homécourt, Paris, der Aktiengesellschaft der Hochöfen und Gießereien von Pont-à-Mousson, Nancy, der Gesellschaft der Hochöfen und Stahlwerke von Differdange-St.-Ingbert-Rumelange, vormals Luxemburg.“ Die Franzosen hielten von da an 60% des Kapitals einer stets deutsch-französischen Gesellschaft, ein prozentuales Verhältnis, das sich im nächsten Krieg im Sommer 1941 umkehren sollte<sup>17</sup>.

Sogar die Ruhrbesetzung ab dem 11. 1. 1923 durch französische (und belgische) Truppen, die vermeintlich die *Erfüllungspolitik* unter einer Regierung von Raymond Poincaré zurückbrachte, der ein Mann des *Hüttenkomitees* und der De Wendels war, stellte keine Ausnahme in der Linie der Kompromisse dar. Die angebliche Politik der Härte, direkt auch angeregt von den *Hüttenkomitees* und denen der Kohlengruben genauso wie von der Kriegführung und dem Inhalt der Verträge inspiriert war, kollidierte alsbald mit:

1. der mit den deutschen Industrievorständen gezeimerten Partnerschaft, vornehmlich wegen des dem französischen Staat nicht mitgeteilten Geheimvertrages, der sich während des Krieges und danach als vorteilhaft erwies, die 1919-1920 in Basel zwischen Kuhlmann und der IG, von Carl Bosch, Generaldirektor der BASF und Carl Duisberg, Generaldirektor von Bayer, geschlossen wurde. Das französische Unternehmen hatte in diesem Rahmen seine klare technische Abhängigkeit gegenüber seinen deutschen Partnern anerkannt. Das Übereinkommen untersagte „den Export jeder Art von Produkten, die Gegenstand des Abkommens mit der deutschen Industrie waren“ und schrieb die französische Zahlung einer „Abgabe zugunsten“ der IG von „14 Mio. Francs (jährlich 3 Mio.)“ fest. Diese strengen Verbote stellten einen Präzedenzfall für alle diejenigen dar, die französischen Exporten lange vor der Niederlage von 1940 bereits den Weg versperren, wobei durch die Niederlage während der Besatzungszeit diese Art von Bestimmungen

---

<sup>16</sup> Harold James, *The German Slump. Politics and Economies, 1924-1936*, Oxford, Clarendon Press, 1986, S. 170.

<sup>17</sup> Schreiben der Dillinger Hüttenwerke an Hartlieb, 27.10.1941, in: AJ 40, 817, Archives nationales (im Folgenden: AN), in dem die neue Kapitalstruktur angekündigt wird, und Industriels et banquiers, S. 386-387.

auf alle deutsch-französischen Kartelle ausgedehnt wurden. Unter anderem wurde jegliche wirtschaftliche und militärische Kooperation zwischen Frankreich und den Ländern Mittel- und Osteuropas einschließlich der UdSSR untersagt, die als Partner der französischen *Rückversicherung* gegen die deutsche Revanche vermutet wurden<sup>18</sup>.

2. den erdrückenden und wirksamen amerikanisch-englischen Pressionen, an der Spitze die Amerikaner, und durch den Vatikan, die von „humanitären“ Maßnahmen begleitet wurden, um den Hunger der *bambini affamati* (dt.: hungernden Kinder) zu lindern. Dieses wichtige Thema in der deutsch-päpstlichen Propaganda von Benedikt XV. und anschließend Pius XI., Nachfolger seit Februar 1922, verdeckte die eher weniger humanitären Beweggründe, hervorgerufen durch eine endemische amerikanische Agarüberproduktion - lediglich unterbrochen vom Getreidebedarf der Ententemächte im Zeitraum 1914-1918. Den Erfolg, den das Thema eines von Frankreich ausgehungerten Deutschlands jenseits des Atlantiks hatte, schuldete es, wie ein französischer Prälat ironisch im Januar 1924 witzelte, sehr viel „der Tatsache, dass die Amerikaner überquellende Getreidespeicher haben“<sup>19</sup>. In den Jahren 1923-1924 folgten *Missionen* des Vatikans in das Saarland und das besetzte Ruhrgebiet, geleitet durch den Monsignore Testa, Missionen, die von den USA finanziert wurden: Zwischen zwei Reden über die französische Grausamkeit und das deutsche Martyrium kündigte Testa die bevorstehende französische finanzielle Kapitulation vor einem „internationalen Schiedsverfahren“ an, zusammengestellt unter dem Vorsitz der USA, um „über die deutsche Kreditzahlungsfähigkeit zu wachen“, ein Entwurf des Dawes-Planes<sup>20</sup>.

Auf französischer Seite schien 1923 die Politik der Konfrontation zu triumphieren, und Kuhlmann erbat und erhielt die Hilfe des Staats, um den geheimen Vertrag über die chemische Industrie aus dem Jahr 1920 zu annullieren und um besser in Konkurrenz zur IG zu treten - sowie später zu ihrem definitiven Nachfolger, der im September 1925 gegründete IG-Farben. Aber diese Praktiken, die noch Ende 1940 den rachesüchtigen Zorn der IG Farben

---

<sup>18</sup> Dieser Aspekt wird untersucht in: *Le choix de la défaite*, Kapitel 5 und 8-10.

<sup>19</sup> Schreiben von Mgr Rémond („[Operetten-]“ Geistlicher im Rheinland), Mainz, 10.1.1924, in: *Europe 1918-1940 Allemagne*, Bd. 369, *Archives du ministre des Affaires étrangères* (im Folgenden: MAE). Rémond, index *Le Vatican, l'Europe et le Reich*.

<sup>20</sup> Einzelheiten (mit Quellenangaben) in: *Le Vatican, l'Europe et le Reich*, S. 221-228.

hervorriefen<sup>21</sup>, koexistierten mit der Bereitschaft des französischen Finanzkapitals zum Kompromiss. Die Hütten- und Bergwerkskomitees hatten den Staat zur Ruhrbesetzung gedrängt, wichen aber im Laufe der folgenden Monate zurück und zwangen den Staat, ihnen zu folgen und für den Kompromiss zu optieren. Die Befürworter einer *Politik der Härte* hatten sich in eine „Festung der pro-deutschen Fraktion verwandelt“, reif zur systematischen Kapitulation<sup>22</sup>. Ende 1923 wurde das Wirkungsmaximum an gemeinsamen Druck durch den amerikanischen Kreditgeber, die römischen Vorschriften und die deutsch-französischen finanziellen Verflechtungen erreicht. Seit Ende 1922 wurde über die Perspektiven des deutsch-französischen Handels diskutiert, sobald die Verbote für den deutschen Export aufgehoben sein würden, was der Versailler Vertrag auf Januar 1925 festgelegt hatte<sup>23</sup>).

Am 13. November 1923 gab Poincaré dem Ultimatum nach, das der amerikanische Außenminister Hugues im Namen des Bankiers John Pierpont Morgan, ein wichtiger Kriegskreditgeber für französische Schuldner, am 5. 11. dem französischen Botschafter in Washington gestellt hatte. Die Aufhebung der schwindelerregenden Spekulation gegen den Franc würde es nur im Austausch gegen den französischen Rückzug von der Ruhr und die Akzeptanz eines „unabhängigen amerikanischen Finanz- oder Expertenkomitees“ zu den Reparationen oder ihrer Beseitigung geben. Die Konferenz der „Experten“ mündete im April 1924 in den Dawes-Plan, Todesurteil der Erfüllungspolitik und faktisches Geburtsdatum der französischen Entspannungspolitik, inklusive des militärischen Aspektes. Der Dawes-Plan untersagte Frankreich endgültig jede Form von militärischer Besetzung, mit der die Zahlung der Reparationen erzwungen werden sollte, wie beispielsweise jene, die es im Januar 1923 im Ruhrgebiet gewagt hatte<sup>24</sup>.

---

21 Philipp von Schnitzler, Chef der Farbstoffabteilung der IG Farben, „gegen die erbärmliche und räuberische chemische Industrie Frankreichs, die einst ein Parasit des Versailler Vertrags war“, am 21.11.1940 in Wiesbaden, in: *Industriels et banquiers*, S. 202-203.

22 Gillingham, *Coal, steel and the rebirth of Europe 1945-1955: the Germans and French from Ruhr conflict to economic community*, Cambridge, Cambridge UP, 1991, S. 101-102.

23 Brief des Geschäftsträgers in Berlin, Berlin, 11.11.1922, in: F 7, 13425, AN, und Mennevée, „Le Comité des Forges de France dans l’occupation de la Ruhr et ses auxiliaires“, in: DPDF, Nr. 4, April 1923, S. 119.

24 Frank Costigliola, *Awkward Dominion*, S. 115-122.

## Die politischen Einflussfelder: das saarländische Beispiel

Der französische Imperialismus zeigte sich, wie sein deutsches Pendant, wild entschlossen gegenüber jeder weiteren linken Radikalisierung der Arbeiterklasse in den Gebieten, die er seit dem Sieg vom November 1918 kontrollierte. Er zeichnete sich im Gegenteil von Anfang an durch eine extreme Nachsichtigkeit gegenüber der katholischen Rechten und extremen Rechten aus, die ihm den sozialen Frieden und die politische Unterwürfigkeit der Bevölkerung garantierten. Dies war natürlich der Fall im Saarland. Die *Katholikenpolitik* der französischen Militär- und Zivilbehörden zielte offiziell darauf ab, die deutschen Katholiken im Saarland und im Rheinland zu favorisieren: Diese eigneten sich für die Bedürfnisse der Sache der Preußenfeinde und der Föderalisten, was ihr Führungspersonal, das seit mehr als einem Jahrhundert preußisch assimiliert war, keineswegs war, außer vielleicht aus reiner Taktik. Diplomatie- Polizei- und Militärarchivquellen belegen, dass Frankreich hierüber bestens informiert war, selbst wenn sich seine Gesprächspartner darum bemühten, es zu täuschen<sup>25</sup>. Frankreich ließ dennoch der Koalition zwischen Deutschland und dem Vatikan nicht weniger Freiraum, die die deutsche Position mit Blick auf die Volksabstimmung 1935 vollständig bewahren wollte.

Das Saarland bildete in dieser Hinsicht nur einen Teil der allgemeinen römischen Unterstützungsstrategie, die Benedikt XV. förmlich ab Februar 1919 allen territorialen Forderungen des Deutschen Reiches gegenüber gewährt hatte, einschließlich derjenigen, die sehr weit von den deutschen Grenzen entfernt waren: das bedeutete einerseits, die vollständige Wiederherstellung des Altreiches - das Deutsche Reich in den Grenzen von November 1918 - und andererseits die komplette Übernahme der ehemaligen Österreich-Ungarn-Monarchie, den Anschluss vor Augen, ohne die Expansion nach Russland über die Ukraine und die baltischen Länder zu vergessen. In diesem Rahmen wurde im Verlauf der ersten Jahre der Weimarer Republik eine feste Allianz zwischen Nazielementen und der römisch-katholischen Kirche geschmiedet: Die Hitler-Anhänger, die nach München „geflüchtet“ waren, konnten ihre Aktionen mit der politischen und finanziellen Zustimmung Berlins entfalten; auch in

---

<sup>25</sup> Zusätzlich zu den in *Le Vatican, l'Europe et le Reich* zitierten Archivbeständen vgl. die Serie F 7, 13424 bis 13519, Ausland, Dokumente über die Lage dort, Überwachung ihrer Staatsbürger in Frankreich. Die Bde. 13424-13434, *Allemagne, 1915-1936*, sind eine außergewöhnliche Quelle für Informationen jeglicher Art, AN.



der sozial-demokratischen Zeit. Der Vatikan wurde in Bayern durch den Nuntius Pacelli vertreten, der 1917-1920 auf einem offiziellen Posten in München und anschließend in Berlin eingesetzt wurde. Pacelli, der zukünftige Papst Pius XII., wurde seit 1920 der „Nuntius des Reichs“ genannt, akzeptierte es aber erst nach dem symbolischen Wahlerfolg Hindenburgs bei den Wahlen zum Reichspräsidenten im Jahr 1925, sich definitiv dort niederzulassen. Er war, zum großen Missfallen der französischen Besatzungsmacht, mehrere Jahre in München, der beachtenswerte Komplize von General Ludendorff gewesen, die ehemaligen Nummer 2 hinter Hindenburg, einschließlich während der Phase der Militärdiktatur von 1916-1918 und nach dem Ersten Weltkrieg Anführer in der Hitlerbewegung.

Paris, das über dieses politische Dossier genauso gut informiert war wie über alle anderen, kapitulierte von Anfang an und in jeder Hinsicht vor der Kurie und übergab die Zügel den „preußischen“ Prälaten Schulte, Erzbischof und Kardinal von Köln, und Franz Bornwasser, Bischof von Trier, die gegen die französische Rheinlandpolitik allgemein und die Saarlandpolitik im Besonderen eingestellt waren. Im Saarland, würde die Entscheidung zwischen „die Straße den Priestern“ oder „Friede dem Geiste“ von dem Einfluss abhängen, den das besetzende Frankreich „auf den Klerus, die Auswahl der Bischöfe und die Pfarrer ausüben würde“<sup>26</sup>, wobei der amts-innehabende hohe Klerus sich mit „Händen und Füßen“ jedweder „Französisierung“ widersetzte, unter dem Vorwand, die tugendhaften „deutschen Konfessions-schulen“ gegen die lasterhafte französische Schule - mit 4 % saarländischen Schülern Anfang 1922 - zu verteidigen. Ganz allgemein gesagt, führte er mit dem permanenten Wettkampf durch den Vatikan den Kreuzzug gegen „den französischen Imperialismus“ und den „unerbittlichen Versailler Vertrag“, der Deutschland mit einer „furchtbaren Revolution“ bedrohen und der eine „Misere“ erzeugen“ würde, die nach Rache rief<sup>27</sup>.

Die „katholischen“ Erfolge so geschmiert zwischen 1919 und 1923 gegenüber einem Frankreich, das – hier wie in den „wiedererlangten Departements“ im Elsass und an der Mosel – auf jeglichen laizistischen Anspruch verzichtete, ließen keinen Zweifel an dem Ausgang der

---

26 Notiz von Canet, Paris, 10.2.1920, in: Europe Saint-Siège 1918-1940, relations France-Saint-Siège, 1918-1920, Bd. 13, MAE.

27 Aufruf vom 3.3.1923, Nr. 1 der Échos de l'Allemagne catholique, die (mit amerikanischer finanzieller Unterstützung) vom Kölner Erzbistum veröffentlicht und von Schulte sowie den Bischöfen von Münster und Paderborn unterzeichnet wurde, in: Europe Allemagne 1918-1940, Bd. 367, Questions religieuses, Dezember 1918-mars 1923, MAE.

Volksabstimmung im Jahr 1935. Als Symbol der Kontinuität der römisch-katholischen Kirche im Saarland war Bornewasser vor und nach 1933 ein bedeutender Verteidiger der Hitleranhänger unter den Priestern, egal, ob er früher oder später dazu gehörte, so im Fall des Pfarrers Franz-Josef Bungarten aus der Kirchengemeinde St. Josef in Saarbrücken, der seit Anfang der 1920er Jahre Nationalsozialist war: Der Trierer Bischof ersparte Bungert im Jahr 1923, dem Schlüsselmoment im Kampf gegen die französischen Besatzer im Saarland und im Ruhrgebiet, jegliche Probleme von Seiten der informierten, sich verständnisvoll zeigenden Franzosen. Er übertrug ihm im Verlauf der Jahre die Leitung der Zentrumspartei in Saarbrücken<sup>28</sup>. Das *Hüttenkomitee* und seine staatlichen Vertreter vor Ort waren genauso nachsichtig gegenüber dem großen saarländischen Stahlbaron Hermann Röchling, der ein ständiger Partner des französischen Großkapitals im Metallgewerbe war: Glühender Anhänger der Rückkehr des Saarlandes in den deutschen Mutterschoß, sowohl vor 1933 als auch danach, musste er ebenfalls besonders behandelt werden. Diese Sonderbehandlung erhielt er von den 1920er Jahren an und bis zur Besetzung im Zweiten Weltkrieg.

Zu den deutsch-französischen Beziehungen im strikten Sinne, beständiger Faktor bei der Abschwächung der *Erfüllungspolitik*, waren Pressionen verschiedener internationaler Partner Frankreichs, wie von Großbritannien, den USA und dem Vatikan hinzugekommen. Gemeinsam drückten sie der französischen Politik, selbst in der „harten“ Phase des Sieges, den Stempel der Zögerlichkeit auf: Diese Zurückhaltung stand im Kontrast zu dem Kurs, den Deutschland nach dem Sieg über Frankreich im Jahr 1870 verfolgt hatte und den seine internationalen Partner, vor allem der Vatikan und die USA, genauso entschlossen wie es selbst verfolgten. Die politischen Charakteristika, die seit der Wende der 1860er Jahre diesseits und jenseits des Rheins vorgeherrschten, dauerten auch in der imperialistischen Phase noch an. Sie waren zwischen dem Wendepunkt 1923 und dem Dawes-Plan endgültig festgelegt worden und präsentierten den französischen Imperialismus seit diesem Datum unverändert als „schwachen“ Imperialismus gegenüber den „dominanten“ Imperialismen, dem amerikanischen und dem deutschen<sup>29</sup>.

---

28 Vgl. ausführlich Stewart Stehlin, *Weimar and the Vatican 1919-1933, German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years*, Princeton, Princeton University Press, 1983; Lacroix-Riz, *Vatican*, passim (darin Kap. 4-5)

29 *Aux origines du carcan européen*, passim. Zu Röchling vgl. *ibid.* und die übrigen zu Beginn des vorliegenden Beitrags zitierten Werke.

## Weiterführende Literatur:

*Le Choix de la défaite: les élites françaises dans les années 1930*, Paris, Armand Colin, durchgesehene und verbesserte Auflage, 2010.

*Kurzinhalt:* über die offizielle französische *Erfüllungspolitik* und die Modalitäten ihrer mehr oder weniger erfolgten Umsetzung und den offiziellen Übergang zur Entspannungspolitik, der definitive Kurs, der ab der Vorbereitung und der Unterzeichnung des Dawes-Plans (Ende 1923-1924) gefahren wurde, unter dem doppelten Druck der deutsch-französischen Finanzverflechtung und den finanziellen sowie politischen Forderungen des amerikanischen Geldgebers und Hegemonisten.

*Le Vatican, l'Europe et le Reich de la Première Guerre mondiale à la Guerre froide (1914-1955)*, Paris, Armand Colin, durchgesehene und verbesserte Auflage, Oktober 2010.

*Kurzinhalt:* über den Beitrag des Vatikans zur Wiederherstellung und Verstärkung des deutschen Imperialismus gegenüber seinem französischen Rivalen; Beschreibung der gemeinsamen Kampagnen der USA und des Vatikans zugunsten des Deutschen Reiches; dargestellt als von Frankreichs *Politik der Härte* drangsaliiert dargestellt, sowie Bedingungen der die Aufrechterhaltung einer deutschen (katholischen) Herrschaft über alle von den Siegern im Jahr 1918 besetzt gehaltenen Gebiete, darunter das Saarland, sicherer Gewinn der Rückkehr zum Reich nach der Volksabstimmung, die für 1935 vorgesehen war.

*Industriels et banquiers français sous l'Occupation*, Paris, Armand Colin, 2013.

*Kurzinhalt:* vor allem zum Konzept der „deutsch-französischen Zusammenarbeit“ im Krieg.

Die von der vorherrschenden französischen Geschichtsschreibung vorgebrachten Einwände gegen oben genanntes Konzept werden detaillierter in Kapitel 1 des folgenden Buches dargestellt: *Industriels et banquiers français sous l'Occupation : la collaboration économique avec le Reich et Vichy*, Paris, Armand Colin, 1999.

La collaboration économique en débat: concepts et sources (Wirtschaftszusammenarbeit in der Debatte: Konzepte und Quellen).

*Aux origines du carcan européen, 1900-1960. La France sous influence allemande et américaine*, Paris, Delga-Le temps des cerises, 2. durchgesehene Auflage, 2015.

*Kurzzinhalt:* Darstellung der langen Vorgeschichte und der Tiefe der deutsch-französischen wirtschaftlichen Verflechtung, auf die Anfänge des Imperialismus zurückgehend; Darstellung der Effizienz der amerikanischen Pressionen auf Frankreich zugunsten des Deutschen Reichs seit Beginn des Ersten Weltkriegs.



Longwy-Haut nach dem Beschuss



Zerstörter Teil des Dorfes Domevre



Die Hauptstraße im umkämpften Souchez

Herwig Lerouge:

## **DIE FLAMENPOLITIK WÄHREND DES ERSTEN WELTKRIEGS - EINE KONSTANTE IN DER DEUTSCHEN GEOPOLITIK**

Der hundertste Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges bietet Anlass für zahlreiche Gedenkveranstaltungen. Das ist gut so. Die Geschichte muss uns dabei helfen zu verstehen, wie es zu einem solchen Krieg kommen konnte. Wer hatte damals ein Interesse daran? Worin lagen die Beweggründe dieser Menschen? Wie konnte es den Regierungen gelingen, Millionen von Menschen aufs Schlachtfeld zu schicken, ohne dass auch nur die kleinste Regung von Widerstandes sichtbar geworden wäre?

*Die Geschichte muss uns dabei helfen, zu verhindern, dass derartige Katastrophen sich wiederholen.*

Doch die Gedenkveranstaltungen werden nicht selten zum Anlass, um die geschichtlichen Ereignisse zu verzerren und für falsche Zwecke zu missbrauchen. Derzeit ist die belgische Regierung im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft an mehreren Kriegen beteiligt. 2013 ist die Anzahl der Kriege auf 20 gestiegen. Das sind zwei mehr als im Vorjahr. Nahezu alle Mitgliedsstaaten der NATO sind an diesen Konflikten beteiligt. Dennoch behauptet die föderale Regierung Belgiens, das Gedenken an den hundertsten Jahrestag des Ersten Weltkriegs nutzen zu wollen, um „die Aufmerksamkeit auf die internationale Rolle Belgiens als neutrale Brückenbauerin, Fürsprecherin der weltweiten Abrüstung und Förderin des Rechtsstaats und Kämpferin gegen die Straffreiheit zu richten“ und „die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit sowie des Multilateralismus hervorzuheben, so wie sie heute von Institutionen wie den Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union verkörpert werden“.

Flämischen Nationalisten zufolge war es im Zuge des Ersten Weltkriegs an der Yser zu einer Tragödie ohnegleichen gekommen. Flämische Soldaten, die an der Front kämpften, nur kurze Zeit die Schule besucht hatten und die 80% der Soldaten stellten, wurden von ihren Offizieren, die kein Niederländisch sprachen, in den Tod geschickt. Die Befehle wurden ihnen daher in französischer Sprache erteilt. Oft hieß es dann einfach: „Dasselbe gilt für die Flamen!“

„Dort draußen müssen diese armen Jungen weit weg von zuhause für ein Land kämpfen, das nicht ihres ist“, hieß es am 11. Dezember 1914 in der *Gazet van Brussel*, einer Zeitung, die als proflämisch galt.

Dieser Diskurs ist zu großen Teilen ein Mythos, von dem zu einem späteren Zeitpunkt noch die Rede sein wird, der nach dem Ersten Weltkrieg stark an Bedeutung gewinnen und sich schlussendlich zu einem Leitmotiv des flämischen Nationalismus entwickelte. Dies ändert nichts an der Tatsache, dass der Erste Weltkrieg in entscheidender Weise dazu beigetragen hat, aus einer gesellschaftlichen Bewegung, die in erster Linie kulturelle und demokratische Ziele verfolgte, eine politische Bewegung werden zu lassen, deren Ziele die Autonomie Flanderns sowie die Auflösung Belgiens waren. Bereits vor 1914 hatte die Einmischung Deutschlands in der flämischen Bewegung eine entscheidende Rolle in dieser Entwicklung gespielt.

### **Vom Mythos der Unterdrückung Flanderns**

Der Staat Belgien entstand 1830 unmittelbar nach seiner Abspaltung von den Niederlanden. Er stellte damals im Gefüge der modernen europäischen Staaten einen Sonderfall dar. Seine Bevölkerung bestand aus niederländisch- und französischsprachigen Einwohnern. Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelte sich in Belgien eine moderne Industrie. Dieser Prozess vollzog sich vorwiegend im südlichen und französischsprachigen Teil des Landes, dem sogenannten Wallonien. Flandern hingegen blieb auch weiterhin eine fast vollständig landwirtschaftlich geprägte Region.

Heute behaupten die flämischen Nationalisten, sie zögen ihre Legitimität daraus, dass Flandern sowie die flämische Bevölkerung schon immer vom „frankophonen Belgien“ unterdrückt worden wären. Es lässt sich nicht leugnen, dass die flämische Industrie schwächer und weniger hoch entwickelt ist, als die wallonische. Trotzdem kann weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht von einer Unterdrückung Flanderns durch Wallonien die Rede sein. Tatsächlich haben sich die beiden Regionen ganz einfach völlig unterschiedlich entwickelt. Dieses Phänomen lässt sich in allen kapitalistisch geprägten Staaten beobachten. Die ersten Schwerindustrien haben sich im Süden des Landes unweit der Kohlereviere entwickelt. Auch die wichtigsten Wasserläufe lagen in unmittelbarer Nähe, sodass die fertigen Produkte über die Binnenwasserstraßen transportiert werden konnten.

Von *Fremdherrschaft* konnte damals ganz und gar keine Rede sein. Flandern war nie von einer herrschenden Klasse fremder Nationalität unterdrückt worden. Außerdem war das flämische Bürgertum bestens in die Wirtschaft und den belgischen Staat eingebunden.

1912 hat Lenin einen interessanten Beitrag zum Nationalitätenproblem verfasst. Über die Situation in Belgien schrieb er:

„So vielfältig die nationale Zusammensetzung innerhalb dieser Staaten (Belgien und der Schweiz, Anm. d. Autors) auch sein mag, es sei darauf hingewiesen, dass von einer Unterdrückung der Nationen keine Rede sein kann. Laut den Verfassungen beider Staaten sind alle Nationen gleichberechtigt. In Belgien betrifft die Ungleichbehandlung die Flamen, obwohl diese die Bevölkerungsmehrheit ausmachen. Verglichen mit der Ungleichbehandlung, die den Polen in Deutschland oder den Iren in England widerfahren ist, ist sie jedoch unbedeutend.“

Lenin nimmt in seiner Beschreibung eine klare Unterscheidung vor. Er spricht nicht von Unterdrückung, sondern von Ungleichbehandlung und Diskriminierung..

Durch die *Belgische Revolution* von 1830 kam eine frankophone Elite in einem zentralistischen Einheitsstaat an die Macht. Oft war die Sprache bei der Bildung einer Nation ein ausschlaggebendes Element. Innerhalb eines Binnenmarktes war es effizienter, wenn jeder dieselbe Sprache sprach. In Belgien wollte das Bürgertum die französische Sprache zum einigenden Element für das Land werden lassen. Französisch war damals Prestige- und Verkehrssprache der Elite und der gehobenen Mittelschicht einschließlich des flämischen Bürgertums. Unmittelbar nach Erlangung der Unabhängigkeit verwendeten die Schulen, die Regierungs- und Kommunalbehörden, die Gerichte usw. bei offiziellen Amtshandlungen und in offiziellen Urkunden ausschließlich die französische Sprache. Das Niederländische hatte in diesem Zusammenhang keine Bedeutung mehr und wurde abwertend als *Holländisch* bezeichnet.

Keinesfalls liegt hier der Fall einer unterdrückten Nation vor, die nicht über ihre eigenen Institutionen verfügt. Das flämische Bürgertum war im Parlament vertreten und stellte zum Teil sogar den Premierminister. Sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat war seit 1830 stets eine Mehrheit aus den flämischen Verwaltungsbezirken vertreten. Doch dieser Personenkreis



gehörte schichtspezifisch dem Bürgertum oder dem Adel an. Tatsächlich waren es die Arbeiter und Bauern, ganz gleich, ob sie nun Flamen oder Wallonen waren, die keine Rechte hatten. Sie hatten weder das aktive noch das passive Wahlrecht. Eine nationale Unterdrückung hat Belgien lediglich während des Zweiten Weltkriegs erfahren.



Ansicht eines belgischen Forts nach der Beschießung und Erstürmung

Die Diskriminierung der Flamen ist im Übrigen zum Großteil auf das Verhalten des damaligen flämischen Bürgertums zurückzuführen. Um als gesellschaftliche Elite anerkannt zu werden und um schnell einen Teil des kapitalistischen Kuchens einfordern zu können, haben die Mitglieder des flämischen Bürgertums schnell entschieden, sich die französische Sprache zu eigen zu machen. Dieses Bürgertum spielte auch in der Verwaltung eine wichtige Rolle und bildete das Bindeglied zwischen den Verwaltungsorganen und der Bevölkerung.

Da das flämische Bürgertum beide Landessprachen, sowie die verschiedenen flämischen Dialekte, beherrschte, war es allein in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen. Um sich die damit verbundenen Positionen dauerhaft zu sichern, blockierte es den Demokratisierungsprozess. Nicht nur weigerte sich das Bürgertum dagegen, dass die Sprache der Bevölkerung Amtssprache werden konnte, sondern es verwehrte diesem Bevölkerungsteil darüber hinaus auch das Wahlrecht. In Belgien dauerte es viel länger als in den anderen kapitalistischen Staaten, bis das Recht auf Schulbildung in der eigenen Muttersprache sowie das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurden.

Aufgrund dieser Diskriminierung blieb ein stetig wachsender Teil des Kleinbürgertums außen vor. Die Betroffenen fanden keine Arbeit, nicht einmal in der Verwaltung. Das neue Kleinbürgertum engagierte sich sehr stark in der flämischen Bewegung. Vor 1850 waren unter den Aktivisten vor allem Schriftsteller, Dichter und Philologen, die sich gegen die Französisierung zur Wehr setzten. Das war der *sprachliche Flamingantismus* der flämischen Bewegung. Mit der Zeit entwickelt sich daraus ein *kultureller Flamingantismus*. Das Kleinbürgertum begann sich mit dem *Volk* und der *Kultur des Volkes* zu identifizieren. Hatte die flämische Bewegung zunächst noch dafür gekämpft, dass jeder seine eigene Muttersprache sprechen durfte, so wurde nun daraus ein Kampf für das *Volk* und *seine Kultur*.

Die flämische Frage stellte ein Problem für die Demokratie dar: das Recht, seine eigene Sprache sprechen zu dürfen, eine Schulausbildung in der Muttersprache zu erhalten usw.. Der Kampf gegen die sprachliche Diskriminierung war ein berechtigter Kampf. Eine sozialistische Bewegung hatte die Pflicht, diesen Kampf zu führen und diesen Gedanken auch in den frankophonen Teil der Bevölkerung zu tragen. Die Tatsache, dass dies nur teilweise und recht spät geschah, hängt mit den sprachlich bedingten Befindlichkeiten zusammen, die in Brüssel und Umgebung nach wie vor bestehen. Diese Bewegung, die aus dem städtischen Kleinbürgertum hervorging, stieß beim Volk nur auf wenig Sympathie. Der konkrete Kampf gegen das furchtbare Elend der Arbeiter und Bauern war nicht Teil ihres Programms. Nie hatte sie entschlossen die „Französlinge“<sup>1</sup> als Klasse bekämpft, welche die wirtschaftliche und finanzielle Macht innehatten und enge Beziehungen zum Bürgertum in Brüssel und in Wallonien

---

1 Pejorativer Begriff für französischsprachige Zuwanderer in Brüssel, auch für flämische Befürworter der französischen Sprache u.Ä.

unterhielten, das die wichtigsten Unternehmen des Landes führte und auch die wallonischen Arbeiter ausbeutete. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzten sich die flämischen Aktivisten für den Erlass von Gesetzen zum Schutze des Flämischen ein. Obwohl sie sich als Belgier fühlten, wollten sie ihre eigene Sprache sprechen dürfen und setzten sich für die Schaffung von Schulen und Gerichten ein, in denen Niederländisch gesprochen werden sollte.

### **Der Erste Weltkrieg: vom Kampf für die Demokratie zum Nationalismus**

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahr 1914 kam es zu einer Spaltung der flämischen Bewegung. Die meisten Anführer verhielten sich wie belgische Patrioten. Dies kann selbst der flämische Historiker und Nationalist Hendrik Elias nicht leugnen, da er schreibt: „...bis auf einige Ausnahmen(...), entsprachen ihre Vorstellungen und Wünsche denen des Königs“. Diese veröffentlichten ein Manifest, in dem sie die Unabhängigkeit der flämischen Bewegung gegenüber Deutschland forderten. Manche unter ihnen waren Pazifisten. Sie stießen jedoch in keiner großen Partei auf Resonanz. Ebenso wie alle anderen Parteien war auch die sozialistische Partei damals nicht gegen Krieg. Ganz im Gegenteil! So konnten zum Teil, gerade dank der Unterstützung durch die *Parti Ouvrier Belge* (POB), die Kriegskredite bewilligt werden..

Eine Minderheit der flämischen Bewegung schloss sich den strategischen Zielsetzungen des deutschen Imperialismus an. Einige Mitglieder dieser Strömung haben später behauptet, aus Verdruss so gehandelt zu haben, da die belgische Regierung sich geweigert habe, auf die Klagen der flämischen Soldaten an der Front zu reagieren. Dem flämisch-nationalistischen Diskurs zufolge, seien die weniger gebildeten flämischen Soldaten an der Front, die 80% der Armee ausmachten, von Offizieren in den Tod geschickt worden, die kein Niederländisch sprachen und ihnen deshalb Befehle auf Französisch erteilten. Den Satz, „Und für die Flamen gilt dasselbe“, bekamen die flämischen Soldaten angeblich sehr häufig von ihren Offizieren zu hören. „Arme Jungs, die weit weg von ihrem Zuhause für ein Land kämpfen müssen, das nicht ihres ist“, hieß es am 11. Dezember 1914 in der *Gazet van Brussel*. .

Dem Anschein nach war diese Zeitung pro-flämisch, in Wahrheit wurde sie allerdings von den deutschen Besatzern im besetzten Land Belgien verlegt und subventioniert. Will man dem oben beschriebenen Mythos auf den Grund gehen, so gilt es bei *den Deutschen* zu suchen.

Um einen Mythos handelt es sich deshalb, da erstens, in keinem Tagebucheintrag, Brief oder Erfahrungsbericht eines einzigen Frontsoldaten von derartigen Vorkommnissen die Rede ist. Zweitens taucht die Zahl „80%“ erstmals zu Beginn des Jahres 1915 in einem Flugblatt pro deutscher Nationalisten auf. Tatsächlich war der Anteil flämischer Soldaten mit etwa 65% wesentlich niedriger. Ohne Zweifel hatte damals in sprachlicher Hinsicht ein Missbrauch stattgefunden. In der belgischen Armee wurde nämlich ausschließlich Französisch gesprochen. Dies war der Fall, obwohl zuvor ein neues Sprachgesetz erlassen worden war. Dieses Gesetz sah unter anderem vor, dass Offiziere zumindest über Grundkenntnisse des Niederländischen verfügen sollten, fand aber innerhalb der Armee keine konsequente Anwendung.

Um einen Kampf zwischen Flamen und Wallonen ging es in diesem Konflikt allerdings nicht, sondern ganz klar um einen sozialen Kampf. Im Übrigen erfuhren nicht die Flamen als Flamen eine relative Diskriminierung, sondern diejenigen, die kein Französisch sprachen. Die höchsten Ämter und Berufe, die eine hohe Qualifikation erforderten, wurden in der Tat von Frankophonen ausgeübt, diese konnten aber ebenso gut aus Nordbelgien stammen. Die wallonischen Arbeiter und Bauern litten ebenso wie die Flamen unter der klassenbedingten Unterdrückung innerhalb der Armee. Oft konnten diese, ebenso wie ihre flämischen Kameraden, nicht lesen und schreiben oder sprachen lediglich den wallonischen Dialekt, weshalb sie die Sprache und Befehle ihrer Offiziere ebenso wenig verstehen konnten wie die flämischen Soldaten. Deshalb hatten sich die meisten Anführer der flämischen Sache im August 1914 hinter der belgischen Flagge versammelt.

Heute ist bekannt, dass diejenigen, die sich damals dazu entschieden hatten, mit den deutschen Besatzern zu kollaborieren und die man als Aktivisten bezeichnete, zumindest die Anführer, schon seit längerem mit deutschen Dienststellen in Kontakt standen. Diese Zusammenarbeit war das Ergebnis von mehreren Jahren Flamenpolitik des Deutschen Reichs. Glaubt man dem Historiker Bruno Yammine und seinen Darstellungen, so war die Flamenpolitik der Deutschen während des Ersten Weltkriegs nicht improvisiert.<sup>2</sup>

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass vor 1914 innerhalb des gesamten deutschen Bürger­tums im Wesentlichen ein Konsens hinsichtlich des Ziels bestand, Belgien und Nordfrankreich

---

<sup>2</sup> Bruno Yammine, Drang nach Westen: de ideologische basis van de Duitse Flamenpolitik tijdens de Eerste Wereldoorlog, Leuven, 2011.



Kriegsschäden in Antwerpen

zu kontrollieren, Gegenden, die damals zu den am stärksten industrialisierten Landstrichen weltweit gehörten. Zwei Vorgehensstrategien wurden im Wesentlichen gleichzeitig diskutiert:

Die erste bestand darin, das Wirtschaftswachstum innerhalb eines globalen Systems der freien Marktwirtschaft voranzutreiben. Diese Politik wurde vor allem von der modernen Wirtschaft und der modernen deutschen Industrie, verfolgt. Multinationale Konzerne wie Bayer und AEG befürworteten diese Politik. Der damalige Reichskanzler teilte diese Vorstellung. Er hielt es für besser, auf indirekte Weise politischen Einfluss auszuüben. Anstatt Belgien zu annektieren, wäre es daher besser, es unter wirtschaftliche Kontrolle durch Deutschland zu stellen.

Die zweite Strategie befürwortete ein groß angelegtes Programm der direkten Annexion von Gebieten, die Deutschland angegliedert werden sollten. Zu den Anhängern dieser Politik zählten insbesondere die Armee, die Verwaltung, die enge Beziehungen zur Armee unterhielt,

sowie die Großgrundbesitzer und bestimmte Großkapitalisten wie Thyssen und Krupp. Letztere standen an der Spitze des sogenannten *Pangermanismus*, der die Annektierung „traditionell deutschen Gebiets“ forderte und die Schaffung eines pangermanischen Reichs anstrebte. Erklärtes Ziel dieser Strömung war es, Belgien territorial vollständig zu annektieren und in zwei Provinzen, d.h. in Wallonien und in Flandern, aufzuteilen. Diese Vorstellung wurde vom *Alldeutschen Verband* (ADV) vertreten, der seit Ende des 19. Jahrhunderts das *ethnische Denken* propagiert hatte.

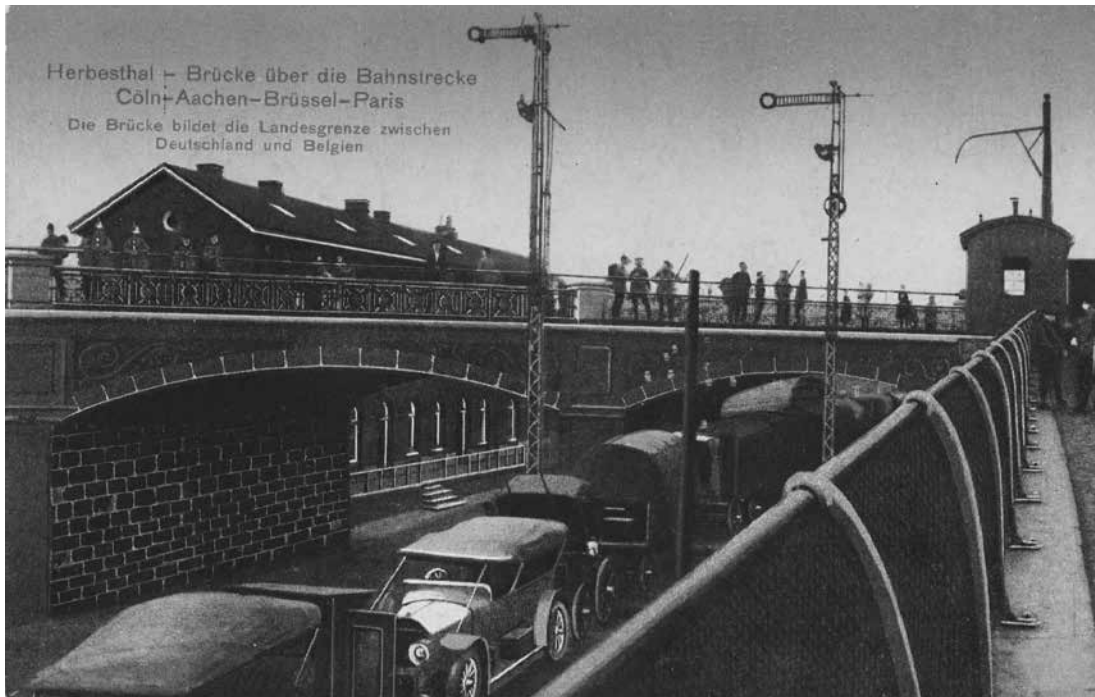
Das Gerede über die „in einem pro-französischen Satellitenstaat unterdrückten Flamen“ passte perfekt in diese Konzepte. Die vom *Alldeutschen Verband* vertretenen Ideen fanden auch bei einem Teil der niederländischen Machtzirkel Anklang, die sich ganz offen als pro-deutsch bekannten.

Seit den 1890er Jahren hatte der *Alldeutsche Verband* ein Konzept entwickelt, welches die Integration einer deutsch kontrollierten Groß-Niederlande in das Deutsche Reich beinhaltete. Nachdem sich einige Bemühungen, mit der flämischen Bewegung in Kontakt zu treten, als vergebens herausgestellt hatten, nahm sich der Geschäftsmann und Journalist Theodor Reismann-Grone, der ebenfalls Mitglied des *Alldeutschen Verbandes* war, des Themas an. Von früheren pangermanistischen Vorstellungen inspiriert, hatte er 1897 dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, dass die deutsch kontrollierten Groß-Niederlande zwangsläufig unter deutschen Einfluss geraten würden. Von 1898 bis 1905 unterstützte er die Propagandazeitschrift *Germania* des *Alldeutschen Verbandes* in Brüssel. Mithilfe der Zeitschrift gelang es den Pangermanisten, ein Netzwerk persönlicher Kontakte aufzubauen. Über *Germania* entstanden außerdem Verbindungen zu pro-deutschen Niederländern, die alle eine wesentliche Rolle in der *Flamenpolitik* spielen sollten. Laut *Germania* sollte das Reich in erster Linie das Vereinigte Königreich bekämpfen und sich neue Märkte in Übersee erschließen. Die belgischen und niederländischen Häfen spielten im Rahmen dieser Strategie eine wesentliche Rolle. Es läge im Interesse Belgiens und der Niederlande, ihre Ziele zu bestimmen und vor dem Krieg einer Zollunion und einem Militärbündnis mit Deutschland beizutreten..

Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges übten die Mitarbeiter von *Germania* Druck auf die deutsche Regierung aus, indem sie ihr rieten, eine „Revolution“ zur Befreiung der Flamen

vorzubereiten und somit Belgien zu zerstören. Sie skizzierten bereits die *Flamenpolitik* der Kriegszeit: ein unabhängiges Flandern unter deutschem Schutz.

Bereits 1903 hatte sich der friesische Pfarrer Jan Derk Domela Nieuwenhuyze Nyegaard, ein Neffe des berühmten Sozialisten Ferdinand Domela Nieuwenhuis, auf Wunsch des bekannten Historikers Paul Fredericq in Gent niedergelassen, von wo aus dieser die Bewegung maß-



Herbesthal - Brücke über die Bahnstrecke Köln - Aachen - Brüssel - Paris  
Die Brücke bildet die Landesgrenze zwischen Deutschland und Belgien

geblich vorantrieb. Nieuwenhuyze trat als Wortführer der pangermanischen Bewegung auf. Er engagierte sich in einer unpolitischen Bewegung zum Schutz der niederländischen Sprache, dem *Algemeen Nederlands Verbond* (ANV). Sein Versuch, die ideologische Ausrichtung der Vereinigung zu verändern und aus ihr eine pro deutsche und großniederländische Bewegung zu machen, blieb ohne Erfolg.

Die Unabhängigkeit Flanderns und die Groß-Niederlande waren nicht die bevorzugte Option der deutschen Besatzungsmacht in Belgien. Da man in Deutschland davon ausging, dass Belgien wenig oder keinen Widerstand zeigen würde, wollte man aus dem Land eine Art Vasallenstaat machen, ohne dabei jedoch die internen Strukturen des Landes zu zerstören.

Als Belgien aber schließlich der deutschen Armee den freien Durchzug untersagte, traf das Reich eine Entscheidung, die Belgiens Schicksal besiegeln sollte. Die Groß-Niederlande unter deutscher Kontrolle sollten entstehen. Die flämische Bewegung wurde hierbei ein nützliches Werkzeug betrachtet.

Im September 1914 wurde entschieden, aus Belgien ein Militärprotektorat des Deutschen Kaiserreichs zu machen. Ziel war es, Belgien zu einer vermeintlich selbstbestimmten Kolonie werden zu lassen und das Land entlang der Sprachgrenze aufzuteilen.

Am 2. September 1914 setzte Berlin die Besatzungsbehörden in Brüssel darüber in Kenntnis, dass die flämische Bewegung fortan zu unterstützen sei. Am 16. Dezember 1914 wurde verkündet, an der Universität in Gent müsse fortan Niederländisch gesprochen werden, die Trennung der Behörden sei in die Praxis umzusetzen und zwischen Belgien und den Niederlanden sei eine „publizistische Verbindung“ zu schaffen. Die Deutschen machten sich sogleich ans Werk.

Den Anhängern der flämischen Sache wurde berichtet, in der französischsprachigen Emigrantenpresse tobe eine antiflämische Kampagne. Nach dem Krieg sei es schnell vorbei mit dem Flämischen! Auch erzählte man den Flamen, wallonische Abgeordnete hätten die Deutschen ersucht, das Niederländische zu verbieten. Doch bis auf einige kleinere Gruppen ließen sich die flämischen Aktivisten, die sogenannten *flamingants* von diesen Reden nicht verführen. Erst 1915 erzielte die pro-deutsche Agitation größere Erfolge. Diese Entwicklung war zum Teil das Werk des vorher schon erwähnten Jan Nieuwenhuyze, der zu Beginn des Krieges von Holland nach Belgien zurückgekehrt war. Im Oktober des Jahres 1914 hatte er gemeinsam mit einigen jungen flämischen Reaktionären, von denen die meisten Katholiken waren, die Gruppe *Jong Vlaandere*<sup>3</sup> gegründet. Die Mitglieder der Gruppe sollten als *Aktivisten*

---

3 Dt. Übersetzung: Jungflandern



in die Geschichte eingehen. Mit der Unterstützung der Besatzer nutzten sie die Zeit der Okkupation, um für ein „unabhängiges Flandern“ zu kämpfen. Die drei Schlüsselfiguren der Zeitschrift *Germania*, Reismann-Grone, Gerstenhauer und Haller von Ziegesar übten einen starken Einfluss auf die Bewegung aus.

Während des Krieges sollte Haller von Ziegesar Mitglied des *Raad van Flandereren*<sup>4</sup> sein, dem flämischen Rat, einer Art Kollaborationsregierung. Haller kannte ebenfalls den zukünftigen Leiter der wichtigsten Kollaborationsorganisation, *Jong-Vlaanderen*, Domela Nieuwenhuis. Gerstenhauer war während des Krieges Pressezensor in Antwerpen. Er erteilte die Freigabe für Schriften der Aktivisten und finanzierte deren Publikation.

Diese Nationalisten waren für eine „Säuberung“ der flämischen Gebiete. In einem Bericht des Aktivisten Lode Maesfranckx steht folgendes zu lesen: :

„Die Gemeinden müssen dazu verpflichtet werden, Listen mit den Namen der Personen zu erstellen, die gebürtig aus Wallonien stammen. Dies geschieht mit dem Ziel, die betreffenden Personen gegebenenfalls in wallonisches Gebiet auszuweisen.“

Außerdem sollten Wallonen, die sich erst vor kurzem in Brüssel niedergelassen hatten, binnen zwei Monaten einen Ausweisungsbescheid erhalten. Die Ausweisung selbst sollte von den Besatzern durchgeführt werden. August Borms, einer der führenden Aktivisten schrieb 1917:

„Wir fordern, dass die in unseren Händen liegende Macht zur Ausweisung der unerwünschten Elemente genutzt wird, die sich auf dem flämischen Territorium aufhalten und deren Präsenz in ethischer Hinsicht im Allgemeinen nur als ungesund betrachtet werden kann.““

Offiziell präsentierten sich die Nationalisten als Verfechter der *Unabhängigkeit*. In Wirklichkeit jedoch waren sie für die Annektierung Flanderns durch das Deutsche Reich. Im Januar 1917 sollte die Gruppe *Vrij Vlaanderen* den *Raad van Flandereren* gründen. Dieser Rat wurde als im Entstehen begriffene flämische Regierung angesehen. Er wollte die Unabhängigkeit Flanderns ausrufen und suchte hierfür die Unterstützung der deutschen Besatzer. Unter der Leitung von Tack und Borms reiste eine Delegation des Rates nach Berlin. Die Deutschen nutzten

---

4 Dt. Übersetzung: Rat von Fandern

diesen Besuch für ihre Zwecke, um zu „beweisen“, dass die Flamen selbst um deutsche Hilfe gebeten hätten. Tatsächlich war dieser Schachzug von den Falken in Berlin selbst inspiriert und suggeriert worden, die um jeden Preis die Kontrolle über Belgien wahren und folglich den Krieg bis zum Ende fortsetzen wollten.

Der Aktivistenapparat wurde 1918 dennoch von den Deutschen aufgelöst, doch die Flamen-Der Aktivistenapparat wurde 1918 zwar von den Deutschen aufgelöst, doch die Flamenpolitik wurde ohne Unterbrechung weitergeführt und dies bis 1945. Danach sollte alles sehr schnell gehen. Am 21. März 1918 wurde in der Verwaltung die Trennung Flanderns und Walloniens vollzogen. Namur wurde daraufhin zur Hauptstadt Walloniens und Brüssel zur Hauptstadt Flanderns erklärt. In den darauf folgenden Monaten wurden alle Ministerien der früheren Zentralregierung nacheinander in zwei Teile gespalten. Am 22. Dezember stimmte der *Rat von Flandern* zugunsten eines Antrags für die „politische Autonomie Flanderns“ ab.

Am 19. Januar 1918 erhielt der Rat seitens der deutschen Zivilverwaltung die Bestätigung, dass er nun die Ausrufung eines autonomen Flanderns in Angriff nehmen könne. In der Bevölkerung kam es darauf hin allerdings zu zahlreichen feindseligen Reaktionen. Im Juni des Jahres 1918 veröffentlichte der *Rat von Flandern* eine Proklamation, in der seine Bindung an das Deutsche Reich klar ersichtlich wird:

„In wirtschaftlicher, politischer und strategischer Hinsicht ist Flandern Deutschlands unmittelbarer Nachbar. Wir wissen, dass die Autonomie Flanderns für Deutschland eine Garantie darstellt. Gleichzeitig wissen wir jedoch auch, dass es uns nur mit Deutschlands Hilfe gelingen wird, die Autonomie zu erreichen.“

Diese politischen Machenschaften geschahen alle unter dem Deckmantel des *Selbstbestimmungsrechts der Völker*. Die deutsche Führungsschicht wandte diese Taktik an, um die ärmeren Teile der Bevölkerung aus der Herrschaft ihrer eigenen belgischen Regierung zu befreien und um sie anschließend der Kontrolle des Deutschen Reiches zu unterwerfen. All dies geschah unter dem trügerischen Vorwand, die Flamen schützen zu wollen. Im Juli 1918 zogen sich die deutschen Akteure dann schließlich doch aus der flämischen Bewegung zurück. Dies geschah nicht etwa, weil sie die *Flamenpolitik* nicht weiterverfolgen wollten, sondern da nun endgültig die Niederlage im Krieg sowie die Kapitulation bevorstanden. Der Rückzug aus der

*Flamenpolitik* war also nicht mehr und nicht weniger als eine strategische Kehrtwende. Ein unabhängiges Flandern, das zugleich abhängig von der deutschen Regierung in Berlin sein sollte, war bereits vor dem Ersten Weltkrieg ein Ziel der deutschen Außenpolitik, wenngleich es diesbezüglich Meinungsdivergenzen gab. Die Strategie der Flamenpolitik wurde während des Zweiten Weltkrieges erneut aufgegriffen, als ein großer Teil der flämisch-nationalistischen Bewegung mit Nazideutschland kollaborierte. Bei den getätigten Feststellungen zur historischen Entwicklung stellt sich die naive Frage: „Ist es möglich, dass sich das Ganze noch einmal wiederholt?“ Fest steht, dass seit etwa 100 Jahren scheinbar Absprachen zwischen der sogenannten *flämischen Bewegung* und der deutschen Außenpolitik existieren..

### **Wiederholt sich Geschichte?**

Nein. Geschichte wiederholt sich nicht. Die Rahmenbedingungen ändern sich und die Beteiligten lernen aus ihren Niederlagen. Dasselbe gilt für die deutschen Politiker und ihre Europapolitik. Doch die wirtschaftlichen Kräfte, die im Laufe des 20. Jahrhunderts die deutsche Außenpolitik gelenkt haben, existieren nach wie vor. Es ist hilfreich, die Geschichte zu kennen, um die Grundzüge der Außenpolitik der dominierenden Macht in Europa zu begreifen.

Heute nimmt die Bundesrepublik Deutschland eine Vormachtstellung in der Europäischen Union ein. Die politische Führung in Deutschland weiß allerdings, dass die deutsche Hegemonie zu einer Verhärtung der Fronten in Europa führt. Wen wundert das nach den Ereignissen des 20. Jahrhunderts? Während seiner Amtszeit als Außenminister unter Gerhard Schröder hatte Joschka Fischer einmal gesagt:

„Das Reich Bismarcks ist gescheitert, weil die damalige politische Führungselite nicht verstanden hat, dass die schwierige geopolitische Lage Deutschland einen kooperativen Stil erfordert. Sie erfordert einen Stil, der den Zusammenhang zwischen deutschen und europäischen Interessen in den Vordergrund stellt. Es ist unsere Pflicht, uns selbst Grenzen zu setzen, und unsere Möglichkeiten mit gesamteuropäischen Interessen in Einklang zu bringen. Falls wir dies unterlassen, tun wir uns damit selbst keinen Gefallen.“<sup>5</sup>

---

5 Website von Bündnis 90/ Die Grünen. 2001

Die Bundesrepublik Deutschland braucht europäische Legitimität, um seine Ziele zu erreichen. Deutschland wünscht sich ein föderales Europa mit weniger Macht für die Mitgliedsstaaten und mehr Macht für die Europäische Kommission, mit mehr Kompetenzen, die keine einstimmigen Abstimmungsergebnisse erforderlich machen, sowie mit einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik.

Im Januar 2011 hat allerdings ein Artikel in der deutschen Presse die Belgier sehr stutzig werden lassen. Seit 7 Monaten war Belgien damals ohne Regierung. Die flämischen Nationalisten hatten die Wahlen gewonnen und forderten Strukturreformen auf staatlicher Ebene, die zur Autonomie Flanderns führen sollten. Zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* einen Artikel des Journalisten Dirk Schümer, der voller Verständnis für die flämischen Separatisten war. In dem Artikel war zu lesen:

„Doch hat Bart De Wever (Chef der rechtsextremen und separatistischen Partei NV-A) nicht Recht, wenn er den belgischen Staat einhundertachtzig Jahre nach seiner Gründung für gescheitert erklärt, weil sich die knappe Hälfte französischer Muttersprachler partout nicht auf die flämische Mehrheitsbevölkerung einlassen möchte? (...) Also scheint das Auseinanderfallen dieses europäischen Musterstaates nurmehr von den mittelfristigen Kosten abzuhängen. Denn emotional weint diesem Belgien längst niemand mehr eine Träne nach. (...) Alles ist im Fluss auf diesem agilen Kontinent. Nationen sind nichts Ewiges, wohingegen Sprachen und Traditionen sich als ungeheuer zählebig erweisen. In einer global vernetzten Ökonomie kann sich ein Staat da schon einmal überflüssig machen, indem er Kompetenzen an eine überstaatliche Institution abgibt und ansonsten Regionen und Gemeinden die Arbeit erledigen lässt.“

In bestimmten politischen Kreisen in Deutschland wird also auf ein schnelles Ende Belgiens spekuliert. Flandern könnte also innerhalb Europas zu einer Art Region mit staatlichen Strukturen unter deutscher Kontrolle werden. Denn „es besteht kein Zweifel daran“, so stand in einer griechischen Zeitung zu lesen, „dass ein unabhängiges Flandern zu einem Satellitenstaat Deutschlands werden würde“.

Bereits heute unterhält Flandern enge Beziehungen zu Deutschland und strebt danach, diese noch weiter auszubauen. 2010 wurde an der Universität Antwerpen ein *Deutschlandjahr* organisiert, welches dazu dienen sollte, die Beziehungen mit deutschen Unternehmen zu intensivieren, die in Flandern aktiv waren. 2009 wurden Waren im Wert von über 50 Milliarden Euro von Flandern nach Deutschland exportiert. Deutsche Unternehmen tätigen erhebliche Investitionen in Flandern wie beispielsweise Bayer, BASF und Evonik in Antwerpen. Der Hafen von Antwerpen ist nach Rotterdam der zweitgrößte in ganz Europa und für die deutsche Industrie von großer Bedeutung. Darüber hinaus sind die flämischen Separatisten große Bewunderer des deutschen Modells. Ganz besonders schätzen sie die Hartz-Reformen des ehemaligen Bundeskanzlers Schröder, der, wie er selbst betont, „überaus große Anerkennung“ verdient.

Dass ein Teil der konservativen Unternehmer in Deutschland, unverhohlen den *Diskurs* der flämischen Separatisten aufgreift, ist nicht nur eine Anekdote. In diesen Kreisen denkt man bereits über die eventuelle Unabhängigkeit Flanderns inmitten eines Europa der Regionen nach, in dem die reichsten Regionen das Ziel verfolgen, sich der Solidarität den ärmsten Regionen gegenüber zu entledigen.

Es liegen auch objektive Bedingungen vor, die selbstverständlich den Regionalismus begünstigen. Die verstärkte Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Konzernen treibt den offensiv betriebenen Regionalismus in mehreren reichen Regionen Europas voran. Dies ist die Strategie der offensivsten und neoliberalsten Fraktion des europäischen Großkapitals. Das Ziel der Regionalisten, die man zumeist in den reichen Regionen antrifft, ist es, das Kapital ihrer Region von der Solidarität ärmeren Regionen gegenüber zu befreien.

Diese Entwicklung wird zu einer Zersplitterung der Arbeiterbewegung und einer Intensivierung des Konkurrenzkampfes zwischen den kleineren Staaten führen. Das Europa der Regionen und der Neoliberalismus gehen Hand in Hand, um die nationalen sozialen Sicherungssysteme zu zerstören. Das regionalistische Bürgertum strebt eine Zerschlagung der Nationalstaaten an und hofft, dabei die sozialen Sicherungssysteme zu zerstören, die in den Nationalstaaten existieren und die Gewerkschaften, die auf nationaler Ebene noch stark sind, zu schwächen oder sogar zu zerstören. All das lässt sich in Belgien derzeit sehr gut beobachten.

Das Konzept eines Europas der Regionen wird auch vom konservativen Flügel des deutschen Bürgertums benutzt, um die Vormachtstellung Deutschlands in Europa zu festigen. Der rechte Flügel der deutschen Christdemokraten unterstützt überall ethnische Bewegungen: in Italien, in Frankreich, in Spanien, in Belgien sowie in den Balkanstaaten und in Osteuropa. Sie denken über eine Strategie nach und setzen diese um, um die Vormachtstellung Deutschlands in Europa auf eine viel solidere Grundlage zu stellen. Einer der Pioniere dieser Strömung war niemand anderes als der inzwischen verstorbene Otto von Habsburg, Nachfahre der ehemaligen österreichisch-ungarischen Dynastie und zugleich ein Vertreter des rechten Flügels der deutschen Christdemokratie.

Zu seinen Vertrauten zählt der Europaabgeordnete Bernd Posselt (CSU), der ein geeintes Europa unter deutscher Vorherrschaft sowie die Schaffung eines europäischen Rechts mit ethnischer Prägung befürwortet. Bernd Posselt ist ein Eisbrecher im Dienste der deutschen Außenpolitik. Seit 1998 ist er Präsident der Paneuropa-Union Deutschland. Außerdem ist er Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Posselt hat die Festschreibung der Regionalsprachen in der französischen Verfassung als „kleine Revolution“ bezeichnet<sup>6</sup>, die eine Anerkennung von Minderheiten zur Folge haben werde. Über ein Europa in Form eines Bundesstaates von Regionen auf ethnischer Grundlage wird ernsthaft nachgedacht und es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass Deutschland in dieser Entwicklung eine wesentliche Rolle spielt.

Es existieren fünf Schlüsseldokumente, die die europäische Integration auf deutsche bzw. deutschsprachige Interessen ausrichten: die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, die Charta der Lokalen Selbstverwaltung, die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung, sowie das Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften, die Charta von Madrid. Diese Dokumente sind Ergebnisse einer längerfristigen Entwicklung. Die vermeintlich europäische, in Wahrheit aber deutsche Einrichtung mit dem Namen *Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen* (FUEV) hat die Entwicklung dieser Programme maßgeblich vorangetrieben.

---

<sup>6</sup> Des renforts pour les langues régionales. Von Yvonne Bollmann. Donnerstag, 30. Mai 2013. Comité Valmy. <http://www.comite-valmy.org/spip.php?article512>

Das 1949 gegründete Institut wird vom österreichischen Bundesland Kärnten, der autonomen Provinz Trentino-Südtirol, der Düsseldorfer Herrmann-Niermann-Stiftung sowie dem bundesdeutschen Innenministerium finanziell unterstützt.

Die *Flamenpolitik* hat für das Deutsche Reich während des Ersten Weltkrieges keinen konkreten Nutzen mit sich gebracht. Dennoch hat sie zu einer Trennung der flämischen Bewegung mittels der Etablierung einer antibelgischen Strömung und vor allem des Einheitsstaats geführt. *Flandern* und *Belgien* waren zunächst für einen kleinen, dann aber für einen immer größeren Teil der Flamenbewegung zu Todfeinden geworden.

### **Persönliches Schlusswort:**

Es erscheint uns in Belgien wichtig, den Aspekt der Flamenpolitik des Ersten Weltkrieges in Erinnerung zu rufen. Was Europa angeht, wird dieses Thema mit Sicherheit auch weiterhin von Interesse sein. Im Ersten Weltkrieg ging es vor allem um eine Neuordnung der Weltkarte. Wir dürfen niemals zulassen, dass irgendein imperialistisches Land uns für seine Zwecke missbraucht, auch dann nicht, wenn vorgeblich eine tatsächliche Diskriminierung bekämpft werden soll, die aber von den Arbeitern des Landes und unabhängig von ihrer Muttersprache in einem solidarischen Kampf beseitigt werden könnte. Die Frage ist immer noch aktuell zu einem Zeitpunkt, da die Großmächte einschließlich der Europäischen Union als Beschützer von Minderheiten auftreten, um ihre imperialistischen Ziele leichter zu erreichen.

Ali Ruckert

## **LUXEMBURG UND DER ERSTE WELTKRIEG: AUSWIRKUNGEN AUF DIE ENTWICKLUNG DER ARBEITERBEWEGUNG VON LUXEMBURG**

Als die Truppen des deutschen Kaiserreiches Luxemburg am 2. August 1914 innerhalb weniger Stunden besetzten, erhob die Luxemburger Regierung formellen Protest gegen die Verletzung der Neutralität des Landes. Großherzogin Marie-Adelheid erwähnte diese Protestnote in einem Telegramm an Kaiser Wilhelm II. und bat ihn, „in jedem Fall die Rechte des Großherzogtums wahren zu wollen“.

Der Kanzler der Reichsregierung, Theobald von Bethmann-Hollweg, versicherte der Luxemburger Regierung, dass die militärischen Maßnahmen „keine feindselige Handlung gegen Luxemburg“ seien, sondern Überfälle der Franzosen auf die Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen verhindern sollten, die in deutschem Besitz waren.

Diese Begründung des völkerrechtswidrigen Gewaltaktes war eine handfeste Lüge, um die imperialistischen Gelüste des Deutschen Reiches, vor der Öffentlichkeit zu kaschieren, die auch vor dem neutralen Staat Luxemburg, seinem Eisenerz und seiner Stahlindustrie nicht halt machten.

In dem geheimen Kriegszielprogramm vom 9. September 1914, in welchem Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg die Kriegsziele Deutschlands definierte, wurde bereits unumwunden von der Übernahme der französischen Erzfördergebiete Longwy-Briey und der territorialen Annexion Luxemburgs gesprochen. Diesem *Septemberplan* zufolge sollte Luxemburg seine Unabhängigkeit verlieren, deutscher Bundesstaat werden und um belgische Gebiete erweitert werden.

Gegen diese Vergewaltigung der Luxemburger Neutralität, welche auch Deutschland mit seiner Unterschrift unter den Londoner Vertrag von 1867 garantiert hatte, hat übrigens allein der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht, der spätere Mitbegründer des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei Deutschlands, am 2. Dezember 1914 protestiert, als er seine Ablehnung der Kriegskredite begründete. Der Reichspräsident lehnte jedoch die Aufnahme der Begründung in den stenographischen Bericht ab.



Anders als während der Jahre 1940-1944 - in denen Hitlerdeutschland alles Luxemburgische abschaffen wollte, die luxemburgischen Parteien und Gewerkschaften für aufgelöst erklärte, die Wehrpflicht für die Jahrgänge 1920-1927 einführte und eine nazistische Zivilverwaltung einsetzte - trug die deutsche Besetzung Luxemburgs während des 1. Weltkriegs hauptsächlich militärischen Charakter.

Die staatlichen Institutionen, Großherzogin, Regierung und Parlament blieben bestehen. Die luxemburgische Gesetzgebung wurde nicht angetastet und die Einmischung in die zivilen Angelegenheiten erfolgte nur so weit, wie die militärischen Interessen Deutschlands das erforderten. Allerdings änderte das nichts an der Zielsetzung, Luxemburg nach dem Sieg zu annektieren. Noch während eines Kronrats im Jahr 1917, an dem Kaiser Wilhelm II., Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg und die Mitglieder der Obersten Heeresführung Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff teilnahmen, forderte Ludendorff die Einführung des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches und der Wehrpflicht in Luxemburg.

Im Gegensatz zu den Herrschenden, zu den Industriellen und Großbauern, die nur halberzig gegen den Überfall auf Luxemburg protestiert hatten und anschließend weitgehend mit den deutschen Besatzern kollaborierten, um am Krieg zu verdienen, wirkten Krieg und Besetzung sich immer negativer auf die Arbeiterschaft und ihre Familien aus. Gründe dafür waren die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben, die trotz massiver Teuerung stagnierenden Löhne und die zunehmende Lebensmittelknappheit.

Gegen diese Verhältnisse begann sich bei den Berg- und Hüttenarbeitern, den Eisenbahnern und den Metallarbeitern Widerstand zu regen, und im Sommer 1917 wurden innerhalb weniger Tage gleich zwei Gewerkschaften gegründet.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es nur den *Deutschen Metallarbeiter-Verband* gegeben, dem sich im Jahr 1904 die kleine Metallarbeiter-Gewerkschaft Luxemburg angeschlossen hatte. Allerdings traten während der nachfolgenden Jahre nur wenige Luxemburger dem *Deutschen Metallarbeiter-Verband* bei, der für die meisten Luxemburger Arbeiter eine *preußische* Gewerkschaft blieb. Diese ablehnende Haltung verstärkte sich nach dem Überfall des Kaiserreichs auf Luxemburg, da die Sympathien der großen Mehrheit der Luxemburger Arbeiter eindeutig den Franzosen galten, während der *Deutsche Metallarbeiter-Verband* sich mit dem Eroberungskrieg

Deutschlands identifizierte und die Besatzungsmacht in Luxemburg unterstützte, die für die zunehmende Verelendung der Arbeiterklasse verantwortlich war.

Als am 30. August 1916 in Esch/Alzette der *Berg- und Hüttenarbeiter-Verband* und am 29. Oktober 1916 in Luxemburg der *Luxemburger Metallarbeiter-Verband* gegründet wurde, schlossen sich den beiden Gewerkschaften sofort tausende Arbeiter an.

Die verschärfte Ausbeutung und die pure Not führten dazu, dass der *Berg- und Hüttenarbeiter-Verband* weniger als ein Jahr später zum Generalstreik im Bergbau und in der Hüttenindustrie aufrief. Bereits am 10. Mai 1916, als die deutschen Besatzer merkten, dass es zunehmend unter den Berg- und Hüttenarbeitern rumorte und ein Streik immer wahrscheinlicher wurde, hatte der deutsche Oberbefehlshaber, Oberst Karl von Tessmar, in Differdingen ein Plakat anbringen lassen, auf dem Streikenden die Todesstrafe angedroht wurde.

Doch die Arbeiter, von denen inzwischen mehr als 6 000 im Berg- und Hüttenarbeiter-Verband organisiert waren, ließen sich von deutschen Drohungen nicht abschrecken. Am 31. Mai 1917 begann der Streik der Arbeiter auf der *Adolf-Emil-Hütte* in Esch/Alzette und griff sofort auf die Gruben und Hüttenwerke in Differdingen, Düdelingen und Rümelingen über. Mehr als 10 000 Arbeiter legten die Arbeit nieder. Die Besatzer, die befürchteten, dass der Streik sich nach Deutschland ausdehnen könnte, riefen den Ausnahmezustand aus und verboten Kundgebungen und Demonstrationen.

Deutsche Infanterie und Husaren, die in Longwy in der Etappe lagen, rückten in Esch/Alzette und Differdingen ein. Maschinengewehre wurden vor den Portalen der zwei größten Hüttenwerke, der *Adolf-Emil-Hütte* in Esch/Alzette und der *Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG* in Differdingen, die im Besitz deutscher Kapitalisten waren, aufgestellt. Die Streikposten wurden verjagt, die „Rädelsführer“ verhaftet und es wurde ihnen mit Festung und Kriegsgericht gedroht. Viele Streikende wurden gemaßregelt und ihnen wurden die Kolonie-Wohnungen, die im Besitz der Hüttengesellschaften waren, gekündigt. Deutsche Arbeiter wurden an die Front geschickt, und die Hüttenherren stellten „schwarze Listen“ mit den Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf. Nach sieben Tagen Terror durch die Besatzungsmacht und die Hüttenherren gaben die Streikenden auf.

Anders als die heutigen reformistischen Gewerkschaften, die für Sozialpartnerschaft mit dem Kapital stehen und den Kapitalismus nicht grundsätzlich in Frage stellen, führten die ersten freien Gewerkschaften den Klassenkampf mit dem Ziel, den Kapitalismus zu beseitigen. „Der Klassenkampf des Proletariats, das ist die Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen und somit auch unseres Verbandes“, hieß es im Programm des *Luxemburger Metallarbeiter-Verbandes* vom 15. September 1917. Und weiter:

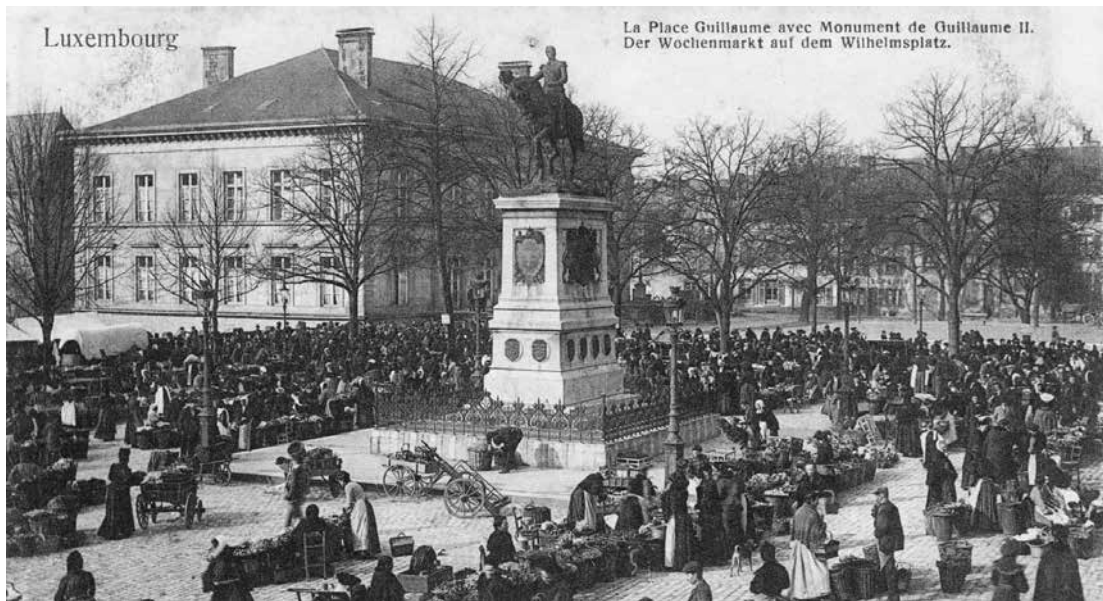
„Je umfassender und leistungsfähiger die Organisation wird, desto näher kommen wir unserem Endziel: Der Befreiung des arbeitenden Volkes von den Fesseln der kapitalistischen Lohnsklaverei.“

Die bürgerliche Februarrevolution im März 1917, die zum Sturz des russischen Zaren führte, aber mehr noch die sozialistische Oktoberrevolution im November 1917, die den Grundstein für den ersten sozialistischen Staat der Weltgeschichte legte und die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete, fanden große Sympathie bei den Arbeitern in Luxemburg und ermutigten sie, gegen das kapitalistische System im eigenen Land anzukämpfen, so dass die Niederlage beim Streik von 1916 schnell vergessen war. Die Aufbruchstimmung der Arbeiterbewegung wurde durch die Novemberrevolution in Deutschland, die das Ende des Krieges beschleunigte und Luxemburg, das zu diesem Zeitpunkt militärisches Hinterland war, vor dem Schlimmsten bewahrte, noch verstärkt.

Die Revolutionen in Russland und Deutschland kündigten für viele Arbeiter die Weltrevolution und den Zusammenbruch des Kapitalismus an. Die revolutionäre Stimmung, die sich insbesondere unter den Berg- und Hüttenarbeitern breit machte, führte dazu, dass die Belegschaften mehrerer Hüttenwerke, Grubenbetriebe und Eisenbahnwerkstätten den Achtstundentag in der Praxis durchsetzten, noch bevor die Regierung am 14. Dezember 1918 eine Verordnung veröffentlichte, der zufolge ab dem 15. Dezember 1918 der Achtstundentag ohne Lohnverlust Gesetzesgültigkeit habe.

Anders als bei der Einführung des Achtstundentags, als Kapital und Regierung von der Entschlossenheit der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften überrascht wurden, hatte die Regierung bereits 1917 die Frage der *Arbeiterausschüsse* erörtert und beabsichtigte, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der die Macht von Arbeiterräten stark eingrenzen sollte. Im

Wesentlichen ging es darum, dass die *Arbeiterausschüsse*, die es in allen Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten geben sollte, sich zwar um direkte materielle und soziale Anliegen der Belegschaften kümmern sollten, gleichzeitig aber im Sinne des sozialen Friedens arbeiten und – wie es im großherzoglichen Erlass vom 26. April 1919 hieß – „die Verständigung zwischen den Unternehmern und Arbeitern fördern sollte“. Es war dies der erste Versuch, revolutionären Forderungen, die darauf abzielten, Arbeiterräten die Macht in den Unternehmen zu übertragen und Betriebe zu vergesellschaften, durch Sozialpartnerschaft das Wasser abzugraben.



Luxemburg: Wochenmarkt auf dem Wilhelmsplatz / La Place Guillaume avec Monument de Guillaume II

Noch bevor Deutschland am 11. November 1918 kapitulierte und noch während deutsche Truppenteile, manche mit roten Fahnen voran, aus Frankreich kommend, Luxemburg Richtung Deutschland durchquerten, kam es in der Hauptstadt zur einer republikanischen Bewegung, die von Teilen der Bourgeoisie und einem der sozialistischen Partei nahestehenden *Arbeiter- und Bauernrat* getragen wurde. In einem Aufruf stellte der Rat fest, dass Luxemburg „bisher von ausländischen Cliquen und Interessengemeinschaften beherrscht wurde“ und

forderte neben der Abdankung der Dynastie und der Einführung der Republik, auch die Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Banken und der Hütten- und Bergwerke und die Einführung des Achtstundentages.

Großherzogin Marie-Adelheid hatte sich in den Augen breiter Bevölkerungsschichten während der Besatzungszeit wegen ihrer deutschfreundlichen Haltung diskreditiert. Sie hatte nicht nur Kaiser Wilhelm, der am 6. September 1914 zu seinem Großen Hauptquartier nach Luxemburg kam, bereits am nächsten Tag offiziell empfangen, sondern hatte bei Tisch auch einen Trinkspruch auf den Sieg der deutschen Waffen ausgesprochen. Auch hatten die Nassauer, die sich mit einem deutschen Hofstaat umgeben hatten, ihre Beziehungen zu deutschen Fürstenhäusern, nachdem die Neutralität Luxemburgs vom Deutschen Reich mit Füßen getreten wurde, uneingeschränkt fortgesetzt.

Hinzu kam, dass die erste katholische Fürstin auf dem Luxemburger Thron, die unter dem Einfluss des Bischofs und der klerikalen Rechtspartei stand, sich Rechte genommen hatte, die ihr nicht zustanden. Als sie sich im Jahr 1915 weigerte, Ernennungen zu unterzeichnen, welche die Regierung ihr vorgelegt hatte, und diese anschließend aus Protest zurückgetreten war, hatte Marie-Adelheid umgehend eine neue Regierung nominiert, der ausschließlich Minister der Rechtspartei angehörten. Die neue Rechtsregierung fand jedoch keine Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung, so dass die Großherzogin die Abgeordnetenversammlung gegen deren Willen auflöste. Dieses Vorgehen der Großherzogin kam einem Staatsstreich gleich.

Bei den Neuwahlen vom 23. Dezember 1915 sicherten sich die Liberalen und Sozialisten, die sich in einem Linkskartell zusammengeschlossen hatten, aber erneut die Mehrheit, so dass die Rechtsregierung in der Abgeordnetenversammlung in der Minderheit blieb. Erst im Februar 1916 ernannte die Großherzogin dann eine neue Regierung, die sich auf eine Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung stützte. Zuvor hatten allerdings am 2. Januar 1916 mehr als 20 000 Luxemburger am großherzoglichen Palast vorbei demonstriert, und eine Abordnung der Manifestanten hatte der Großherzogin eine Schrift übergeben, in welcher sie aufgefordert wurde, nicht nur die Großherzogin der *Klerikalen Partei* zu sein. Die Demonstranten forderten auch gleichzeitig eine neue Regierung.

Die deutschfreundliche Haltung von Großherzogin Adelheid und das zweideutige Verhalten der Luxemburger Regierung während des Krieges führten dazu, dass die Siegermächte der Luxemburger Regierung „die kalte Schulter zeigten“ und vorerst keine diplomatischen Beziehungen mit Luxemburg aufnahmen. Erst als Luxemburg am 17. Dezember 1918 die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abbrach, den Zoll- und Eisenbahnvertrag zum 31. Dezember 1918 aufkündigte, deutlich machte, dass die Besitzverhältnisse an den Banken, Hüttenwerken, Gruben zugunsten des französischen und belgischen Kapitals abgeändert würden, und die Regierung unter Premierminister Emile Reuter Großherzogin Adelheid am 8. Januar 1919 dazu drängte, zugunsten ihrer Schwester Charlotte abzudanken, entschlossen sich die Herrschenden in Paris, die im Interesse des französischen Großkapitals handelten, die republikanische Bewegung niederzuschlagen und die Regierung und die Monarchie zu retten.

Als das republikanische *Comité de Salut Public*<sup>1</sup>, dem sich die Luxemburger Armee, eine Freiwilligenkompanie, angeschlossen hatte, am 9. Januar 1919 die Republik ausrief, trieben französische Truppen, die seit Ende November 1918 Besatzungsmacht waren, die republikanischen Demonstranten auseinander und besetzten das Gebäude der Abgeordnetenkammer und die Kaserne der Freiwilligenkompanie.

Die republikanische Revolution wurde durch französische Bajonette abgewürgt. Bereits am 15. Januar 1919 leistete die neue Großherzogin Charlotte den verfassungsmäßigen Eid. Damit waren vorerst vollendete Tatsachen geschaffen, und die am 10. Januar 1919 in Aussicht gestellte Volksbefragung über die zukünftige Staatsform, die während der nachfolgenden Monate immer vertagt wurde, verlor rasch an Aktualität.

Diese revolutionär-demokratischen Bestrebungen hatten dennoch nachhaltige Folgen, denn die erreichte Verfassung vom 15. Mai 1919 hielt fest, dass die Staatsgewalt vom Volke ausgehe, und, dass der Großherzog keine anderen Vorrechte habe als die, die ihm die Verfassung ausdrücklich verliehe. Eingeführt wurde auch das allgemeine Wahlrecht, auf das die Arbeiter während Jahrzehnten gewartet hatten, das Wahlrecht für die Frauen, das proportionale Wahlsystem und das Referendum.

---

<sup>1</sup> Dt.: Wohlfahrtsausschuss.

Zunächst wirkten sich diese demokratischen Errungenschaften aber zugunsten der Rechtskräfte aus, die eng mit der katholischen Kirche verbündet waren. Am 19. Oktober 1919 beispielsweise bekam die Klerikale Partei die Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung oder so auch wenige Wochen zuvor, als am 28. September 1919 das Referendum über die zukünftige Staatsform von Luxemburg stattfand. 66 811 WählerInnen sprachen sich für eine Monarchie unter Großherzogin Charlotte aus, nur 16 885 der insgesamt 125 775 WählerInnen stimmten für die Republik<sup>2</sup>. Nur in Esch/Alzette und Rümelingen gab es Mehrheiten für die neue Verfassungsform der Republik. Bei der am gleichen Tag erfolgten Abstimmung über die wirtschaftliche Zukunft des Landes, sprachen sich zwei Drittel der Wähler für einen Anschluss an Frankreich, jeder vierte Wähler sich für einen Anschluss an Belgien aus.

Am 15. November 1919 wurden die deutschen Hüttenwerke, Gruben und Erzfelder, auf denen Luxemburg ein Pfand genommen hatte, allesamt „für einen Apfel und ein Stück Brot“ an das französisch-belgische Großkapital verkauft. Das Differdinger Hüttenwerk und die Gruben in Rümelingen und Oettingen ging unter dem Namen HADIR an ein französisch-belgisches Konsortium, dem der Stahlbaron Fernand Laurent, Vizepräsident des französischen *Hüttenkomitees*<sup>3</sup> vorstand. Das Stahlimperium Schneider-Creusot bekam die Hüttenwerke und Gruben der früheren *Gelsenkirchener Bergwerks-AG* in Esch/Alzette, die sie in der Gesellschaft *Terres Rouges* zusammenfasste. 1926 fusionierte *Terres Rouges* mit dem luxemburgischen Stahlproduzenten *Vereinigte Stahlhütten Burbach-Eich-Düdelingen* (ARBED). Als Dank für den Ausverkauf der Reichtümer des Landes an das französisch-belgische Großkapital bekamen manche Politiker der Rechtspartei, die in der Regierung und der Abgeordnetenversammlung den Ton angab, Posten in deren Aufsichts- und Verwaltungsräten.

Die politische Krise hatte sich zwar nach der Niederschlagung der republikanischen Bewegung durch die französische Besatzungsarmee entschärft, die soziale Krise und die Entwicklung der Arbeiterklasse „von einer Klasse an sich, zu einer Klasse für sich“, nahm zu diesem Zeitpunkt aber gerade ihren Anfang: Zwischen März 1919 und Februar 1921 wurden 30 Streiks gezählt, die meisten, um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen.

---

<sup>2</sup> Ich erinnere an diese Tatsache, weil diese zwei Kommunen, neben Differdingen, wo 1921 die Kommunistische Partei gegründet wurde, die zwei Gemeinden sind, in denen die KPL heute noch im Gemeinderat vertreten ist.

<sup>3</sup> Comité des Forges.

Bereits am 13. August 1919 hatten zwischen 5 000 und 6 000 Arbeiter aus Differdingen, Düdelingen, Esch/Alzette, Rodingen, Rümelingen und Steinfort in der Hauptstadt gegen die Halbierung der Teuerungszulage demonstriert und belagerten das Parlamentsgebäude. Wieder einmal wurden sie von französischen Truppen auseinandergetrieben, die Staatsminister Emile Reuter, der mit den Regierungsmitgliedern und Abgeordneten in den Keller des Parlaments geflüchtet war, angefordert hatte. „Bolschewistische Vorkommnisse von extremer Bedrohlichkeit zwingen die Luxemburger Regierung, dringend um eine Verstärkung der Garnison für die Hauptstadt und die Städte des Erzbeckens zu ersuchen“<sup>4</sup>, lautete das Telegramm, das Reuter an Marschall Ferdinand Foch geschickt hatte.

Die Angst bei den Herrschenden vor der ansteckenden Kraft der Oktoberrevolution war groß. Sie befürchteten, die Arbeiter könnten es nicht bei sozialen Forderungen belassen, sondern politische Forderungen stellen und nach dem Besitz der Betriebe und nach der Macht im Staat greifen.

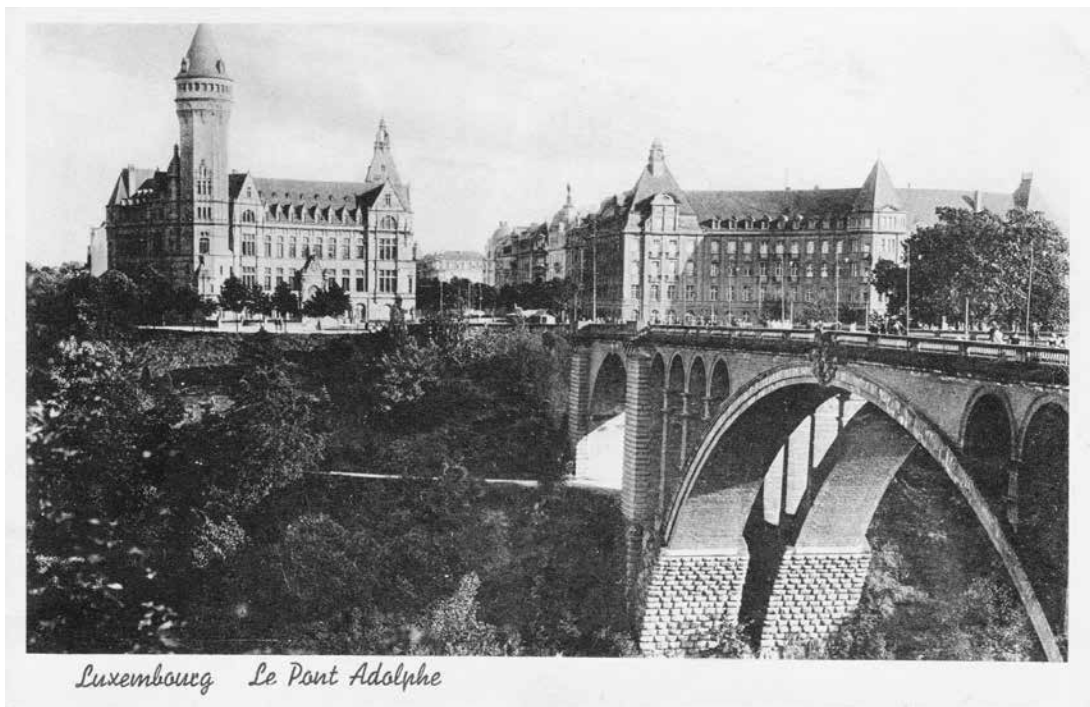
Wie in anderen sozialdemokratischen Parteien hatte sich auch in der Sozialistischen Partei Luxemburgs ein revolutionärer Flügel gebildet, der für den Anschluss der Partei an die im März 1919 in Moskau gegründete Kommunistische Internationale eintrat.

Dieser *Propagandaausschuss für den Beitritt zur III. Internationale* gab unter der Bezeichnung *Eine Gruppe Luxemburger Arbeiter und Sozialisten* vor dem zweiten Jahrestag der Oktoberrevolution eine Erklärung heraus, in der zur Solidarität mit der Revolution und zu einer Protestkundgebung gegen die Intervention der Entente-Mächte gegen Sowjetrußland aufgerufen wurde, aber auch generell für die „revolutionäre Befreiung des arbeitenden Volkes“ und die Eroberung der Staatsmacht. „Das wunderbare Beispiel der russischen Kameraden hat wie kein anderes dazu beigetragen, die Arbeiter Europas und Amerikas aufzurütteln, ihnen die Augen zu öffnen und sie davon zu überzeugen, dass die Sklaven und Ausgebeuteten von gestern, morgen schon, wenn sie nur aufgeklärt und fest zusammenstehen, die Herren im Staat, die Leiter der Weltgeschichte sein können“, hieß es in dieser Erklärung, die auf Flugblättern in mehreren Orten des Landes Luxemburg verbreitet wurde.

---

4 Frz. Wortlaut: «Faits de bolchévisme d’une gravité extrême obligent Gouvernement luxembourgeois solliciter urgence renforts garnison pour capitale et villes bassin minier.»





Luxembourg Le Pont Adolphe

Die Anhänger der *Kommunistischen Internationale* fanden großen Zuspruch unter den 3 500 Mitgliedern in den 45 Ortsgruppen der Sozialistischen Partei. Dennoch unterlagen sie auf dem Kongress der Partei, der am 1. und 2. Januar 1921 in Differdingen stattfand, deutlich mit 21 zu 67 Stimmen bei drei Enthaltungen. Das hing damit zusammen, dass die reformistischen Gewerkschaftsführer, die um ihre eigene Vormachtstellung in der Gewerkschaft fürchteten, sollten die 21 „Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ angenommen werden, sich mit dem rechten Flügel der Partei verbündeten und sich im Vorfeld des Kongresses unehrlicher Methoden bedient hatten, um die Wahl möglichst vieler Anhänger der kommunistischen Fraktion zu verhindern.

Clara Zetkin, die als Vertreterin des Exekutivkomitees der *Kommunistischen Internationale* illegal nach Luxemburg gekommen war, um am Kongress teilzunehmen und für den Beitritt zur *Kommunistischen Internationale* zu werben, hatte das Land bereits wieder verlassen, als es am 2. Januar zur Abstimmung kam und die kommunistische Resolution mehrheitlich abgelehnt wurde.

Anschließend verließen 18 Delegierte, die nicht bereit waren, sich mit der reformistischen Praxis der Partei abzufinden, den Kongress und gründeten in Niederkorn, einem Ortsteil der Gemeinde Differdingen, die *Kommunistische Partei Luxemburgs* (KPL), Sektion der III. Internationale, die ideologisch und organisatorisch unabhängig von den Reformisten sein sollte. Wenige Wochen später beschloss die sozialistische Jugendorganisation mehrheitlich, sich der KPL und der *Kommunistischen Jugendinternationale* anzuschließen.

Clara Zetkin hatte in ihrer Rede auf dem Kongress am 1. Januar 1921 noch beschwichtigt, eine mögliche Spaltung werde vorübergehend sein. „Selbst unter der Gefahr der Scheidung muss Klarheit geschaffen werden. (...) Übrigens bin ich überzeugt, dass ihr euch wieder zusammenfindet auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes“, so Zetkin. Aber 94 Jahre nach der Spaltung und mehr als zwanzig Jahre nach dem Ende der Sowjetunion ist der Graben zwischen der KPL, die weiter auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes steht und der sozialistischen Partei, die sich gänzlich im Kapitalismus integriert hat, nicht kleiner, sondern größer geworden.

Zum Zeitpunkt, als die KPL gegründet wurde, hatte sich der Kapitalismus in Europa bereits wieder von der revolutionären Nachkriegsperiode erholt. Sowjet-Russland hatte sich zwar behauptet, aber in allen anderen Ländern war es dem Kapital gelungen, seine Herrschaft zu erhalten, oft durch den Einsatz von brutaler Gewalt.

Auch in Luxemburg hatten sich die bestehenden Verhältnisse gefestigt, und die neuen belgischen und französischen Stahlherren machten kein Hehl daraus, dass sie die Absicht hatten, die Arbeiterklasse in die Schranken zu weisen und die während der vorangegangenen drei Jahre erkämpften Betriebsräte, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen rückgängig zu machen.

Auslöser des Märzstreiks von 1921 war die Entscheidung der Stahlherren, die Folgen der Stahlkrise, die 1920 zu einem Rückgang der Aufträge, der Produktion, der Stahlpreise und der Profite führte, auf die Beschäftigten abzuwälzen, wie das während der vergangenen Jahrzehnte immer wieder geschah, wenn es zyklische Krisen im Stahlbereich gab oder kapitalistische Überproduktionskrisen.

Am 15. Februar 1921 kündigte die Stahlgesellschaft HADIR die Entlassung von 150 Hüttenarbeitern zum 1. März an, wenige Tage später war von 400 Arbeitern die Rede, die entlassen werden sollten, während die verbleibenden 2 800 Beschäftigten nur noch vier statt fünf Schichten in der Woche arbeiten sollten.

Als am 17. Februar auch die belgischen Hüttenherren der Ougrée-Marihaye in Rodingen die Entlassung von 400 Arbeitern ankündigten und bekannt wurde, dass auch im Hüttenwerk in Steinfort 150 Beschäftigte entlassen werden sollten, beschloss der *Luxemburger Berg- und Metallindustriearbeiter-Verband*, die Arbeiter dazu aufzurufen, die Hüttenwerke zu besetzen, sollten sie am 1. März daran gehindert werden, sich zu ihren Arbeitsplätzen begeben.

Bereits einen Tag später informierten die Kommunisten, die im Differdinger Arbeiterrat die Mehrheit hatten, die Arbeiter während öffentlichen Versammlungen über die Entscheidung der Gewerkschaft, und am 1. März forderte der Arbeiterrat des Differdinger Hüttenwerks die Rücknahme der Entlassungen, das strikte Einhalten der 48-Stundenwoche und die Kontrolle der Finanzen der Hüttengesellschaft. Im Falle, dass die Direktion die Forderungen nicht erfülle, produziere das Werk ab sofort unter der Leitung der Arbeiter. Die Regierung ließ sofort den Schriftführer des Arbeiterrates, den Kommunisten Zénon Bernard, verhaften. Er wurde allerdings noch am gleichen Tag freigelassen, da er anhand seiner Redenotizen nachweisen konnte, dass er – im Gegensatz zu den Behauptungen der Regierung – am 18. Februar nicht öffentlich zu Waffengewalt aufgerufen hatte.

Am 2. März gingen die Hüttenarbeiter und Bergleute aus Rodingen und Steinfort zwar zu ihren Arbeitsplätzen, weigerten sich aber, die Anordnungen ihrer Vorgesetzten zu befolgen. Schon wenige Stunden später besetzten dann, wie das zuvor der Generaldirektor der Hüttengesellschaft HADIR gefordert hatte – auf Anordnung von Regierungspräsident Emile Reuter - schwerbewaffnetes luxemburgisches und französisches Militär die Hüttenwerke in

Differdingen und Rodingen, während Luxemburger Gendarmen die Arbeiter aus dem Steinförter Hüttenwerk vertrieben.

Dass Frankreich umgehend auf den Hilferuf der Luxemburger Regierung reagierte, dürfte darauf zurückzuführen gewesen sein, dass der französische Botschafter in Luxemburg, Armand Mollard, dem französischen Außenminister Aristide Briand berichtete, dass „die Ereignisse keinen wirtschaftlichen Charakter, sondern tatsächlich den einer revolutionären und kommunistischen Bewegung haben“<sup>5</sup>.

Am 3. März breitete sich der Streik auf weitere Betriebe aus, und am 5. März waren zwischen 17 000 und 18 000 Hüttenarbeiter und Bergarbeiter im Ausstand. Militär besetzte die Betriebe, die Streikposten wurden mit Gewehrkolben auseinandergetrieben, die Stahlherren drohten erst mit Lohn- und Urlaubskürzungen, dann mit Massenentlassungen und der Schließung der Hüttenwerke für eine lange Zeit, sollten die Arbeiter weiter streiken.

Am 8. März bröckelte die Streikfront bereits, und 11. März verfügte die Regierung auf Druck der Stahlherren und der Botschafter Belgiens und Frankreichs die Abschaffung der Betriebsräte und am 17. März rief die Leitung der *Berg- und Hüttenarbeitergewerkschaft* dazu auf, den Streik abzurechnen.

Zuvor hatten bereits viele Arbeiter vor den Pressionen des Kapitals kapituliert und hatten die Arbeit wieder aufgenommen. Nur in Differdingen und Rodingen, wo die meisten Entlassungen angekündigt waren und der Einfluss der Kommunisten am stärksten war, dauerte der Streik noch mehrere Wochen an, bevor er endgültig zusammenbrach.

Zuvor hatten die Angestellten der Gruben- und Hüttenbetriebe, aber auch die Eisenbahner, die gerade mit der Regierung über die Einführung eines Sonderstatuts verhandelten, es abgelehnt, sich dem Streik anzuschließen. Die erst am 23. Januar 1921 auf Initiative der Rechtspartei und der katholischen Kirche gegründete *Christliche Gewerkschaft* LCGB wurde ihrer Spalterrolle gerecht, indem sie die *Bolschewiken* unter den Berg- und Hüttenarbeitern verteufelte.

---

5 Frz. Wortlaut: «...que les évènements n'ont pas le caractère d'un mouvement économique, mais bien celui d'un mouvement révolutionnaire et communiste.»

Die Repression war gewaltig. In Differdingen wurden 500 Arbeiter entlassen, in Steinfort 140, in Rodingen 120. In allen Hüttenwerken wurden die Mitglieder der Arbeiterräte und die Streikführer auf die Straße gesetzt, Hunderte Arbeiter wurden gemäßregelt und im Lohn zurückgestuft, es hagelte Geld- und Gefängnisstrafen, und die ausländischen Arbeiter, die sich beim Streik hervorgetan hatten, wurden sofort ausgewiesen. Allein in Differdingen wurden 370 Arbeiter über die Grenze abgeschoben..

Die Niederschlagung der Märzbewegung von 1921 schwächte die Arbeiterbewegung sehr stark. Enttäuscht über den Rückschlag, aus Furcht vor Racheaktionen der Stahlherren und infolge des herrschenden Terrorklimas in den Betrieben, kehrten die meisten der knapp 17 000 Arbeiter, die zu Beginn des Jahres 1921 im *Berg- und Metallarbeiterverband* organisiert gewesen waren, der Gewerkschaft den Rücken. Die Gewerkschaftsgruppe in Esch/Alzette – die größte Gruppe im Land – verlor 5 000 ihrer 5 100 Mitglieder, in Differdingen blieben von 3 800 Gewerkschaftsmitgliedern nur noch 30 übrig.

Die meisten Arbeiter, die seit der Gewerkschaftsgründung im Jahre 1916 miterlebt hatten, wie Lohnverbesserungen, Arbeitszeitverkürzungen und Arbeiterräte erkämpft werden konnten, aber keine grundlegenden Kenntnisse über das Funktionieren des Kapitalismus und den Klassenkampf hatten, verstanden nicht, wie es zu dieser Niederlage kommen konnte. Jean Bukovac, der im Januar 1921 Präsident der Sozialistischen Partei wurde und einer der Streikführer während der März-Bewegung war, bevor er im Mai 1921 zur KPL übertrat, fasste sein Wissen um die ökonomischen Zusammenhänge auf einer öffentlichen Versammlung der KPL am 22. September 1921 wie folgt zusammen:

„Die Arbeiter glaubten, es ginge immer so weiter, die Löhne würden ständig steigen und die Arbeitszeit verringert werden. Sie wussten nicht, dass die Bourgeoisie, die in dieser Zeit zu schwach war, um einen Kampf aufzunehmen, Konzessionen machte, dabei aber dachte: Sobald wir wieder stark sind, zerstören wir alles, was wir den Arbeitern gewährten.“

Diese Erkenntnis hat bis heute nichts an Aktualität eingebüßt, denn seit den Tagen der Märzbewegung von 1921 gibt es in Luxemburg Hunderte Beispiele dafür, wie das Kapital systematisch und oft mit Erfolg Konzessionen, die es der Arbeiterbewegung zuvor machen musste,



Parade von Luxemburgischen Freiwilligen

bei der erstbesten Gelegenheit rückgängig machte. Mit dem Ende der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus verstärkte sich diese Tendenz, und heute erleben wir das nahezu jeden Tag in den Betrieben. Diese Erkenntnis aus der Niederlage des Streiks von 1921 zeigt uns bis heute, wie wichtig es ist, marxistisch-leninistische Erkenntnisse über den Kapitalismus und über Strategie und Taktik in der Arbeiterbewegung zu verbreiten.

Die Diskussionen, die nach dem Ende des März-Streiks in der Gewerkschaft über die Ursachen der Niederlage erfolgten, führten dazu, dass die Spaltung zwischen dem revolutionären, kommunistischen Flügel und dem reformistischen Flügel, der während des Streiks in den Hintergrund getreten war, sich weiter vertiefte, dass die Kommunisten ausgegrenzt und schließlich aus dem Verband ausgeschlossen wurden. Das machte es den reformistischen Gewerkschaftsführern, die inzwischen auch die *Sozialistische Partei* beherrschten, leichter, die Gewerkschaft definitiv auf einen reformistischen Kurs zu bringen.

Ab sofort sollte die Gewerkschaft keine politischen Forderungen mehr stellen, sondern sich auf materielle Forderungen, die das Leben der Arbeiter verbessern sollten, beschränken. Die Forderung nach einer Sozialisierung der Produktionsmittel wurde aufgegeben und der Streik wurde nicht mehr als vorrangiges Mittel gesehen, um die Interessen der Arbeiter durchzusetzen. Selbst im Falle, dass gewerkschaftlich organisierte Kollegen gemäßregelt würden, sollten die übrigens Beschäftigten nicht die Arbeit niederlegen. „Mit Recht hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass der Streik mehr ein Beweis der Schwäche, denn der Stärke der einer Gewerkschaft ist“, schrieb am 29. Oktober 1921 die Gewerkschaftszeitung *Proletarier*.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die reformistischen Kräfte in den Gewerkschaften, die in der Regel auch der sozialistischen Partei angehörten, noch Jahrzehnte später immer wieder die Niederlage beim März-Streik von 1921 ins Feld führten, um ihre reformistische, antikommunistische Politik zu rechtfertigen, obwohl es seither mehr als einen erfolgreichen Streik gab, der von klassenkämpferischen Berg- und Hüttenarbeitern geführt wurde.

Die Niederlage der Arbeiterbewegung beim Streik von 1921 war für die KPL verheerend. Insgesamt 150 der 350 Mitglieder, welche die KPL zu diesem Zeitpunkt hatte, wurden entlassen. Viele von ihnen mussten ins Ausland gehen, weil sie wegen der „schwarzen Listen“, welche die Stahlherren aufgestellt hatten, in Luxemburg keine Arbeit mehr bekamen. 50 ausländische Parteimitglieder, vornehmlich deutsche, italienische und niederländische Kommunisten, wurden ausgewiesen.

Nach der Niederlage machte sich in den Reihen der KPL nicht nur Niedergeschlagenheit breit, sondern ein Teil der Mitglieder der Parteileitung, die durch die *Offensivtheorie* der *Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands* beeinflusst waren, bediente sich eines verbalen Radikalismus, der die Partei erst recht isolierte. Zu einem Zeitpunkt, da die revolutionäre Nachkriegsperiode zu Ende ging und die kapitalistischen Verhältnisse sich stabilisierten, verbreiteten sie die Illusion, der Märzstreik sei nur ein Vorspiel für die kommende Offensive, weshalb es notwendig sei, Waffen zu sammeln.

Die Auseinandersetzungen, die darüber in der KPL geführt wurden, hatten zur Folge, dass die Gegner der *Offensivtheorie* die Oberhand gewannen und dass Anfang 1922 eine neue Parteileitung unter Zénon Bernard und Jean Bukovac gewählt wurde. Allerdings war die KPL,

die aus Geldmangel auch ihre Wochenzeitung Der Kampf einstellen musste, inzwischen so schwach, dass sie kaum noch in Erscheinung treten konnte.

Die Schwäche der KPL und das Fehlen jeder klassenkämpferischen Propaganda machten es den reformistischen Kräften leichter, ihren Einfluss in der Arbeiterbewegung zu vergrößern. Das geschah über die Gewerkschaften, die nach und nach wieder mehr Mitglieder gewannen, aber auch über die *Arbeiterpartei*, die 1924 aus der Sozialdemokratischen Partei hervorging und die von den reformistischen Gewerkschaftsführern beherrscht wurde.

Der wirtschaftliche Aufschwung, der 1924 einsetzte, weckte bei vielen Arbeitern sozialreformistische Illusionen, um so mehr die Herrschenden, denen der Schreck der revolutionären Nachkriegsperiode noch in den Knochen saß, bemüht waren, die Arbeiterbewegung in das kapitalistische System einzubinden und den Arbeitern die Illusion zu vermitteln, ihre Vertreter seien Partner bei der Gestaltung des Landes. Das war auch der Grund, dass die klerikal-liberale Regierung Reuter am 4. April 1924 ein Gesetz über die Berufskammern verabschiedete, darunter die Arbeiter- und die Angestelltenkammer, die das Recht bekamen, Gutachten zu allen Gesetzesprojekten abzugeben, welche die einzelnen Berufskategorien betrafen.

Ein Jahr später, am 8. Mai 1925, wurden vom liberalen Staatsminister Pierre Prüm dann sogar wieder die Arbeiterausschüsse für Betriebe ab 20 Beschäftigte eingeführt. Ihnen war allerdings die Rolle zugeordnet, eine sozialpartnerschaftliche Rolle zu spielen und Bittschriften der Belegschaften an das Kapital weiterzugeben. In der Praxis hatten sie jedenfalls keinen Einfluss, wenn es darum ging, Lohnverbesserungen oder bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Das klerikal-liberale Kabinett unter Staats- und Außenminister Joseph Bech, das am 16. Juli 1926 antrat, hatte kein Verständnis für die Forderungen der Arbeiterklasse und machte keinen Hehl daraus, dass es das Kapital weder zusätzlich belasten noch daran hindern werde, sich einen maximalen Anteil des größeren Mehrwerts anzueignen, der dank des Konjunkturaufschwungs und der Produktivitätssteigerungen geschaffen wurde.

Ausdrücklich begrüßte die Regierung das am 30. September 1926 unter dem Namen *Internationale Rohstahlgemeinschaft* gegründete Stahlkartell zwischen den Konzernen aus Frankreich,



Belgien, Luxemburg, dem Saarland und Deutschland. Diese verstärkte Zusammenarbeit mit dem deutschen Monopolkapital wurde von den Herrschenden nicht nur gewünscht, sondern systematisch gefördert, nachdem Deutschland sich am 1. Dezember 1925 im Vertrag von Locarno verpflichtet hatte, die Grenzen von 1918 im Westen auf ewig zu respektieren, und obwohl mit der Wahl von Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten deutlich wurde, dass in Deutschland die Kriegstreiber und Revanchisten „das Heft erneut in die Hand nahmen“.

Das Zustandekommen des Stahlkartells, das nach dem Vertrag von Locarno als ein weiterer Schritt zur Schaffung der „Vereinten Staaten Europas“ dargestellt wurde und seinen Sitz in Luxemburg hatte, erfolgte unter der Führung des Generaldirektors des ARBED-Konzerns, Emil Mayrisch, und des Aufsichtsratsvorsitzenden der deutschen Vereinigte Stahlwerke AG, Fritz Thyssen, der zu diesem Zeitpunkt die Nazi-Partei Hitlers mit umfangreichen Spenden förderte und bereits 1923 den Münchener Putsch Hitlers mit 100 000 Reichsmark finanziert hatte. Das störte Mayrisch, der bis heute in der offiziellen Luxemburger Geschichtsschreibung noch immer wie ein Nationalheld gefeiert wird, offensichtlich nicht. Die ARBED, die zu diesem Zeitpunkt zweitgrößter Stahlproduzent auf Kontinentalebene war, mit der französischen Schneider-Creusot-Gruppe verbunden war und große Produktionsstätten in Deutschland hatte, bereitete dem Aufstieg der deutschen Stahlbarone in Europa den Weg. „Die deutsch-französische Industrie-Allianz als Vorläufer des zwischen beiden Staaten zu schließenden politisch-militärischen Bündnisses mit der Hauptspitze gegen den Osten – das war der von Thyssen bei seinen Luxemburger Verhandlungen 1926 entwickelte Plan“, schrieb 1947 der kommunistische Journalist Albert Norden in seinem Buch *Lehren deutscher Geschichte: zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker*. Als Mayrisch am 5. März 1928 durch einen Autounfall ums Leben kam, wurde Aloyse Meyer neuer Generaldirektor der ARBED und Präsident des Stahlkartells. Der setzte die enge Zusammenarbeit mit der deutschen Stahlindustrie auch dann noch uneingeschränkt fort, als die deutschen Stahlbarone nach der Machtübergabe an Hitler die Stahlproduktion in den Dienst der Kriegsvorbereitungen stellten.

Die Weltwirtschaftskrise, die mit dem New Yorker Börsenkrach vom 24. Oktober 1929 begann und anschließend die kapitalistische Weltwirtschaft erfasste, hatte verheerende

Auswirkungen auf Luxemburg. Erzförderung und Stahlproduktion gingen drastisch zurück, die Stahlherren verfügten eine Senkung der Löhne, und es kam zu Massenentlassungen, so dass sich die Lage vieler Arbeiterfamilien dramatisch verschlechterte. Hinzu kam, dass Tausende ausländische Arbeiter in ihre Heimatländer abgeschoben wurden.

In dieser Zeit erlebte die *Kommunistische Partei*, die im August 1928 nur knapp 200 Mitglieder zählte, davon 149 Italiener und 10 Luxemburger, einen neuen Aufschwung. Zwischen 1923 und 1928 hatte die Tätigkeit der KPL sich praktisch auf sporadische Flugblattaktionen und die Rote Hilfe beschränkt, die sich die Aufgabe stellte, ausländischen Kommunisten, die aus Bulgarien, Italien, Polen und Ungarn nach Luxemburg geflüchtet waren, materielle Hilfe zu leisten.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Wiederaufbau der KPL, der von der *Kommunistischen Internationale* unterstützt wurde, war der 3. Kongress am 28. Dezember 1928, der unter dem Vorsitz von Zénon Bernard stattfand. Dieser erste Kongress seit 1921, dem mehrheitlich ausländische Parteimitglieder beiwohnten, beschloss, Luxemburger Arbeiter für die KPL zu gewinnen, die Leitung der Partei in die Hände Luxemburger Kader zu legen, kommunistische Betriebszellen zu gründen und in den Betrieben gewerkschaftlich tätig zu sein.

Die Propaganda der KPL fiel bei vielen Berg- und Hüttenarbeitern nicht nur wegen der Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der daran anknüpfenden antikapitalistischen Propaganda der Kommunisten auf fruchtbaren Boden, sondern auch wegen der Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer des *Luxemburger Berg-, Metall- und Industriearbeiterverbandes* (LBMIAV), die mit dem Kapital kollaborierten und in den Betrieben einen halbherzigen Defensivkampf führten.

Die *Arbeiterpartei*, die von der Gewerkschaftsführung kontrolliert wurde, untersagte ihren Mitgliedern auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene jede Zusammenarbeit mit Kommunisten und zeichnete sich durch einen virulenten Antisowjetismus aus. Die antikommunistische Keule zu rechtfertigen, wurde den Führern der *Arbeiterpartei* dadurch leichter gemacht, als die KPL, entsprechend den Vorgaben der *Kommunistischen Internationale*, sie zu diesem Zeitpunkt als „Sozialfaschisten“ beschimpfte.

Das hinderte bekannte Gewerkschafter, die zudem Mitglieder der *Arbeiterpartei* waren, nicht daran, zur KPL zu wechseln, so dass sich in der Gewerkschaft eine klassenkämpferische Opposition gegen deren reformistischen Kurs bildete. Diese wurde von der Gewerkschaftsführung mit allen Mitteln bekämpft wurde und ihre Sprecher erhielten immer häufiger von Funktionären während der Gewerkschaftsversammlungen Redeverbot.

Die Gewerkschaftsführung ging sogar so weit, den ausländischen Gewerkschaftsmitgliedern, die weniger als drei Jahre organisiert waren, die Teilnahme an Tagungen und an der Wahl von Kongressdelegierten zu verweigern, um die von den Kommunisten angeführte Opposition zu schwächen. Da wegen der anhaltenden Ausweisungen nur verhältnismäßig wenige ausländische Arbeiter mehr als drei Jahre in der Gewerkschaft waren, blieb diese undemokratische Maßnahme nicht ohne Auswirkungen. Verhindern konnte aber auch das nicht, dass die Arbeiter, die einen konsequenteren Lohnkampf forderten, die Mehrheit in den Gewerkschaftssektionen in Esch/Alzette und Rümelingen erlangten.

Organisatorische Strukturen unter dem Namen *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition* (RGO), wie sie unter dem Impuls der *Kommunistischen Internationale* von den kommunistischen Parteien bereits in anderen europäischen Ländern geschaffen worden waren, gaben sich die in Opposition zur reformistischen Führung stehenden Gewerkschafter erst, als Anfang November 1929 sieben Kommunisten, die an der Spitze der revolutionären Gewerkschaftsopposition standen, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden. Allerdings traten die Arbeiter, die die RGO unterstützten, nicht aus dem LBMI AV aus, sondern setzten sich weiterhin für eine revolutionäre Ausrichtung der Gewerkschaft und für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kommunisten ein. Die KPL fasste auf ihrem 4. Kongress am 25. Januar 1931 sogar den Beschluss, die RGO nicht in eine regelrechte Gewerkschaft umzuformen. In der Praxis erwies sich diese Taktik als äußerst kompliziert, umso mehr, als dass die RGO bei den Ausschusswahlen von 1931 erstmals eigene Listen aufstellte und bei den Bergarbeitern einen Achtungserfolg erzielte.

Schlimmer als die Manöver der reformistischen Gewerkschaftsführer aber war der Polizeiterror, der sich gegen die KPL richtete. Jede Demonstration oder Protestkundgebung, welche KPL und RGO anmeldeten, um gegen die arbeiterfeindlichen Krisenmaßnahmen des

Kapitals, gegen Lohnkürzungen und Entlassungen zu protestieren, wurde verboten. Wenn die Kommunisten dann dennoch auf die Straße gingen, wurden sie von starken berittenen Gendarmerie- und Polizeikräften niedergeknüppelt, verhaftet und von der Justiz verurteilt. Ausländische Kommunisten, die an Demonstrationen teilnahmen, wurden noch am gleichen Tag über die Grenze abgeschoben. Zu all diesen Vorgängen schwiegen die reformistische Gewerkschaftsführung und die *Arbeiterpartei*.

Die Brutalität der Ordnungskräfte führte dazu, dass die Tausende Schaulustigen ihren von Demonstration zu Demonstration steigenden Unmut immer häufiger zum Ausdruck brachten. Weil immer mehr Arbeiter sich mit den kommunistischen Demonstranten solidarisierten, wurden die Protestkundgebungen von KPL und RGO ab dem 23. März 1931 nicht mehr verboten. Doch auch anschließend wurden kommunistische Veranstaltungen immer wieder durch Polizeikräfte gestört, und die Ordnungskräfte übten Druck auf die Schankwirte aus, der KPL keine Versammlungslokale mehr zur Verfügung zu stellen.

Als Hitler im Januar 1933 mit der Unterstützung des deutschen Finanz- und Großkapital in Deutschland an die Macht kam, ergriff das *Luxemburger Wort*, die Zeitung der Rechtspartei von Staatsminister Bech und des katholischen Bistums, offen Partei für die Nazis. „Die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* hat große Hoffnungen geweckt. Für Millionen ist sie die letzte Hoffnung auf Besserung. Würde diese Hoffnung zerschlagen, so wäre der Bolschewismus, das Chaos, die Folge. Das darf nicht sein. Deshalb müssen wir der Partei, auch wenn wir ihr persönlich nicht angehören, Erfolg wünschen. Wir müssen ihr behilflich sein, Erfolge zu erzielen,“ hieß es am 24. April 1933 im Bistumsblatt. Und fünf Monate später, am 18. September 1933, forderte das *Luxemburger Wort* „die Ausschaltung aller Parteien mit unchristlichen und darum staatsfeindlichen Programmen“.

Zu diesem Zeitpunkt begann die klerikal-liberale Regierung, die bemüht war, die wirtschaftlichen Interessen der Luxemburger Stahlherren von ARBED und HADIR im Saarland und in Deutschland zu wahren, innenpolitisch Hitlerdeutschland entgegenzukommen. Am 9. November 1933, als die Nazi-Partei sich bereits in Luxemburg breitmachte, kündigte Staatsminister Bech erstmals seine Absicht an, die *Kommunistische Partei* zu verbieten.

Wenige Monate später ließ Staatsminister Bech in seiner Eigenschaft als Unterrichtsminister untersuchen, ob die Mitgliedschaft der Lehrer Jean Kill und Dominique Urbany in der KPL mit dem Schulgesetz vereinbar sei. Obwohl ihnen kein Verfehlen nachgewiesen wurde, beging die Regierung einen Verfassungsbruch, indem sie die beiden Lehrer am 2. Juli 1934 auf die Straße setzte und ihnen ihre Pensionsrechte aberkannte.

Einen Monat vor diesem Willkürakt hatte die KPL bei den Parlamentswahlen vom 3. Juni 1934, zu denen auch Jean Kill und Dominique Urbany kandidiert hatten, mehr als einen Achtungserfolg erzielt. Erstmals war ein Kommunist in der Person des KPL-Präsidenten Zénon Bernard in die Abgeordnetenversammlung gewählt worden. Doch wiederum beging die klerikal-liberale Regierung Verfassungsbruch, indem sie die Wahl des kommunistischen Abgeordneten am 27. November für ungültig erklärte und der *Arbeiterpartei* das Mandat zusprach. Die blieb weiter auf Distanz zu den Kommunisten, obwohl ihr die KPL am 17. Juni 1934 ein Angebot zu einer Einheitsfront gegen das Kapital und gegen den Faschismus unterbreitet und am 16. September 1934 die *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition* aufgelöst hatte.

In seiner einzigen Rede, die Zénon Bernard eben an jenem 27. November 1934 in der Abgeordnetenversammlung hielt, erläuterte er das Programm der KPL und entlarvte gleichzeitig die antidemokratischen Manöver der *Klerikalen Partei*, der folgendes entgegenhielt:

„Brecht nicht selber die Verfassung, dann wird das arbeitende Volk, dann wird auch die Kommunistische Partei es nicht nötig haben, euch auf diesen ungesetzlichen verfassungs- und vertragslosen Boden zu folgen, und euch mit den Mitteln zu bekämpfen, die ihr selber gegen uns anwendet (...) Glaubt nicht, dass ihr den Kommunismus und die Kommunistische Partei jemals erdrücken oder vernichten könnt. Was einem Zaren, einem Göring nicht gelang, wird auch einem Bech nicht gelingen.“

Mit dieser Einschätzung sollte er Recht behalten. Keine zwei Jahre später scheiterte Bech, und die klerikal-liberale Regierung musste zurücktreten, als das Maulkorbgesetz, das offiziell *Gesetz zum Schutz der politischen und sozialen Ordnung* hieß und mit welchem die KPL verboten werden sollte, am 6. Juni 1937 bei einem Referendum mehrheitlich vom Luxemburger Volk abgelehnt wurde.

Hubert Kesternich

## **DER STAHLBARON HERMANN RÖCHLING - PROFITEUR VON KRIEG UND NACHKRIEG IN DER GROSSREGION**

Ende August 1914 trat Hermann Röchling erstmals ins Rampenlicht der nationalen Politik. Die Besetzung Nordfrankreichs mit bedeutenden Gebietsgewinnen und der Glaube an eine rasche Niederwerfung der französischen Armee veranlassten den Rittmeister Hermann Röchling, zur Abfassung einer Denkschrift an den Statthalter von Elsass-Lothringen. Darin entwickelte er Überlegungen und Pläne, wie, angesichts der fortschreitenden Operationen der deutschen Armeen, in einem nach seiner Ansicht baldigen Diktatfrieden, die deutsche Grenze nördlich von Metz nach Westen zu verschieben sei. Akribisch legte er darin dar, welche Orte bei der beabsichtigten Annexion zu berücksichtigen seien. Mehr noch. Bestandteil seiner imperialistischen Planspiele war so auch, wie mit den dort lebenden Menschen bei einer territorialen Annexion umzugehen sei.

„In dem Erzgebiet wohnen heute fast nur Italiener, Elsass-Lothringer und Polen, Leute die durch Deutsche zu verdrängen sind.“

Mit seinem kruden Weltbild offenbarte Röchling bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges sein imperialistisches Denken, an dessen Realisierung er später in der Zeit des NS-Regimes weiter mitwirkte.

Die im August 1914 geschaffenen *Kriegsrohstoffabteilungen* (KRA) mit einer Zwangsbewirtschaftung der Rohstoffe führten zu einer massiven Einflussnahme der deutschen Schwerindustrie auf die Herstellung der Erzeugnisse. An den entscheidenden Stellen der *Kriegsrohstoffabteilungen* mit Industriellen besetzt, besorgten diese sich gegenseitig Rüstungsaufträge, die letztlich die arbeitende Bevölkerung bezahlen musste. „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen“, charakterisierte Rosa Luxemburg diesen Umstand.

Im Saargebiet waren an führender Stelle dabei: die Röchlings. Bankier Eduard Röchling, ein Bruder von Hermann Röchling, leitete mit anderen Saarindustriellen die Kriegsamtsstelle Straßbourg. Bedeutend größeren Einfluss hatte ein weiterer seiner Brüder, Louis, der von 1907

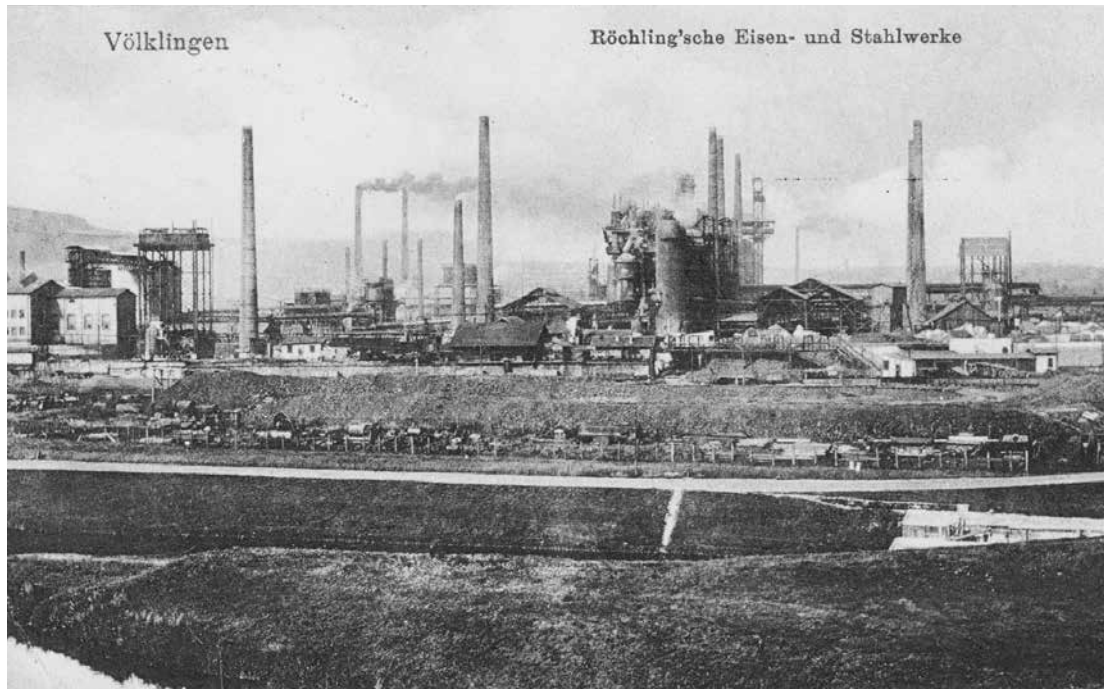
bis 1919 den *Deutschen Stahlwerksverband* leitete und sein Vetter Paul, der ab 1914 Präsident der Saarbrücker Handelskammer war. Mit Eisen und Stahl, Kohlen und Koks lieferte die Industrie an der Saar die wichtigsten Grundstoffe für die deutsche Rüstungsproduktion.

Der rasche Ausbau der *Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke* (RESW) als Waffenschmiede im Ersten Weltkrieg begann mit der Errichtung von drei Siemens-Martin-Öfen in den Jahren 1915/16, von drei weiteren Elektroöfen 1915/17 und mit einer Edelstahlschmiede im Jahr 1913, die 1915 um ein neues Press- und Hammerwerk, ausschließlich für die Fabrikation von Geschossen, erweitert wurde. Damit waren die Röchling-Industriewerke zum größten Edelstahlproduzenten an der Saar geworden.

Seit 1916 fand auf deutscher Seite ein die Lederpickelhaube – lange Symbol des preußischen Militarismus – ersetzender Stahlhelm Verwendung. Ein Großteil des Stahls für die von 1916 bis 1918 gefertigten 7,5 Mio. Stahlhelme und 50 000 Stahlstirnschilde wurde bei den RESW gefertigt. Granaten wurden bei den RESW in einer 1915 eingerichteten Dreherei mit 350 Arbeitsmaschinen und 500 Arbeitern gefertigt. Ein Großteil der zur Granatenherstellung benutzten Drehmaschinen und einige Geschosspresen hatte Hermann Röchling in der nordfranzösischen Stadt Valenciennes requiriert.

Die oben genannten drei einflussreiche Stahlindustrielle Paul, Louis und Hermann Röchling gehörten zu jenen, die sich als Mitbegründer der *Deutschen Vaterlandspartei*, Landesverband Rheinland, einmal mehr als Befürworter der expansiven Kriegszielpolitik der deutschen Industrie erwiesen. Noch 1918 als der Krieg bereits entschieden war, waren sie bereit, für den Erwerb der Erzgebiete um Briey den Krieg noch zehn Jahre länger zu führen. Derselbe Hermann Röchling, der den Ersten Weltkrieg, für das von ihm begehrte Erz, gegen den Erbfeind Frankreich noch zehn Jahre fortsetzen wollte, nutzte in den Tagen der Novemberrevolution von 1918 französisches Militär, um das Wirken des Arbeiter- und Soldatenrates (ASR) in Völklingen zu beenden.

Bescheidene Rechte, die nichts wirklich an dem bisher geübten „Herr-im-Hause-Standpunkt“ der Fabrikherren änderten, waren der Preis für die Zustimmung der rechten Gewerkschaftsführer und der SPD-Führung zum Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916. Damit hatten die Röchlings sich, wie es Rosa Luxemburg formulierte, als „Schildknappen des Imperialismus“ betätigt.



Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke in Völklingen

Im *Deutschen Metallarbeiter Verband* (DMV), der Vorläuferorganisation der IG Metall, nahm unter dem Eindruck der Kriegsentwicklung der Einfluss der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte und die Kritik am Vorstand wegen dessen „Burgfrieden-Politik“ massiv zu. Das einigende Band der Opposition im DMV war die Forderung, den Krieg so rasch als möglich zu beenden. Auf der Generalversammlung im Juni 1917 konnte die Abwahl des amtierenden Vorstandes durch fortschrittliche Kräfte noch knapp verhindert werden.

Während mit Fortschreiten des Krieges in den industriellen Ballungsgebieten des Kaiserreichs die Unzufriedenheit insbesondere unter der arbeitenden Bevölkerung zunahm und es seit Sommer 1917 zu Massenstreiks kam, blieb es vergleichsweise an der Saar ruhig. Allein im Mai 1916 traten Arbeiter der Gruben Sulzbach, Altenwald, Maybach, Jägersfreude und Dudweiler für kurze Zeit in den Ausstand. Ihr Ziel war die Erhöhung der kärglichen Löhne und





In der Blockputzerei bei den Röchling-Werken 1918. Für diese körperlich schwere Arbeit wurden zunehmend auch Frauen eingesetzt.

bessere Versorgung mit Lebensmitteln. Am 24./25. September 1917 kam es, ausgehend von Reden und Heinitz, zum Massenstreik im oberen Revier. Erst im Verlauf der Anfang November 1918 sich Bahn brechenden Revolution, kam es auch an der Saar zu Unruhen.

Unruhen gab es so zwischen dem 9. November 1918 und dem Einmarsch französischen Militärs am 22. November in Völklingen und auf der Hütte, die jedoch zu jenem Zeitpunkt nicht in Betrieb war. Auf einer während dieser Tage stattfindenden Versammlung, auf der auch Hermann Röchling anwesend war, wurde aus der Menge gerufen: „Schneidet ihm den Hals ab“. Die für Röchling durchaus kritische Situation veranlasste ihn, beim französischen Militär – dem genannten *Erbfeind* – um Schutz zu ersuchen. So wurde am 22. November der ASR in Völklingen aufgelöst.

Ursache für den konstatierten Arbeitsfrieden an der Saar waren die einflussreichen, im Solde der Saarindustriellen stehenden *Hüttenarbeiterverbände* und der dadurch bedingte, geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad. Das Saargebiet war gewerkschaftlich eine *Terra incognita*. Im Jahr 1916 waren im Saargebiet gerade 73 Mitglieder im DMV organisiert. 1917 waren es bereits 2 080 und im Jahr 1920 waren 34 400 Hütten- und Metallarbeiter alleine im DMV organisiert. Zu einem ersten Kräftemessen zwischen den erstarkten Gewerkschaften, den weiterhin ökonomisch mächtigen Industriellen und der französischen Militärverwaltung kam es, als es ausgehend von einem Streik auf der Völklinger Hütte, vom 7. bis zum 9. Oktober 1919 zum ersten Generalstreik an der Saar kam.

So, wie mit dem letzten Schuss ein Krieg nicht beendet ist, so war auch für Hermann Röchling mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 28. Juni 1919, dessen Saarstatutteil am 10. April angenommen und am 10. Januar 1920 in Kraft trat, der Krieg nicht beendet. Am 26. Februar 1920 nahm die Regierungskommission unter der Präsidentschaft von Victor Rault im Saargebiet ihre Tätigkeit auf.

Die Saargruben, seit Anfang Dezember 1918 förmlich durch die Gründung des *Service des Mines* unter französischer Verwaltung gestellt, wurden am 23. Oktober 1919 per Dekret offiziell ein nach privatrechtlichen Gesichtspunkten geleitete Unternehmen öffentlich – rechtlichen Charakters, das keine unmittelbare Beaufsichtigung durch das Parlament kannte. Mit dem Inkrafttreten des Versailler am 10. Januar 1920 gingen die Saargruben als *Administration des Mines Domaniales Françaises du Bassin de la Sarre* offiziell in den Besitz Frankreichs über.

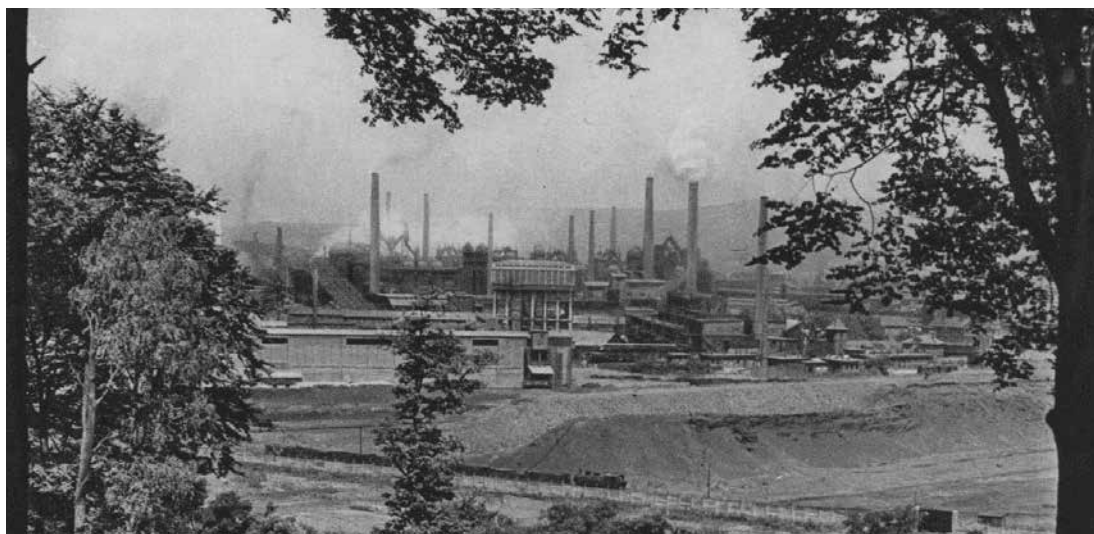
Durch diesen Vertrag wurde das Saargebietes unter Völkerbundsverwaltung gestellt und die Saargruben für 15 Jahre Frankreich zur Ausbeutung freigegeben. Während die Saarhütten, mit Ausnahme der Burbacher Hütte - ein belgisch-luxemburgischer Konzern - als Ergebnis des Versailler Vertrages unter französische Majorität gerieten, gelang es Hermann Röchling sich einer französischen Einflussnahme durch die Aufteilung des Völklinger Werkes in zwei selbstständige Betriebe, zu entziehen.

Hermann Röchling und sein Bruder Robert, Leiter der Carlshütte, wurden im Dezember 1919 von einem französischen Militärgericht in Amiens wegen Diebstahl, Raub und der Zerstörung französischer Fabriken zu 10 Jahren schwerem Kerker, 10 Mio. Francs. Geldstrafe und

15 Jahre Landesverweis verurteilt. 10 Monate der Strafe musste Robert Röchling absitzen, während sich Hermann Röchling der Strafe entzog. Dieses Urteil verfestigte seinen Franzosenhass, was ihn später beim Bau der Maginot-Linie aber nicht davon abhielt, durch die Lieferung von Monierstahl für den Bunkerbau, mit Frankreich gute Geschäfte zu machen.

Hermann Röchling, der durch die Legendenbildung bis heute von interessierten Kreisen als „Arbeiterfreund“ dargestellt und von nicht wenigen Personen auch so wahrgenommen wird, zeigte 1921 jedoch sein wahres Gesicht: An der Saar wurden die Löhne der Berg- und Hüttenarbeiter in mehreren Schritten um 30% gesenkt. Um einen darüber hinausgehenden Spielraum für weitere Lohndrückereien zu haben, trat Hermann Röchling im August 1921 aus dem *Saarländischen Unternehmerverband* aus. Vom 1. bis 30. September 1921 kam es in der saarländischen Schwerindustrie zu einem Streik, bei dem es um die Abwehr weiterer Lohnkürzungen ging. Röchling sperrte die 6 000 Beschäftigten der Hütte aus und entließ den von den Arbeitern gewählten *Arbeiterausschuss*.

1924 wiederholte sich der Vorgang in deutlich dramatischerer Form. Röchling lebte seinen exzessiven Franzosenhass nicht nur gegenüber den *Mines Domaniales*, der Saargrubenverwaltung



Blick auf die Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke in Völklingen

und den Gewerkschaften als Stahlindustrieller aus, sondern auch seit 1922 als Abgeordneter der *Liberalen Volkspartei* (LVP) und von 1924 bis 1934 als Abgeordneter der *Deutsch-Saarländischen Volkspartei* (DSVP). Er sah sich selbst immer als politische Speerspitze gegen alles „Frankophile“ an der Saar. In der sich nun anbahnenden Auseinandersetzung schlug Röchling auf die Arbeiter der Völklinger Hütte ein, zielte aber eigentlich auf die Saargrubenverwaltung bzw. den französischen Staat.

Vom 15. September bis zum 3. November 1924 nahm er beispielsweise die Belegschaft der Völklinger Hütte in „kollektive Geiselhaft“ und sperrte sie kalt 50 Tage aus. In einer bis dahin einmaligen Situation forderte der Konzernchef per Torhausanschlag und Inserat die Belegschaft auf, entweder täglich statt acht nun zehn Stunden zu arbeiten oder auf 25% des bisher vereinbarten Lohnes zu verzichten.

Mit diesem reaktionären Anschlag, auf den während der Novemberrevolution von 1918 erkämpften *Acht-Stunden-Tag*, wollte Röchling der Belegschaft, dem gewählten Arbeiterschuss, der ihm verhassten Regierungskommission und der Saargrubenverwaltung wohl zeigen: „Seht her! Was in meinem Unternehmen passiert, entscheide ich.“ Begründet hatte Röchling seinen Angriff auf den *Acht-Stunden-Tag* und die Geiselnahme der 7 300köpfigen Belegschaft mit insgesamt 30 000 Angehörigen, mit dem Seitens der Saargrubenverwaltung von der Völklinger Hütte etwas höher geforderten Preis für die Kokskohlen.

Nur dem Ideenreichtum der Ortsverwaltung des DMV, an dessen Spitze seit 1921 der Kommunist Albin Weiß stand, seit 1923 auch Mitglied im Völklinger Gemeinde- und Bürgermeistereirat, war es zu verdanken, dass der Streik gegen die Aussperrung nicht bald zusammenbrach. Innerhalb kurzer Zeit gelang es nämlich, einen Großteil der kalt ausgesperrten Völklinger Hüttenbelegschaft auf den verschiedenen Schachtanlagen der Saargruben, auf den Gruben und Hütten in Lothringen unterzubringen sowie für sie bei den umliegenden Gemeinden Beschäftigung zu finden.

Nie zuvor und auch später nie wieder, fanden in diesen Tagen und Wochen der Aussperrung zum Teil täglich mehrere Versammlungen statt, auf denen in und um Völklingen herum und bis hin in den Landesrat hinein, über das unmöglich menschenverachtende und reaktionäre Verhalten Röchlings gesprochen wurde.

Bei diesem „Attentat“ auf die Arbeiter und ihre Familien hatte Hermann Röchling seine Karten überreizt. Bereits vier Wochen nach Aussperrungsbeginn lief er den verhassten Franzosen hinterher, um eine Einheitsfront mit der Saargrubenverwaltung zu erreichen. Das Ergebnis der Aussperrung war für Röchling eine Niederlage. Statt der geforderten Lohnsenkung von 25% konnte er nur eine von 3,5% durchsetzen.

Erstmals nach dem Ersten Weltkrieg äußerte sich Röchling in einer Korrespondenz während dieser Aussperrungszeit auch zum Thema „Krieg“. Dieser sei „...zweifelloso die unwirtschaftlichste Form der Verwendung der menschlichsten Arbeitskraft“. Sechs Jahre später, im Februar 1930, brachte sich Hermann Röchling mit essentiellen Aussagen zum Thema „Krieg“ in die öffentliche Debatte ein. Ob dies unter dem Eindruck der Unterzeichnung des Briand-Kellog-Paktes vom August 1928 war, der „Krieg“ als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen ausschloss oder ob dies wegen des, im August 1928 gegen den Panzerkreuzerbau unter maßgeblicher Beteiligung der KPD, eingeleiteten Volksbegehrens geschah, muss bezweifelt werden. Hermann Röchling schrieb in der *Frankfurter Zeitung*:

„... dass die kultivierten Völker der Erde auf dem Wege seien, die Notwendigkeit der Beseitigung des Krieges überhaupt zu erkennen und dieses Ziel allmählich auch zu verwirklichen. Die Völker beginnen zu begreifen, dass der moderne Krieg auch für den sogenannten Sieger mehr Verderben als Vorteile bringt. Er kann wie er auch ausgehen mag, für jeden Beteiligten nur ein schlechtes Geschäft sein. Diese Einsicht werde sich in Europa jedenfalls, ebenso ausbreiten, wie sich die andere Einsicht durchgesetzt hat, dass allen wirklichen Frontkämpfern der Krieg fürchterlich geworden ist.“

Solche Worte lassen aufhorchen, wenn denn die Botschaft auch an der Saar Verbreitung fand – worüber keine Erkenntnisse vorliegen. Wurde Hermann Röchling durch solche „Friedensposaunen“ zu einer ambivalenten Person? Nein! Sein wirkliches Credo hatte er bereits 1928 mit dem Beitritt in den *Bund zur Erneuerung des Reiches* verkündet. Dieser Bund, in einer Zeit des sich verschärfenden Klassenkampfes und des parlamentarischen Durchbruches der faschistischen NSDAP auf Kosten der bürgerlichen Parteien gegründet, hatte das Ziel, auf eine autoritäre Präsidialregierung hinzuwirken. Er vereinte in seinen Reihen zahlreiche Gallionsfiguren des späteren NS-Regimes. So finden sich Albert Vögler, der Generaldirektor der



- „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ als Hauptlosung einer Manifestation der USPD vor dem Völklinger Bahnhof 1919

*Vereinigten Stahlwerke*, Fritz Thyssen, Gustav Krupp, Paul Reusch, Fritz Springorum und Hermann Röchling, um nur die wichtigsten zu nennen. Sie hatten eines gemeinsam: Sie waren Wegbereiter und Nutznießer des seit 1933 wirkenden faschistischen Systems. Wenn Alfred Hugenberg noch nicht dabei war, so nur deshalb, weil ihm die Vorschläge des Bundes nicht weit genug gingen. Ein Teil der hier genannten Personen wirkten Ende Januar 1933 bei der Vorbereitung der Installierung des kommenden NS-Regimes mit.

Hermann Röchling, für den die von den Faschisten 1933 abgeschafften Parlamente „Schwatzbuden“ waren, entwickelte nach der Machtübertragung durch den Reichspräsidenten und die hinter ihm stehenden reaktionären Kräfte, rasch Aktivitäten zu einer Lösung der



„Die Trauernde“; WK I Denkmal in Völklingen von Benno Eklan

entwicklung im Reiche vollzogen hat und nicht zuletzt die Auflösung der politischen Parteien sind von außerordentlicher Rückwirkung auf das Saargebiet gewesen“.

Mit dieser Begeisterung in seinen Worten – die Gewerkschaftsbüros waren am Vortag von SA-Banden gestürmt, zahlreiche Funktionäre inhaftiert, das Millionenvermögen der Gewerkschaften, vornehmlich die Beiträge der Mitglieder, beschlagnahmt worden – traf sich am 3. Mai 1933 Hermann Röchling zusammen mit seinem Schwiegersohn von Gemmingen erneut mit Hitler.

bevorstehenden Saarabstimmung im Sinne des NS-Regimes. Die Flammen des Reichstags waren gerade gelöscht, die Notverordnung Zum Schutz von Volk und Staat verabschiedet und die Weimarer Verfassung ausgehebelt, als am 23. März 1933 die bürgerlichen Parteien gemeinsam mit der NSDAP, gegen die Stimmen der 94 SPD-Abgeordneten und unter Annullierung der 81 KPD-Mandate, dem Ermächtigungsgesetz zustimmten, mit der Reichskanzler Hitler und die hinter ihm stehenden Kräfte tun und lassen konnten, was sie wollten. Da traf sich Konzernchef und Hitlerverehrer Hermann Röchling am 31. März mit Hitler in Berlin, um erste Kontakte zur Weichenstellung und Klärung der Saarfrage nach 1935 abzustimmen.

„Die atemberaubende Schnelligkeit und die bewunderungswürdige Planmäßigkeit, mit der sich die Ent-

Bei dieser Besprechung kam Röchling rasch zur Sache und gab Hitler zu erkennen, dass er „nicht den geringsten Wert auf die Beibehaltung alter Parteiorganisationen an der Saar lege“. Wohlgermerkt, Röchling verhandelte nicht über seine DSVP, nein, er machte Hitler den Vorschlag, die bürgerlichen Parteien an der Saar zugunsten einer zu bildenden nationalistischen Kampffront aufzulösen.

Bereits am 15. Mai kam es zu einem weiteren Treffen zwischen Hitler, dem Reichsaußenminister und einer Saardelegation. Neben Röchling, der dieses Treffen arrangierte, nahmen führende Vertreter der christlichen Saargewerkschaften und des Saarentzentrums teil. Gegenstand der Erörterungen war unter anderem, die Bildung einer Deutschen Einheitsfront, einer Abstimmungsfront zur Bündelung der nationalistischen Kräfte und, wie mit den ca. 5 000 an Saar lebenden Juden umzugehen sei.

Im Juli 1933 brachte er in einem Schreiben an Hitler seine Sorge zum Ausdruck, das Saargebiet könne nach 1935 „ein jüdischer Naturschutzpark werden. Es scheint mir daher notwendig zu sein, durch geeignete Maßnahmen, die jetzt schon bald einzuleiten wären, zu verhindern, daß das Saargebiet zu einem jüdischen Ghetto für ganz Deutschland wird.“

Aus dem hier nur gekürzt Beschriebenen wird deutlich: Röchling wirkte sehr früh und energisch an der Weichenstellung für die Bildung einer nationalistischen Kampffront zur Beeinflussung der Saarabstimmung im Sinne des NS- Regimes. Er war der Vater der sich bald bildenden *Deutschen Front*.

Röchling war ein knallharter Rechner. Er wusste: Hitler und seine Partei, das war wovon viele Industrielle seit der Novemberrevolution träumten: Keine Gewerkschaften mehr, auch keine Parteien und eine starke Regierung, die zwar viel vom Frieden redete, jedoch expansive außenpolitische Ziele zur Neuordnung Europas verfolgte. Das Ergebnis des Referendums vom 13. Januar 1935 im Saargebiet ist bekannt.

Mit der Verabschiedung des zweiten Vierjahresplans auf dem Nürnberger NSDAP-Parteitag im September 1936, dessen Bestandteil die beschleunigte Ausrichtung der Wirtschaft auf Rüstung und die Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion war, fand Hitler natürlich Zustimmung bei Hermann Röchling.



In einem „Krieg, [bei dem es] in erster Linie [um] Vernichtung des gegnerischen Lebens und seiner Einrichtungen [geht], sah Röchling die Realisierung seiner Ideale. „Der Krieg ist der schärfste Wertmesser für alle Dinge.“ ... Deshalb „ist es unsere Aufgabe, im Innern mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass unsere Soldaten das erhalten, was sie brauchen.“

Und in einer Denkschrift, wie bereits im August 1914, meldete sich Hermann Röchling, nun an Adolf Hitler gerichtet, am 16. August 1936 zu Wort:

„Gedanken über die Vorbereitung zum Kriege und seine Durchführung:

...Der kommende Krieg wird in erster Linie ein Krieg der Technik sein, wobei höchste Technik, höchster Mannesmut und größte Kraft zur Ertragung von Entbehrung vielleicht den Sieg ermöglichen“.

Die Kriegsbegeisterung Röchlings führte bei den RESW zum raschen Ausbau des Werkes als Waffenschmiede zur Vorbereitung und Durchführung eines Krieges. Gleichzeitig wurde Röchling 1938 zum *Wehrwirtschaftsführer* ernannt. 1940, nach dem Überfall auf Frankreich, wurde er zum *Generalbeauftragten für Eisen und Stahl für die Gebiete Lothringen und Meurthe-de-Moselle* ernannt. 1941 wurde er in den Verwaltungsrat der Reichsbank, 1942 in den Führungsstab der deutschen Kriegswirtschaft berufen und wurde Mitglied im Rüstungsrat. Im Mai 1942 wurde Röchling durch Führererlass zum Leiter der Reichsvereinigung Eisen ernannt. Damit war er im NS-System oben angekommen.

Derweil schufteten auf den RESW bis 1944 Zwangsarbeiter, ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene unter zum Teil unmenschlichen Bedingungen und Hungerlöhnen zur Verlängerung des Krieges und zur Bereicherung des Röchlingclans. Auf den RESW führte er nicht nur als einziges saarländisches Werk eine eigene Gerichtsbarkeit mit einem Schnellgericht ein, sondern hatte auch ein eigenes Straflager in Etzenhofen. Seine Philosophie über die geringe Bezahlung der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen formulierte er bereits 1935 in seinem Buch *Wir halten die Saar*:

„Der kapitalisierte Arbeitswert eines Menschen wird allenfalls im Sklavenhandel, dann aber meist sehr niedrig veranschlagt.“

Bis zum Ende und der Niederlage des NS-Faschismus war er dem System devot ergeben. Am 1. Januar 1943 schrieb er als RVE-Vorsitzender an alle Betriebe der Eisenschaffenden Industrie und „bat den Allmächtigen, dass er uns alle in seinen gnädigen Schutz nimmt und dass er uns den Führer erhalte, zu dem wir in Liebe und Verehrung aufsehen.“

Im Rastatter Prozess des Jahres 1949, bei dem Hermann Röchling zu zehn Jahren Gefängnis, Beschlagnahme seines gesamten Vermögens und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wurde, erklärte er, uneinsichtig über seine Verfehlungen auf die Frage nach dem Motiv seines Handelns:

„Ja, niemand hat mich gezwungen. Ich tat es, weil ich überzeugt war.“

Hermann Röchling war also ein Überzeugungstäter. Von seiner zehnjährigen Gefängnisstrafe saß er einige Monate im Diakonissenkloster ab, dann wurde er begnadigt. Der Befund ist eindeutig; Hermann Röchling war Opportunist und Überzeugungstäter, der zwar gelegentlich vom Frieden sprach, sich letztlich aber durch die Einbindung in das faschistische NS-System, dessen Nutznießer er war, zum Erfüllungsgehilfen machte. Er bereute nichts, was er je im Dienste des verbrecherischen NS-System tat.

Heute haben wir in Völklingen den geistigen Schutt und Nachlass der NS-Zeit in Form von vier Straßen, benannt nach Mitgliedern der Familie Röchling immer noch zu ertragen. Alleinstellungsmerkmal in Deutschland ist die Benennung eines ganzen Stadtteils nach einem mehrfach verurteilten Kriegsverbrecher. Es handelt sich um Hermann Röchling.

Vor drei Jahren gründete sich eine Initiative zur Umbenennung des Ortsteils mit dem alten Namen *Bouser-Höhe*. Dies gelang noch nicht. Eine Mehrheit des Stadtrats in Völklingen entschied sich in eine Umbenennung in *Röchling-Höhe*, womit nun mehrere Verurteilte inklusive dem Kriegsverbrecher Hermann Röchling geehrt werden. Gleichwohl hat die Initiative es geschafft eine Debatte über die Rolle und Bedeutung der Röchlings in Völklingen auszulösen.



Jean-François Lassagne

November 1918 im annektierten Lothringen:

## **„VON DEUTSCHLAND AUS WEHT DER WIND DER REVOLUTION ÜBER DIE REGION“**

### Der Kontext

Als sich die Lage der deutschen Armee an der Westfront zuspitzte, entschloss sich der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden am 4. Oktober 1918 dazu, den amerikanischen Präsidenten Wilson um einen Waffenstillstand zu ersuchen. Ein Teil der deutschen Truppen an der russischen Front war inzwischen von der *Oktoberrevolution* „angesteckt“ worden und viele Soldaten kehrten, nach dem geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. März 1918, mit dem Wunsch einer Revolution zurück.

„Die meisten unserer Landsleute befanden sich im zaristischen und reaktionären Russland an der Front, als dort die Revolution losbrach und die kapitalistische Welt erschütterte... Sie alle spürten, dass etwas Großes im Gange war, das mit der Vergangenheit brechen würde... Die Soldaten des Kaisers verbrüdereten sich mit den russischen Soldaten... Es gab also einen Ausweg aus diesem blutigen Albtraum... Als die Truppen von der Ostfront versetzt wurden, kam es bereits zu Massendesertationen, die die Einheiten dezimierten. Das waren die ersten Anzeichen der deutschen Revolution von 1918...“<sup>1</sup>

Die Soldaten, die in den langen Kriegsjahren so sehr gelitten hatten, konnten nun sowohl den Zusammenbruch der militärischen als auch der zivilen Behörden beobachten. Aus dieser Entwicklung schöpften sie große Hoffnung, da sie einerseits die Aussicht auf das Ende des Krieges und andererseits auf eine Machtübernahme bedeutete. Ab Oktober gab es insbesondere auf Initiative des *Spartakusbundes* in Berlin und vielen weiteren deutschen Städten Demonstrationen des Volkes, die sich schließlich auf das ganze Land ausweiteten und eine revolutionäre Wende einleiteten, wobei für 1918 vor allem an den Aufstand der Kieler Matrosen und Hafenarbeiter erinnert sei.

---

<sup>1</sup> Dahlem, Robert: Bürgermeister von Saarlouis (1945 bis 1947), in: LORANG, Henri: Luttès-Espoirs-Libertés. Les masses laborieuses de Moselle. 1789-1950, Unveröffentlichtes Script.

Überall im Land wurden Arbeiter- und Soldatenräte gegründet, so beispielsweise auch in Berlin und besonders Bayern, wo diese am 8. November eine „Bayerische Räterepublik“ ausriefen.

Auch in Elsass-Lothringen konnte es nicht anders kommen. 380 000 Elsass-Lothringer waren in die deutsche Armee eingezogen worden, von denen mindestens 10 000 der Marine und zahlreiche weitere den Bodenstreitkräften zugeteilt worden waren. Viele von ihnen schlossen sich, zum Teil fernab ihrer Heimat, der Revolutionsbewegung an, so wie der im Stahlwerk Wendel in Roussellange beschäftigte Arbeiter und Aktivist Henri Janus. Dieser wurde später stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Moyeuvre-Grande im Departement Moselle. Er erkannte frühzeitig die revolutionäre Energie unter den Matrosen der Flotte und schloss sich den Arbeiter- und Soldatenräten in Hamburg an.



Deutsche Truppen defilieren am Deutschen Tor in Metz

Im annektierten Lothringen war die Arbeiterklasse noch stark vertreten in den Eisenerz- und Stahlbecken des Orne- und Fenschtals sowie in den Steinkohlerevieren im Osten des Departement Moselle, die strategische Produktionsstandorte für die militärischen Zwecke der Deutschen darstellten und deren Potenzial als Industriestandort intakt geblieben war. Aufgrund der Mobilisierung der Arbeiter und der deutschen leitenden Angestellten und aufgrund der Tatsache, dass die meisten italienischen Arbeiter zu Beginn des Krieges das Land verlassen hatten, konnten diese Industriezweige nicht mehr ihr volles Potenzial ausschöpfen, weshalb das deutsche Oberkommando sich schließlich gezwungen sah, russische Kriegsgefangene einzusetzen und 1917 zusätzlich 3 500 Soldaten zu demobilisieren, um die Produktion zu steigern. Im Verlauf des Ersten Weltkrieges übte die preußische Militärdiktatur ihre Macht mit zunehmender Härte aus. Gleichzeitig zeigte sich das Elend der geschundenen Arbeiterklasse immer deutlicher, wobei Lebensmittel und Brennstoffe mit zunehmender Knappheit immer teurer wurden.

Während des Krieges war die Aktivität der Freien Gewerkschaften wie auch der christlichen Gewerkschaften in diesen Industriegebieten mehr oder weniger gering, da die Polizei sie unerbittlich überwachte. Dennoch kam es aufgrund der Lebensmittelengpässe sowie der hohen Preise zu Streiks, wie beispielsweise im Juni 1916 im Bergwerk in Aumetz oder im April 1917 in den Zechen *Amélie* von Aumetz, *Saint Michel* in Deutsch-Oth sowie auf der Zeche in Knutange.<sup>2</sup> Bei *Sarre et Moselle*, im Steinkohlerevier, wo die Streiks fünf Tage andauerten, konnten die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 20% erwirken. Allerdings wurden unmittelbar danach die Gewerkschaftsführer entlassen.<sup>3</sup> Nachdem Arbeiter in Hayingen für eine Erhöhung der Brot- und Fleischrationen gestreikt hatten, reagierte man, indem man jene „Unruhestifter“ an die Front schickte.

Auch in den ländlichen Gegenden, in denen Zwangsabgaben, Requirierungen sowie schikanöse Kontrollen an der Tagesordnung waren, wuchs die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die russischen Kriegsgefangenen, die zur Arbeit in den Fabriken herangezogen wurden, lebten dort unter schrecklichen Bedingungen: In diesem höchst angespannten Klima kam „der Wind der Revolution“ über die Region.

---

<sup>2</sup> Deutsch, veraltet: Kneuttingen.

<sup>3</sup> Roth, François: *La Lorraine annexée 1871-1918*. Editions Serpenoise. Neuauflage 2007, S. 615.

## Die Gründung der Räte

### In Metz

Bereits am 7. November des Jahres 1918 konnten die Bürger von Metz erstaunliche Straßenszenen beobachten, die damals so in Deutschland häufiger zu sehen waren. „Offiziere“ wurden von einfachen Soldaten, die mehr oder weniger rechtmäßig auf Fronturlaub waren, angepöbelt und beleidigt.

Am Abend des 8. November setzte ein Sonderschnellzug aus Wilhelmshaven und aus Kiel kommend mit Zwischenhalt in Osnabrück, Münster, Düsseldorf und Köln etwa 40 Matrosen ab, davon 5 in Metz und weitere in Saarbrücken, bevor der Sonderzug Straßburg erreichte. In Metz unterstützten diese Matrosen die revolutionären Soldaten auf Fronturlaub, die die Dienststellen der Eisenbahn besetzt hielten. Den Offizieren sowie den sonstigen Befehlshabern der Armee wurden die Waffen abgenommen.<sup>4</sup>

Gemeinsam mit den sozialistischen Gewerkschaftern Charles Becker, Brauersreuther, Recht und Voortmann gründeten die Soldaten einen revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat. Von da an tagte er dauerhaft und setzte als Wahrzeichen, das ab sofort über dem Rathaus wehte, eine mit Mennige gefärbte ehemals türkische Flagge, die nun zu einer Roten Fahne der Revolution geworden war.

Der lothringische Aktivist Charles Becker war bereits vor dem Krieg Sekretär der Union Freier Gewerkschaften gewesen, die ihren Hauptsitz in der Rue de Magny im Metzger Sablon-Viertel hatte. Regelmäßig organisierte er Versammlungen im industriell geprägten Departement Moselle, wo es 1916 und 1917 zu Streiks gegen die hohen Lebenshaltungskosten kam.

Der altdeutsche Gewerkschaftler und sozialdemokratische Aktivist Heinrich Voortmann, der im Orne-Tal sehr geschätzt wurde, hatte einen großen Einfluss auf die Stahlarbeiter in den Rombacher Stahlwerken.<sup>5</sup>

„Brauersreuther war ein Metallarbeiter in Soldatenuniform, er hatte die deutsche Staatsbürgerschaft. Nach dem Einzug der französischen Armee war er trotz seines

---

<sup>4</sup> Diwo, Gérard: Artikel aus Heft N° 22 des Cercle Jean Macé.

<sup>5</sup> Roth, François: La Lorraine annexée 1871-1918. Editions Serpenoise. Neuauflage 2007



Avenue Serpenoise in Metz

hingebungsvollen Einsatzes für die Sache Frankreichs, und dabei insbesondere für den Schutz der Schienenfahrzeuge, einer der ersten, die des Landes verwiesen wurden“.<sup>6</sup>

Der Rat traf zunächst den Entschluss, die Soldaten aus dem Militärgefängnis zu befreien und leitete die Heimkehr der Soldaten in die Wege, die zu ihren Familien zurückkehren wollten.

Bürgermeister Roger Forêt ebenso wie Militärgouverneur von Lequis erklärten sich bereit, mit der neuen Führung zu kooperieren und sich ihr zu unterwerfen. Die Militärbehörden brauchten hingegen etwas länger, um sich diesem Kurs anzuschließen, es „fiel jedoch kein einziger Schuss“.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Friedrich, Charles: Histoire de la naissance de la CGT en Lorraine – 1960, unveröffentlichtes Manuskript

<sup>7</sup> Metzter Zeitung 11/11/1918.



Nach der recht hastigen Gründung des Rates wurde am Morgen des 10. November per Aushang beim Gewerkschaftsverband in der Rue Mazelle eine Generalversammlung aller Arbeiter der Stadt einberufen. Bei dieser Versammlung sollte die Wahl eines repräsentativen Rates der Arbeiter der Stadt Metz erfolgen, der den Soldatenrat unterstützen sollte. Dieser Vorschlag, der von dem örtlichen Gewerkschaftsvertreter Brauersreuther vorgestellt wurde, sollte den Arbeiterrat stärken und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung als Grundvoraussetzung für revolutionäre Aktivitäten garantieren.

Ebenfalls am 10. November wandte sich der Rat mit Aushängen in deutscher Sprache vom 9. November an die „Bürger und Soldaten der Stadt Metz“ und bat sie um die Bewahrung der öffentlichen Ordnung. Sich selbst erklärte der Rat zum „Hüter des Eigentums der Bürger“ und versprach, dieses zu schützen. Weiter brachte er seinen Willen zum Ausdruck, die Lebensmittelversorgung sicherzustellen, Plünderer mit dem Tod zu bestrafen und verkündete, dass die Stadtverwaltung sowie das Militär sich den „Entscheidungen des Rates“ fügen würden. Der Aufruf war unterzeichnet von Heinrich Voortmann, dem „Ersten Vorsitzenden des Soldatenrats“, sowie von dem „Zivildirektor“ Tröndle. Am 11. November setzten die Soldaten, die man an einem roten Band im Knopfloch erkannte, die Beschlüsse des Rates um. Die Sperrstunde für Cafés wurde auf 22 Uhr festgelegt und die französische Sprache wurde wieder zugelassen.

Am Mittag des 12. November riefen der Rat sowie die Stadtverwaltung die heimgekehrten Soldaten per Aushang zur Gründung einer Bürgerwehr auf, die dafür sorgen sollte, Plünderungen, Ausschreitungen und gewaltsame Übergriffe jeglicher Art zu verhindern. Der Aushang war einerseits von Bürgermeister Roger Forêt sowie den Gemeinderäten Dietsch und Christmann und andererseits, für den Arbeiter- und Soldatenrat, von den beiden Vertretern der Zivilbevölkerung C. Becker sowie Fr. Brauersreuther und dem Soldatenvertreter Voortmann unterzeichnet worden. Der Rat in seiner endgültigen Zusammensetzung beschloss unverzüglich die Befreiung der politischen Gefangenen sowie die der Soldaten aus Elsass-Lothringen, die sich in der Nähe von Metz befanden. Er beschloss auch den Rückruf der des Landes Verwiesener, das Ende der Postzensur sowie die Aufhebung sämtlicher Reisebeschränkungen. Anschließend wandte sich der Rat an den neuen Reichskanzler Ebert, um ihn zur Freilassung der beurlaubten lothringischen Soldaten zu bewegen.

Dasselbe geschah zwischen dem 8. und 10. November in den meisten Städten des Departements und teilweise sogar über dessen Grenzen hinaus. Im Zuge der Ausbreitung der revolutionären Bewegung kam es in Forbach, Saint-Avold, das zum Saarbrücker Rat gehörte<sup>8</sup>, Homburg und Saarlouis zur Gründung neuer Räte...

„In unmittelbarer Nähe gab es ebenfalls für sehr kurze Zeit einen Rat in Stiring-Wendel, der am 10. von „dem Soldaten Hellbrück“ und dem „Bergarbeiter Franck aus Merlebach“ gegründet worden war. Auch in Petite-Rosselle gab es einen Rat, der bis zur Ankunft der französischen Truppen bestehen blieb. Während der Phase, die von der Novemberrevolution eingeleitet wurde, blieb Petite-Rosselle das Epizentrum der Unruhen im Kohlerevier. In Saarlouis wurde ebenfalls ein Rat gegründet, dessen Vorsitz ein Militärg Geistlicher innehatte!“<sup>9</sup>

In der Stadt **Montigny-lès-Metz** waren am 6. November überall rote Schilder zu sehen, auf denen die Gründung eines unabhängigen Staates Elsass-Lothringen gefordert wurde, und die einfachen Soldaten rissen den Offizieren die Schulterklappen ab. Der Arbeiter- und Soldatenrat wurde am 11. November im Rathaus gebildet, wobei der Eisenbahner und Gewerkschaftler Camille Engel, der ein Freund von Charles Becker war, eine wesentliche Rolle spielte. Der Rat nahm die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in die Hand, indem er sämtliche Vorräte des Proviantamtes beschlagnahmte. Er stellte zudem sicher, dass die Truppen die Gegend sicher durchqueren konnten und traf einige weitere Entscheidungen. Sehr wahrscheinlich arbeitete der Rat von Montigny-lès-Metz mit dem von Metz zusammen.<sup>10</sup>

In **Thionville** gründete der Matrose und Mechaniker Eugène François aus Lothringen nach seiner Rückkehr aus dem Waffenarsenal in Wilhelmshaven gemeinsam mit anderen deutschen Soldaten, die ihre Einheit verlassen hatten, einen Rat. Die Gruppe hatte ein Flugblatt verfasst, das am 10. November veröffentlicht wurde:

---

8 Roth, François, op. cit.

9 Richez, Jean Claude, Conseils ouvriers et Conseils de soldats. Revendications de classes revendications nationales et en Alsace en novembre 1918, Mémoire de maîtrise... (entspricht im Deutschen etwa der Diplomarbeit), Geisteswissenschaftliche Fakultät der Universität Straßburg, 1969. Anhang (Korrigierte Fassung April 2014).

10 Leroy, Fernand: Montigny cité cheminote qui n'a jamais eu de gare. UDESME 1993.

„Der Soldatenrat wurde heute gegründet. Die Unterzeichner sind die offiziellen Mitglieder des Rates. Seine Befehlsgewalt wird durch ein legitimierendes Dokument bestätigt mit dem Siegel der Kommandostelle. Von heute an hat der Rat die Obrigkeit in Thionville inne und ist befugt, zu extremen Maßnahmen zu schreiten. Sämtliche Militärs und Zivilisten unterstehen seinem Befehl.“

Namentlich wurde der Aufruf unterzeichnet von: Matrose und Mechaniker François, Matrose Hein, Kapitän Kneip, Kapitän Schäber, Reservist Kaffe, Füsilier Müller, Kanonier Pommer, Major Von Dossow, Soldat Herrmann, Kanonier Lentz, Leutnant Wolkenhauer und Kanonier Strohfeld<sup>11</sup>.

Der am 30. Juni 1881 geborene deutsche Soldat und Berufsschauspieler Kurt Seelow, der bei der Eisenbahn tätig war, zählte ebenfalls zu den Mitgliedern des Rates. An der Nationalversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin nahm er als Delegierter von Thionville teil. Er war Mitglied der unabhängigen Fraktion Unabhängige Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD, sozialistische Linke)<sup>12</sup>. Charles Friedrich nennt ebenfalls Robert Scherer de Fontenoy in der Eigenschaft des Arbeiters als Mitglied des Vorstandes des Arbeiter- und Soldatenrats.

Ähnliche politische Veränderungen gab es in **Hayingen**, wo es am 14. November zur Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrates kam, der Henri Lorang zufolge, von dem im Erzbergbau tätigen Bergarbeiter Riehl geleitet wurde, wie auch in den meisten Hüttenwerken und Erzbergwerken, in denen Streiks ausbrachen und die besetzt gehalten wurden, insbesondere jene in Aumetz-la-Paix und Kneuttingen. Auch nach Ankunft der französischen Truppen gingen die Streiks noch weiter.

Nach **Saargemünd**<sup>13</sup> wurde die Revolution von zwei Matrosen aus Kiel und Eisenbahnern aus Saarbrücken gebracht<sup>14</sup>.

---

11 Aus den Gemeindearchiven von Thionville, Flugblatt des Soldatenrates von Thionville, Dokument vom „International Institut voor Sociale Geschiednis“, Amsterdam.

12 Richez, Jean-Claude, op. cit.

13 Saargemünd: frz.: Sarreguemines

14 Roth, François, op. cit.

„Wie in allen Städten wurde auch hier am Samstag [am 9. November 1918] ein Arbeiter- und Soldatenrat gegründet, der die Obrigkeit repräsentiert. Sämtliche früheren Machtorgane unterstellten sich nun dem Rat“<sup>15</sup>.

Nachdem der Rat seine Forderungen zusammengetragen hatte, unterzeichneten der Gefreite Rühling, der den Vorsitz des Rates innehatte, sowie der Dreher Karl Krewett gemeinsam mit dem Bürgermeister von Metz noch am selben Tag einen Aufruf, in dem der Rat zur Ruhe aufrief, Versammlungen und Demonstrationen untersagte und die strikte Wahrung der öffentlichen Ordnung forderte. Anschließend gründete der Arbeiter- und Soldatenrat unter der Leitung des Lothringers Pierre Klein zusammen mit dem Gemeinderat ein Komitee für die Lebensmittelversorgung, für das die Mitglieder des Rats Schaaf, Cordier, Fisher und Hennel zuständig waren. Den Vorsitz des Komitees hatte der Bürgermeister inne. Am 10. November fasste das Komitee als eines von wenigen im Elsass und in Lothringen<sup>16</sup> einen ganz und gar



7. Dezember 1918: Panzer defilieren am Fest zu Ehren des Präsidenten der Republik.

<sup>15</sup> Nomine, Henri: Sarreguemines au pouvoir de Conseil de Soldats et d'Ouvriers. Beilage n°1 der „Cahiers Sarregueminois“.

<sup>16</sup> Richez, Jean-Claude, op. cit.



7. Dezember 1918: Artillerie defiliert am Fest zu Ehren des Präsidenten der Republik, Platz der Republik.

radikalen Entschluss, indem es entschied, sämtliche Lebensmittelvorräte im Arrondissement Saargemünd zu beschlagnahmen und zu den Verteilungsstellen zu bringen, um anschließend die Bevölkerung in ihrem Zuständigkeitsbereich damit zu versorgen. Auf Beschluss des Rates wurden sämtliche Getreidevorräte, Mahlprodukte sowie die Vorräte des Kommunalverbands und der Reichsgetreidestelle konfisziert und dem Versorgungskomitee zur Verfügung gestellt.

Anschließend wurden verschiedene Maßnahmen zur Versorgung mit Mehl und Brot, Fleisch, Milch und Kartoffeln beschlossen. Diese Lebensmittel wurden auf dem Land von Arbeiterkommandos aufgekauft, die von Soldaten verstärkt wurden, falls die Landwirte Widerstand leisten sollten. Nach anfänglichem Plündern, das von den Soldaten mit roter Armbinde rasch beendet wurde, beschloss der Rat, die Lebensmittelvorräte der Großmarktgereide zu

beschlagnahmen. Unmittelbar nach seiner Gründung hatte der Soldatenrat nach und nach die Kassen aller militärischen Verbände mit Sitz in Saargemünd konfisziert, und dieser „Schatz“ wurde dem Arbeiter- und Soldatenrat übergeben. Dieser hatte seinen Sitz im Justizpalast. Auf dem Tisch, hinter dem gewöhnlich die Richter Platz genommen hatten und wo nun der Rat unter dem ständigen Schutz durch bewaffnete Soldaten, für die aus der Kaserne Betten herbeigeschafft worden waren, zusammenkam, war ein Maschinengewehr aufgestellt worden.

Mit dem Stadtrat pflegte der Rat vertrauensvolle Beziehungen und arbeitete eng mit ihm zusammen. Nach dem Waffenstillstand rief der Bürgermeister am 13. November zur Schaffung einer unbewaffneten Bürgerwehr auf, die am 16. November gegründet wurde. Außerdem entstanden gleichzeitig eine *Arbeits-* und *Arbeiterkommission* sowie eine *Sicherheitskommission*.

Die Ankunft des 19. preußischen Armeekorps in Sarreguemines am 15. November setzte der Arbeit des Rates jedoch ein schnelles Ende. Er wurde aufgelöst und durch den Zentralrat ersetzt, der auch unter dem Namen „Soldatenrat der Armeegruppe Herny“ bekannt war. Bis zur Ankunft der französischen Truppen am 20. November ordneten sich die Behörden dem neuen Rat unter.

In **Forbach**<sup>17</sup> wurde die Initiative zunächst von Soldaten getragen, die am 10. im Rathaus erschienen, um dort zu verkünden, dass sie einen Rat gegründet hatten.

Am Nachmittag des darauffolgenden Tages fand die offizielle Wahl des Soldatenrates statt. Am Abend desselben Tages wurde dann der Arbeiterrat gewählt. Der deutschstämmige katholische Gewerkschaftler Wilhelm Elfes nahm den Vorsitz des Rates ein. Laut eigener Aussage hatte sich Letzterer am Vortag an den Bürgermeister gewandt, wobei er „nicht etwa revolutionäre Absichten verfolgte, sondern sich mit dem Bürgermeister über geeignete Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung beraten wollte“. In der Nacht vom 11. auf den 12. November beschloss der Arbeiter- und Soldatenrat eine Proklamation „An alle Arbeiter, Bürger und Bauern“, die in drei Lokalzeitungen veröffentlicht wurde.

---

<sup>17</sup> Richez, Jean-Claude, op. cit.

Der Arbeiter- und Soldatenrat befasste sich in erster Linie mit Fragen, die die Lebensmittelversorgung, die öffentliche Ordnung und die Sicherheit betrafen. Der Rat drohte damit, jeden Plünderungsversuch mit dem Tod zu bestrafen.

Dieser Forderung steht jedoch die Realität entgegen. Die Stadt Forbach wurde zum Schauplatz größerer Plünderungen, die zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führten, bei denen anscheinend einige Menschen ums Leben kamen. Die Bevölkerung dachte sich wohl: „Die Preußen haben uns so lange bestohlen, holen wir uns nun eine Entschädigung“. Die Lebensmittelvorräte waren beachtlich und reichten für zwei bis drei Monate. Der Vorsitzende des Arbeiterrates Wilhelm Elfes, ein *Altdeutscher* und Patriot, versuchte vergeblich, einen Teil der Vorräte nach Deutschland bringen zu lassen, damit sie den Franzosen nicht in die Hände fielen. Es gelang ihm allerdings, einen Teil davon zugunsten der Verwaltungs- und Versorgungsdienststelle der deutschen Armee an die Stadt zu verkaufen.

Zwischen dem 17. und dem 21. November traten die deutschen Truppen den Rückzug an und entzogen der Rätebewegung damit die Daseinsgrundlage. Elfes verließ die Stadt kurz vor dem Einmarsch der französischen Truppen“.

## **Die Räteregierung**

Wie Jean-Claude Richez betont und im Gegensatz zu dem, was in anderen Teilen Deutschlands, wie beispielsweise in Bayern oder auch im Saarland oder in Straßburg geschah, proklamierten die Räte in Lothringen nicht die Republik. Sie verfolgten nicht das Ziel, eine föderale deutsche Republik zu gründen, so wie es von einigen Sozialdemokraten in Elsass-Lothringen gefordert wurde, zumindest, was die deutschen Ratsmitglieder anbelangte. Auf lothringischer Seite waren die Blicke vielmehr gegen Frankreich gerichtet.

Da sie die Macht nur kurze Zeit ausübten, hatten die Räte nicht die Möglichkeit, ein wahres politisches Programm zu entwickeln. Tatsächlich gingen in den chaotischen Verhältnissen die damals herrschten politische Forderung und Bewältigung des Alltags Hand in Hand. Schon bei ihrer Machtübernahme hatten die Arbeiter- und Soldatenräte eine Liste mit Maßnahmen erstellt, die im Wesentlichen bestimmten gemeinsamen Imperativen gehorchten, die ihr Verhalten diktierten, als handele es sich um ein vorgefertigtes Programm für Alle, das

aber tatsächlich von der Situation diktiert wurde, wie die Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die Verpflegung der Soldaten und der Bevölkerung, Aspekte der öffentlichen Gesundheit, insbesondere der Durchmarsch der Truppen. Die Umsetzung all dieser Ziele erforderte ein grundsätzliches Funktionieren der Behörden sowie die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Aktivität.

Der Rat verfolgte eine doppelte Zielsetzung, indem er gleichzeitig daran arbeitete, sämtliche Beschränkungen der Rechte und Freiheiten abzuschaffen - bis 1914 unterlag Elsass-Lothringen dem Belagerungszustand und einer Militärdiktatur - und mögliche „Exzesse“ zu verhindern, wie Plünderungen beispielsweise, die mit der Todesstrafe geahndet wurden. So ergriff der Rat eine Reihe von Maßnahmen:

- absolute Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Abschaffung jeglicher Briefzensur
- Freilassung aller politischen Häftlinge
- Aufruf zu Ruhe und Ordnung, um die Zivilbevölkerung sowie das Militär zu beruhigen
- Verbot der Zusammenrottung
- Schutz des Privateigentums
- Aufhebung sämtlicher Reisebeschränkungen
- Sperrstunde öffentlicher Gebäude, von Cafés und Restaurants um 22 Uhr sowie öffentlicher Einrichtungen um 23 Uhr
- Einsatz von Sonderpolizeinheiten bzw. Bürgerwehren zum Schutz der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung, die an einer roten Armbinde mit Stempelaufdruck zu erkennen waren
- Befugnis des Rates, sämtliche Forderungen und Beschwerden entgegenzunehmen und zu untersuchen, die die zivilen oder militärischen Behörden betrafen

In Montigny-lès-Metz leitete der Rat die Beschlagnahmung der Lebensmittel in die Wege. Dasselbe geschah in Saargemünd, wo unter dem Vorsitz des Bürgermeisters ein *Versorgungskomitee* gegründet wurde. Das Komitee zog seine Autorität aus dem Rat, der mehrere seiner





Flaggenparade während eines Besuchs von Marschall Pétain in Metz, 19. November 1918

Mitglieder delegierte und fünf Militärlastwagen sowie den notwendigen Kraftstoff zur Verfügung stellte.

In Thionville und Saargemünd riefen die Räte „die Beamten und Arbeiter der öffentlichen Behörden oder der Verkehrsbetriebe, die also beispielsweise bei der Eisenbahn, der Post, im Telegraphendienst usw. beschäftigt waren, dazu auf, ihre Arbeit so pünktlich wie möglich zu erledigen, wobei die Löhne weiterhin ausgezahlt werden sollten wie bisher“.<sup>18</sup>

In Metz setzten sich die Räte mit den Eisenbahnern in Verbindung, um diese dazu zu bewegen, von Streiks abzusehen. Auf diese Weise wollte man gravierende Komplikationen bei der Demobilisierung der Truppen und ihrer Rückführung in ihr Heimatland verhindern.

---

<sup>18</sup> Nomine, Henri, op. cit.

Außerdem ernannte der Rat eine Unterkommission, die die Verpflegung der beurlaubten Soldaten und der durchziehenden Truppen sicherstellen sollte.

In der sehr angespannten politischen Lage der bestreikten Unternehmen in Hagendingen, Rombach oder Algringen erhoben die Räte in den Fabriken des Unternehmens De Wendel Forderungen, die vor allem auf eine Erhöhung der Löhne abzielten, auch noch nach Einmarsch der französischen Truppen, aufgrund der Entbehrungen und der steigenden Preise.

Es ist klar, dass die ergriffenen Maßnahmen in erster Linie auf Befürchtungen allgemeiner Art reagierten, die stark militärisch geprägt waren, selbst wenn sie auch die gemeinsamen Wünsche der Zivilbevölkerung widerspiegelten. Daher die Forderungen, die öffentliche Sicherheit sicherzustellen oder den Offizieren und Beamten Achtung entgegen zu bringen, die weder belästigt noch ihrer Dienstgradabzeichen beraubt werden durften, sowie die Bitte, um die sachgemäße Behandlung der Truppenmitglieder durch ihre Vorgesetzten.

Im Wesentlichen wurden die Räte anfänglich von den Soldaten dominiert, und die Arbeiter an ihrer Seite hatten nicht dieselbe Rolle inne wie in den Arbeiterräten in den Bergwerken und Fabriken des Kohle- und Hüttenreviers, wo Streiks ausgebrochen waren. Die Ankunft der französischen Truppen sollte dieser Machtbefugnis aller Räte jedoch schließlich ein Ende bereiten.

## **Das Ende der Macht der Räte**

In Metz beschlossen die lothringischen Mitglieder des Stadtrats am 15. November, den amtierenden Bürgermeister Henri Forêt, der von ihnen als den deutschen Behörden zu nahestehend angesehen wurde, gegen seinen Willen durch den Chefredakteur der Tageszeitung Le Lorrain und ehemaligen Inhaftierten in der Festung auf dem Ehrenbreitstein Nicolas Houpert zu ersetzen. Er wurde beauftragt, sich mit den französischen Behörden in Verbindung zu setzen. Dies tat er am darauffolgenden Tag, als er über Pont-à-Mousson nach Nancy reiste, um dort Mirman, den Präfekten des Departements Meurthe-et-Moselle und zukünftigen „Kommissar der Republik“ für das Departement Moselle, zu treffen<sup>19</sup>.

---

<sup>19</sup> Kommissar der Republik, dt. Übersetzung des frz. Titels: Commissaire de la République; Bellard, A: „Comment en 1918 Metz a rompu ses chaînes. La mission Houpert Christmann“, MAMN 1954-1955, zitiert nach Roth François, op. cit. S. 649

Während man auf die Ankunft der französischen Truppen wartete und die Trikolore an den Fenstern bereits wieder gehisst wurde, wurden in Metz die Symbole der seit 1870 dauernden deutschen Annexion beschädigt. Die Reichsadler wurden zerstört, Statuen von ihren Sockeln geholt, darunter vor allem jene auf der Esplanade, die einen deutschen Soldaten und Kaiser Wilhelm I. zeigten. Es wurde ein Empfangskomitee aus Mitgliedern der 1870 gegründeten Protestbewegung gegen die Annexion gebildet, um die französischen Truppen willkommen zu heißen. Der Arbeiter- und Soldatenrat wurde von einem soeben aus Schlesien zurückgekehrten Abbé namens Ritz unterwandert und kontrolliert, der als Journalist für *Le Lorrain* tätig war. Als am 15. November 1918 die ersten französischen Truppen in Metz eintrafen, entthob der Rat sich selbst seiner Funktionen. Mit Ausnahme der zahlreichen Deutschen, die damals in Metz lebten und die sich durchaus darüber im Klaren waren, dass ihnen nun die Ausweisung drohte, wurden die französischen Truppen von der Metzger Bevölkerung mit großer Begeisterung begrüßt. Zu diesem Anlass hatten die Mitglieder des Stadtrats Nicolas Jung, der in Straßburg im Nationalrat und im Exekutivkomitee als Finanzminister fungierte, ersucht, die Truppen in ihrem Namen zu begrüßen.

Die industriell geprägten Täler und die Kohlereviere erfuhren ein anderes Schicksal. Die Arbeiter äußerten große Unzufriedenheit und zeigten eine gewisse Animosität gegenüber den Franzosen. Sie waren nämlich von materiellen Schwierigkeiten geprägt, die vor allem mit den erlittenen Entbehrungen und den Preissteigerungen der jüngeren Zeit zusammenhingen und wiederholt zu Streiks führten. Negativ notiert wurde nicht nur der Kaufkraftverlust aufgrund der Entscheidung der französischen Behörden, zunächst eine Parität zwischen Reichsmark und Franc herzustellen, was einen Kaufkraftverlust in Höhe von 20% verursachte, sondern auch die Teilung der Bevölkerung in Lothringer und Deutsche.

In diesem angespannten politischen Klima, in Algringen, Hagendingen und Rombas wurden Unternehmen bestreikt, ließen die französischen Militärbehörden die deutschen Betriebsleiter ausweisen. Als es in den De Wendel-Fabriken zu Zwischenfällen kam, waren die Verwaltungs- und Militärbehörden nicht länger bereit, die Situation zu dulden. Diesen Institutionen zufolge war es „...zu Angriffen auf das Privateigentum und die individuelle Freiheit gekommen, die

kurzfristig ein gewaltsames Einschreiten sowie Festnahmen erfordern würden.<sup>20</sup> Angesichts dieser Feststellung liegt es nahe, anzunehmen, dass die weiterhin existierenden Arbeiterräte Macht über die Unternehmen beanspruchten (Sie „diktierten ihre Forderungen und ließen sich dauerhaft in den Fabrikgebäuden nieder.“). Damals herrschten in der Tat Verhältnisse, in denen die Einführung jeglicher Organisationsstruktur, ganz zu schweigen von einer mit Revolutionscharakter, dort undenkbar war. Aus diesem Grund wandte sich General Lecomte mit der Bitte an General Fayolle, „die Kohlereviere und Industriegebiete ständig und effektiv unter militärischer Aufsicht zu lassen“. In jeder Fabrik machte sich ein Abgesandter des Militärs mit Generalvollmacht unverzüglich daran, die Räte aufzulösen, sämtliche Abmachungen zwischen Arbeitern und Betriebsleitung für nichtig zu erklären, die Löhne einzufrieren, gemeinsam mit eigens durch Foch entsandten Spezialeinheiten die Besetzung in die Wege zu leiten und schließlich die „deutschstämmigen Aufwiegler“ auszuweisen.<sup>21</sup>

In anderen Städten und Gemeinden wie beispielsweise in Thionville ging es bei Ankunft der französischen Truppen ruhiger zu. In Thionville wurden sie vom Landtagsabgeordneten Zimmer sowie dem Erzpriester Wagner begrüßt, der zuvor verhaftet worden war, weil er sich geweigert hatte, öffentlich für den Sieg der Deutschen zu beten. In Saargemünd erfolgte die Begrüßung am 21. November durch den Bürgermeister und Landtagsabgeordneten Martz sowie den ehemaligen Deportierten und Vorsitzenden der Vereinigung *Souvenir Français* und Abbé Charles Sigwald.

## Die Wiederangliederung an Frankreich

Ein halbes Jahrhundert der Annexion der elsässisch-lothringischen Region an das Deutsche Reich ließ sich nicht so einfach wieder vergessen. Obwohl die französischen Truppen herzlich begrüßt wurden und allgemeine Freude über die Wiederangliederung an Frankreich herrschte, so war dennoch unter den Menschen keine grenzenlose Euphorie zu spüren, wie François Roth betont. Außerdem sorgte man sich trotz der Versprechen Joffres darüber, wie die künftige Verwaltung der wieder eingegliederten Regionen Elsass und Lothringen aussehen sollte. Mit einer besonderen Gesetzgebung in sehr vielen Bereichen und insbesondere in

---

20 24. November 1918, A. N. F. 7 13 3 77, zitiert nach Jean-Claude Richez, op. cit.

21 François Roth, op. cit.

der Sozialpolitik sowie mit Besonderheiten in Sprache und Mentalität unterschieden sich die Lothringer von den übrigen Franzosen. Die katholischen Kreise fürchteten die Einführung der Laizität zulasten des Konkordats und bangten um den konfessionellen Status der Schulen.

Die Arbeiter sollten nach und nach ihre Illusionen über die Haltung der französischen Behörden ihnen gegenüber verlieren. Zahlreiche lothringische Arbeiter und Bauern, die gezwungenermaßen in der deutschen Armee gedient hatten, wurden bei ihrer Rückkehr von der Front mit „einer misstrauischen Feindseligkeit, wie feindliche Gefangene...[empfangen] und zu einer Festung geführt. Dass sie in den Reihen der Deutschen gedient hatten, war sicher nicht ihre Schuld gewesen.“<sup>22</sup> Die französischen Behörden legten damals eine Reihe repressiver Maßnahmen fest. So wurde beispielsweise der Gebrauch der deutschen Sprache, die für viele die Muttersprache war, nach 10 Uhr abends verboten.

„Nach der Auflösung der Arbeiterräte schritten die französischen Imperialisten im Département Moselle zu einer ganzen Reihe von Repressions- und Unterdrückungsmaßnahmen. Diese Maßnahmen spiegelten die Absichten wider, die die Regierung Poincarés mit ihrer Politik in den zurückgewonnenen Provinzen verfolgte. Die von der Bevölkerung so hoch geschätzten Rechte und Freiheiten wurden mit Füßen getreten, das Recht auf die Verwendung der Muttersprache wurde aufgehoben. Zehntausende Männer, Frauen und Kinder, die keine andere Sprache als die deutsche beherrschten, wurden nach Deutschland ausgewiesen.“<sup>23</sup>

Am 14. Dezember 1918 hatten die neuen Militärbehörden eine Klassifizierung der Bevölkerung nach Herkunft erstellt. Auf Grundlage dieser Unterteilung wurden in den Rathäusern und Unterpräfekturen unterschiedliche Arten von Ausweisen ausgegeben: Das „Ausweisdokument A“ durfte nur an Bürger Elsass-Lothringens ausgegeben werden, deren Eltern vor 1870 in Frankreich zur Welt gekommen waren. „Ausweisdokument B“ war für Bürger vorgesehen, bei denen ein Familienmitglied ausländischer Herkunft war. Das „Ausweisdokument C“ erhielten Personen, deren Eltern gebürtig aus Staaten stammten, die während des Krieges entweder neutral oder mit Frankreich verbündet gewesen waren und das „Ausweisdokument

---

<sup>22</sup> Lorang, Henri, op. cit. S. 213

<sup>23</sup> Lorang, Henri, op. cit. S. 214

D“ wurde an Ausländer vergeben, die aus den Feindstaaten während des Krieges stammten, einschließlich der Personen, die nach 1870 in Elsass-Lothringen geboren worden waren. Die Säuberung vollzog sich also auf diesen Grundlagen: Alle Deutsche sowie diejenigen, die für die deutschen Behörden gearbeitet hatten, wurden ausgewiesen, aber auch alle weitere unerwünschten Personen, wie beispielsweise Aktivisten der Arbeiterbewegung, für die die Massenausweisungen einen schweren Schlag bedeuteten, da die meisten ihrer Verantwortlichen, unter anderem auch Voortmann und Brauersreuther, hiervon betroffen waren.

„Dies war der Beginn einer lange währenden Hexenjagd im industriell geprägten Lothringen, die die lothringische Arbeiterbewegung nachhaltig prägen sollte. Zahlreiche deutsche Arbeiter wanderten aus oder wurden ausgewiesen, was dazu führte, dass die Arbeiterklasse sich völlig neu formierte. All denjenigen, die sich im Rahmen des Kampfes engagierten, drohte aufgrund der Tatsache, dass sie eventuell „deutscher Herkunft“ sein könnten, die Ausweisung.“<sup>24</sup>

Trotz dieser heftigen Repressionen gelang es der Arbeiterbewegung im Departement Moselle jedoch, sich neu zu formieren, wobei sie eng mit den Gewerkschaften und dem französischen Sozialismus zusammenarbeitete. Sie initiierte Streiks, die von der Zeit nach dem Waffenstillstand bis zum Ende des Jahres 1919 andauerten: „...die Streiks, die im November 1918 sowie im Januar 1919 in den Kohlerevieren des Departements Moselle stattfanden, lassen sich in den revolutionären Kontext der unmittelbaren Nachkriegszeit einordnen und hatten noch wenig mit der Rückkehr zur französischen Nationalität zu tun...“<sup>25</sup>

In Deutschland wurde die Revolutionsbewegung im Laufe der „blutigen Woche“ vom 6. bis 15. Januar 1919 von dem sozialdemokratischen Minister Noske in einem Blutbad ertränkt. Auf Noskes Befehl hin wurden die beiden Revolutionsführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Mitgliedern der Freikorps ermordet.

---

24 Richez, Jean-Claude, op.cit.

25 Schill, Pierre, „Entre France et Allemagne: grèves et mouvement ouvriers mosellans (1918-1923)“, Cahiers d'histoire. Revue d'histoire critique, n°92, 2003

Die Wiederangliederung des annektierten Lothringen an die Französische Republik vollzog sich vor dem Hintergrund einer Zuspitzung des Klassenkampfes, der durch den Skandal der der Beschlagnahmungen zusätzlich verstärkt wurde. Diese Affäre hatte „die erfolgreichste Plünderung, die man je erlebt hatte“ ans Licht gebracht, von der unter anderem die Großindustriellen profitiert hatten, allen voran De Wendel.

Obwohl die Räte nur für kurze Zeit existierten und auch wenn es noch schwierig ist, alle Faktoren zu erfassen, so kann die Machtübernahme durch die Räte zweifelsohne als revolutionärer Schritt betrachtet werden, die sowohl aus einer Abscheu gegen den Krieg als auch von dem russischen Beispiel inspiriert war und bei der Obrigkeit und bei den Arbeitgebern Befürchtungen und deren Reaktion auslöste. Als Verlängerung dieses revolutionären Prozesses, der 1918 sichtbar wurde, hatte die Streikbewegung in den Folgejahren vor allem innerhalb der sozialistischen Bewegung an einer radikalen Entwicklung der politischen Beziehungen im Departement Moselle Anteil. So brachten beim Kongress von Tours die drei Delegierten Béron, Brutschky und Klein die Gesamtheit der 76 Mandate, die die 7 000 sozialistischen Mitglieder im Departement Moselle repräsentierten, für einen Beitritt zur Dritten Internationale ein, ein Vorgeschmack auf die späteren Erfolge der jungen *Kommunistischen Partei*<sup>26</sup>, der die Mehrheit der Gewerkschaften der CGT zur CGTU wechseln ließ.

---

26 Le Congrès de Tours (18ème Congrès national du Parti Socialiste)-texte intégral – Éditions Sociales, S. 755

Laurent Erbs

## **DIE ÜBERWACHUNG DER KOMMUNISTEN IM DÉPARTEMENT MOSELLE SEIT 1918**

Trotz des triumphalen Einzugs von Georges Clemenceau und Raymond Poincaré am 8. Dezember 1918 in Metz, war es kein Leichtes, Elsass-Lothringen wieder an Frankreich anzugliedern. Die französischen Behörden taten sich schwer damit, die Besonderheiten der Region voll und ganz zu begreifen. Es herrschte damals ein angespanntes Klima zwischen den Behörden und allem, was an die Deutschen erinnerte. Aus diesem Grund wurde das elsässisch-lothringische Parlament, das 1911 gewählt worden war, von den neuen Behörden völlig ignoriert. Deutschland wurde weiterhin als „der Erzfeind“ betrachtet, ebenso wie die Revolution aus dem Osten.

Im November 1918 benannten die Abgeordneten die bisher zweite Kammer des Landtages in einen „Conseil national“<sup>1</sup> um. Der Autonomist Eugen Ricklin wurde zum Präsidenten des „Conseil“ gewählt und setzte sich gemeinsam mit einer Gruppe von Abgeordneten gegenüber der französischen Regierung dafür ein, dass die elsässischen Traditionen, Freiheiten und Institutionen sowie das lokale Recht gewahrt blieben. Zur selben Zeit wurden in Elsass-Lothringen Arbeiter- und Soldatenräte gegründet. Zwischen dem 10. und 20. November tagte ein Revolutionskomitee im Straßburger Justizpalast, während über der Kathedrale die rote Flagge gehisst wurde. Mit der Ankunft der französischen Armee überschlugen sich die Ereignisse.

Am 28. November 1918 verkündete der Kommissar der Republik in Metz, die Arbeiter- und Soldatenräte verfügten über keine rechtlich begründbare Daseinsberechtigung und ordnete ihre Auflösung an. Die Räumlichkeiten in Fabrikgebäuden, die den Ratsmitgliedern zuvor zur Verfügung gestanden hatten, wurden zurückverlangt und geschlossen. Alle Arbeiter wurden davor gewarnt, sich nicht von Aufwiegeln beeinflussen zu lassen, da jeder Aufstand streng und mit sofortiger Wirkung bestraft werde. Im Einvernehmen mit Foch und Clemenceau gab General Maud'Huy im Zuge dieser Ereignisse am 29. November den Befehl, das 156. Infanterie-Bataillon in den Arbeiterzentren des Moseltals einzusetzen.

---

<sup>1</sup> Deutsch: Nationalrat





Der Bahnhof in Metz

Im Dezember 1918 kam es unter den Minenarbeitern zu Streiks, als diese sich weigerten, trotz gegenteiliger Anordnungen länger als 8 Stunden pro Tag zu arbeiten. Die französischen Behörden reagierten auf die gesellschaftlichen Unruhen, wie beispielsweise die Streiks in den Kohleabbaustätten, indem sie das amerikanische Militär baten, sie bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen. In dieser angespannten Lage, setzten die französischen Behörden ein System der polizeilichen Überwachung ein, um die Rückkehr der französischen Staatsgewalt in Elsass-Lothringen zu stärken. Dieses System diente in erster Linie dazu, unerwünschte Bürger aufzuspüren und auszuweisen, entwickelte sich jedoch recht bald zu einer Art Informationsdienst zur Durchsetzung politischer Ziele. Auf diese Weise entstand ein Zusammenspiel zwischen polizeilicher Macht und polizeilichem Wissen, das es zu hinterfragen gilt, denn dieses Zusammenspiel entstand zu einem ganz besonderen Zeitpunkt, als der Krieg gerade erst vorüber war und gleichzeitig Revolutionsstimmung herrschte.

## **Ein neues politisches Machtinstrument: die überwachende Polizei**

Um ihre Machtstellung zu stärken, rief die neue Staatsmacht ein System der staatlichen Bürokratie mitsamt dem entsprechenden Instrumentarium ins Leben. Dazu zählte unter anderem ein Polizeiapparat, der überall in der Region aktiv war und groß angelegte Ermittlungsserien durchführte, die eindeutig dazu dienten, möglichst viel Wissen und Informationen anzuhäufen. Die Strategie der Polizei zeichnete sich unter anderem dadurch aus, dass verdächtigen Personen gleichzeitig auch ideologische Absichten unterstellt wurden.

Eine genaue Definition dieser vermeintlichen Ideologie nahm die Polizei auf Grundlage von Überwachungs- und Kategorisierungsverfahren vor, die unmittelbar nach Ende der Konflikte durchgeführt wurden. Die polizeiliche Ermittlungskampagne ergänzte die von der politischen Führung organisierte Aufspürung von Ausländern, Migranten und Revolutinnären, die während des Krieges als nationale Priorität galt. Darüber hinaus ordnete der Kommissar der Republik 1918 individuelle Ermittlungen gegen deutschstämmige Lothringer an, die damals im Departement Moselle lebten. Dies geschah vor allem, um germanophile Bürger aufzuspüren. Manchmal folgen die Ermittlungen unmittelbar auf Beschwerden oder Denunziationen. Ganz eindeutig war nun die Stunde der Abrechnung zwischen frankophilen und deutschstämmigen Lothringern gekommen. Diese Spannungen wurden durch die Presse zusätzlich gefördert, die die Bevölkerung dazu anstiftete, die deutschstämmigen Mitbürger zu hassen und die sich dabei in erster Linie auf das Verhalten der Deutschen während des Krieges berief. Der Kommissar der Republik in Metz erhielt damals anonyme Briefe, die mehr oder weniger belanglose Äußerungen enthielten. In einem der Briefe beispielsweise, brachte ein anonymes Verfasser seine Freude über die von den Zeitungen angekündigten Ausweisungsmaßnahmen gegen unerwünschte Zuwanderer zum Ausdruck. Unterschrieben war der Brief mit: „Ein Bürger der Stadt Metz im Dienste des Vaterlandes“. Der Verfasser des Schreibens richtete sich mit folgenden Worten an den Kommissar der Republik:

„... gestatten Sie mir, Ihnen den Namen einer deutschen Familie zu nennen, die aus ihrem Hass gegenüber Frankreich keinen Hehl macht“.

Er beschrieb daraufhin, wie jene Familie Kaiser eines Tages einen alten Mann beschimpfte, als dieser, ans Fenster gelehnt, für den Sieg Frankreichs betete.

Der schleichende Prozess der gesellschaftlichen Segmentierung wurde im Dezember 1918 noch verstärkt, als die Armee dazu überging, Verhaftungen vorzunehmen und Hausarreste zu verhängen. In jeder Gemeinde des Departements wurden Listen mit den Namen verdächtiger Bürger ausgehängt. Auf den Listen waren die Anrede, der Beruf sowie das Verdachtsmotiv erfasst. Das wichtigste Kriterium bei der Erfassung war dabei natürlich die deutsche Nationalität, da alle deutschstämmigen Bürger in Elsass-Lothringen von diesem Zeitpunkt an wie Zuwanderer wahrgenommen wurden, wobei zusätzliche Kriterien die Listen ergänzten. So gaben die Dokumente beispielsweise Auskunft über das Verhalten jedes einzelnen Verdächtigen während des Krieges: „Spion, Denunziant lothringischer Bürger, Deutscher mit Frankreich feindlichen Ansichten“. Auch wurde mit Hilfe der Listen erfasst, ob der Verdächtige vorbestraft war. Diebe und Betrüger wurden auf den selben Listen registriert. Im Anschluss an die Erfassung auf den Listen wurden die wesentlichen Informationen an eine Selektierungskommission übermittelt, die innerhalb des Departements für die Gewichtung der Informationen zuständig war und die darüber zu entscheiden hatte, ob es sich bei den Verdächtigen um unerwünschte Bürger handelte, die gegebenenfalls des Landes verwiesen werden mussten. In Metz hatte der Oberstleutnant Vaginay den Vorsitz dieser Kommission inne. Verdächtige Bürger erhielten eine Vorladung und waren verpflichtet, dort zu erscheinen. Taten sie dies nicht, so hatten sie mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen. Die Akte jedes einzelnen Verdächtigen wurde durch die Ergebnisse einer Einzelermittlung vervollständigt. Allerdings bedeutete eine Vorladung vor die Selektierungskommission bereits für sich genommen, dass der Verdächtige einer Straftat bezichtigt wurde und ihm deshalb mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Ausweisung bevorstand. Dennoch bestätigten auch hier Ausnahmen die Regel. Bei der Sitzung vom 7. Dezember beispielsweise, wurden in Metz 15 Fälle untersucht, woraufhin jedoch nur gegen 7 der Verdächtigen ein Ausweisungsbefehl erteilt wurde. Die Ausweisung der unerwünschten Bürger nach Deutschland erfolgte schnell. Aus den Archiven geht hervor, dass ab Januar 1919 Ausreisekonvois mit unerwünschten Personen den Metzter Bahnhof in Richtung Saarbrücken verließen.



Antideutsche Karikatur

Von Dezember 1918 an wurde das polizeiliche Informationssystem stetig weiterentwickelt. Die Verdächtigenlisten wurden nun anders erstellt als zu Beginn. Die Polizei achtete jetzt genau darauf, eine strikte Trennung von kommunistischen Aktivisten und pangermanischen Bürgern vorzunehmen. Deshalb wurde ab jetzt eine Trennung zwischen Unruhestiftern, Streikenden bolschewistischer Gesinnung und weiteren Verdächtigen vorgenommen, sodass nun einzelne Listen geordnet nach unterschiedlichen Gruppen von Aktivisten verfügbar waren. Das neue Verfahren folgte unmittelbar auf den Befehl der französischen Regierung, alle Unruhestifter deutscher Herkunft des Landes zu verweisen und harte Strafen gegen sie zu verhängen. Denn die militärische Führung ging davon aus, dass die Deutschen in den Industriegebieten am Rhein gut organisierte Sowjetlager zurückgelassen hatten und, dass die Roten Garden aus Berlin und anderen deutschen Revolutionshochburgen diese Gruppen bald gemeinsam mit den Soldaten der Rheinprovinzen, die sie für ihre Sache gewinnen konnten,

unterstützen würden. Angaben der Polizei zufolge planten diese Gruppierungen, die französische Armee mittels Propaganda zu beeinflussen und in Frankreich binnen drei Monate, die Revolution herbeizuführen.

## Die Ausweitung der Überwachung

Als Gegenmaßnahme zur Revolution wurde das Polizeisystem 1920 rasch weiterentwickelt. Es galt, etwas gegen die Streiks zu unternehmen und auf die im Zuge des Kongress von Tours angekündigte Spaltung der *Section française de l' Internationale ouvrière* (SFIO)<sup>2</sup> zu reagieren. Fortan wurde die Überwachung auf Befehl des Innenministeriums auf alle Kommunisten ausgeweitet, ganz gleich, welcher Nationalität sie angehörten. Jeder Aktivist wurde nun mit einem polizeilichen Ermittlungsblatt erfasst. Jedes Karteiblatt enthielt eine individuelle Personenbeschreibung in Form standardisierter Informationen, aus der die Anrede, das Alter, der Beruf, die Nationalität und die Adresse hervorgingen. Zusätzlich enthielt das Dokument eine Rubrik mit dem Titel „Beobachtungen“. Die Karteiblätter bildeten die Grundlage für ein System der sozialen Überwachung, bei dem jeder potenzielle Leser der Polizeisteckbriefe dazu angehalten wurde, „mit zu überwachen“. Es entstand eine Ideologie der Angst, in der der Kommunismus unmissverständlich zum Feind erklärt wurde. In Metz ermittelte die Polizei gegen einflussreiche Mitglieder der Kommunistischen Partei (PC), die im Verdacht standen, für die Werbung neuer Mitglieder zuständig zu sein. Man wollte die Entstehung neuer lokaler Gruppierungen, sprich „Sowjet-Gruppierungen“ eindämmen, wie aus einem verschlüsselten Telegramm von 1920 hervorgeht, das vom Generalkommissariat der Republik an sämtliche Polizeipräsidenten Frankreichs und Algeriens versandt worden war. Darin hieß es:

„Ersuche Sie dringend, mir auf dem Postwege eine Liste mit den Namen und der Zusammensetzung der Sowjet-Gruppierungen zukommen zu lassen, die in ihrem Departement existieren. Diese Organisationen können zu folgenden Gruppierungen zählen: Kommunistische Partei, Komitee der dritten Internationale, Kommunistische Sowjet-Föderation“.

---

<sup>2</sup> Dt.: Französische Sektion der Arbeiter-Internationale

Dennoch enthielten die Archive ausschließlich negative Rückmeldungen von den drei stellvertretenden Polizeipräsidenten des Departement Moselle. In Metz wies die Polizei darauf hin, dass einige Gewerkschaftsmitglieder und Kommunisten nicht mehr ihrem ursprünglichen Beruf nachgingen, sondern nunmehr ausschließlich Versammlungen besuchten und im Rahmen von Propagandaaktionen aktiv waren. Die Auswirkungen dessen wurden der Polizei bewusst, als es im Frühjahr 1920 zu Streiks kam. Während in den Minen im Tal um die Gemeinde Algrange Generalstreiks losbrachen, wurden alle anderen Erzminen nur zu 30 bis etwa 40% bestreikt. Nichtsdestotrotz wurde die Streikbewegung durch Solidaritätsstreiks in den Steinkohlebergwerken und vermutlich auch in den metallverarbeitenden Betrieben unterstützt. Durch die Streiks schafften es die Minenarbeiter des Departements, nicht nur 15% Lohnzuschlag, sondern gleichzeitig auch die ersten Wahlen von Minenarbeitern als Arbeitnehmervertreter zu erwirken. Zu diesen gesellschaftlichen Veränderungen kam es bereits vor dem durch die SFIO organisierte Zusammentreffen von Tours, das im Dezember 1920 stattfand. Im Zuge der Gründung der *Kommunistischen Partei* interessierte sich die Polizei vor allem für die Konsequenzen der Spaltung. Die Verbreitung des kommunistischen Gedankenguts war damals das erklärte Ziel. Die Polizei interpretierte die Position der Gruppierungen des Departement Moselle wie folgt:

„die Mehrheit der Gruppierungen hat sich geweigert, sich Moskau anzuschließen und folgt den Grundsätzen der zweiten Internationale. Jene Parteien, die vorher der *Confédération générale du travail* (CGT) (dt.: Allgemeiner Gewerkschaftsbund) nahe standen, das heißt, die mittlerweile kommunistischen Parteien des Departements Moselle werden sich höchstwahrscheinlich der Deutschen Kommunistischen Partei anschließen, deren Hauptsitz sich in Frankfurt befindet“.

Es ist unklar, ob der Polizei die von Lenin empfohlenen Beitrittsvoraussetzungen zur dritten Internationale bekannt waren, der sich für eine Intensivierung der Propaganda aussprach. Das polizeiliche Überwachungssystem war nun jedoch ständig im Einsatz und arbeitete nun mit beinahe akribischer Sorgfalt. Von nun an wurden die Verantwortlichen der Kommunistischen Partei in ihrem Handeln genaustens überwacht und auf Listen erfasst. Die Art und Weise, wie diese Listen angelegt waren, verdient besondere Aufmerksamkeit. Darin machte

die Polizei keinen Unterschied zwischen germanophilen und kommunistischen Gedanken. Diesem Mechanismus lag folgendes Prinzip zugrunde: Der kommunistische Aktivist ist pro-deutsch, ergo: anti-französisch. Dieser Syllogismus wurde von 1921 an verstärkt instrumentalisiert, als die Professionalisierung gewisser Aktivisten dokumentiert wurde. In den Dokumenten ist zu lesen, dass Marcel Kirsch, Départementssekretär der CGT, im November 1920 seinen Beruf als Minenarbeiter aufgegeben hatte, um sich voll und ganz seinen Aufgaben in der Parteiführung sowie der Verbreitung kommunistischer Propaganda widmen zu können. Die Polizei ging davon aus, dass er „dem direkten Befehl Zinovievs unterstellt ist“ und sich damit der mehrheitlichen Tendenz der Gewerkschaft entgegenstellte, die in ideologischer Hinsicht den Grundsätzen der Internationale von Amsterdam treu geblieben war. Der polizeilichen Argumentation zufolge war Marcel Kirsch als „sehr gefährlich“ einzustufen und das nicht nur aufgrund seines politischen Standpunktes, sondern auch, da er als „von den Deutschen unterstützter Unruhestifter“ galt. Zusätzlich ermittelte die Polizei gegen ihn, da er bei einer Versammlung die Anwesenden dazu aufgerufen hatte, sich im Falle der Mobilisierung „unter der deutschen und nicht etwa unter der französischen Flagge zu versammeln“.

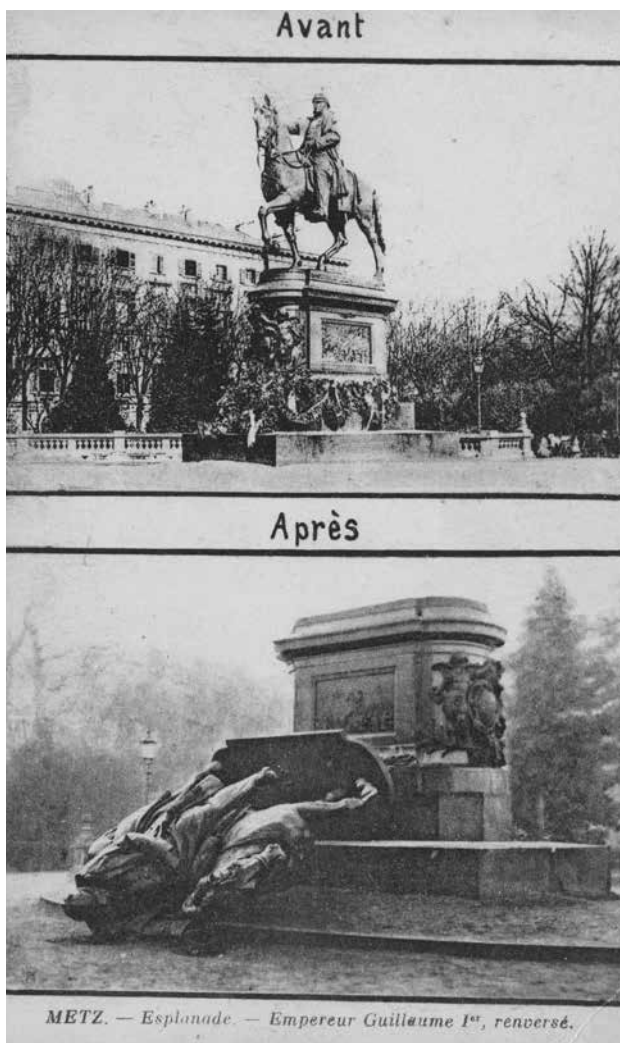
Häufig argumentierte die Polizei zu dieser Zeit auf ähnliche Art und Weise, was letztendlich zeigt, wie groß die deutsch-französischen Spannungen unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs tatsächlich waren. Das Inkrafttreten des Versailler Vertrages unterstützte damals zweifelsohne die polizeiliche Rhetorik. Clemenceau sagte diesbezüglich: „Frieden ist nichts als Krieg, der mit anderen Mitteln geführt wird“. Aus Angst vor noch größeren gesellschaftlichen Unruhen, hatte sich die Polizei das Ziel gesetzt, in Erfahrung zu bringen, wie die lokale Bevölkerung zu den neuen gesellschaftlichen Bewegungen stand. Zu diesem Zwecke notierte Raymond Lhote, Inspektor einer Polizeisondereinheit, in seinen Unterlagen:

„die Bevölkerung von Merlebach ist grundsätzlich friedlich und ordnungsliebend. Einzig und allein die überzeugten Kommunisten, die gleichzeitig zutiefst anti-französisch eingestellt sind und die intensive Propaganda betreiben, bringen die Gemeinde völlig zu Unrecht in Verruf. Einzelne machen sich ihre Herkunft zunutze, um Frankreich den größtmöglichen Schaden zuzufügen. Die Lothringer wünschen sich nichts sehnlicher, als dass diese Revolutionäre verschwinden.“

Er schrieb weiter: „All diese Unruhestifter stammen aus dem Elsass. Unter ihnen befindet sich kein einziger Lothringer und nur ein oder zwei Personen aus Zentralfrankreich.“ Der Verfasser wollte in seinem Bericht den Eindruck vermitteln, dass keine Gefahr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bestehe. Er beteuerte gegenüber seinen Kollegen und Vorgesetzten, dass die Arbeiter aufgrund des Scheiterns der letzten Streiks nicht vorhätten, sich den Gewerkschaften anzuschließen. In seinem Bericht schreibt er dazu:

„Keines der Versprechen, das die Parteiführung zuvor gegeben hatte, wurde tatsächlich umgesetzt. [Die Arbeiter] sind es leid, hohe Mitgliedschaftsbeiträge zu bezahlen, die ihnen rein gar nichts bringen“.

Offensichtlich war es Teil der Strategie der elsässisch-lothringischen Gewerkschaften, hohe Beiträge zu verlangen, um einen finanziellen Puffer für die Streikenden zu schaffen. 1923, erklärte die Polizei das Ursache-Wirkungsprinzip „Kommunist/deutsch/frankreichfeindlich“ in ihren Notizen zur allgemeingültigen Wahrheit. Die damals von der Polizei vertretene Position steht im Einklang mit den



In Metz wird das Denkmal für Kaiser Wilhelm I. vom Sockel gestürzt



Gerüchten, die seit 1918 von amerikanischen Soldaten im Zusammenhang mit einem Volksentscheid in Elsass-Lothringen verbreitet wurden. Formulierungen wie „...hegt einen erbitterten Hass gegen Frankreichs Ziele..“ oder „Der Bolschewismus dient ihnen als Mittel, um unseren Einfluss in Lothringen zu untergraben...“ wurden damals zu gängigen Klischees. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, zu erwähnen, dass die Pressekampagne der Polizei zeitlich mit der durch die CGT sowie die *Kommunistische Partei* ins Leben gerufene Propagandakampagne gegen die Besetzung der Ruhr zusammenfielen. Der Beschluss zur Besetzung der Ruhr war von der französischen Regierung nach dem Krieg gefasst worden, um Deutschland zur Zahlung von Reparationsleistungen zu zwingen. Um gegen die imperialistische Politik des nationalen Blocks der Regierung zu demonstrieren, hatte das Pariser Aktionskomitee bestehend aus Mitgliedern der *Confédération Générale du travail unitaire* (CGTU) und der *Kommunistischen Partei* [Parti communiste (PC)] eine Protestaktion auf nationaler Ebene ins Leben gerufen. Während der Protestaktion wurde auf die Konsequenzen der von der Regierung verfolgten Politik hingewiesen. Insbesondere kam dabei zur Sprache, dass die Konkurrenz zwischen den deutschen und lothringischen Industriestätten in den Minen und Metallverarbeitungsbetrieben des Departements Moselle zu Entlassungen führte.

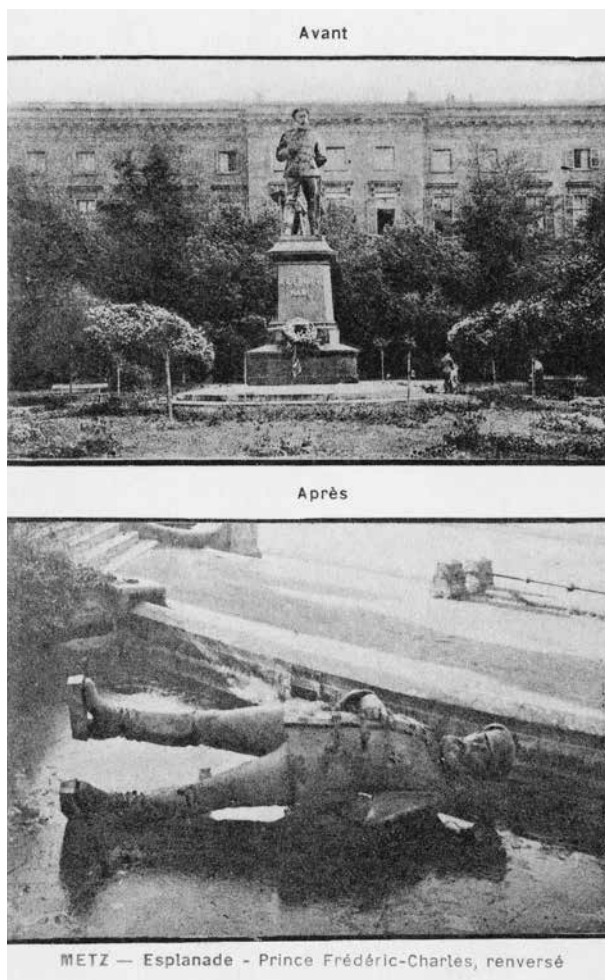
## **Die Schließung der Grenzen**

Die Wiedereinverleibung Elsass-Lothringens an Frankreich erforderte eine Neuorganisation der Grenzkontrollen. 1919 beschloss die französische Regierung, die 190 Kilometer lange Grenze zwischen den beiden Ländern in 10 Sektoren aufzuteilen. Jeder dieser Bereiche unterstand der Kontrolle eines eigens dafür beauftragten Kommissars. Für die Überwachung der Durchgangsstellen waren Polizeispezialeinheiten, das Militär sowie die Gendarmerie zuständig. Dennoch traten aufgrund verwaltungstechnischer Missstände schnell Schwierigkeiten bei der Grenzkontrolle auf. Zeitgleich zur Neustrukturierung der Grenze kam es zu einer ideologisch geprägten Überwachung entlang der Grenze. Ziel war es, die Grenze so dicht wie möglich zu machen, um die Verbreitung kommunistischen Gedankenguts aus Deutschland zu unterbinden. Es wurde aufs Strengste kontrolliert, wer die Grenze überqueren durfte und wer nicht. Zeitgleich wurde ein System der Zensur etabliert, das einige Zeitungen in Frankreich verbot wie beispielsweise die *Arbeiter Illustrierte Zeitung*.

Jedem Verdächtigen wurde es untersagt, die Grenze zu passieren. Diese Politik führte dazu, dass das Überschreiten der Grenze in einigen Fällen strafbar wurde und führte gleichzeitig zur Ausweisung unerwünschter Bürger. Regelmäßig kam es zu Verhaftungen von Aktivisten, die Propagandamaterial bei sich trugen. Die Polizei vermutete, dass die Dokumente in Berlin produziert wurden, anschließend in Zwischenlagerstätten in Deutschland und Luxemburg untergebracht wurden und schließlich von Boten heimlich über die französische Grenze gebracht wurden. Die Polizei hatte den Exekutivausschuss in Metz im Verdacht, bei Kontaktpersonen in Saarbrücken und Luxemburg größere Mengen an Broschüren bestellt zu haben, die zunächst an das Zentralkomitee in Paris weitergeleitet werden sollten, welches sich im Anschluss darum kümmern sollte, das Material an die Bibliotheken der Zweigstellen im ganzen Land weiterzuleiten.

Den Polizeiarchiven zufolge kam es im Dezember 1921 zu einer der wohl spektakulärsten Verhaftungen. Zwei luxemburgische Arbeiter waren damals vom französischen Zoll verhaftet worden, da sie einen Koffer mit 22 Kilogramm Broschüren, Büchern und Zeitschriften bei sich trugen, die sie unbemerkt nach Frankreich bringen wollten. Unmittelbar nach ihrer Verhaftung wurden die beiden Aktivisten an die Staatsanwaltschaft in Metz übergeben. Die Zollbehörden hatten sich gegen einen öffentlichen Prozess entschieden, da es sich bei den Broschüren vielmehr um Informationsmaterial für Bildungszwecke als um revolutionäre Schriften handelte. Zum anderen reichten die vom Staatsanwalt in Luxemburg bereitgestellten Informationen nicht aus, um, gemäß des Gesetzes von 1894, welches das Vorgehen gegenüber anarchistischen Machenschaften regelte, strafrechtliche Maßnahmen gegen die Aktivisten einzuleiten. Dieses Gesetz sah Freiheitsstrafen von 3 Monaten bis zu 2 Jahren sowie eine Geldstrafe von bis zu 2 000 Francs für jeden vor, der eine andere Person für Propagandazwecke zur Verübung einer Straftat animiert. Im hier beschriebenen Fall wurde das Propagandamaterial von den Behörden beschlagnahmt. Die beiden Aktivisten wurden freigelassen und nach Luxemburg ausgewiesen.

War eine Ausweisung nicht möglich, hatten die Behörden die Möglichkeit, ein Einreiseverbot auf französisches Staatsgebiet zu erteilen. Am 6. Dezember 1921 hatte der damalige



Das Denkmal für Friedrich Karl von Preußen (1828–1885) vor und nach seiner Zerstörung, 1918.

strenger überwacht. Ganz besonders interessierte sich die Polizei damals für einen Mann, der mit Familiennamen Fritsch hieß, mit Wohnsitz in Basse-Yutz nahe Thionville. Man glaubte, dass er ein wichtiger Kontaktmann für Einreisende war, die in Frankreich als „unerwünscht“

Innenminister Pierre Marraud, der gleichzeitig Mitglied der radikal-sozialistischen Linkspartei war, einen Ausweisungsbeschluss gegen die damalige Reichstagsabgeordnete Clara Zetkin verabschiedet. Sie sollte an der Grenze aufgehalten werden, falls sie dort erscheinen würde. Denn genau das befürchteten die französischen Behörden. Die von der Polizei kontrollierten Geheimdienste kündigten ihre Ankunft zwischen dem 25. und 29. Dezember 1921 an. In Begleitung von Nikolai Boukharine sollte sie zum ersten Kongress der kommunistischen Partei in Marseille erscheinen. Um sie daran zu hindern, waren speziell ausgebildete Grenzbeamte, Brigaden der Gendarmerie sowie Zollbeamte, dazu aufgerufen worden, bei der Kontrolle von Ausländern, die nach Frankreich einreisen wollten, doppelt so wachsam zu sein wie sonst, sowohl bei der Überwachung der Straßen als auch der Eisenbahnstrecken und sogar der Gebirgswege. Vom 7. Dezember an wurden die Kommunisten des Departement Moselle noch

eingestuft worden waren, und, dass er ihnen dabei half, über die Grenze zu gelangen. Allerdings brachte die Überwachung von Fritsch die Ermittlungen in keinster Weise voran. Um neue Fortschritte zu erzielen, wurden weitere Polizeieinheiten mit der Überwachung des Bahnhofs in Metz und dem Flugplatz Metz-Frescaty beauftragt. Darüber hinaus waren zwei zusätzliche Beamte dauerhaft für die Überwachung der einfahrenden Züge zuständig. Zwei weitere Beamte hatten die Aufgabe, Beron und Liebich von der kommunistischen Partei in Metz zu überwachen, die für den Kongress in Marseille zu Vertretern gewählt worden waren. Die Polizei hegte den Verdacht, dass die beiden Zetkin nach Marseille bringen würden. Den Polizeibeamten wurde ein Bild der Reichstagsabgeordneten gezeigt, da man es für möglich hielt, dass sie sich als Mann verkleiden würde. Außerdem wurden sämtliche Hotels in der Nähe des Metzger Bahnhofs genaustens überwacht. Trotz all dieser Maßnahmen wusste die Polizei

am 22. Dezember noch immer nicht, ob Clara Zetkin die Einreise nach Frankreich gelungen war oder nicht. Das polizeiliche Ermittlungssystem stieß damals an seine Grenzen, da es trotz aller ergriffenen Maßnahmen nicht gelang, die Grenze vollständig zu überwachen. Insbesondere im Departement Moselle erleichterten die geographischen Gegebenheiten ein



Die patriotische Bevölkerung freut sich über den Denkmalsturz von Friedrich Karl von Preußen (1828–1885)

unbemerktes Überschreiten der Grenze. Das Land ist dort flach, zudem verfügt die Region über große städtische Ballungsräume und eine Vielzahl von Industriestandorten, die sich genau an der Grenze zwischen beiden Ländern befinden. Aufgrund dieser Gegebenheiten war es für die zahlenmäßig relativ kleine Polizei schwierig, den Überblick über die schwer zu kontrollierenden Verkehrsströme zu behalten. Deshalb war es Clara Zetkin bereits 1920 gelungen, das polizeiliche Überwachssystem auszutricksen und völlig unbemerkt beim von der SFIO organisierten Kongress von Tours zu erscheinen.

In Wahrheit war das 1918 von der Polizei eingerichtete Überwachungssystem an sich nichts gänzlich Neues. Bereits 1793 war per Dekret festgelegt worden, dass in Frankreich lebende Ausländer entweder festgenommen, ausgewiesen oder anhand eines bestimmten Kennzeichens sofort identifizierbar und somit kontrollierbar gemacht werden sollten. Doch unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs zeichnete sich die Überwachung in erster Linie durch ihre ideologische Färbung aus und erhielt durch die deutsche beziehungsweise russische Revolution eine zusätzliche Dimension. Dem Staat graute es vor einer Zerstörung der bestehenden Ordnung und der herrschenden Machtverhältnisse. Man fürchtete sich vor der Revolution aus dem Ausland. Die Überwachung der Kommunisten war das Mittel, welches zur Bekämpfung dieser Furcht eingesetzt wurde.

Die Polizei war zu jener Zeit „Werkzeug des Kapitals“. Ging es den französischen Behörden zunächst nur darum, deutsche Aktivisten aufzuspüren, um sie gleich daraufhin auszuweisen, so wurde die Überwachung rasch auf alle Kommunisten ausgeweitet, ganz gleich, welcher Nationalität sie angehörten. Die Überwachungen wurden in den Jahren nach der unmittelbaren Nachkriegszeit zur Regelmäßigkeit. Die Furcht vor einer kommunistischen Verschwörung beherrschte damals das Denken der Menschen und zog sich durch alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung. 1920 wurde vor allem vom Militär die Meinung vertreten, dass die mit einem kommunistischen Aufstand verbundenen Risiken äußerst ernst zu nehmen seien. Daraufhin wurde diese Hypothese zu einer allgemeinen Bedrohung für die nationale Sicherheit erklärt.

In der ersten Phase der Umsetzung des Systems kam es zu einer Vielzahl von Streiks und Demonstrationen. Wie wesentlich die Rolle der Polizei bei der Aufrechterhaltung der

öffentlichen beziehungsweise politischen Ordnung war, wird deutlich, wenn man sich die damals bestehenden Spannungen zwischen den Klassen vor Augen führt. 1931 leitete der Präfekt des Departement Moselle in einem vertraulichen Schreiben, das an sämtliche Unterpräfekten des Departements gerichtet war, ein Telegramm des Ratspräsidenten weiter, der ihn in seinem Schreiben über die Entscheidung der PC sowie der CGTU informierte, zu Beginn der neuen Tagungsperiode vor den Präfekturen und Rathäusern Versammlungen von Arbeitslosen zu organisieren. Es wurde zu einer verstärkten Überwachung beider Vereinigungen geraten.

Auf anderer Ebene empfahlen die Polizei sowie Vertreter der Sozialbehörden, alle Mitglieder der kommunistischen Partei von den Arbeitslosenlisten zu streichen. Erklärtes Ziel war es, ihnen Fürsorgeleistungen zu verwehren. 1938 schrieb der Polizeipräsident von Metz in einem seiner Berichte: „die Arbeitslosigkeit würde die Arbeiter davon abhalten, jedwede neue Forderung zu stellen.“ Den herrschenden Klassen stand ein friedlicher, ruhiger, kostenloser und ständig verfügbarer Ordnungshüter stets zur Verfügung: der Hunger. Ergebnis dieser Konflikte war letzten Endes das, was Marx einmal „sie gegen die anderen“ genannt hatte.



Rainer Dörrenbecher

## **AUSWIRKUNGEN UND FOLGEN DES ERSTEN WELTKRIEGES IM SAARGEBIET - EINIGE ERGÄNZENDE GESICHTSPUNKTE**

### **Vorbetrachtung**

„Wie das Saarland entstand - Internationale Historiker diskutieren.“ Unter diesem Arbeitstitel hatten die Veranstalter, die Marx-Engels-Stiftung/Wuppertal und die Peter-Imandt-Gesellschaft/Saarbrücken, zur heutigen Konferenz geladen. Von den angekündigten Beiträgen bearbeitet jedoch keiner das Thema der „Entwicklungen“ in der Region des damaligen Saargebietes – außer vielleicht dem Beitrag von Hubert Kesternich, der sich der Großkapitalistenfamilie Röchling widmet. Damit dürfte jedoch das Thema „Auswirkungen im Saargebiet“ nicht abgedeckt sein. Dies ist der Anlass für den hier vorliegenden, ergänzenden Beitrag.

Wer heute mit der Eisenbahn von Saarbrücken über Trier nach Koblenz fährt, benutzt von Trier aus die sogenannte „Kanonenbahn“, wie der Volksmund diese Strecke benennt. Und als vor einigen Jahren im lothringischen Apach, im deutsch-luxemburgisch-lothringischen Dreiländereck, ein „Castor“ entgleiste, so fuhr auch dieser auf einem nun französischen Abschnitt dieser alten „Kanonenbahn“. Salopp gesagt, von der „Kanonenbahn“ zur „Atommüllbahn“, eine schnelle Entwicklungsbeschreibung von den Anfängen bis ins 21. Jahrhundert.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 drängte der deutsche Militarismus aus militärstrategischen Gründen erfolgreich auf den Bau einer Bahnlinie von Berlin bis Metz.

„Als strategische Eisenbahnstrecke werden diejenigen Strecken bezeichnet, die aus militärstrategischen Gründen ohne Rücksicht auf eine wirtschaftliche oder zivile verkehrliche Bedeutung in Friedenszeiten gebaut wurden. Bestimmte Entwurfparameter wie Kurvenradius, Steigung und Traglast müssen eingehalten werden. Geplant waren sie als zweigleisige Strecken mit dem Ziel, möglichst Ballungsräume zu umfahren.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl.: [www.wikipedia.org/wiki/Kanonenbahn](http://www.wikipedia.org/wiki/Kanonenbahn).



Bis zum Ende des Jahrzehnts war die Bahnstrecke fertiggestellt. Im ersten Weltkrieg bewährte sie sich dann und bekam so zu ihrem volkstümlichen Namen. Nicht erst mit dem Schlieffen-Plan von 1905 begannen die Vorbereitungen des Ersten Weltkrieges durch das Deutsche Reich. Die militär-strategischen Vorbereitungen begannen schon 30 Jahre zuvor. In diesem Sinn gehört die landschaftlich sehr reizvoll zu betrachtende Moselbahnstrecke zu den direkten Auswirkungen des Ersten Weltkrieges in der hiesigen Region.

## Gesellschaftspolitische Folgen

In Folge der Novemberrevolution von 1918 wurden in Deutschland die alten Staatsstrukturen des Deutschen Kaiserreiches von 1871 beseitigt und durch eine bürgerliche, parlamentarische Republik ersetzt.<sup>2</sup> Als Ergebnis des *Versailler Vertrages* von 1919 wurde erstmals das Saargebiet als territoriale und staatliche Einheit gebildet. Allerdings war das Saargebiet keine „republikanische“ Einheit, sondern de facto ein französisches Protektorat, verwaltet von einer französischen Regierungskommission, die vom Völkerbund eingesetzt worden war. Der *Landesrat*, das „Parlament“ dieses Gebietes, hatte keine Befugnisse, das kommunale Selbstverwaltungsrecht war immer wieder bedroht. „Demokratie gab es nur auf der Straße.“

Im Rahmen dieses Beitrages kann nicht näher auf das Zustandekommen des besonderen Territoriums „Saargebiet“ eingegangen werden. Letztlich war es ein Kompromiss zwischen dem französischen und britischen Imperialismus. Die Grenzen waren willkürlich gezogen: von Villeroy u. Boch über die Kohlelagerstätten bis zu den Homburger Eisenwerken, mit dem entsprechenden Arbeitskräftereservoir im Umland. Die Bevölkerung hatte keinerlei Einfluss auf den Prozess dessen, was heute „Entstehungsgeschichte des Saarlandes“ bezeichnet wird.

Die Novemberrevolution hatte auch im Industriegebiet an Saar und Blies ihre Auswirkungen. In einigen Orten bildeten sich *Arbeiter- und Soldatenräte*, die auch kurzzeitig die örtliche Macht übernahmen.

---

<sup>2</sup> Die Ausführungen stützen sich im Wesentlichen auf die Doktorarbeit des saarländischen kommunistischen Politikers und Historikers Luitwin Bies. Dieser gibt in seiner Dissertation eine Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung im Saargebiet von 1919 -1935, vor allem ihres revolutionären Zweiges, der Kommunistischen Partei. Selbst bei Berücksichtigung dieser Schwerpunktsetzung ist diese Studie bis heute die umfassendste Darstellung dieses Zeitabschnittes aus der Sicht von unten. Die Arbeit erschien 1978 unter dem Titel *Klassenkampf an der Saar* im Verlag Marxistische Blätter.

Wie „im Reich“ hatten auch an der Saar heimkehrende, revolutionäre Matrosen und Soldaten „die Revolution“ im Gepäck. Doch ohne revolutionäre Bedingungen vor Ort, wäre diese im Gepäck geblieben.

In Dudweiler war es August Hey, ein heimgekehrter „Kieler Matrose“, der zu den Mitbegründern der KPD an der Saar gehörte, führend im Arbeiter- und Soldatenrat. Er war späterer Abgeordneter der *Kommunistischen Partei* (KP) im Landesrat und führend aktiv in der „Einheitsfront“. Während des NS-Faschismus flüchtete seine Familie nach Frankreich. Nach der Befreiung des Jahre 1945 verblieb August Hey bis zu seinem Lebensende Mitglied der KP. In Neunkirchen war der Augenarzt und Sozialdemokrat Dr. Karl Schneider Vorsitzender. Während der Zeit des Naziregimes half dieser Juden, wurde denunziert, verhaftet und in Dachau ermordet. In Neunkirchen ist heute eine Straße nach ihm benannt.

Die Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte im Saargebiet dauerte nur wenige Tage, aber der revolutionäre Geist lebte weiter. Auch die sozialen und andere Probleme existierten weiter, Versorgungsschwierigkeiten, Einschränkungen des Lebens durch das Besatzungsstatut. Anfang Oktober 1919 gründeten revolutionäre Arbeiter unter den Bedingungen des Besatzungsregimes im St. Ingberter Stadtteil Schnappach die erste Parteigruppe der KP im Saargebiet, die es zu jenem Zeitpunkt nämlich noch nicht gab. Die Keimzelle einer Bezirksorganisation der KPD war entstanden. An der Spitze der St. Ingberter Parteigruppe standen Spartakisten. „Überliefert sind die Namen von Franz Fuhrmeister und Peter Deffland, von Hermann Kreckmann und Mathias Schneider. Von Kreckmann wissen wir, dass er während des Krieges mit Karl Liebknecht zusammengetroffen war und dass diese Begegnung seine eigene Entscheidung und Entwicklung mitgeprägt hatte.“<sup>3</sup> Franz Fuhrmeister war nach 1968 Mitglied der DKP; er starb hochbetagt im Jahr 1977.

In den 1919 folgenden Wochen und Monaten griffen revolutionäre Arbeiter das Beispiel von St. Ingbert auf:

„Kommunistische Ortsgruppen entstanden in Dillingen, Saarbrücken, Sulzbach, Dudweiler, Völklingen, Wiebelskirchen, Neunkirchen, Ludweiler, Homburg und St.

---

<sup>3</sup> Bies, Luitwin; *Klassenkampf an der Saar*, 1978, S. 11.

Wendel. Im April 1922, eineinhalb Jahre nach der Pioniertat von Schnappach, konnten im Saargebiet bereits dreißig Ortsgruppen der KPD gezählt werden.“

Die KPD gründete sich – nicht nur - im Saargebiet selbst. Keine Emissäre aus Berlin oder gar Moskau reisten über die Dörfer. Es waren vor allem Arbeiter der Gruben und Hüttenwerke, die nicht mehr bereit waren, den Opportunismus der SPD hinzunehmen, bei der Zustimmung zu den Kriegskrediten, bei der „Vaterlandsverteidigung“, und beiden sozialen Auseinandersetzungen sowie auch bei der Absage an eine sozialistische Gesellschaft.

„In dem Arbeiter in Städten und Gemeinden an der Saar, ungeachtet aller Verfolgungen, ihren Klassenkampfahrungen und ihrem geschärften sozialen und politischen Gewissen folgten, vollbrachten sie ein bleibendes Werk.“<sup>4</sup>

Die freigewerkschaftlich-sozialdemokratische Arbeiterbewegung hatte es an Saar und Blies besonders schwer. Das „System Stumm“ war nicht nur auf das Neunkircher Eisenwerk und die Halberger Hütte beschränkt; auf den preußisch-staatlichen Gruben und den anderen Eisenwerken waren die Bedingungen ähnlich. Und auch der in der noch relativ jungen Arbeiterklasse tiefverwurzelte und weit verbreitete Katholizismus war ein schwerwiegendes Hindernis.

So konnte im Juni 1922, bei der ersten Wahl zum 30 Abgeordnete zählenden Landesrat, die katholische Zentrumspartei eine absolute Mehrheit erringen. Die SPD gewann mit rund 29 000 Stimmen 5 Mandate, die KPD mit rund 14 500 Stimmen noch 2 Mandate. „Überragend war vor allem die Stellung der katholischen Partei, die im Landesrat die absolute Mehrheit errungen hatte und damit eine unvergleichlich stärkere Stellung besaß als die Gesamtpartei im Reichsgebiet.“<sup>5</sup> Die Wahlbeteiligung lag allerdings bei nur etwas über 54%.

In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen, vor allem um soziale Fragen, aber auch um demokratische Forderungen, wie das kommunale Selbstverwaltungsrecht. Legendär ist der erfolgreiche 100-Tage Streik der Bergleute für höhere Löhne und Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen.

---

<sup>4</sup> Bies, Luitwin; Klassenkampf an der Saar, 1978, S. 12.

<sup>5</sup> Bies, Luitwin; Klassenkampf an der Saar, 1978, S. 29.

Die Bevölkerung politisierte sich zunehmend, was auch in einer steigenden Wahlbeteiligung zum Ausdruck kam. Die Arbeiterparteien gewannen an Einfluss in der Arbeiterklasse. Vor allem die KP konnte sich in den sozialen Kämpfen stärken. Der Rückhalt der SPD stagnierte und ging schließlich zurück, wohl wegen der oftmals zwiespältigen, opportunistischen Politik gegenüber Grubenverwaltung und saarländischen-deutschen Hüttenkapitalisten. Bei der letzten Landesratswahl im Februar 1932 erreichte die KP mehr als doppelt so viele Stimmen als die Sozialistische Partei Deutschland. Das konservative *Zentrum* war immer noch mit Abstand stärkste Partei, deren absolute Mehrheit allerdings 1924 verhindert werden konnte.

„Die Organisation der Kommunisten umfasste in der Mitte des Jahres 1934 mehr als 7 500 Mitglieder, die in 142 Ortsgruppen und 24 Betriebszellen zusammengefasst waren.“<sup>6</sup>

Das aus meiner Bewertungssicht bedeutendste politische Ereignis vor der Abstimmung vom 13. Januar 1935 war die Erarbeitung des antifaschistischen Einheitsfrontabkommens von Kommunistischer und Sozialdemokratischer Partei. Der Begriff „Erarbeitung“ ist Ausdruck dafür, dass nach der Machtübertragung im Reich an die Nazis die Kommunisten ihre Aktionseinheitspolitik zu einer strategischen antifaschistischen Einheitsfrontpolitik weiterentwickelten. Dies gelang der SPD als Partei nicht. Nur wenige Mitglieder und Funktionäre, wie Max Braun im Saargebiet, erkannten die Notwendigkeit eines antifaschistischen Bündnisses zur Überwindung des deutschen NS-Faschismus und der Zusammenarbeit der Arbeiterparteien im Kampf um sozialen Fortschritt gegen das Kapital. Die Schaffung dieser Einheitsfront im Saargebiet war das Ergebnis von beharrlichen Angeboten der KP-Führung an die SPD-Saar und von konkreter, direkter Zusammenarbeit vor Ort.

Das Abkommen, unterzeichnet vom KP-Vorsitzenden Fritz Pford und dem SP-Vorsitzenden Max Braun, wurde am 4. Juli 1934 von der kommunistischen *Arbeiterzeitung* und der sozialdemokratischen *Rundschau* veröffentlicht. Am Vortag war es vereinbart worden. Einen Monat zuvor hatten die Kommunisten und Sozialdemokraten in Landsweiler das erste örtliche Einheitsfrontabkommen geschlossen. Weitere folgten, ermuntert von der KP-Leitung. Schon am 12. August 1933 hatte die Landesleitung der KP erstmals einen Aufruf an die

---

<sup>6</sup> Bies, Luitwin; *Klassenkampf an der Saar*, 1978, S. 104.

Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften „zu einer einheitlichen Mobilmachung gegen den Blutfaschismus“<sup>7</sup> aufgerufen. Die saarländische -SPD hingegen war auch 1934 noch starkem Druck durch deren Parteivorstandsvertreter ausgesetzt, die immer wieder versuchten, Hindernisse aufzubauen.

Dieses Abkommen der Einheitsfront ist auch heute noch für die Sozialdemokratie eher „ein Sündenfall“. Zunächst jahrzehntelang totgeschwiegen, wurde es dann seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts in der Geschichtsaufarbeitung beachtet. Neben allen möglichen Unterstellungen gegenüber den Kommunisten, wird der Inhalt auf den antifaschistischen Widerstand reduziert.

Gerhard Paul schreibt in seinem Buch „Deutsche Mutter heim zu Dir“ von 1984:

„Das Programm der ‚Einheitsfront‘ ... war sowohl inhaltlich wie organisatorisch der kleinste gemeinsame Nenner der Zusammenarbeit zwischen den beiden bis dahin verfeindeten Parteien. ...Lediglich gemeinsame Aktionen sollten durchgeführt und eine gemeinsame Schutzorganisation sollte gebildet werden. Einig war man sich in der Ablehnung des Hitlerregimes, dem das Saarland nicht ausgeliefert werden sollte. ...Geführt werden sollte der gemeinsame Kampf für »die Befreiung aller antifaschistischen Gefangenen«, für die Verwirklichung bürgerlicher und sozialer Freiheitsrechte an der Saar, für die Bildung einer gewerkschaftlichen Kampffront und gegen die Faschisierung des öffentlichen Lebens und der Betriebe.“<sup>8</sup>

Beachtlich erscheint dieser „kleinste gemeinsame Nenner“, vor allem wenn das Abkommen in seiner historischen Gesamtheit im Originaltext zur Kenntnis genommen wird. Auch der Historiker Joachim Heinz kann dem Reduktionsdrang und damit der „Verdrehung der Geschichte“ nicht widerstehen. Er hatte 2009 eine Ausstellung zur Einheitsfront an der Saar konzipiert, die nun zum 80. Jahrestag in Bonn gezeigt worden ist. In einem insgesamt sehr interessanten Gespräch mit der Saarbrücker Zeitung vom 5. Sept. 2014 heißt es allerdings auch:

---

7 Bies, Luitwin; Klassenkampf an der Saar, 1978, S. 169.

8 Paul, Gerhard; Deutsche Mutter heim zu Dir, 1984, S. 276.

*Saarbrücker Zeitung*: „Hätte die Einheitsfront eine Chance gehabt, wäre sie früher gebildet worden?“

*Heinz*: Ja. Nachdem Hitler an die Macht kam, brauchten SPD und KPD über ein Jahr, um ihre Feindschaft untereinander zu überwinden und in nur diesem einen Punkt – dem gemeinsamen Kampf gegen Hitler - zusammenzuarbeiten.“<sup>9</sup>

Gerhard Paul war in seinem Buch 1984 schon weiter. Das „Ja“ bei Joachim Heinz ist vordergründig blauäugig. Näher betrachtet erweist es sich als „unwissenschaftlich“ und „politisch“ bestimmt. Gerhard Paul hat in seinem Buch gerade die gegenteilige Auffassung begründet. Im Vorwort erklärt so Eike Hennig:

„Ohne das Zusammenspiel des angstgeprägten politisch-sozialen Klimas, das durch alltagswirksame Überwachungsmechanismen (Blockwartesystem) und Einschüchterungsmaßnahmen (Fotographieren von Teilnehmern der Einheitsfrontveranstaltungen) wirksam verankert und entfaltet worden ist, und der nationalsozialistischen Argumentationsweise (scheinbar tritt die NSDAP hinter dem deutschen Volk und Staat zurück) bleibt das Abstimmungsergebnis unverständlich.“<sup>10</sup>

Eine bedeutende Rolle spielte auch das massive Eintreten der katholischen Bischöfe von Speyer und Trier für die Deutsche Front. Beide Autoren, Luitwin Bies wie Gerhard Paul, haben dies in ihren historischen Werken ausführlich dargestellt. Das Abkommen selbst beinhaltet wesentlich mehr als nur den „einen Punkt“ des Schreibers Joachim Heinz. Im Text des Abkommens ist u.a. zu lesen:

„Schließt euch fest und restlos zum gewerkschaftlichen Kampf zusammen, kämpft für die Erhöhung der Löhne, Renten und Unterstützungen und Verbesserung aller sozialen Errungenschaften, gegen faschistischen Betriebsterror und für den möglichst lückenlosen Zusammenschluss aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Gewerkschaften unter Bekämpfung aller Gelben.“<sup>11</sup>

---

9 Saarbrücker Zeitung vom 5.9. 2014, Seite B4.

10 Paul, Gerhard; Deutsche Mutter heim zu Dir, 1984, S. 18.

11 BIES, 1978, S. 183.

Diese klare, eindeutige Textstelle braucht nicht weiter kommentiert zu werden.

Der 80. Jahrestag der Einheitsfront von 1934 könnte für Linke, die es ernst meinen mit einer anderen Gesellschaft und die eine Gesellschaft überwinden wollen, die immer wieder Krieg gebiert, die immer wieder unsägliche Ausbeutungsverhältnisse reproduziert, die unsere Lebensgrundlagen, die Natur –bedenkenlos zerstört, für solche Linke könnte dieses inzwischen betagte Papier immer noch einige Anregungen geben.

### **Schlussüberlegung**

Bekannt ist, dass nur 9% der wahlberechtigten saarländischen Bevölkerung am 13. Januar 1935 für den „Status Quo“ stimmten. 90% der Abstimmenden an Saar und Blies wollten vor allem wieder Deutsche sein – womit Hitler, Röchling und die Deutsche Bank einen großen Erfolg erreicht hatten. Eine saarländische Eigenart oder gar saarländische Eigenständigkeit war und ist kaum zu erkennen. Nur die 9% wollten Saarländer sein doch diese Betrachtungsweise ist zu banal. Selbst im historischen Rückblick erscheint

die Entstehung des heutigen „Saarlandes“ als Rückgriff auf den „politischen Homunkulus“ (Luitwin Bies) Saargebiet, erschaffen durch eine britisch-französische Vereinbarung im Ergebnis des Ersten Weltkrieges erklären zu wollen, eine gewagte These zu sein.







# **APRÈS LE VACARME DES BATAILLES**

Les 100 ans de la Grande Région Saar-Lox-Lux



## PRÉFACE

Salvador Oberhaus

**Dr. Salvador Oberhaus, historien, intervenant dans l'éducation politique communale à la fondation Rosa Luxembourg, a dirigé le bureau régional de la fondation en Rhénanie-Palatinat entre 2009 et 2016.**

Depuis la sortie de l'ouvrage *Les Somnambules* de Christopher Clark et le centième anniversaire du début de la Première Guerre mondiale, l'intérêt du public pour l'histoire de la « grande catastrophe du 20ème siècle » se renforce. Les débats sont particulièrement dominés par des controverses concernant le déroulement de la guerre en Europe. Dans ce cadre, au vu de la crise de juillet, l'accent est mis avant tout sur les hommes politiques et militaires et les grandes actions d'État dont ils sont responsables.<sup>1</sup> Une telle approche est problématique dans la mesure où elle risque d'amener à se concentrer principalement sur les causes immédiates et sous-jacentes de la guerre, et ce faisant effacer les tendances politiques et sociales qui peuvent favoriser une guerre sur le long terme. Au cours des dernières années, pratiquement aucune étude approfondie n'a été faite sur l'importance des processus socio-économiques lors des périodes d'avant-guerre. Il en va de même pour les diverses conséquences graves qu'a la guerre sur la cohabitation politique, culturelle, et enfin sociale des personnes.

Le présent recueil d'essais documente qu'il est judicieux, alors que les anniversaires de la révolution et de la fin de la guerre en Europe approchent, de jeter un œil sur les conséquences historiques de la Guerre Mondiale. Les articles scientifiques et commémoratifs publiés ici ont posé les bases de la discussion à la conférence « Après le vacarme du combat », organisée en novembre 2014 à Sarrebrück par la fondation Rosa Luxembourg de la Sarre et la fondation Rosa Luxembourg de la Rhénanie-Palatinat en coopération avec la fondation Marx Engels.

Grande Région façonnée par l'industrie englobant la Sarre, la Lorraine, le Luxembourg et la Wallonie se prête particulièrement à l'étude dans une perspective historique régionale des différents aspects de la politique impérialiste d'après-guerre et des conflits socio-économiques,

---

<sup>1</sup> Les contributions de Wolfgang Kruse, Jürgen Angelow et Salvador Oberhaus apportent une conclusion provisoire à ce débat: Axel Weipert, Salvador Oberhaus, Detlef Nakath, Bernd Hüttner (éditeurs): « Une machine à brutaliser le monde »? La Première Guerre mondiale - interprétations et attitudes de 1914 jusqu'à aujourd'hui, Münster 2017.

mais également de la politique d'identité nationale dans le processus de transformation révolutionnaire après 1918. Les contributions s'articulent autour de deux éléments principaux de la lutte politique et sociale pour établir un ordre d'après-guerre démocratique et socialiste dans la région, dans une comparaison entre l'Allemagne, la France, la Belgique et le Luxembourg.

Ensuite est abordée la question des conséquences de la guerre sur le mouvement ouvrier en pleine différenciation et de sa marge de manœuvre en tant qu'acteur principal du renouveau social de son temps.<sup>2</sup> Herwig Lerouge, Ali Ruckert, Jean-François Lassagne, Rainer Dörrenbecher et Laurent Erbs traitent, dans leurs contributions, de sujets choisis concernant la révolution, la contre-révolution, et la politique de nationalité dans la société d'après-guerre. Anni Lacroix-Riz et Hubert Kesternich esquissent dans leurs contributions les conditions politiques et économiques fondamentales de la possibilité d'action du mouvement ouvrier compte tenu des relations franco-allemandes, en mettant particulièrement l'accent sur la « question de la Sarre ».

« Les lecteurs et lectrices intéressé(e)s relèveront que la première Guerre Mondiale et les révolutions socialistes avortées restent aujourd'hui encore d'une actualité brûlante dans la construction identitaire de la gauche politique, mais les conséquences des événements se font également sentir bien au-delà, et ce jusqu'à nos jours, et influencent encore sensiblement la vie des personnes de cette Grande Région. »

---

<sup>2</sup> Cf. également: Bernd Hüttner (éditeur): La résistance retardée. Le mouvement ouvrier et la Première Guerre mondiale (manuscrits fondation Rosa Luxemburg nouvelle série, volume 14), Berlin 2015.



**EN AVANT!**

*Amour Sacré de la Patrie  
Conduis sautiens nos bras vengeurs*



Michael Quetting

## « LES CONSÉQUENCES DE LA GUERRE DANS LA GRANDE RÉGION »

100 ans depuis la Première Guerre mondiale 100 ans après le début de la Première Guerre mondiale, on parle toujours de ses causes. Selon la théorie de l'impérialisme du révolutionnaire russe, Lénine, la guerre n'a pas été provoquée par la mauvaise volonté des rapaces capitalistes. La guerre aurait été provoquée par l'évolution du capital mondial et par ses milliards de filaments et interconnexions.<sup>1</sup>

La guerre mondiale fut la suite de dizaines d'années de luttes entre les États impérialistes. En raison du développement économique et politique déséquilibré du capitalisme, ce conflit s'est constamment aggravé et la répartition territoriale et économique du monde ne correspondait plus au rapport de forces des États impérialistes.

Cependant, avec la guerre il a également fallu détourner les crises intérieures, attiser le nationalisme des gens et affaiblir leurs forces révolutionnaires. Deux blocs militaires se sont affrontés.

C'est là d'où vient l'opposition inconciliable de la gauche politique à la guerre impérialiste, voire à la guerre entre des groupes issus de pays capitalistes dans le but de se partager le butin capitaliste.

Le parlementaire du parti de gauche SPD, Karl Liebknecht, a donc incité les mouvements ouvriers de tous les pays impliqués dans la guerre à lutter contre leur propre bourgeoisie. Le mot d'ordre fut le suivant: *L'ennemi principal se trouve dans notre propre pays!*

---

<sup>1</sup> œuvres de Lénine, livre 24, p. 51 f



## Et aujourd'hui, cent ans plus tard?

Les évolutions en Ukraine apportent à nouveau la guerre et la guerre civile en Europe et montrent que la paix et le capitalisme ne sont pas compatibles. Ces évolutions, et malheureusement elles ne sont pas seules, posent actuellement un défi pour les organisations de gauche.

Sinon, regardons la situation en Syrie et en Irak. Mme Göring-Eckardt des Verts demande une intervention militaire allemande. Que ce soit avec ou sans le mandant de l'ONU, une telle intervention militaire de l'Allemagne serait rocambolesque et erronée. Autant il est nécessaire que la communauté internationale s'occupe enfin de la situation en Syrie et en Irak ainsi que de la terreur de l'État islamique, autant la nécessité de continuer à associer cela à des combats terrestres est complètement dépassée par la réalité. Ceux qui soutiennent cette solution n'ont pas en tête la solidarité avec les femmes et les hommes kurdes. Cette image tordue de l'interventionnisme au profit des droits de l'homme est mortelle; une petite analyse serait suffisante pour le démontrer.

Après la défaite allemande à la Première Guerre mondiale et après les événements révolutionnaires du 9 novembre 1918, les commissaires du peuple ont demandé à Karl Kautsky (SPD), en tant que Secrétaire d'État adjoint, de joindre le Ministère allemand des affaires étrangères afin de vérifier si des éléments à charge ont été constitués à partir de l'ensemble des dossiers. Kautsky a donc eu la possibilité d'étudier des documents d'une importance primordiale concernant la responsabilité de la guerre. Il résuma tout ce qu'il a appris de l'ensemble des dossiers dans la brochure *Wie der Weltkrieg entstand* (Comment s'est déclenchée la guerre mondiale). Pour Kautsky, les partisans principaux de la guerre étaient la monarchie autrichienne, suivie par la monarchie allemande. Selon Lénine, tous les gouvernements impérialistes qui ont été impliqués dans cette guerre étaient des bandes de brigands, la question donc de la responsabilité de la guerre était d'une importance secondaire pour lui.

Si on veut évaluer Kautsky ou Lénine encore aujourd'hui, compte tenu des exportations d'armes et des interventions internationales, on doit se demander si l'ennemi principal se trouve en effet dans notre propre pays!

La question que nous traitons aujourd'hui est toutefois un peu différente; nous souhaitons éclaircir les incidences de la guerre plutôt que ses causes.



*Après le vacarme se penche sur les multiples conséquences sociales, économiques et politiques de la guerre dans la Grande Région Sarre-Lorraine-Luxembourg-Wallonie, qui se trouve là où s'affrontent quatre pays.*

La Grande Région constitue un très bon exemple pour examiner les différents aspects de la politique impérialiste d'après guerre ainsi que les conflits socio-économiques depuis 1918, selon les organisateurs.

Et ces incidences sont également intéressantes pour tous ceux parmi nous qui luttent pour la préservation de ce pays, qui luttent contre le frein à l'endettement et à la liquidation sociale et qui sont pour la démocratie et l'autodétermination. Pour comprendre l'identité des Sarroises et des Sarrois il faut se pencher sur l'histoire.

Les questions relatives aux incidences de la guerre sur les structures économiques de la région et sur le mouvement ouvrier en tant que principal acteur du renouveau social il y a cent ans doivent être au centre de cet ouvrage.

Le 9 novembre 1918, Sarrebruck, la plus grande ville du district de Trèves, a été attrapée par le mouvement révolutionnaire. Les conseils d'ouvriers et de soldats se forment. Le même jour, environ 2 000 habitants de Neunkirchen ont élu un conseil similaire et ont manifesté à travers la ville. Le 11 novembre, l'armistice a été signé. Et maintenant, la paix de conquête a succédé à la guerre de conquête. Il fallait consolider un nouveau rapport de forces le plus longtemps possible. Entre-temps, à l'Est, une nouvelle révolution a eu lieu en Russie. C'est pourquoi on voulait empêcher que cela ne devienne possible en Allemagne. C'est pourquoi on a donné même à cet État quelques moyens militaires; 100 000 hommes étaient suffisants pour une armée de guerre civile. Sinon, on souhaitait bien évidemment le redressement économique tout comme des gains territoriaux.

Les pertes du capital monopolistique allemand ont donc été considérables: un huitième du territoire sans les colonies. Cela a notamment affecté l'industrie lourde. Avec la région d'Alsace-Lorraine annexée en 1871, qui revenait à nouveau à la France, les riches réserves en matières premières et les installations industrielles de la Haute Silésie orientale, qui ont été annexées à l'État polonais, 75% de l'extraction de minerai de fer, 20% de l'extraction du charbon ainsi que 26% de la production de fonte brute et 30% de la production d'acier et de laminoirs ont été perdus.

Même la région de la Sarre, que personne ne savait comment appeler au début, a été arrachée à l'impérialisme allemand par les vainqueurs. Elle est devenue une entité spéciale sous la tutelle de la Société des Nations. Cela correspondait à la volonté de la bourgeoisie française, qui avait besoin de charbon de haute qualité pour la base minière de la France. 13 216 300 tonnes de charbon ont été extraits en 1913.

Cependant, la France n'était pas seule, puisqu'il y avait également les intérêts anglais, ce qui résulta le à un compromis 10 avril 1919. Ce compromis consistait à l'exploitation provisoire de la Sarre dans un premier temps seulement pour 15 ans. Ce Land a donc été façonné par la diplomatie impérialiste; il a fallu de plus longs passages au Traité de Versailles même pour

définir les limites de ce territoire, dans les anciennes parties du district prussien de Trêve et du Palatinat rhénan bavarois. Les vainqueurs se sont trouvés face à une région dotée d'une industrie sophistiquée qui était très étroitement liée aux zones les plus démunies. La région a été reliée au centre industriel de la Rhénanie-Westphalie ainsi qu'à la zone minière et sidérurgique de la Lorraine. Ici, il y a eu également un mélange particulier entre le prolétariat et les petits agriculteurs. Il y a eu 44 000 exploitations agricoles et un ouvrier sur dix était agriculteur à temps partiel. Parmi les environ 70 000 mineurs, 22 800 ont déclaré qu'ils possédaient une maison et plus de 12 000 se désignaient en tant que propriétaires fonciers. En 1929, les effectifs possédaient 10 462 bovins, 17 522 caprins (« la vache du mineur ») et 10 421 porcins. Ici, nous avons affaire avec des semi-prolétaires qui étaient fortement influencés par l'église catholique, ce qui a compliqué le progrès de la lutte des classes.

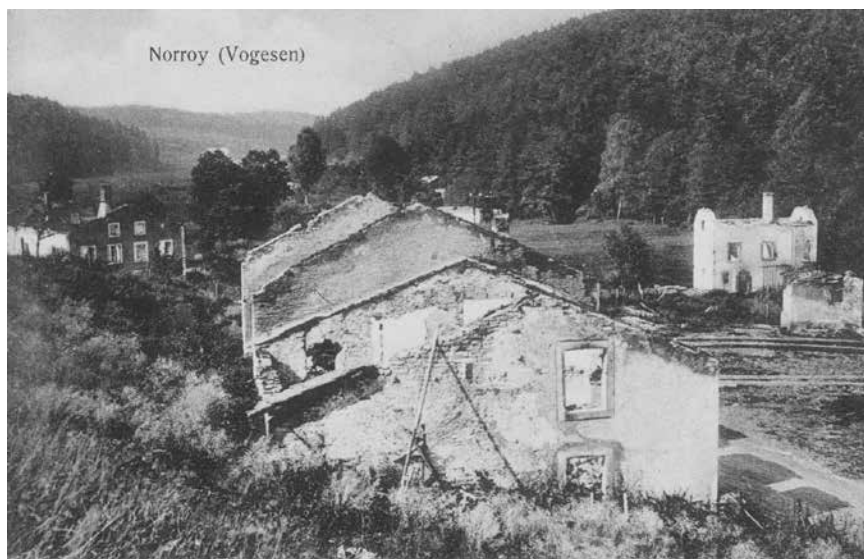
Les troupes françaises ont défilé dans cette région le 23 novembre 1918. Il s'agissait également de réprimer le mouvement révolutionnaire. Les conseils d'ouvriers et de soldats ont été dissous. Les anciens rapports de propriété ont été rétablis. Tout comme le grand industriel Hermann Röchling, qui s'est adressé directement aux organes de l'occupation française pour que ces derniers fassent disparaître les conseils d'ouvriers et de soldats de Völklingen.

Le « vacarme » s'annonçait même par rapport aux 15 années susmentionnées. Il s'agissait de l'unique front uni dans la lutte contre le fascisme, qui a duré ici dix ans, au lieu de douze. Après le vacarme fut aussi avant le vacarme. Nous sommes 75 ans après la Seconde Guerre mondiale.

### **Et aujourd'hui? Avant le vacarme pour encore une fois?**

L'objectif de la présente publication est d'aider à comprendre l'arrière-plan et les causes des guerres et de leur résonance. D'ailleurs, cela ne nous suffit pas. Nous souhaitons négocier. Nous devons négocier. Pour cette raison, la phrase de Karl Liebknecht ne devrait pas être considérée comme purement académique, mais elle mérite d'être abordée même 100 ans plus tard, dans le contexte des événements actuels: *Est-ce que l'ennemi se trouve dans notre propre pays?*

***Bonne chance!***



Champ de bataille dans les Vosges



Ruines à Longwy

Annie Lacroix-Riz:

## **LES RELATIONS FRANCO-ALLEMANDES 1918-1923 : DE LA « POLITIQUE DURE » AU PREMIER « APAISEMENT »**

### **DU PRINCIPE DE LA POLITIQUE DURE...**

L'immédiat après-guerre s'inscrit, du côté français, dans la tendance générale de l'impérialisme décrite par Lénine dans la brochure, rédigée en 1915, *L'impérialisme, stade suprême du capitalisme*, au « *partage et repartage du monde* » entre impérialismes nationaux partenaires et rivaux<sup>1</sup>.

Le capital financier français affichait alors sa volonté de remplacer le Reich comme grand producteur sur le continent, en particulier dans l'industrie lourde et la chimie. Ses Comités des Forges et des Houillères avaient préparé depuis l'automne 1914 et publiquement présenté depuis 1915 un programme d'expansion au détriment du futur vaincu germanique. Ledit programme semblait moins audacieux et systématique que celui de leurs homologues allemands, mais il est surtout beaucoup moins bien connu<sup>2</sup> que celui qu'a exposé par le menu Fritz Fischer dans son célèbre ouvrage, *Les Buts de guerre de l'Allemagne impériale 1914-1918*, paru en RFA en 1961. Il n'existe à cette date aucun équivalent, pour le cas français, de ce gros livre, traduit en français en 1970, qui demeure au centre d'un débat sur la continuité de la politique impérialiste à ce jour non épuisé malgré les diktats contraires de ses contradicteurs français : notamment Georges-Henri Soutou, qui s'est hissé à la pointe du combat en contestant le caractère impérialiste de la Première Guerre mondiale et de ses visées économiques. Les grands capitalistes français, maîtres, comme ailleurs, de l'État et de l'organisation de l'économie de guerre, se fixaient cependant pour objectif essentiel de « contribuer à l'expansion économique de la France sur les marchés du monde [...et de] bannir chez [les Alliés de l'Entente] l'étiquette teutonne »<sup>3</sup>. C'est eux qui furent les principaux inspireurs de la conduite même du conflit

---

1 Lénine, *L'impérialisme* [...]. Essai de vulgarisation, Paris, Le Temps des cerises, 2001, p. 172. Souligné dans le texte.

2 Georges-Henri Soutou, *L'or et le sang. Les buts de guerre économiques de la Première Guerre mondiale*, Paris, Fayard, 1989, qui conteste la férocité des appétits impérialistes (allemands compris) dans la Première Guerre mondiale.

3 Appel de l'association nationale d'expansion économique, 1916 (sans précision) et éditorial du Journal des chambres de commerce, 10 janvier 1916, Soutou, *L'or et le sang*, p. 169-170.

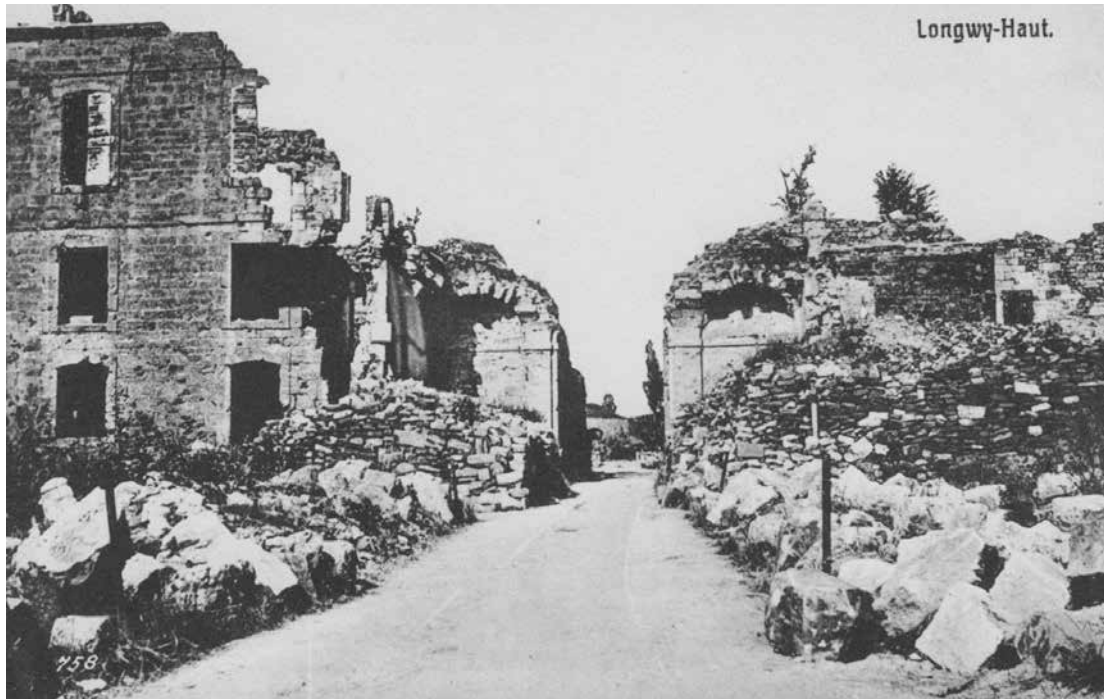
puis du rigoureux traité de Versailles et des traités associés : Rethondes et ses suites incarnent leur ambition de supplanter le puissant sidérurgiste et chimiste allemand.

Le traité sanctionnant la défaite allemande fut donc caractérisé par la rigueur territoriale qui, appliquée directement au Reich, fut étendue à l'autre vaincu, l'ancien empire austro-hongrois : l'État des Habsbourg, de fait devenu un prolongement du Reich depuis la seconde moitié du 19<sup>e</sup> siècle, avait été voué par ses échecs militaires répétés depuis le début de la guerre à un Zollverein complet, avec les inéluctables conséquences du premier : l'absorption politique complète de l'empire austro-hongrois par l'Allemagne. Celle-ci subit avec Versailles la perte de territoires de production, charbon et minerai de fer, qu'elle avait arrachés aux États vaincus aux 18<sup>e</sup> et 19<sup>e</sup> siècles (respectivement Pologne et France) : perte prévue soit à titre définitif (récupération de la Moselle), soit à titre provisoire (Silésie et Sarre), avant un plébiscite prévu en 1921 et présentant peu de chances d'échec des vainqueurs pour la première région, et un résultat d'emblée incertain, pour le scrutin sarrois, reporté à 1935. Elle subit des mesures de désarmement et d'interdictions de production, supposées mettre à bas son économie de guerre, des limitations ou interdictions en matière de commerce extérieur, etc.

L'industrie lourde française se vit remettre par son État le groupe Sud-Ouest de la sidérurgie allemande, avec garantie d'influence française majoritaire en Sarre et au Luxembourg, et exclusive en Moselle. La récupération française de la Moselle fit perdre au Reich 75% de son approvisionnement en minerai de fer du Reich et « une partie de ses aciéries les plus modernes; le bassin houiller de la Sarre revient à la France jusqu'au plébiscite prévu pour 1935; la perte de l'Alsace signifie celle de la potasse, celle d'Eupen-Malmédy (désormais belge) celle du zinc de Vieille Montagne. Au total 10% de la production industrielle, dont le tiers de la fonte, le quart du charbon et de l'acier, tout le zinc. »

Sur le papier, les tout-puissants *Konzerne* chimiques, rois d'avant-guerre du marché mondial des colorants regroupés dès 1904, avec Bayer, Badische Anilin und Soda Fabrik (BASF) et AGFA en première *Interessengemeinschaft Farben* (communauté d'intérêts des colorants, sans fusion des capitaux), des colorants, des huiles minérales, des engrais et de la production pharmaceutique, subirent des coups encore plus sévères. Le premier Rethondes chimique (le second fut celui de 1940, au détriment du capital français) fut organisé au bénéfice du groupe

chimique privé Kuhlmann, maître de l'appareil d'État français : il imposait au champion de la chimie des colorants d'avant-guerre saisie de brevets, diverses interdictions d'exportation jusqu'en 1925 et confiscation des filiales allemandes en France. Celles-ci furent regroupées



Ruines à Longwy

dans une régie d'État, la « Compagnie nationale des matières colorantes et des produits chimiques » : fondée en 1916 aux frais du contribuable, dominée dès la guerre par le groupe Kuhlmann, bénéficiaire des pertes allemandes (toujours aux frais du contribuable), la présumée « Compagnie nationale » lui fut cédée de fait peu après sa fin, officiellement en 1923.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Mêlés, Bariéty, *Les relations*, p. 231, et Annie Lacroix-Riz, *Industrialisation et sociétés (1880-1970). L'Allemagne*, Paris, Ellipses, 1997, p. 46 sq., et 13-14.





Église en feu à Woinville sur St. Mihiel

qu'avec du coke sidérurgique, que la France ne produisait pas, à la différence de l'Allemagne, dans les riches bassins de Ruhr et de Sarre.

Le traité de Versailles établit en outre le principe de réparations, objet de l'article 231 du traité de Versailles désignant le Reich comme responsable de la guerre. Dès la fin de la guerre et durablement, le peuple français, aussi durement sollicité pour la « reconstruction » que pendant le conflit, se fit répéter par son appareil politique dominant le mot d'ordre rassurant et très mensonger : « L'Allemagne paiera ». La Sarre, au cœur du présent colloque, a été considérée, même par les historiens qui contestent que la guerre ait résulté des rivalités inter-impérialistes, comme la revendication territoriale et économique majeure, voire *exclusive*, du Comité des Forges, fondé en 1864 et dirigé depuis lors par les plus puissants sidérurgistes français, des dynasties Wendel de Lorraine et Schneider du Creusot<sup>5</sup>.

De même que l'obtention de « réparations » en charbon, la détention du bassin minier sarrois déterminait la capacité sidérurgique française, puisque la transformation du minerai de fer lorrain ne pouvait s'opérer

<sup>5</sup> Thèse de Jacques Bariéty, in Poidevin et Bariéty, Les relations franco-allemandes, Paris, Armand Colin, 1977, p. 230-231.



Destruction à Gondrexon, 1915

## ... À SON APPLICATION

### La Sphère économique

Pendant la guerre, certaines des pratiques de l'ère pacifique des associations et groupements de capitaux franco-allemands, étirée entre les années 1880 et 1914, s'étaient maintenues. Des exceptions notables avaient donc été consenties à l'affrontement général des capitaux des deux pays. Le phénomène autorise à dater les débuts de la « collaboration franco-allemande » de guerre

non pas de la Deuxième Guerre mondiale mais de la Première. La plus spectaculaire des exceptions au conflit général entre capitaux rivaux avait été l'accord, conclu en « août 1914, après l'entrée des Allemands à Briey, ou dans la région de Briey », de non-bombardement des « établissements [...] de M. de Wendel » (la Société des Petits-Fils de François de Wendel & Cie) : « des pancartes [...] apposées par l'armée allemande avec la mention "à protéger" » épargnèrent les installations concernées<sup>6</sup>, et les « Allemands [purent] en extraire du minerai pendant toute la durée des hostilités.<sup>7</sup> »

Le scandale, notoire, alimenta, après la guerre, de vives polémiques politiques, parlementaires en particulier (en 1919), dont les Wendel, comme leurs pairs mis en cause, sortirent vainqueurs. Elles ressurgirent cependant périodiquement, notamment à l'occasion de la campagne législative de 1936, où le Parti communiste français compara l'essor, considérable depuis 1933, des ventes clandestines de minerai de fer sous l'égide du Comité des Forges, au compromis

6 Déposition du général Sarrail à la Chambre, Mennevée, « Pourquoi l'Allemagne n'a pas payé ? », Les documents politiques, diplomatiques, et financiers (plus loin, DPDF), n° 4, avril 1921, p. 5 Bibliothèque de documentation internationale contemporaine de Nanterre, 3969, avec référence de l'année. Voir aussi Simone Pesquiès-Courbier, « Le Bassin ferrifère de Briey durant la Guerre de 1914-1918 », *Revue historique des armées*, 1981, no 2, p. 98-128, et « La politique de bombardement des usines métallurgiques en Lorraine et au Luxembourg pendant la Première Guerre mondiale », *Revue historique des armées*, 1981, no 4, p. 127-159; et Lacroix-Riz, *Aux origines du carcan européen*, p. 23-25.

7 Minute 712, 31 mai 1926, GA, W2, de Wendel, Archives de la Préfecture de police (APP), Louis Launay et Jean Sennac, *Les relations internationales des industries de guerre*, Paris, éditions républicaines, 1932, p. 37-43, etc.

secret sur le non-bombardement des mines de Briey des Wendel pendant la Grande Guerre par une rubrique de *L'Humanité*, « La trahison du fer », et par une affiche électorale intitulée : « Ça recommence ».<sup>8</sup>

La mise en œuvre du « drame des réparations » (Bariéty) fut encore plus chaotique : elle fut dès l'automne 1923 remise de fait à Washington, qui exigea avec succès de la France l'abandon de l'occupation de la Ruhr et la réunion d'une « conférence des experts » qui déboucha sur le Plan Dawes d'avril 1924. Première étape d'une liquidation qui fut ensuite consacrée par le Plan Young de 1929 puis par les nouvelles exigences américaines, préparées de longue date mais qui purent prendre la Crise pour prétexte : le moratoire Hoover de juillet 1931, qui mit fin, et définitivement, à tout règlement (le solde « définitif » de trois milliards prévu par la conférence de Lausanne de décembre 1932 ne fut jamais versé). Avec l'indéfectible soutien américain (et vatican), et contrairement à une légende inoxydable tant en Allemagne qu'ailleurs, le Reich ne paya qu'une très faible partie des 132 milliards marks-or fixés à Londres, sur la base de sa capacité présumée à régler et non des revendications des demandeurs. Les versements totaux (livraisons en nature des premières années incluses) s'élevèrent à 20 milliards, dont 9 pour la France (laquelle, privée de soutiens internationaux après sa défaite de 1870, avait effectivement payé en deux ans, et non trois, comme prévu, l'indemnité de guerre de cinq milliards de francs-or fixée par le traité de Francfort, soit le quart du revenu national français<sup>9</sup> .

Les États-Unis, grands prêteurs de l'Entente, étaient fermement résolus à obtenir remboursement. Ils avaient en revanche émis d'emblée un veto contre tout principe de réparations, veto qu'ils signifièrent à leurs « alliés » français et anglais dès le début de 1919 à la conférence de la Paix de Paris : les « réparations » allemandes bénéficieraient en tout premier lieu à deux de leurs grands rivaux impérialistes; ils les jugeaient donc incompatibles avec leurs vastes plans d'investissements dans le Reich (et dans les territoires d'Europe centrale et orientale qui lui étaient traditionnellement liés), pivot de leur installation durable et rentable sur le continent

---

8 RG, 24 et 29 avril 1936 et affiches respectives, GA, C 25, Comité des Forges, APP.

9 Comparer Bariéty, Les relations franco-allemandes, avec Stephen Schuker, *The End of French Predominance in Europe: The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill, University of North Carolina Press, 1976, Frank Costigliola, *Awkward Dominion : American Political, Economic and Cultural Relations with Europe, 1919-1933*, Ithaca, Cornell UP, 1984, Gerald D. Feldman et Elisabeth Glaser, *The Treaty of Versailles : A Reassessment after 75 Years*, Cambridge, Cambridge University Press, 1998, etc., passim.

européen. À cet effet furent mandatés à la conférence de Paris les frères Dulles, John Foster et Allen, associés de la principale société d'avocats d'affaires de New York, Sullivan et Cromwell, qui possédait des intérêts décisifs en Europe centrale et orientale, en Allemagne en premier lieu. Amorçant là une carrière européenne, avec prédominance allemande, qui se poursuivrait jusque dans le second après-guerre, ils se firent connaître du monde par leur acharnement contre les réparations<sup>10</sup>.

La Grande-Bretagne, gros exportateur de charbon vers la France depuis l'avant-guerre, et fort influente en ce pays, redoutait la concurrence des charbons allemands sur le marché français : redoutant la perte de sa cliente traditionnelle, elle s'employa à lui disputer le bénéfice des réparations allemandes. Ce qui ne signifie aucunement (c'est aussi vrai pour le premier après-guerre que pour le second) qu'elle ne souhaitait pas elle-même en bénéficier : mais Washington menait une véritable guérilla contre les réparations, et Londres, qui ne voulait pas à l'excès indisposer son grand prêteur américain, céda vite à son veto, et se montra d'autant plus impitoyable contre son rival français<sup>11</sup>.

La vigueur des liens commerciaux et financiers franco-allemands, noués depuis l'avant-guerre et maintenus pendant, tendit également à balayer les sévères prescriptions de Versailles, exigence des réparations incluse. Les alliances de capitaux, notamment dans la métallurgie de la Sarre, eurent de ce point de vue des effets spectaculaires. Un de leurs meilleurs analystes fut, en temps réel, le publiciste franc-tireur Roger Mennevée, rédacteur des « Documents politiques, diplomatiques et financiers » parus de 1920 à 1940. Il démontra, sur la seule base des annonces parues dans la presse financière et au *Journal Officiel*, à quel point l'hégémonie exercée par l'« oligarchie » financière, Comité des Forges en tête, sur l'appareil d'État, le Parlement, la presse, la culture, l'université, avait infléchi les principes et l'application de la « politique dure ».

---

10 Pruessen Ronald W., John Foster Dulles. The road to power, New York, Macmillan, 1982; Grose Peter, Gentleman's spy. The life of Allen Dulles, New York, Houghton Mifflin C°, 1994.

11 Bariéty incrimine toujours Londres, sans mot dire du rôle de Washington. Sur la réalité des rivalités anglo-américaines, bonne synthèse française, Richard Farnetti, L'économie britannique de 1873 à nos jours, A. Colin, 1993.

C'est le grand capital financier qui l'avait définie et imposée à l'État français; c'est lui qui s'en débarrassa entre 1919 et 1923, au fil des obstacles rencontrés sur le plan international, et qui contraignit l'État à s'aligner sur sa nouvelle ligne. Classée dans une longue série d'articles publiée sous le titre général « L'oligarchie internationale et les peuples », éclairante sur les œuvres de l'impérialisme français depuis la fin de la Grande Guerre, une longue enquête de Mennevée s'employa depuis le printemps 1921 à répondre à la question : « Pourquoi l'Allemagne n'a pas payé ? » les réparations dont Versailles lui avait infligé le principe. Mennevée y étudiait les contacts noués de longue date entre industriels et banquiers dans ce cadre et mentionnait la tendance à la prolifération de sociétés métallurgiques franco-allemandes, telle en juillet 1920 la *Dillinger Hüttenwerke* présidée du côté français par Théodore Laurent et allemand par le secrétaire d'État Conrad von Schubert<sup>12</sup>.

La SA des aciéries (sarroises) de Dillingen, à Dillingen, symbolisait en effet une alliance non pas brisée mais remaniée par le bilan militaire des guerres. Elle ne fut en réalité pas créée alors, mais modifiée par la victoire française. « Avant le traité de Versailles, [...] le groupe allemand possédait 60 %, le groupe français 40 % du capital ». La défaite n'évinça pas la dynastie sidérurgique sarroise Stumm de la *Dillinger Hüttenwerke*<sup>13</sup>, mais réduisit seulement la part qu'elle y détenait : les tractations entre partenaires privés aboutirent à la cession de 20 % du capital au groupe français propriétaire (société des mines et usines de Redange-Dilling, Paris, Cie des Forges et Aciéries de la Marine et d'Homécourt, Paris, SA des hauts-fourneaux et Fonderies de Pont-à-Mousson, Nancy, société des hauts-fourneaux et aciéries de Differdange-Saint-Ingbert-Rumelange (anciennement Luxembourg)) ». Les Français détenaient désormais 60 % du capital d'une société toujours franco-allemande, pourcentage que le résultat de la guerre suivante inverserait à l'été 1941<sup>14</sup>.

---

12 « Pourquoi l'Allemagne n'a pas payé ? », Les documents, no 4, avril 1921, p. 6 (et JO du 11 août 1920), BDIC (série complète des Documents de Roger Mennevée).

13 Harold James, *The German Slump. Politics and Economics, 1924-1936*, Oxford, Clarendon Press, 1986, p. 170.

14 Lettre de la société Dillingen à Hartlieb, 27 octobre 1941, AJ 40, 817, Archives nationales (plus loin AN), annonçant la nouvelle répartition du capital, et Industriels et banquiers, p. 386-387.

Même l'occupation de la Ruhr, à partir du 11 janvier 1923, par les troupes françaises (et belges), qui passe pour avoir ranimé « la politique d'exécution », sous un cabinet Raymond Poincaré, homme du Comité des Forges et des Wendel, ne fit pas exception à la ligne du compromis. La politique dure présumée, aussi directement inspirée par les Comités des Forges et des houillères que la conduite de la guerre et le contenu des traités, se heurta aussitôt :



Destruction à Gondrexon, 1915

1. au partenariat tissé avec le patronat allemand, notamment via l'accord secret, non communiqué à l'État français pourtant si généreux pendant la guerre et après, conclu à Bâle en 1919-1920 entre Kuhlmann et « l'IG » (de Carl Bosch, PDG de BASF, et Carl Duisberg, PDG de Bayer). L'entreprise française avait dans ce cadre reconnu sa stricte dépendance technique à l'égard de ses homologues allemands : la convention lui interdisait « toute exportation des produits qui faisaient l'objet de l'accord avec l'industrie allemande » et stipulait le versement français d'« une redevance au bénéfice de » l'IG de « 14 millions de francs (par annuités de 3 millions) ». Ces interdits stricts constituèrent un précédent pour tous ceux qui barrèrent la voie aux exportations françaises bien avant la Défaite de 1940, laquelle étendit sous l'Occupation ce type de dispositions à tous les cartels franco-allemands. Entre autres, ils rendraient impossible toute coopération économique-militaire entre la France et les pays d'Europe orientale et centrale (URSS comprise) supposés constituer les partenaires de son « alliance de revers » contre la Revanche allemande<sup>15</sup>.
2. den aux écrasantes et efficaces pressions anglo-américaines (Américains en tête) et vaticanes, accompagnées d'action « humanitaire » pour soulager la faim des « bambini affamati » (« enfants affamés »). Ce grand thème de la propagande germanophile pontificale de

---

<sup>15</sup> Aspect étudié dans *Le choix de la défaite*, chap. 5 et 8-10.

Benoît XV puis Pie XI, son successeur depuis février 1922, masquait des motivations fort peu humanitaires, générées par une surproduction agricole américaine endémique (juste interrompue par les besoins de l'Entente en céréales de 1914 à 1918) : le succès outre-Atlantique du thème de l'Allemagne affamée par la France doit beaucoup, ironisa un prélat français en janvier 1924, au « fait que les Américains ont des stocks de blé à écouler »<sup>16</sup>. Se succédèrent en 1923-1924 des « missions » vaticanes, dirigées par Mgr Testa, en Sarre et en Ruhr occupée, missions financées par les États-Unis : entre deux discours sur la cruauté française et le martyr allemand, Testa annonçait l'imminente capitulation financière française devant « un arbitrage international » appelé, sous l'égide des États-Unis, à « statuer sur la solvabilité allemande » (esquisse du Plan Dawes)<sup>17</sup>.

Du côté français, la politique d'affrontement sembla triompher en 1923, et Kuhlmann sollicita et obtint l'aide de l'État pour faire annuler l'accord chimique secret de 1920 et concurrencer plus aisément « l'IG » (puis, plus tard, son successeur définitif, l'IG Farben fondée en septembre 1925). Mais ces pratiques, qui provoquaient encore l'ire vengeresse de l'IG Farben fin 1940<sup>18</sup>, coexistaient avec la disposition du capital financier français au compromis. Ayant poussé l'État à occuper la Ruhr, les Comités des Forges et des houillères reculèrent au fil des mois, imposèrent à l'État de les suivre et d'opter pour le compromis : les tenants de la politique dure s'étaient mués en « forteresse de la faction pro-allemande » acquise à la capitulation systématique<sup>19</sup>. Fin 1923, on parvint au maximum d'efficacité de la pression conjuguée du créancier américain, des prescriptions romaines et des liens financiers franco-allemands (depuis la fin de 1922 se tenaient des discussions sur les perspectives du commerce franco-allemand, une fois les interdits levés sur l'exportation allemande, échéance fixée par le traité de Versailles à janvier 1925<sup>20</sup>).

---

16 Lettre de Mgr Rémond (« aumônier général [d'opérette] en Rhénanie »), Mayence, 10 janvier 1924, Europe 1918-1940 Allemagne, vol. 369, archives du ministre des Affaires étrangères (plus loin MAE). Rémond, index Le Vatican, l'Europe et le Reich.

17 Détail, avec les sources, Le Vatican, l'Europe et le Reich, p. 221-228.

18 Philippique de von Schnitzler, chef des colorants de l'IGF, « contre la chimie française nulle et pillarde, naguère parasite de Versailles », le 21 novembre 1940, à Wiesbaden, Industriels et banquiers, p. 202-203.

19 Gillingham, Coal, steel and the rebirth of Europe 1945-1955: the Germans and French from Ruhr conflict to economic community, Cambridge, Cambridge UP, 1991, p. 101-102.

20 Lettre du chargé d'affaires à Berlin, Berlin, 11 novembre 1922, F 7, 13425, AN, et Mennevée, « Le Comité des Forges de France dans l'occupation de la Ruhr et ses auxiliaires », DPDF, n° 4, avril 1923, p. 119.

Le 13 novembre 1923, Poincaré céda à l'ultimatum que le secrétaire d'État Hugues avait, au nom du banquier John Pierpont Morgan, grand créancier de guerre des emprunteurs français, lancé le 5 à l'ambassadeur de France à Washington : il n'y aurait de suspension de la spéculation délirante contre le franc qu'en échange du retrait français de la Ruhr et de l'acceptation d'« un comité [souverain] de financiers ou “experts” » américains sur les réparations (ou leur agonie). La conférence des « experts » déboucha en avril 1924 sur le Plan Dawes, arrêt de mort contre la « politique d'exécution » et date de naissance véritable de la politique française d'Apaisement, aspect militaire compris : le Plan Dawes interdit définitivement à la France toute occupation militaire en vue d'obtenir règlement forcé des réparations, du type de celle qu'elle avait osée en janvier 1923 dans la Ruhr<sup>21</sup>.

### **La Sphère politique : L'exemple sarrois**

L'impérialisme français se montra féroce, comme son homologue allemand, contre toute radicalisation à gauche de la classe ouvrière dans les zones qu'il contrôlait depuis la victoire de novembre 1918. Il fit preuve au contraire, d'emblée, d'une extrême indulgence envers la droite et l'extrême droite catholiques, qui lui garantissaient la tranquillité sociale et la docilité politique de la population. Ce fut naturellement le cas en Sarre. La « politique catholique » conduite par les autorités militaires et civiles françaises visait officiellement à favoriser les Allemands catholiques, tant en Sarre qu'en Rhénanie : ceux-ci étaient qualifiés pour les besoins de la cause d'antiprussiens et fédéralistes, ce que leurs dirigeants, prussianisés depuis plus d'un siècle, n'étaient nullement, sauf éventuellement par pure tactique. Les archives diplomatiques, policières et militaires, attestent que la France en était parfaitement informée, même quand ses interlocuteurs s'efforçaient de la duper<sup>22</sup>. Elle n'en laissa pas moins libre cours à la coalition Allemagne-Vatican qui visait à assurer la complète préservation de la position allemande, dans la perspective du plébiscite de 1935.

La Sarre ne constituait à cet égard qu'un pan de la stratégie romaine générale de soutien, formellement accordé par Benoît XV dès février 1919, à toutes les revendications territoriales du

---

<sup>21</sup> Frank Costigliola, *Awkward Dominion*, p. 115-122.

<sup>22</sup> Outre les fonds d'archives cités dans *Le Vatican, l'Europe et le Reich*, voir la série F 7, 13424 à 13519, pays étrangers, documents sur leur situation, surveillance de leurs ressortissants en France, les vol. 13424-13434, Allemagne, 1915-1936, extraordinaire mine de renseignements de tout type, AN.



Reich, y compris très au-delà de ses frontières : c'est-à-dire, d'une part, à la reconstitution complète de l'*Altreich* (le Reich dans ses limites de novembre 1918), et, d'autre part, à l'absorption totale de l'ancien empire austro-hongrois, Anschluss en tête, sans oublier l'expansion vers la Russie, via l'Ukraine et les Pays Baltes. C'est dans ce cadre que fut nouée, au fil des premières années de la République de Weimar, une alliance solide entre les éléments nazis et l'Église romaine : les hitlériens, « réfugiés » à Munich, purent déployer leur action avec l'aval, politique et financier, de Berlin (y compris à l'ère social-démocrate); le Vatican était représenté en Bavière par le nonce Pacelli, en poste officiel à Munich (1917-1920), puis à Berlin : Pacelli, futur Pie XII, fut nommé « nonce du Reich » depuis 1920, mais n'accepta de s'installer officiellement qu'après la victoire symbolique du chef de la droite militariste Hindenburg aux élections à la présidence du Reich de 1925. Il avait été, au grand dam de l'occupant français, le complice voyant, pendant plusieurs années à Munich, du général Ludendorff, l'ancien second d'Hindenburg, y compris dans la phase de dictature militaire de 1916-1918, devenu après-guerre chef hitlérien.

Paris, aussi bien informé sur ce dossier politique que sur tous les autres, capitula d'emblée et à tout propos devant la Curie et laissa la bride sur le cou aux prélats « prussiens » Mgrs Schulte (cardinal archevêque de Cologne) et Franz Bornewasser (évêque de Trèves), dressés contre sa politique rhénane en général et sarroise en particulier. Dans la Sarre, « rue aux prêtres » où « la pacification des esprits » dépendrait de l'influence exercée par la France occupante « sur le clergé, sur le choix des évêques et curés<sup>23</sup> », le haut clergé maintenu s'opposa bec et ongles à toute « francisation », sous prétexte de défense des vertueuses « écoles confessionnelles allemandes » contre les sentines scolaires françaises du vice (4 % des écoliers sarrois début 1922). Plus généralement, avec le concours permanent du Vatican, il anima la croisade contre « l'impérialisme français » et « l'impitoyable traité de Versailles » qui menaçait l'Allemagne d'« une horrible révolution » et généraït « une détresse qui cri[ait] vengeance »<sup>24</sup>.

---

23 Note Canet, Paris, 10 février 1920, Europe Saint-Siège 1918-1940, relations France-Saint-Siège, 1918-1920, vol. 13, MAE.

24 Appel du 3 mars 1923, no 1 des Échos de l'Allemagne catholique publiés (à l'aide des fonds américains) par l'archevêché de Cologne, signé de Schulte et des évêques de Munster et de Paderborn, Europe Allemagne 1918-1940, vol. 367, questions religieuses, décembre 1918-mars 1923, MAE.

Les succès « catholiques » ainsi engrangés entre 1919 et 1923, face à une France abdiquant (ici comme dans les « départements recouvrés » d'Alsace-Moselle) toute prétention laïque, ne laissèrent aucun doute sur le résultat du plébiscite de 1935. Symbole de la continuité établie par l'Église romaine de Sarre entre l'avant et l'après 1933, Bornewasser fut l'éminent protecteur de ses curés hitlériens, précoces ou non, tel Franz-Josef Bungarten, curé, nazi depuis le début des années 1920, de la paroisse Saint-Joseph de Sarrebruck : l'évêque de Trèves lui évita soigneusement en 1923, moment clé de la lutte contre l'occupant français en Sarre comme dans la Ruhr, tout ennui de la part des Français (informés mais compréhensifs). Il lui remit au fil des ans la direction du *Zentrum* de Sarrebruck<sup>25</sup>. Le Comité des Forges et ses représentants étatiques sur place furent aussi bienveillants à l'égard du grand sidérurgiste sarrois Hermann Röchling, partenaire permanent du grand capital métallurgique français : champion suprême du retour de la Sarre dans le giron allemand, tant avant 1933 qu'après, il devait lui aussi être particulièrement ménagé. Il ne cessa jamais de l'être, des années 1920 à l'Occupation.

Aux relations franco-allemandes stricto sensu, facteur permanent d'infléchissement de la « politique d'exécution », s'étaient ajoutées les pressions des divers partenaires internationaux de la France, Grande-Bretagne, États-Unis et Vatican. L'ensemble imprima à la politique française, même en phase « dure » de victoire, une allure hésitante : cette timidité contrastait avec la ligne que l'Allemagne avait pratiquée après avoir vaincu son adversaire français en 1870, et que ses soutiens extérieurs, Vatican et États-Unis en premier lieu, appliquaient aussi fermement qu'elle. Les caractéristiques qui avaient prévalu, de part et d'autre du Rhin, depuis le tournant des années 1860 perdurèrent dans la phase impérialiste. Elles avaient été définitivement fixées entre le tournant de 1923 et le Plan Dawes, dressant, sans changement depuis cette date, l'impérialisme français comme impérialisme « faible » face aux deux impérialismes dominants, américain et allemand<sup>26</sup>.

---

25 Ensemble du dossier, Stewart Stehlin, *Weimar and the Vatican 1919-1933, German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years*, Princeton, Princeton University Press, 1983; Lacroix-Riz, *Vatican*, passim (dont chap. 4-5)

26 Aux origines du carcan européen, passim. Sur Röchling, *ibid.* et les autres op. cit. en tête de la présente communication.

*Le Choix de la défaite: les élites françaises dans les années 1930*, Paris, Armand Colin, édition complétée et révisée, 2010, sur la « politique d'exécution » française officielle et les modalités de son application incomplète ou de sa non-application; et sur le passage officiel à la politique d'Apaisement, ligne définitivement adoptée à partir des préparatifs et de la signature du Plan Dawes (fin 1923-1924), sous la double pression des liens financiers franco-allemands et des exigences financières et politiques du prêteur-tuteur américain.

*Le Vatican, l'Europe et le Reich de la Première Guerre mondiale à la Guerre froide (1914-1955)*, Paris, Armand Colin, édition complétée et révisée, octobre 2010, sur la contribution apportée par le Vatican au rétablissement et au renforcement de l'impérialisme allemand, contre son rival français : décrit les campagnes lancées conjointement par les États-Unis et le Vatican en faveur du Reich présenté comme martyrisé par la « politique dure » française et les modalités du maintien de la maîtrise (catholique) allemande sur toutes les zones occupées par les vainqueurs de 1918, dont la Sarre, gage sûr du retour au Reich au plébiscite prévu ici pour 1935.

*Industriels et banquiers français sous l'Occupation*, Paris, Armand Colin, 2013, notamment sur le concept de « collaboration franco-allemande » de guerre. La contestation de ce concept par l'historiographie dominante française est abordée avec plus de précision dans le chapitre 1 d'Industriels et banquiers français sous l'Occupation : la collaboration économique avec le Reich et Vichy, Paris, Armand Colin, 1999 : « La collaboration économique en débat : concepts et sources ».

*Aux origines du carcan européen, 1900-1960. La France sous influence allemande et américaine*, Paris, Delga-Le temps des cerises, 2<sup>e</sup> édition complétée, 2015, expose l'ancienneté et la profondeur des liens économiques franco-allemands, contemporains des débuts de l'ère impérialiste, et l'efficacité des pressions américaines exercées sur la France en faveur du Reich depuis la Première Guerre mondiale (comprise).





Longwy-Haut après le bombardement



Partie détruite du village de Domèvre



La rue principale de la ville disputée de Souchez

Herwig Lerouge

## **LA “FLAMENPOLITIK” PENDANT LA PREMIÈRE GUERRE MONDIALE. UNE CONTINUITE DANS LA GEOPOLITIQUE ALLEMANDE**

Le centième anniversaire du déclenchement de la Première guerre donne lieu à un grand nombre de commémorations historiques. C'est une bonne chose. L'histoire doit nous aider à comprendre comment on a pu arriver à une telle guerre. Qui y avait intérêt ? Quelles étaient les motivations de ces gens ? Pourquoi les gouvernements sont-ils parvenus à expédier des millions de gens sur les champs de bataille sans qu'il y ait eu une vague de protestations ?

*L'histoire doit nous aider à empêcher que se renouvellent de telles catastrophes.*

Mais les commémorations deviennent souvent une occasion de déformer cette histoire et d'en faire un mauvais usage. Aujourd'hui, dans le cadre de l'Otan, le gouvernement belge participe à des guerres sur plusieurs fronts. En 2013, le nombre de guerres est passé à vingt, soit deux de plus que l'année précédente. Les États membres de l'Otan sont impliqués dans la quasi-totalité. Pourtant, selon ses dires, le gouvernement fédéral de la Belgique entend tirer parti des commémorations du centième anniversaire de la Première Guerre mondiale pour « attirer l'attention sur l'image internationale de la Belgique en tant que bâtisseuse neutre de ponts, avocate du désarmement mondial et promotrice de l'État de droit et de la lutte contre l'impunité » et sur « l'importance de la collaboration internationale et du multilatéralisme comme il est incarné aujourd'hui par des institutions comme les Nations unies, l'Otan et l'Union européenne ».

D'après le discours des nationalistes flamands, une tragédie sans pareille s'est déroulée sur l'Yser, lors de la Première Guerre mondiale. Les soldats flamands se battant au front, qui n'avaient guère fréquenté l'école et qui constituaient 80% de l'armée, furent envoyés à la mort par leurs officiers ignorant le néerlandais. Ils furent commandés donc en français, dans les termes suivants: « Et pour les Flamands, la même chose! ». « De pauvres garçons, là-bas, loin de chez eux, doivent se battre pour un pays qui n'est pas le leur », écrivait, le 11 décembre 1914, *la Gazet van Brussel*, un journal qui passait pour proflamand.

Ce discours est en grande partie un mythe (j'en parlerai plus atd) qui grandira assez considérablement après la guerre pour en faire l'un des leitmotifs du nationalisme flamand. Ce qui n'enlève rien au fait que La Première Guerre mondiale a été décisive pour transformer ce qui était un mouvement culturel et démocratique en un mouvement politique visant à l'autonomie flamande et à la disparition de la Belgique. Et l'intervention allemande dans ce mouvement flamand dès avant 1914 a été déterminant dans cette évolution.

## **A propos de l'oppression de la Flandre**

La Belgique naît en 1830, suite à sa séparation des Pays-Bas. Elle constituait un cas particulier parmi les Etats européens modernes. Elle était composée d'une population néerlandophone et francophone. Au cours du 19<sup>me</sup> siècle, une industrie moderne s'y développe, principalement dans le Sud du pays, la partie francophone appelée la Wallonie. Dans sa quasi-totalité, la Flandre est demeurée une région agraire.

Les nationalistes d'aujourd'hui affirment tirer leur légitimité du fait que la Flandre et la population néerlandophone auraient toujours été 'opprimées' par la Belgique francophone. On ne peut nier que l'industrie flamande était plus faible et moins développée que celle de la Wallonie. Mais il n'était pour autant pas question, ni économiquement ni politiquement, d'une oppression de la Flandre par la Wallonie. Ce dont il était question, c'était d'une inégalité de développement entre les deux régions. C'est un phénomène que nous retrouvons dans tous les pays capitalistes. La toute première industrie lourde s'était développée dans le Sud du pays autour des bassins houillers et à proximité des cours d'eau importants qui permettaient d'acheminer les produits par le biais de la navigation intérieure.

Il n'était nullement question de 'domination étrangère'. La Flandre n'a jamais été dominée par une classe dirigeante d'une nation étrangère. La bourgeoisie flamande était d'ailleurs parfaitement intégrée dans l'économie et l'Etat belge.

En 1912, Lénine a rédigé une intéressante contribution à propos de la question des nationalités en Europe occidentale. Voici ce qu'il dit de la situation en Belgique:

« Il faut noter que, si grande que soit la diversité de la composition nationale de ces Etats [la Belgique et la Suisse, NdIR], on ne saurait parler ici d'oppression des nations. D'après

les Constitutions des deux Etats, toutes les nations sont égales en droits. En Belgique, l'inégalité des droits existe en ce qui concerne les Flamands, qui constituent pourtant la majorité de la population, mais elle est insignifiante en comparaison, par exemple, de celle qu'ont endurée les Polonais en Allemagne ou les Irlandais en Angleterre. »

Lénine établit une nette distinction. Il n'est pas question d'oppression mais bien d'une inégalité ainsi qu'une discrimination.

La révolution belge de 1830 a donné le pouvoir politique à une élite censitaire francophone dans un État unitaire centralisé. Souvent la langue a été un élément déterminant dans la création de la nation. Il était plus efficace que tout le monde parle la même langue au sein du marché intérieur. En Belgique, la bourgeoisie a tenté d'unifier le pays autour du français, la langue de prestige et de communication de l'élite et des classes moyennes supérieures, y compris la bourgeoisie flamande. Au lendemain de l'indépendance, les écoles, les administrations gouvernementales et municipales, les tribunaux, etc. n'ont utilisé que le français dans les actes officiels et ont délaissé le néerlandais déclassé comme « hollandais ».

On n'est pas dans la situation d'une nation opprimée qui ne dispose pas de ses propres institutions. La bourgeoisie flamande est au Parlement, elle fournit même des premiers ministres. A la Chambre et au Sénat, il y eut toujours, depuis 1830, une majorité originaire des arrondissements flamands. Mais tous étaient bourgeois ou nobles. Ce sont les travailleurs et les paysans, qu'ils soient flamands ou wallons qui sont les sans-droits. Ils n'ont pas le droit de vote, ni d'être élus. La Belgique n'a subi l'oppression nationale que pendant la Deuxième Guerre mondiale.

La discrimination des Flamands est d'ailleurs pour une grande partie imputable à la bourgeoisie flamande de l'époque. Pour se faire reconnaître en tant qu'élite sociale et pouvoir revendiquer rapidement une part du gâteau capitaliste, les bourgeois flamands ont consciemment décidé de faire leur la langue française. Cette bourgeoisie était aussi une « bourgeoisie administrative ». Elle s'est chargée du lien administratif avec la population. En raison de sa connaissance des deux langues (et des différents dialectes flamands), elle était la seule à pouvoir prendre cette fonction à son compte. Pour assurer cette position, elle bloquait le processus de démocratisation. Elle a refusé non seulement que la langue de la population devienne la



langue officielle, mais aussi le droit de vote. En Belgique, l'introduction du droit à l'enseignement dans sa propre langue, mais également l'introduction du droit de vote universel, ont pris beaucoup plus de temps que dans les autres pays capitalistes. Cette discrimination lésait



Vue d'un fort belge après le bombardement et la prise d'assaut

une partie sans cesse croissante de la petite bourgeoisie qui ne trouvait pas de travail, pas même dans l'administration. Cette nouvelle petite-bourgeoise a été très active dans le mouvement flamand. Avant 1850, les activistes étaient surtout les écrivains, poètes et philologues qui étaient actifs contre la francisation. C'est le « flamingantisme linguistique ». Au fur et à mesure que le mouvement se développe, il devient un « flamingantisme culturel ». La petite bourgeoisie commence à s'identifier au « peuple » et à la « culture du peuple ». De lutte pour le droit à l'utilisation de sa propre langue, le mouvement flamand se transforme en lutte pour « le peuple » et « sa culture ».

La question flamande a constitué un problème démocratique, à savoir le droit de pouvoir parler sa propre langue, de recevoir un enseignement dans sa propre langue, etc. La lutte contre la discrimination était une lutte correcte. Un mouvement socialiste se devait de la mener et devait aussi faire passer cette idée au sein de la population francophone. Le fait que cela ne s'est fait que partiellement et tardivement explique les sensibilités linguistiques qui existent toujours à Bruxelles et dans la périphérie.

Ce mouvement émanant de la petite bourgeoisie urbaine ne s'est attiré que peu de sympathie de la part du peuple. La lutte concrète contre la misère épouvantable des ouvriers et des paysans ne figure pas à son programme. Il n'a jamais combattu les fransquillons en tant que classe qui détenait le pouvoir économique et financier, liée à la bourgeoisie bruxelloise et wallonne, qui contrôlait les principales entreprises du pays et exploitait aussi les travailleurs wallons.

Jusqu'au début du X<sup>me</sup> siècle les activistes flamands demandaient que le flamand soit protégé par des lois linguistiques. Ils se sentaient belges, mais voulaient parler leur propre langue, recevoir un enseignement dans leur propre langue, avoir des tribunaux en Néerlandais...

### **La première guerre mondiale: du combat démocratique au nationalisme**

Quand la guerre éclate, le mouvement flamand va se diviser. La plupart des dirigeants se comportent comme des patriotes belges. Même l'historien nationaliste flamand Hendrik Elias n'a pu le nier: « à peu d'exceptions près [...], leurs aspirations [se situaient] du côté du roi », écrit-il. Ils publient un manifeste dans lequel ils exigent l'indépendance du mouvement flamand vis-à-vis de l'Allemagne. Certains d'entre eux sont des pacifistes. Mais ils ne trouvent d'écho dans aucun grand parti. Le parti socialiste, pas plus que les autres partis, ne se sont opposés à la guerre. Au contraire, c'est en partie grâce au soutien du POB que les crédits de guerre sont approuvés.

Une minorité du mouvement flamand va s'inscrire dans les objectifs stratégiques de l'impérialisme allemand. Certains vont plus tard tenter de montrer que c'est par dépit, par le refus de la Belgique officielle de répondre aux griefs des soldats flamands au front.

Selon le discours nationaliste flamand, les soldats flamands du front, peu instruits et qui constituaient 80% de l'armée, étaient envoyés à la mort par leurs officiers ignorants du néerlandais et qui leur donnaient des ordres en français, selon l'expression toute faite « et, pour les Flamands, la même chose ». « De pauvres garçons qui, loin de chez eux, doivent se battre pour un pays qui n'est pas le leur », écrivait *la Gazet van Brussel* le 11 décembre 1914. Ce journal était proflamand en apparence, mais était en réalité édité et subsidié par l'occupant allemand dans le pays occupé. C'est d'ailleurs parmi les Allemands que nous devons aller chercher ce mythe.

Un mythe parce que dans aucun journal intime, lettre ou souvenir d'un seul soldat du front il n'est fait mention de tels faits. Secundo, parce que nous retrouvons le chiffre « 80% » pour la première fois dans un tract des nationalistes pro-allemands du début 1915. En réalité, le nombre de soldats flamands était bien plus bas (environ 65%).

Bien sûr, il y eut des abus sur le plan linguistique. L'armée était en effet unilingue francophone et la nouvelle loi linguistique – qui, entre autres, obligeait les officiers à avoir une connaissance élémentaire du néerlandais – n'était pas bien appliquée à l'armée. Mais il ne s'agissait pas ici d'une lutte entre Flamands et Wallons, mais bien d'une lutte sociale. D'ailleurs, ce n'étaient pas les Flamands en tant que Flamands qui subissaient une discrimination relative, mais bien les gens ignorant le français. C'étaient en effet des francophones qui assumaient les fonctions les plus élevées ou des fonctions plus techniques, mais ceux-ci pouvaient tout aussi bien provenir du nord de la Belgique. Et les paysans et travailleurs wallons souffraient tout autant que les Flamands de cette oppression de classes au sein de l'armée. Souvent illettrés, comme leurs camarades flamands ou ne parlant que le dialecte wallon, ils ne comprenaient pas mieux les discours et les ordres de leurs officiers.

La majorité des dirigeants de la cause flamande en août 1914 se sont donc rangés derrière le drapeau belge. Et il est devenu clair aujourd'hui que ceux qui ont choisi de collaborer avec l'occupant allemand, qu'on appellera activistes, du moins les dirigeants, étaient en contact avec les services allemands depuis longtemps. Cette collaboration est le fruit de plusieurs années de « Flamenpolitik », politique pro-flamande du Reich.

Selon l'historien Bruno Yammine<sup>1</sup> cette « Flamenpolitik » allemande menée durant la Première Guerre mondiale n'était pas une improvisation.

On peut rappeler ici que toute la bourgeoisie allemande avant 1914 était globalement d'accord sur l'objectif du contrôle de la Belgique et du Nord de la France, parties parmi les plus industrialisées du monde alors. Deux tactiques coexistaient:

la première était celle de l'expansion économique par un système mondial d'économie libérale. Cette politique était surtout défendue par le monde moderne des affaires, l'industrie moderne allemande. Des multinationales comme Bayer et AEG sont favorables à cette politique. Le Chancelier de l'époque soutient la même conception: contrôle politique indirect, et donc pas d'annexion directe. Donc au lieu d'annexer la Belgique, mieux vaut la placer sous contrôle économique allemand.

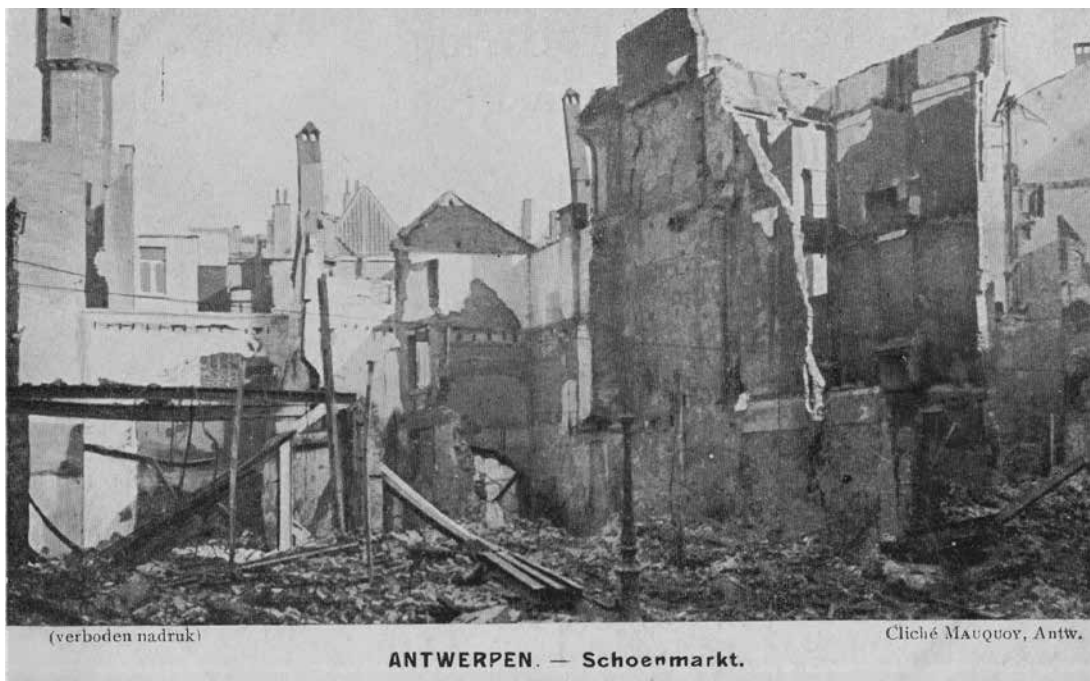
La deuxième tactique était favorable à un vaste programme d'annexions directes de territoires à l'Allemagne. C'était la politique préconisée par l'armée, par l'administration, qui était très liée à l'armée, par les grands propriétaires fonciers et certains grands capitalistes comme Thyssen et Krupp. Ces derniers dirigent ce qu'on appelle la Ligue pangermanique, qui veut l'annexion du « territoire germanique traditionnel », ils sont partisans de l'Empire pangermanique.

Ce courant veut annexer intégralement la Belgique et la diviser en deux provinces, la Wallonie et la Flandre. Cette idée était défendue par le *Alldeutscher Verband* qui, dès la fin du 19<sup>e</sup> siècle avait propagé la pensée « ethnique ». Le discours des « Flamands opprimés dans le cadre d'un État satellite profrançais » s'appliquait parfaitement. Cette vision passait bien aussi chez une partie des cercles dirigeants des Pays-Bas qui était ouvertement proallemande.

Dans les années 1890 l'*Alldeutscher Verband* (ADV) a développé progressivement un programme prônant l'intégration d'une Grande Néerlande allemande au sein du Reich. Après des tentatives avortées de contacts avec le mouvement flamand, Theodor Reisman Grone, un homme d'affaires et journaliste, s'est chargé de cette question au sein de l'ADV. S'inspirant d'idées pangermaniques antérieures, il avançait dès 1897 l'idée auprès de l'*Auswärtiges Amt* qu'une Grande Néerlande allemande glisserait nécessairement dans l'influence germanique. De 1898

---

<sup>1</sup> Bruno Yammine, *Drang Nach Westen: de ideologische basis van de Duitse Flamenpolitik tijdens de Eerste Wereldoorlog*, Leuven, 2011.



Domages de guerre à Anvers

à 1905, il a patronné la revue propagandiste de l'ADV, *Germania* à Bruxelles. Les pangermanistes ont ainsi réussi à mettre sur pied un réseau de contacts personnels. En outre, *Germania* a noué des liens avec des Néerlandais proallemands qui joueront tous un rôle majeur dans la Flamenpolitik.

Selon *Germania*, le Reich devait combattre surtout le Royaume Uni et chercher des marchés outre-mer. Les ports belges et néerlandais jouaient un rôle déterminant dans cette stratégie. La Belgique et la Hollande avait intérêt à choisir leur intérêt et adhérer avant le conflit à une union douanière et militaire avec l'Allemagne.

A la veille de la guerre les collaborateurs de *Germania* faisaient pression sur le gouvernement allemand en leur conseillant de préparer une « révolution » pour libérer les Flamands, c'est à dire pour détruire la Belgique. Il esquissait déjà la Flamenpolitik de pendant la guerre: une Flandre indépendante sous protection allemande.

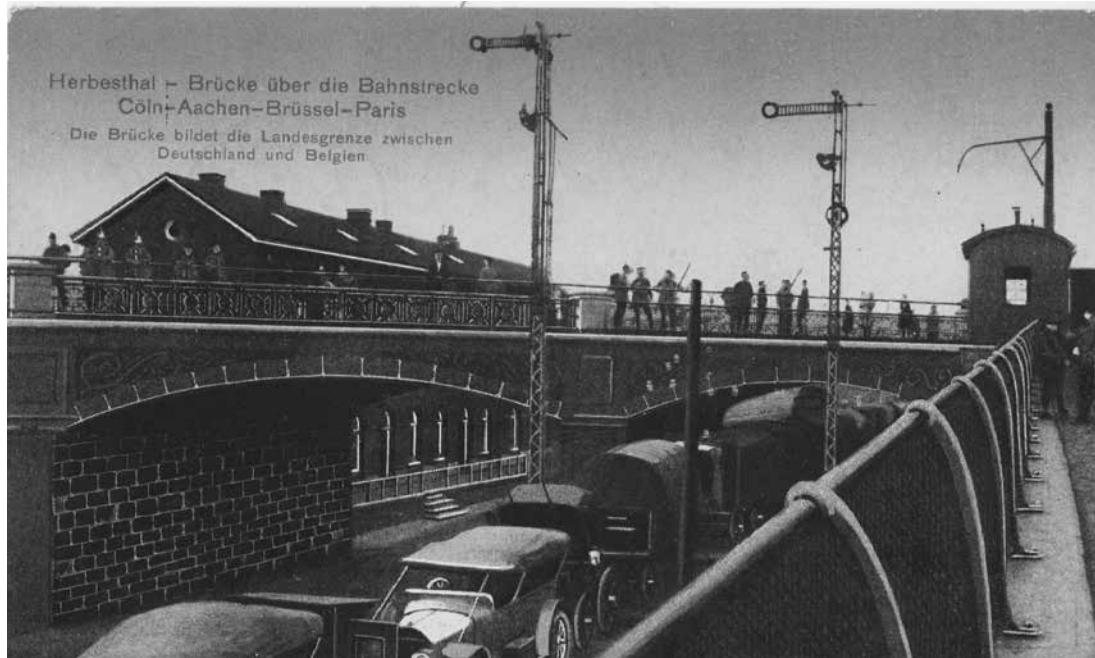
C'est le pasteur frison Jan Derk Domela Nieuwenhuyze Nyegaard, neveu du célèbre socialiste, qui, en 1903 déjà, avait débarqué à Gand à la demande du grand professeur d'histoire Paul Frederick, qui en sera la locomotive. Nieuwenhuyze se présente comme le porte-parole de la Ligue Pangermanique. Il s'engage dans un mouvement apolitique pour la défense de la langue néerlandaise, *le Algemeen Nederlands Verbond* (A.N.V.). Il tentera d'infléchir la ligne de cette association dans un sens grand-néerlandais et pro-allemand, mais échoue.

L'indépendance de la Flandre et la Grande Néerlande n'était pas la première option des Allemands en Belgique. Ils pensaient que notre pays offrirait peu ou pas de résistance et ils voulaient en faire une sorte d'État vassal, sans pour autant détruire les structures internes. Mais lorsque a refusé à l'armée allemande le passage libre, le Reich a scellé le sort de la Belgique. Une Grande Néerlande allemande allait être créée. Pour ce faire, le mouvement flamand constituerait un instrument utile. En septembre 1914, on décide de faire de la Belgique un protectorat militaire de l'Empire allemand. La Belgique doit être une colonie prétendument « autogérée » et il convient de la diviser en suivant strictement la frontière linguistique.

Le 2 septembre 1914, Berlin informa les autorités d'occupation à Bruxelles que le mouvement flamand doit être soutenu. Le 16 décembre 1914, il fut dit que l'université de Gand devait être néerlandisée, que la scission administrative devait être appliquée et qu'entre notre pays et les Pays-Bas une « liaison publiciste » devait être créée. Les Allemands se mettent au travail. Aux partisans de la cause flamande, on rapporte que dans la presse francophone émigrée, une soi-disant campagne antiflamande faisait rage. Après la guerre, c'en serait vite terminé, du flamand ! On leur dit que des députés wallons étaient venus demander aux Allemands de supprimer le néerlandais. Mais les « flamingants » comme on les appelle ne mordent pas à l'hameçon, à quelques petits groupuscules près. Ce n'est qu'en 1915 que l'activisme pro-allemand acquiert plus de succès. Cette évolution est en partie le travail de Nieuwenhuyze revenu de Hollande en Belgique au début de la guerre. Il a créé en octobre 1914 à Gand le groupe *Jong Vlaanderen* (La jeune Flandre) avec un certain nombre de jeunes Flamands réactionnaires, la plupart catholiques. Ils entreront dans l'histoire sous le nom *d'activistes* et – avec le soutien de l'occupant – ils utiliseront la période de l'occupation pour militer en faveur d'une « Flandre indépendante ». Les trois figures clé de *Germania*, Reismann-Grone, Gerstenhauer et Haller

von Ziegesar avait une grande influence. Pendant la guerre Haller von Ziegesar fera partie du *Raad van Vlaanderen* le Conseil de Flandre, une sorte de gouvernement collabo.

Haller connaissait aussi le futur dirigeant de la plus importante organisation de collaboration



Herbesthal – Pont enjambant la ligne ferroviaire Cologne – Aix-la-Chapelle – Bruxelles – Paris / Le pont représente la frontière entre l'Allemagne et la Belgique

*Jong-Vlaanderen*, Domela Nieuwenhuis. Gerstenhauer était censeur de presse à Anvers pendant la guerre et autorisait et finançait les publications des activistes.

Ces nationalistes étaient partisans de *l'épuration* du territoire flamand. Dans un rapport de l'activiste Lode Maesfranckx, nous lisons ceci:

« Il faut obliger les communes à établir des listes des personnes nées en Wallonie, en vue d'un éventuel déplacement de ces personnes vers le territoire wallon. »

15 De même, les Wallons récemment installés à Bruxelles devaient recevoir un avis d'expulsion dans un délai de deux mois. L'expulsion elle-même devait être organisée par l'occupant. August Borms, l'un des dirigeants activistes, écrit en 1917:

« Nous exigeons que le pouvoir qui repose entre nos mains soit consacré à l'évincement des éléments non souhaités sur le territoire d'obédience flamande et dont la présence, sur le plan éthique en général, ne peut être considérée autrement que malsaine. »

Officiellement, ils étaient partisans de *l'indépendance*, en réalité, ils étaient pour l'annexion à l'Allemagne. En janvier 1917, le groupe Vrij Vlaanderen va fonder *le Raad van Vlaanderen* (Conseil de la Flandre). Ce Conseil est considéré comme un gouvernement flamand en devenir. Il veut proclamer l'indépendance de la Flandre et, dans cette optique, il va chercher le soutien de l'occupant allemand. Une délégation dirigée par Tack et Borms se rend à Berlin. Les Allemands profiteront de cette visite pour « prouver » que ce sont les Flamands eux-mêmes qui ont demandé leur protection. En réalité, cette manœuvre fut inspirée et suggérée par les faucons de Berlin qui voulaient à tout prix garder la Belgique en main et, partant, souhaitaient donc poursuivre la guerre jusqu'au bout.

L'appareil activiste fut toutefois démantelé par les Allemands en 1918, mais la *Flamenpolitik* fut poursuivie sans interruption, et ce, jusqu'en 1945. Après cela, les choses vont aller très vite. Le 21 mars, la scission administrative de la Flandre et de la Wallonie sera consommée. Namur sera proclamée capitale de la Wallonie et Bruxelles capitale de la Flandre. Dans les mois qui suivront, tous les ministères centraux seront scindés l'un après l'autre. Le 22 décembre, le « Conseil de la Flandre » vote une motion en faveur de *l'autonomie politique* de la Flandre. Et dès le 19 janvier 1918, le Conseil reçoit de l'Administration Civile allemande la confirmation de ce qu'il peut procéder à la proclamation d'une Flandre autonome. Mais il y a énormément de réactions hostiles de la part de la population.

En juin 1918, le *Conseil de la Flandre* rédige une proclamation qui reproduit très explicitement son attachement à l'Allemagne.

« Economiquement, politiquement et stratégiquement, la Flandre est aux portes de l'Allemagne. Elle sait que son autonomie constitue une garantie pour l'Allemagne mais aussi que son autonomie ne peut être réalisée que grâce à l'aide allemande. »



Tout ceci s'est passé sous le couvert du « droit à l'autodétermination des peuples ». L'Allemagne recourt à cette tactique pour libérer des nationalités relativement modestes vis-à-vis de leur pays et pour ensuite les soumettre à la domination allemande, sous le fallacieux prétexte de vouloir les protéger.

En juillet 1918, l'Allemagne va toutefois se détacher du mouvement flamand. Ce n'est pas qu'elle ne désire plus suivre cette politique, mais elle voit se profiler à l'horizon sa défaite et sa reddition définitive et elle effectue donc ni plus ni moins qu'un repli stratégique.

Une Flandre indépendante, mais dépendante de Berlin, tel était déjà, avant la Première Guerre mondiale, l'un des buts de la politique étrangère allemande. Même si des divergences existaient.

La même stratégie fut encore répétée durant la Seconde Guerre mondiale, via la collaboration d'une grande partie du mouvement nationaliste flamand avec l'Allemagne nazie. Une réédition de cette politique est-elle envisageable? Il y a de toute façon une collusion qui existe depuis 100 ans entre ce qu'on appelle « le mouvement flamand » et la politique étrangère allemande.

### **L'histoire se répète-telle?**

Non. L'histoire ne répète pas. Les conditions changent et les protagonistes tirent les leçons de leurs échecs. Tel est aussi le cas pour les dirigeants allemands et leur politique européenne.

Mais les forces économiques qui ont orienté la politique extérieure allemande au XX<sup>me</sup> siècle sont toujours présentes. Il est utile de connaître le passé pour voir les lignes générales qui traversent la politique extérieure de la puissance dominante en Europe.

Aujourd'hui l'Allemagne domine l'Union européenne. Mais ses dirigeants savent que l'hégémonie allemande suscite des crispations en Europe. Quoi de plus normal après le XX<sup>me</sup> siècle? Joschka Fischer, quand il était ministre des Affaires Etrangères sous Schroeder disait:

« L'empire de Bismarck a échoué parce que les élites politiques de l'époque n'ont pas compris que la situation géopolitique difficile de l'Allemagne exige un 'style coopératif'. Un style qui met en avant le lien entre les intérêts allemands et européens.

Nous devons nous autolimiter, faire cadrer nos possibilités dans les intérêts européens. Sinon, nous nous faisons du tort à nous-mêmes. »<sup>2</sup>

L'Allemagne a besoin de la légitimité européenne pour réaliser ses objectifs. Elle veut une Europe fédérale, avec moins de pouvoirs aux Etats-membres et plus à la Commission, avec plus de compétences qui ne requièrent pas un vote unanime, avec une politique extérieure et militaire commune.

Mais nous avons été fort intrigués, en Belgique, en janvier 2011, par un article dans la presse allemande. Nous sommes alors sans gouvernement depuis 7 mois. Les nationalistes flamands ont gagné les élections et ils exigent une réforme des structures de l'Etat dans le sens de l'autonomie de la Flandre. C'est à ce moment que *la Frankfurter Allgemeine Zeitung* publie, sous la plume du journaliste Dirk Schümer, un article plein de compréhension à l'égard des séparatistes flamands. On peut y lire notamment:

« Bart De Wever (le dirigeant du parti séparatiste d'extrême droite NV-A ) n'a-t-il pas raison quand il dit que l'État belge a échoué, 180 ans après sa création, parce que la minorité francophone ne veut pas accepter les demandes de la majorité flamande de la population? (...) La désintégration de cet État européen modèle ne dépend plus que des coûts à moyen terme d'une scission. Personne ne versera plus une larme pour cette Belgique. (...) Tout est en mouvement, sur ce continent. Les nations ne sont pas éternelles. Mais les langues et les traditions s'avèrent incroyablement tenaces. Dans une économie mondialisée, un État peut devenir superflu en transférant ses compétences à une institution supranationale, alors que les régions et les communes peuvent faire le reste du travail. »

Dans certains milieux allemands, on spéculait donc sur une fin rapide du pays. La Flandre pourrait alors devenir une « région-état » au sein de l'Europe, dominée par l'Allemagne. Car, « il ne fait aucun doute », disait un journal grec, « qu'une Flandre indépendante se muera en État satellite de l'Allemagne ».

Déjà aujourd'hui, la Flandre est étroitement liée à l'Allemagne et elle cherche à étendre encore ces relations. En 2010, l'université d'Anvers a connu une « année de l'Allemagne », dans le

---

<sup>2</sup> Site der Grünen/Bündnis 90. 2001

but d'étendre la collaboration avec les entreprises allemandes actives en Flandre. En 2009, les exportations de la Flandre vers l'Allemagne atteignaient plus de 50 milliards d'euros. Des entreprises allemandes ont de considérables investissements en Flandre: Bayer, BASF et Evonik à Anvers. Le port d'Anvers, le second d'Europe après Rotterdam, est d'une grande importance pour l'industrie allemande. De plus, les séparatistes flamands sont de grands admirateurs du modèle allemand, surtout des réformes Harz de l'ancien chancelier Schröder qui mérite selon lui une « immense reconnaissance ».

Qu'une partie de l'Allemagne patronale de droite reprenne ouvertement le discours séparatiste flamand, n'est pas anecdotique. Dans ces milieux, on réfléchit déjà à une possible indépendance flamande dans le cadre de l'Europe des régions, dans laquelle l'intention des régions plus riches est de se débarrasser de la solidarité avec les plus pauvres.

Il y a aussi des conditions objectives qui favorisent le régionalisme évidemment. La concurrence accrue entre les groupes capitalistes renforce le régionalisme offensif dans plusieurs régions riches en Europe. C'est la stratégie de la fraction la plus agressive, la plus néo-libérale du capital européen. Le but des régionalistes (la plupart du temps dans les régions riches) est de libérer le capital de leur région de la solidarité avec les régions moins riches.

Cela va déboucher sur un éparpillement du mouvement ouvrier et une intensification de la lutte concurrentielle entre les petits États. L'Europe des régions et le néo-libéralisme vont main dans la main dans la lutte pour la destruction des systèmes nationaux de protection sociale. La bourgeoisie régionaliste veut casser les États nationaux car elle espère casser les systèmes de protection sociale existant aux niveaux des États nationaux et affaiblir, voire détruire des syndicats encore puissants à l'échelle nationale. Nous le voyons très bien en Belgique.

Et l'Europe des régions est aussi utilisée par l'aile droite de la bourgeoisie allemande pour asseoir la domination allemande en Europe. La droite des chrétiens-démocrates allemands soutient partout des mouvements ethnocistes, en Italie, en France, en Espagne, en Belgique, dans les Balkans et en Europe de l'Est. Elle réfléchit à et applique une stratégie pour asseoir de façon beaucoup plus solide la prédominance allemande en Europe. L'un des pionniers de ce courant n'était autre que feu Otto de Habsbourg, descendant de l'ancienne dynastie austro-hongroise et représentant de l'aile droite de la démocratie chrétienne allemande. L'un de

ses disciples, l'eurodéputé allemand Bernd Posselt (CSU) est partisan d'une Europe unie sous hégémonie allemande, et de l'instauration d'un droit européen à caractère ethnique. Bernd Posselt est un «brise-glace» au service de la politique étrangère de l'Allemagne.<sup>3</sup> Il est depuis 1998 président de l'Union paneuropéenne d'Allemagne.

Il est également président fédéral de l'Association des Allemands des Sudètes. Posselt a présenté l'inscription des langues régionales dans la Constitution française comme « une petite révolution » qui entraînera la reconnaissance de minorités.

L'Europe comme un Etat fédéral de régions à base ethnique est un scénario envisagé et on ne peut que souligner le rôle très influent joué par l'Allemagne dans cette évolution. Il existe en effet cinq documents-clefs qui orientent la construction européenne au profit du bloc



<sup>3</sup> Des renforts pour les langues régionales. Par Yvonne Bollmann. jeudi 30 mai 2013, par Comité Valmy. <http://www.comite-valmy.org/spip.php?article512>

germanique: la Charte des langues régionales ou minoritaires, la Convention-cadre pour la protection des minorités, les Chartes de l'autonomie locale et régionale et la Convention-cadre sur la coopération transfrontalière (ou Charte de Madrid). Ces documents sont l'aboutissement d'un long processus et il existe un institut européen qui en réalité est allemand qui a joué un rôle moteur dans la réalisation de ces programmes. C'est l'UFCE (L'Union fédéraliste des Communautés ethniques européennes; le sigle allemand est FUEV: Föderalistische Union Europäischen Volksgruppen). Fondé en 1949, il a le soutien financier du Land de Carinthie (Autriche), de la Région autonome du Trentin Sud-Tyrol, de la fondation Hermann Niermann (Düsseldorf) et du ministère de l'Intérieur de la République fédérale d'Allemagne.

La Flamenpolitik n'a rien rapporté à l'Allemagne pendant la guerre, mais elle provoqua toutefois une désarticulation du mouvement flamand par le moyen de l'introduction d'un courant antibelge, et, surtout, de l'État unitaire. La « Flandre » et la « Belgique » étaient devenues, d'abord pour une petite partie, ensuite pour une partie de plus en plus importante du mouvement flamand, des ennemies mortelles.

Il nous a semblé utile en Belgique de rappeler cet aspect de la Première guerre mondiale. Certainement en Europe la question reste d'actualité. La guerre de 14 - 18 a été, en premier lieu, une guerre de remodelage de la carte mondiale. Jamais nous ne pouvons nous laisser atteler à la charrette de quelque pays impérialiste que ce soit. Même sous le prétexte de combattre contre une discrimination réelle, mais qu'il faut régler par un combat solidaire des travailleurs du pays concerné quelque soit leur langue. La question est encore d'actualité à un moment où les grandes puissances y compris l'Union Européenne se posent en défenseurs des minorités afin de mieux atteindre leurs objectifs impérialistes.

Ali Ruckert

Luxembourg et la Première Guerre mondiale

## **CONSÉQUENCES SUR LE DÉVELOPPEMENT DU MOUVEMENT DES TRAVAILLEURS DU LUXEMBOURG**

Lorsque le 2 août 1914, les troupes de l'Empire d'Allemagne envahissent le Luxembourg en l'espace de quelques heures, le gouvernement luxembourgeois proteste formellement contre la violation de la neutralité du pays. La Grande-Duchesse Marie-Adélaïde envoie alors un télégramme de protestation à l'empereur Guillaume II et le prie « de bien vouloir conserver les droits du Grand-Duché sans conditions ».

Le chancelier du gouvernement impérial, Theobald von Bethmann-Hollweg, assure au gouvernement luxembourgeois que les manœuvres militaires ne se veulent pas être « une agression contre le Luxembourg », mais simplement des mesures ayant pour but d'éviter des attaques françaises contre les lignes ferroviaires Guillaume-Luxembourg alors sous possession allemande.

Le prétexte justifiant cet acte de violence et allant à l'encontre du droit international, est un mensonge servant à couvrir les objectifs impérialistes de l'Allemagne qui font fi d'un Luxembourg neutre avec son minerai et son industrie sidérurgique.

Dans le plan de guerre confidentiel du 9 septembre 1914 dans lequel le chancelier de l'empire Theobald von Bethmann-Hollweg définit les objectifs de guerre de l'Allemagne, il est clairement question de la conquête du bassin minier de Longwy-Briey et de l'annexion du Luxembourg. D'après ce « plan de septembre », le Luxembourg devait perdre son indépendance, devenir une région allemande et s'étendre sur une partie du territoire belge.

La neutralité du Luxembourg, qui avait aussi été garantie par l'Allemagne lors de la signature du Traité de Londres en 1867, a donc été violée. Seul le député du Reichstag Karl Liebknecht, le co-fondateur de la ligue spartakiste et du parti communiste allemand proteste le 2 décembre 1914 alors qu'il refuse la prise d'emprunts de guerre. Le président du Reichstag refuse cependant que cette protestation soit notée sur le rapport sténographique.

Il y a une grande différence avec les années 1940-1944 - durant lesquelles l'Allemagne hitlérienne voulait détruire l'identité luxembourgeoise, avait dissous les partis et syndicats luxembourgeois, instauré le service militaire obligatoire pour les hommes nés en 1920-1927 et mis en place une administration nazie. L'occupation allemande du Luxembourg lors de la Première Guerre mondiale est principalement militaire.

Les institutions nationales, la Grande-Duchesse, le gouvernement et le parlement restent en place. La législation luxembourgeoise reste intacte et l'ingérence dans les affaires civiles ne se fait que lorsque les intérêts militaires allemands sont menacés. Cela ne change en rien l'objectif final qui est l'annexion du Luxembourg après la victoire. Lors du Conseil de la Couronne de 1917 auquel l'Empereur Guillaume II, le chancelier Theobald von Bethmann-Hollweg et les membres du Haut-Commandement des Forces Armées Paul von Hindenburg et Erich Ludendorff participent, Ludendorff réclame l'introduction du Droit allemand (Deutsches Bürgerliches Gesetzbuch) et du service militaire obligatoire au Luxembourg.

À l'opposé des classes privilégiées, des industriels et des grands agriculteurs qui ne protestent qu'à moitié contre l'agression et qui plus tard collaborent avec l'occupant allemand de manière à pouvoir profiter de la guerre, les travailleurs et leurs familles ne reçoivent de l'occupation que des aspects de plus en plus négatifs. Les raisons en sont l'exploitation accrue dans les usines, qui ne versent à leurs travailleurs un salaire toujours fixe malgré des prix en hausse massive et une pénurie de denrées alimentaires.

Pour lutter contre ces conditions, les travailleurs des mines et usines, des chemins de fer et de la métallurgie commencent à organiser une résistance et lors de l'été 1917, deux syndicats sont fondés en l'espace de quelques jours.

Auparavant, il n'existait que l'union allemande des travailleurs de la métallurgie à laquelle s'était rattaché le petit syndicat luxembourgeois des travailleurs de la métallurgie en 1904. Cependant, peu de travailleurs luxembourgeois avaient rejoint cette union des travailleurs allemands de la métallurgie dans les années qui avaient suivi, cette union restant pour la plupart des luxembourgeois un syndicat « prussien ». Ce comportement de rejet devient encore plus fort après l'agression du Luxembourg par l'Empire. En effet, la grande majorité des travailleurs luxembourgeois fait preuve de sympathie à l'égard des Français alors que l'union

des travailleurs allemands de la métallurgie s'identifie à l'acte de conquête du Luxembourg par l'Allemagne, et soutient de ce fait la puissance d'occupation qui est en même temps responsable de l'aggravation des maux de la classe ouvrière.

Lors de la création de l'union des travailleurs des mines et usines (Berg- und Hüttenarbeiter-Verband) le 30 août 1916 à Esch/Alzette et de l'union luxembourgeoise des travailleurs de la métallurgie le 29 octobre de la même année à Luxembourg, des milliers de travailleurs s'inscrivent immédiatement aux deux syndicats.

L'exploitation accrue et la misère des travailleurs causent moins d'un an plus tard une grève générale des travailleurs des mines et de l'industrie sidérurgique conduite par l'union. Déjà le 10 mai 1916, alors que l'occupant allemand remarque des agitations de plus en plus fortes dans les mines et les hauts fourneaux et que le déclenchement d'une grève est de plus en plus probable, le Colonel Karl von Tessmar alors commandant en chef allemand, laisse diffuser à Differdange une affiche annonçant que tout acte de grève serait passible de la peine de mort.

Mais les travailleurs, dont plus de 6 000 sont organisés dans l'union, ne se laissent pas intimider. Le 31 mai 1917, la grève commence dans le haut fourneau *Adolf-Emil* à Esch/Alzette et se propage immédiatement dans les mines et hauts fourneaux de Differdange, Dudelange et Rumelange. Plus de 10 000 travailleurs abandonnent leur poste. L'occupant qui a alors peur d'une éventuelle contagion en Allemagne, déclare l'état d'urgence et interdit les rassemblements et manifestations.

L'infanterie allemande et les hussards qui font étape à Longwy rentrent à Esch/Alzette et Differdange et installent des mitrailleuses devant les portails des deux usines sidérurgiques les plus importantes, le haut fourneau *Adolf-Emil* d'Esch et celui de Differdange, *Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG* qui sont alors la propriété de capitalistes allemands. Les postes de grèves sont délogés, les meneurs sont arrêtés et menacés de court martiale, de nombreux grévistes reçoivent un blâme et se voient expulsés de leurs appartements de la cité ouvrière dont les sociétés sidérurgiques sont propriétaires. Les travailleurs allemands sont envoyés au front et les directeurs d'usine dressent des « listes noires » avec les noms des travailleurs syndiqués. Après sept jours de terreur entretenue par l'occupant et par les directeurs d'usines, les grévistes se résignent.



À l'opposé des syndicats réformistes d'aujourd'hui qui travaillent dans le cadre d'un partenariat social avec le capital et qui ne remettent pas forcément le capitalisme en question, les premiers syndicats libres pratiquent la lutte des classes dans l'optique de chasser le capitalisme. Le programme de l'union luxembourgeoise des travailleurs de la sidérurgie du 15 septembre 1917 déclare que « la lutte des classes du prolétariat est la raison d'être des organisations syndicales et donc, de notre union ». Avant de poursuivre :

« plus l'organisation s'étend et devient plus efficace, plus nous nous rapprochons de notre objectif : libérer le peuple travailleur des chaînes de l'esclavage salarial capitaliste ».

En Russie, la Révolution de Février en mars 1917 qui conduit à la destitution du Tsar mais aussi et surtout la Révolution socialiste d'Octobre qui a lieu en novembre 1917, posent la première pierre de ce qui deviendra le premier état socialiste dans l'histoire du monde et qui marque le début de l'époque du passage du capitalisme vers le socialisme. Ces mouvements font l'objet d'une grande sympathie parmi les travailleurs à Luxembourg et les encouragent à lutter contre le capitalisme dans leur propre pays, en oubliant rapidement la répression de la grève de 1916. L'esprit de renouveau au sein du mouvement des travailleurs se renforce durant la révolution de novembre en Allemagne, ce qui précipite la fin de la guerre. Au Luxembourg qui est à ce moment un arrière-pays militaire, elle évite le pire.

De nombreux travailleurs voient dans les révolutions en Russie et en Allemagne, l'annonce d'une révolution mondiale et la fin du capitalisme. Le parfum révolutionnaire qui se répand en particulier parmi les mineurs et les ouvriers de la sidérurgie conduit à l'introduction de la journée de huit heures par le personnel de plusieurs hauts fourneaux, mines et ateliers ferroviaires, et ce, avant même que le gouvernement ne publie le 14 décembre 1918 un décret légalisant la journée de huit heures sans perte de salaire dès le 15 décembre 1918.

Lors de l'introduction de la journée de travail de huit heures, le capital et le gouvernement se sont étonnés de la détermination des travailleurs et syndicats, alors qu'en 1917, le gouvernement avait débattu de la question des « Conseils de Travailleurs » et proposé de définir un cadre légal qui limiterait considérablement le pouvoir des comités de travailleurs. Les comités de travailleurs devaient être présents dans les entreprises de plus de 50 employés et traitaient essentiellement des affaires matérielles et sociales du personnel. Cependant ils devaient agir

dans le respect de la paix sociale et, comme cela figurait dans le décret grand-ducal du 26 avril 1919, « encourager la coopération entre les entreprises et les travailleurs ». Ceci était la première tentative de partenariat social ayant pour but d'enterrer les demandes révolutionnaires cherchant à transférer le pouvoir aux comités des travailleurs dans les entreprises et de collectiviser les usines



Luxembourg : Marché hebdomadaire sur la Place Guillaume / La Place Guillaume avec le Monument de Guillaume II.

Avant que l'Allemagne ne capitule le 11 novembre 1918 et pendant que les troupes allemandes venant de France traversent le Luxembourg direction l'Allemagne (quelquefois en brandissant le drapeau rouge), un mouvement républicain s'éveille dans la capitale, mené par une partie de la bourgeoisie et une partie du conseil des travailleurs et agriculteurs proche du parti socialiste. Dans un appel, le conseil déclare que le Luxembourg est « jusqu'à présent dominé par

des cliques et groupes d'intérêts étrangers » et exige en plus du retrait de la dynastie et de l'introduction d'une république, la nationalisation des chemins de fer, des banques, des usines et des mines ainsi que l'introduction de la journée de travail de huit heures.

La Grande-Duchesse Marie-Adélaïde s'était discréditée auprès d'une grande partie de son peuple en affichant un comportement plutôt sympathique envers les Allemands lors de l'occupation. Lors de la venue de l'Empereur Guillaume dans son quartier général luxembourgeois le 6 septembre 1914, elle l'accueille non seulement officiellement le jour suivant, mais porte également un toast à la victoire des armes allemandes. Alors même que la neutralité du Luxembourg est piétinée par l'Allemagne, la dynastie de Nassau continue d'entretenir des relations avec les princes allemands, comme si de rien n'était.

Elle est la première souveraine catholique sur le trône luxembourgeois, qui, influencée par l'évêque et les partis cléricaux de droite, se permet de s'attribuer des privilèges qui ne lui sont normalement pas réservés. Alors qu'elle refuse en 1915, de signer les nominations données par le gouvernement, qui démissionne ensuite en signe de protestation, Marie-Adélaïde nomme immédiatement un nouveau gouvernement comprenant exclusivement des ministres issus des partis de droite. Mais le nouveau gouvernement en place ne trouve aucune majorité dans la chambre des députés, si bien que la Grande-Duchesse dissout la chambre des députés allant à l'encontre de sa volonté. Ce qui revient à un coup d'État.

Lors des nouvelles élections du 23 décembre 1915, les libéraux et les socialistes, qui s'étaient rejoints au sein d'une union de gauche, obtiennent de nouveau la majorité si bien que le gouvernement de droite reste en minorité dans la chambre des députés. Ce n'est qu'en février 1916 que la Grande-Duchesse nomme un nouveau gouvernement qui repose sur la majorité dans la chambre des députés. Auparavant, le 2 janvier 1916, plus de 20 000 Luxembourgeois avaient manifesté devant le Palais Grand-Ducal et une délégation représentant les manifestants avaient remis une lettre à la Grande-Duchesse, lui demandant de n'être non seulement la Grande-Duchesse du clergé mais aussi de nommer un nouveau gouvernement.

La sympathie exprimée par la Grande-Duchesse Marie-Adélaïde envers les Allemands et le double-jeu du gouvernement luxembourgeois lors de la guerre conduisent au fait que les puissances ressorties vainqueurs de la guerre tournent le dos au Luxembourg et ne reprennent

pas tout de suite des relations diplomatiques avec celui-ci. Ce n'est que le 17 décembre 1918, lorsque le Luxembourg rompt toute relation diplomatique avec l'Allemagne et résilie l'accord sur les douanes et les chemins de fer le 31 décembre 1918, que le signal est suffisamment fort. La part des capitaux des banques, usines et mines doivent être redistribués en faveur des capitaux français et belges et le gouvernement conduit par Emile Reuter demande le retrait de la Grande-Duchesse et son remplacement par sa sœur, Charlotte. Voyant cela, les dirigeants parisiens qui agissent suivant les intérêts du grand capital français décident d'étouffer le mouvement républicain et de sauver la monarchie.

Alors que le *Comité de Salut Public* républicain auquel l'armée luxembourgeoise et la compagnie des volontaires s'étaient joints, proclame la République le 9 janvier 1919, les troupes françaises qui occupaient le Luxembourg depuis fin novembre 1918, dispersent les manifestants républicains et occupent les locaux de la chambre des députés et la caserne de la compagnie des volontaires.

La révolution républicaine est alors interrompue par les baïonnettes françaises et le 15 janvier 1919, la nouvelle Grande-Duchesse Charlotte prononce son serment constitutionnel. En conséquence, le référendum annoncé le 10 janvier 1919 et posant la question de la forme future de l'état et qui avait été reporté maintes fois depuis des mois, perd de plus en plus de sa pertinence.

Les efforts révolutionnaires et démocratiques ont cependant des conséquences durables puisque la constitution du 15 mai 1919 exprime clairement que le pouvoir de l'état réside dans le peuple et que le Grand-Duc ne peut jouir de plus de privilèges que ceux qui lui sont expressément attribués par la constitution. Le droit de vote universel, qu'attendaient depuis des décennies les travailleurs, est également introduit, ainsi que le droit de vote pour les femmes, le système de vote proportionnel et le référendum.

Tout d'abord, ces nouveaux acquis jouent en faveur des forces de droites qui sont étroitement alliées à l'église catholique. C'est le cas le 19 octobre 1919 lorsque les cléricaux obtiennent la majorité dans la chambre des députés, alors que le référendum sur la forme future de l'état avait eu lieu le 28 septembre 1919, quelques semaines auparavant. 66 811 se prononcent en faveur d'une monarchie sous l'autorité de la Grande-Duchesse Charlotte, et seulement 16 885

des 125 775 votants se prononcent en faveur de la république. Seules Esch/Alzette et Rumelange affichent des majorités en faveur de la république. *(Je fais référence à ce fait car ces deux communes sont, en plus de Differdange où le parti communiste sera fondé en 1921, les deux communes où le parti communiste est aujourd'hui encore représenté dans les conseils municipaux).*

Le même jour, un vote concernant l'avenir économique du pays donne pour résultat: deux tiers des votants en faveur d'un rattachement à la France, un votant sur quatre en faveur d'un rattachement à la Belgique.

Le 15 novembre 1919, les usines et mines allemandes que le Luxembourg avait prises en gage, sont vendues dans leur ensemble pour une bouchée de pain aux capitaux français et belges. L'usine haut fourneau de Differdange et les mines de Rumelange et d'Oetange deviennent la propriété d'un consortium franco-belge sous le nom de HADIR. Le président du conseil d'administration est alors le baron de l'acier Fernand Laurent, vice-président du *Comité des Forges* français. L'empire sidérurgique Schneider-Creusot devient propriétaire des usines et mines de l'ancienne Gelsenkirchener Bergwerks-AG à Esch/Alzette, le tout rassemblé sous la société *Terres Rouges*. En 1926, *Terres Rouges* fusionne avec le producteur sidérurgique luxembourgeois *Vereinigte Stahlhütten Burbach-Eich-Düdelingen* (ARBED). En guise de remerciement pour les ventes des richesses du Luxembourg au capital franco-belge, plusieurs hommes politiques du parti de droite qui donnaient le ton dans le gouvernement et dans la chambre des députés, obtiennent des postes dans les conseils directoires et d'administration.

La crise politique s'était calmée après l'écrasement du mouvement républicain par l'armée d'occupation française, mais la crise sociale et le développement de la classe ouvrière d'une classe propre à une classe de lutte commencent à ce moment-là. Entre mars 1919 et février 1921, 30 grèves sont dénombrées, la plupart ayant pour objet l'augmentation des salaires et la réduction du temps de travail.

Déjà le 13 août 1919, 5 000 à 6 000 travailleurs de Differdange, Dudelange, Esch/Alzette, Rodange, Rumelange et Steinfort défilent dans la capitale contre la réduction de moitié des indemnités de cherté de vie et assiègent les locaux du parlement. Une fois de plus, cette manifestation est dispersée par les troupes françaises, que le ministre d'état Emile Reuter qui s'était réfugié avec d'autres députés dans le sous-sol du parlement, avait appelées à l'aide.

« Faits de bolchévisme d'une gravité extrême obligent Gouvernement luxembourgeois solliciter urgence renforts garnison pour capitale et villes bassin minier » peut-on alors lire sur le télégramme que Reuter envoie au Maréchal Ferdinand Foch. (« Bolschewistische Vorkommnisse von extremer Bedrohlichkeit zwingen die Luxemburger Regierung, dringend um eine Verstärkung der Garnison für die Hauptstadt und die Städte des Erzbeckens zu ersuchen »)

Les dirigeants redoutent fortement une contagion provenant des événements de la révolution d'octobre. Ils ont peur que les travailleurs ne se limitent pas à des revendications sociales, que les revendications soient également politiques et qu'ils cherchent à s'appropriier les usines voire même, le pouvoir de l'état.

Comme dans d'autres partis socio-démocrates, une aile révolutionnaire se forme au sein du parti socialiste luxembourgeois et se prononce en faveur de l'adhésion à l'Internationale Communiste fondée en mars 1919 à Moscou.

Avant le deuxième anniversaire de la Révolution d'Octobre, le *Comité de propagande pour l'adhésion à la IIIe Internationale* publie une déclaration sous la désignation *un groupe de travailleurs et socialistes luxembourgeois*. Cette déclaration appelle à la solidarité avec la révolution et à un mouvement de protestation contre l'intervention de l'Entente en Russie soviétique mais aussi plus généralement pour une « libération révolutionnaire du peuple des travailleurs » et l'appropriation du pouvoir de l'état. « Le merveilleux exemple des camarades russes a participé comme aucun autre à réveiller les travailleurs d'Europe et d'Amérique, à leur ouvrir les yeux et à les convaincre que les esclaves et les travailleurs exploités d'hier peuvent déjà demain devenir les dirigeants au sein de l'état, les décideurs de l'histoire du monde s'ils sont conscients et restent ensemble » peut-on alors lire sur le tract qui est distribué dans plusieurs lieux dans tout le pays.

Les sympathisants de l'Internationale communiste trouvent du réconfort parmi les 3 500 adhérents des 45 comités locaux du Parti Socialiste. Ils s'inclinent cependant lors du Congrès du Parti des 1er et 2 janvier 1921 à Differdange en ne récoltant que 21 voix sur 67 et trois absentions. Ceci provient également du fait que les leaders des syndicats réformistes redoutent une perte de leur influence au sein des syndicats si les 21 « conditions à l'adhésion à l'Internationale Communiste » sont acceptées. Ils s'allient donc avec l'aile droite du parti. Avant le



*Luxembourg Le Pont Adolphe*

congrès du parti, ils avaient également eu recours à des méthodes déloyales pour s'assurer que le moins possibles de sympathisants de la fraction communiste soient élus.

Clara Zetkin qui était entrée illégalement au Luxembourg et fait office de représentante du comité exécutif de l'Internationale Communiste, participe au congrès pour appuyer l'adhésion du parti à l'Internationale, mais quitte le pays avant que la résolution communiste ne soit rejetée par la majorité lors du vote le 2 janvier.

Après cet échec, 18 délégués qui ne sont pas prêts à accepter les pratiques réformistes du parti, quittent le congrès et fondent à Niederkorn, un quartier de la commune de Differdange, le Parti Communiste Luxembourgeois, une section de la IIIe Internationale, qui se veut indépendant des réformistes, aussi bien au niveau de l'idéologie que de l'organisation. Quelques semaines plus tard, l'organisation de la jeunesse socialiste décide majoritairement de se joindre au PCL et à l'Internationale des jeunes communistes.

Clara Zetkin avait dans son discours du 1 janvier 1921, déclaré qu'une scission serait possible mais temporaire. « Même s'il existe un danger de scission, il faut être clair. (...) Et je suis convaincue, que vous vous retrouverez sur le champ de la lutte révolutionnaire des classes », avait alors dit Zetkin. Mais 94 ans après cette scission et plus de 20 ans après l'éclatement de l'Union Soviétique, la faille entre le PCL, qui se tient toujours sur le sol de la lutte révolutionnaire des classes, et le parti socialiste, qui s'est pleinement intégré dans le capitalisme, ne s'est pas résorbée, bien au contraire.

Lors de la fondation du PCL, le capitalisme en Europe s'était déjà relevé de la période révolutionnaire d'après-guerre. La Russie soviétique s'était clairement affirmée, mais dans tous les autres pays, c'était le capital qui s'était imposé et avait maintenu son pouvoir, souvent au travers d'une violence brutale. Même au Luxembourg, les relations déjà existantes se renforcent et les nouveaux barons belges et français de l'acier ne s'en cachent pas : leur objectif est de museler la classe ouvrière et de revenir sur les droits durement acquis durant les trois années précédentes, à savoir les comités d'entreprise, les hausses de salaires et la diminution des temps de travail.

Le détonateur de la grève de mars 1921 est la décision des barons de l'acier de répercuter les conséquences de la crise de l'acier qui avait conduit en 1920 à une diminution du nombre de commandes, un recul de la production, des prix de l'acier et des profits, sur les travailleurs, comme cela se faisait déjà les décennies précédentes lors de crises cycliques dans la branche sidérurgique ou lors de crises de surproduction capitalistes.

Le 15 février 1921, la société sidérurgique HADIR annonce le licenciement de 150 ouvriers des hauts fourneaux pour le 1er mars. Quelques jours plus tard, il est question de 400 travailleurs devant être licenciés alors que les 2 800 salariés restants devraient effectuer quatre roulements par semaine au lieu de cinq.

Le 17 février, alors que les dirigeants belges des hauts fourneaux d'Ougrée-Marihaye à Rodange annoncent le licenciement de 400 ouvriers et alors que l'on apprend que 150 seraient aussi licenciés dans l'usine de Steinfort, l'union luxembourgeoise des travailleurs des mines et usines appelle des travailleurs à occuper les hauts fourneaux si on les empêche de prendre leurs postes le 1er mars.



Un jour plus tard, les communistes qui disposent de la majorité dans le comité des travailleurs de Differdange, informent les travailleurs sur les décisions du syndicat lors de réunions publiques et le 1er mars, le comité exige de l'usine de Differdange le retrait des licenciements, le strict maintien de la semaine de 48 heures et le contrôle des finances de la société. Dans le cas où la direction ne répondrait pas aux exigences, l'usine ne produirait plus que sous la direction des travailleurs, et ce immédiatement. Le gouvernement ordonne alors l'arrestation du secrétaire du comité des travailleurs, le communiste Zénon Bernard. Il est cependant relâché le même jour, car il peut prouver grâce à ses notes de discours, qu'il n'a, contrairement aux allégations du gouvernement, jamais publiquement appelé à la violence des armes.

Le 2 mars, les ouvriers et les mineurs de Rodange et Steinfort prennent certes leurs postes mais se refusent à suivre les ordres de leurs supérieurs. Quelques heures plus tard, sur les ordres du chef du gouvernement Emile Reuter suivant la demande formulée par le directeur général de la société HADIR, des militaires luxembourgeois et français lourdement armés occupent les usines à Differdange et Rodange, pendant que les gendarmes luxembourgeois expulsent les ouvriers hors de l'usine de Steinfort.

Le fait que la France réagit immédiatement à l'appel à l'aide du gouvernement luxembourgeois devrait pouvoir s'expliquer par le fait que l'ambassadeur de France au Luxembourg, Armand Mollard rapporte alors au ministre des affaires étrangères Aristide Briand, que « que les événements n'ont pas le caractère d'un mouvement économique, mais bien celui d'un mouvement révolutionnaire et communiste ».

Le 3 mars, la grève se propage vers d'autres usines et le 5 mars, ce sont entre 17 000 et 18 000 ouvriers et mineurs qui sont en grève. Les militaires occupent les usines, les grévistes sont délogés à coups de crosse, les barons de l'acier menacent d'abord de baisser les salaires et de supprimer les congés puis de licencier en masse et de fermer les usines de manière prolongée si les travailleurs décidaient de continuer leur grève.

Le 8 mars, le front gréviste s'effrite et le 11 mars, le gouvernement annonce la dissolution des comités d'entreprise sous la pression des dirigeants de l'acier et des ambassadeurs français et belge. Le 17 mars, la direction du syndicat des travailleurs des mines et de l'industrie appelle à cesser la grève.

Déjà à ce moment, de nombreux travailleurs avaient capitulé sous la pression du capital et avaient repris le travail. La grève se poursuit seulement à Differdange et à Rodange, où la plupart des licenciements avaient été annoncés et où l'influence des communistes est la plus importante. Elle continue encore quelques semaines avant que les travailleurs ne se résignent.

Les salariés des mines et usines, mais aussi ceux des chemins de fer qui négocient l'introduction d'un statut spécial avec le gouvernement, refusent de se joindre au mouvement de grève. Le syndicat chrétien LCGB, fondé le 23 janvier 1921, sur l'initiative du parti de droite et de l'Église catholique, assure alors pleinement son rôle scissionniste en diabolisant les « bolchéviques » parmi les ouvriers et mineurs.

La répression est violente. À Differdange, 500 travailleurs sont licenciés, à Steinfort 140 et à Rodange 120. Dans toutes les usines, les membres des comités des travailleurs et les meneurs de grèves sont renvoyés, des centaines de travailleurs reçoivent un blâme et voient leur salaire rétrogradé d'une catégorie, les sanctions financières et les peines de prison pleuvent et les travailleurs étrangers qui ayant participé à la grève sont immédiatement expulsés. Rien qu'à Differdange, 370 travailleurs étrangers sont expulsés.

La répression du mouvement de mars affaiblit fortement le mouvement des travailleurs. Déçus par cette défaite, effrayés par les actes de revanche des barons de l'acier, et affectés par le climat de terreur qui règne dans les usines, la majorité des 17 000 travailleurs, qui s'étaient organisée au sein de l'union des travailleurs des mines et usines au début de l'année 1921, tourne le dos au syndicat. Le groupe syndical à Esch/Alzette, le groupe le plus important du pays, perd 5 000 de ses 5 100 membres. À Differdange, il ne reste que 30 membres syndicalisés sur 3 800.

La plupart des travailleurs, qui avaient vu leurs salaires augmenter, leur temps de travail baisser et les comités d'entreprise être créés après la fondation du syndicat en 1916, et qui ne connaissent pas le fonctionnement de base du capitalisme, ne comprennent pas cette défaite. Avant de rejoindre le PCL en mai 1921, Jean Bukovac qui était président du parti socialiste depuis janvier 1921 et qui était meneur de grève lors du mouvement de mars, résume les faits lors d'une réunion publique du PCL le 22 septembre 1921:

« les travailleurs pensaient que cela iraient plus loin, que les salaires allaient continuer à augmenter et le temps de travail à se réduire. Ils ne savaient pas que la bourgeoisie, qui était à ce moment trop faible pour se battre, faisait des concessions, mais pensait: dès que nous serons de nouveau forts, nous réduirons à néant ce que les travailleurs auront obtenu. »

Cette explication est toujours d'actualité aujourd'hui car depuis le mouvement de mars, il y a au Luxembourg des centaines d'exemples démontrant comment le capitalisme fait systématiquement des concessions, souvent avec succès, au mouvement des travailleurs, avant de faire marche arrière et de revenir sur ces dernières. Avec la fin de l'opposition de deux idéologies, le capitalisme et le socialisme, cette tendance s'est renforcée. Nous en faisons aujourd'hui l'expérience presque au quotidien dans les entreprises. Cette explication tirée de l'échec de la grève de 1921 nous montre encore aujourd'hui à quel point il est important de propager les vérités marxistes et léninistes du capitalisme, ses stratégies et tactiques.

Durant la grève, les différends entre l'aile révolutionnaire et communiste et l'aile réformistes avaient été relégués en arrière-plan. Mais les discussions qui ont lieu au sein des syndicats après la fin de la grève de mars et traitant des cause de l'échec, font que ces différents se renforcent tellement qu'ils isolent les communistes avant de les exclure du parti. Ceci simplifie la tâche des dirigeants syndicalistes réformistes qui contrôlent entre temps aussi le parti socialiste, et peuvent donc orienter le syndicat vers le chemin réformiste.

Le syndicat doit à présent renoncer à toute revendication politique et se concentrer sur les demandes matérielles qui doivent améliorer les conditions de vie des travailleurs. La revendication concernant la socialisation du produit est abandonnée et la grève n'est plus considérée comme une mesure de premier plan pour défendre les intérêts des travailleurs. Même dans le cas où des collègues syndiqués font l'objet de blâmes, les travailleurs restants ne doivent pas faire grève. « L'idée que la grève est plus une preuve de faiblesse que de force d'un syndicat s'est imposée avec raison », écrit le journal syndical « Proletarier » (Prolétaire) le 29 octobre 1921.

Dans ce contexte, il est intéressant de remarquer que les forces réformistes au sein des syndicats, qui sont eux-mêmes rattachés au parti socialiste, s'appuient des décennies plus tard sur l'exemple de l'échec de la grève de mars 1921 afin de justifier leur politique réformiste



Parade de volontaires luxembourgeois

anti-communiste, bien qu'il y ait eu plus d'une grève des travailleurs des usines et mines qui ait porté ses fruits.

La répression du mouvement des travailleurs lors de la grève de 1921 est dévastatrice pour le PCL. au total, ce sont 150 des, à l'époque, 350 membres du PCL qui sont licenciés. Beaucoup d'entre eux ont dû émigrer car ils ne pouvaient plus trouver de travail à Luxembourg en raison de leur présence sur la « liste noire » des barons de l'acier. 50 membres étrangers du parti, la plupart étant des communistes allemands, italiens et néerlandais, sont expulsés.

Après la répression, la désillusion ne se propage pas seulement dans les rangs du PCL, mais aussi dans une partie des membres du bureau du parti qui avaient été influencés par la *théorie offensive* du parti des travailleurs communistes allemands. Un discours radicalisé apparaît, ce qui isole d'abord le parti. À un moment, alors que la période révolutionnaire de l'entre-deux

guerres se termine et que les relations capitalistes se stabilisent, l'illusion est que la grève de mars n'était qu'un avant-goût précédent une offensive plus forte pour laquelle il faudrait se procurer des armes.

Les discussions à ce sujet au sein du PCL ont pour conséquence que les opposants de la *théorie offensive* prennent le contrôle et qu'au début de l'année 1922, un nouveau bureau du parti est élu sous la direction de Zénon Bernard et Jean Bukovac. Cependant, le PCL, qui doit arrêter la publication de son hebdomadaire *Der Kampf* (La Lutte) en raison de difficultés financières, devient si faible qu'il lui est difficile d'être visible.

Les faiblesses du PCL et l'absence de toute propagande pour la lutte des classes rend la tâche des réformistes plus facile puisqu'ils peuvent renforcer leur influence au sein du mouvement des travailleurs. Ceci se fait concrètement via les syndicats, qui regagnent de plus en plus de membres, mais également via le parti des travailleurs de 1924 qui est issu des rangs du parti social-démocrate et qui est dirigé par les meneurs syndicaux réformistes.

La reprise économique qui commence en 1924, réveille des illusions socio-réformistes chez un grand nombre de travailleurs. Les dirigeants économiques et politiques, qui ont gardé à l'esprit l'effroi de la période révolutionnaire d'après la fin de la guerre, s'efforcent d'intégrer le mouvement des travailleurs dans le système capitaliste et de donner aux travailleurs l'illusion que leurs représentants sont partenaires dans l'organisation du pays. C'est également la raison pour laquelle le gouvernement clérical-libéral de Reuter vote le 4 avril 1924, une loi sur les chambres des métiers, y compris la chambre des ouvriers et employés, qui obtiennent le droit de conduire des expertises sur tous les projets de loi qui concernent les catégories professionnelles en question.

Un an plus tard, le 8 mai 1925, le ministre d'état Pierre Prüm réintroduit même les comités de travailleurs pour les entreprises de plus de 20 salariés. Le rôle qui leur est attribué est cependant un rôle de partenariat social et de faire passer les doléances du personnel au capital. En pratique, ils n'ont aucune influence en matière d'augmentation des salaires ou d'améliorations des conditions de travail.

Le cabinet clérical-libéral conduit par le ministre d'état et des affaires étrangères Joseph Brech qui prend ses fonctions le 16 juillet 1926, ne fait preuve d'aucune empathie face aux revendications de la classe ouvrière et ne se cache pas de vouloir protéger le capital et de lui assurer une part maximale de la valeur ajoutée en hausse grâce à la meilleure conjoncture et à l'augmentation de la productivité.

Le gouvernement accueille ouvertement la création du cartel de l'acier fondé le 30 septembre 1926 sous le nom « Internationale Rohstahlgemeinschaft » (société internationale de l'acier brut), et rassemblant des groupes français, belges, luxembourgeois, sarrois et allemands. Cette coopération renforcée avec un capital allemand monopolisé n'est pas seulement souhaitée par les dirigeants, mais elle est systématiquement exigée après que l'Allemagne a signé le 1 décembre 1925 les Accords de Locarno l'obligeant à respecter les frontières occidentales de 1918 sans limites de temps. Ceci malgré l'élection du *Generalfeldmarschall* Paul von Hindenburg, ce qui exprime alors clairement que les va-t-en-guerre et revanchistes allemands reprennent la main.

La fondation du cartel de l'acier qui incarne le début de la création des « États-Unis d'Europe » après les accords de Locarno et qui siège au Luxembourg, se fait sous la direction du directeur général du groupe ARBED, Emil Mayrisch et sous celui du président du conseil de surveillance de la société allemande Deutsche Vereinigte Stahlwerke AG, Fritz Thyssen, qui, au même moment, contribue financièrement et grassement au parti nazi de Hitler et qui avait déjà financé en 1923 et à hauteur de 100 000 Reichsmark, le putsch de ce dernier à Munich. Ceci ne pose clairement aucun problème à Mayrisch qui est aujourd'hui toujours reconnu comme héros national dans l'histoire officielle luxembourgeoise.

L'ARBED qui est le second producteur d'acier de l'époque au niveau continental est alors lié avec le Groupe Schneider-Creusot et dispose d'importantes unités de production en Allemagne, prépare la prise de position des barons allemands de l'acier en Europe. « L'alliance industrielle franco-allemande comme précurseur des ententes politico-militaires entre les deux pays contre l'Est ; tel était le plan développé par Thyssen lors de ses négociations luxembourgeoises en 1926 », écrit le journaliste communiste Albert Norden en 1927 dans son livre *Lehren deutscher Geschichte: zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker*.

Lorsque Mayrisch décède dans un accident de voiture le 5 mars 1928, Aloyse Meyer est nommé nouveau directeur de l'ARBED et président du cartel de l'acier. Ceci permet alors de continuer sans limites la coopération avec l'industrie sidérurgique allemande alors que les barons allemands de l'acier se lancent dans les préparations de guerre après l'élection d'Hitler.

La crise financière qui commence avec le krach boursier de New York le 24 octobre 1929 et se propage dans le monde de l'économie capitaliste a de lourdes conséquences au Luxembourg. L'extraction de minerai et la production d'acier sont fortement en baisse, les barons de l'acier décident de baisser les salaires et de nombreux travailleurs sont licenciés en masse, si bien que les conditions de vie de beaucoup de familles ouvrières se dégradent de manière dramatique. L'expulsion de milliers de travailleurs étrangers vers leur patrie d'origine vient s'ajouter aux conditions déjà catastrophiques.

À ce moment-là, le parti communiste, qui comptait à peine 200 adhérents en 1928, dont 129 Italiens et 10 Luxembourgeois, connaît un renouveau. Entre 1923 et 1928, les activités du PCL s'étaient limitées à une distribution sporadique de tracts et à la *Rote Hilfe* (aide rouge) dont la tâche était de fournir une aide matérielle aux communistes étrangers de Bulgarie, Italie, Pologne et Hongrie réfugiés au Luxembourg.

Une étape importante sur la voie de la renaissance du PCL, soutenue par l'Internationale Communiste est le troisième congrès le 28 décembre 1928 présidé par Zénon Bernard. C'est le premier congrès depuis 1921 auquel participent autant d'adhérents étrangers. Ce congrès décide de recruter plus de travailleurs luxembourgeois pour le PCL, d'en laisser la direction aux cadres luxembourgeois, de créer des comités communistes et d'assurer une présence syndicale dans les entreprises.

La propagande du PCL est bien accueillie parmi les travailleurs des mines et usines, non seulement à cause des effets de la crise économique et à la propagande anti-capitaliste des communistes, mais également à cause de la ligne de conduite des meneurs syndicalistes réformistes de la *Luxemburger Berg-, Metall- und Industriearbeiterverband* (LBMIAV, union luxembourgeoise des travailleurs des mines, de la métallurgie et de l'industrie) qui coopèrent avec le capital, ne se lancent qu'à demi dans une lutte défensive.

Le parti des travailleurs qui est contrôlé par les responsables syndicaux, refuse que ses adhérents ne travaillent avec les communistes au niveau politico-syndical et ne se distinguent par un anti-soviétisme virulent. Afin de justifier cet anti-communisme, les dirigeants du parti des travailleurs s'appuient sur le fait que le PCL, suivant les consignes de l'Internationale Communiste, le critique et le qualifie alors de « socialo-fasciste ».

Cela n'empêche pas les syndicalistes connus qui sont aussi membres du parti des travailleurs de quitter le parti pour s'inscrire au PCL. De cette manière, une opposition issue de la logique de la lutte des classes naît au sein du syndicat contre la voie réformiste. La direction syndicale cherche par tous les moyens à combattre cette opposition et les porte-paroles du mouvement se voient de plus en plus souvent empêchés de s'exprimer lors des réunions.

La direction syndicale va même jusqu'à interdire aux adhérents étrangers syndiqués depuis moins de trois ans, de participer aux réunions et aux élections des délégués du congrès dans le but d'affaiblir l'opposition communiste. En raison des expulsions, il ne reste en comparaison que peu de travailleurs étrangers qui sont syndiqués depuis plus de trois ans, ce qui fait que le moyen non démocratique ne reste pas sans conséquences. Cependant, il ne parvient pas à éviter que les travailleurs qui demandent une lutte pour une augmentation conséquente des salaires obtiennent la majorité dans les sections syndicales d'Esch/Alzette et de Rumelange.

Des structures organisatrices portant le nom *Opposition syndicale révolutionnaire* (RGO) qui sont créées par les partis communistes dans d'autres pays européens sous l'impulsion de l'Internationale Communiste, n'apparaissent dans l'opposition contre les leaders réformistes des syndicats que lorsque, en novembre 1929, sept communistes qui se trouvaient à la tête de l'opposition syndicale révolutionnaire, sont exclus du syndicat.

Cependant, les travailleurs qui soutiennent la RGO, ne quittent pas la LBMIAV, mais continuent à s'engager pour une politique révolutionnaire du syndicat et pour la réintégration des communistes exclus. Le 25 janvier 1931, le PCL prend même lors du quatrième congrès, la décision de ne pas faire de la RGO un syndicat à part. En pratique, cette tactique se révèle très compliquée, en particulier lorsque la RGO présente sa première liste propre lors des élections du comité de 1931, et remporte un grand succès auprès des mineurs.



Mais ce qui est bien plus grave que les dirigeants syndicaux réformistes, est la terreur policière qui prend pour cible le PCF. Chaque manifestation ou rassemblement de protestation annoncé par le PCL ou la RGO pour s'exprimer contre les moyens de crise adoptés par le capital et attaquant les travailleurs sous forme de coupes salariales ou de licenciements, est interdit. Lorsque les communistes descendent pourtant dans la rue, ils se font matraquer par la gendarmerie montée ou par les forces de police, arrêter et sont condamnés par la justice.

Les communistes étrangers qui participent aux manifestations, sont expulsés du Luxembourg le jour même. Pendant ce temps, la direction réformiste du syndicat et le parti des travailleurs restent silencieux.

La brutalité des forces de l'ordre conduit à ce que des milliers de curieux expriment toujours plus leur grogne. Les rassemblements de protestation du PCL et de la RGO ne sont plus interdits à partir du 23 mars 1931 car de plus en plus de travailleurs se solidarisent avec les manifestants communistes. Mais les manifestations communistes sont systématiquement interrompues par la police et les forces de l'ordre font pression sur les restaurateurs et taverniers pour qu'ils ne mettent plus leurs locaux à la disposition du PCF.

Alors que Hitler arrive au pouvoir en 1933 grâce au soutien du capital et des financiers allemands, le *Luxemburger Wort*, journal du parti de droite du ministre d'état Bech et de l'évêché, se déclare en faveur des nazis.

« Le parti nationaliste-socialiste allemand des travailleurs a réveillé de grands espoirs. Pour des millions de personnes, c'est le dernier espoir pour une amélioration. Si cet espoir était réduit à néant, le bolchévisme, le chaos en serait la conséquence. Ceci ne doit en aucun cas arriver. C'est pourquoi nous devons, nous le parti, leur souhaiter le succès, même si nous ne sommes pas personnellement adhérents. Nous devons porter assistance, aider au succès », peut-on alors lire dans le journal de l'évêché du 24 avril 1933. Cinq mois plus tard, le 18 septembre 1933, le *Luxemburger Wort* exige « le retrait de tout parti ayant un programme non-chrétien et hostile à l'état ».

À ce moment-là, le gouvernement clérical-libéral, qui s'efforce de protéger les intérêts économiques des barons de l'acier luxembourgeois de l'ARBED et d'Hadir en Sarre et en Allemagne, commence à se montrer complaisant envers l'Allemagne hitlérienne. Le 9 novembre 1933, alors que le parti nazi gagne du terrain au Luxembourg, le ministre d'état Bech annonce pour la première fois son intention d'interdire le parti communiste.

Quelques mois plus tard, Bech, alors ministre de l'éducation, ordonne une enquête cherchant à définir si l'exercice de la profession d'enseignant est compatible avec l'adhésion au parti communiste, comme dans les cas des professeurs Jean Kill et Dominique Urbany. Bien qu'aucun manque n'est identifié, le gouvernement décide qu'il s'agit d'une entorse à la constitution et les deux professeurs sont renvoyés le 2 juillet 1934 et leurs droits de pension sont simplement annulés.

Un mois avant cet acte arbitraire, le PCL avait obtenu de bons résultats aux élections parlementaires du 3 juin 1934, auxquelles Jean Kill et Dominique Urbany étaient candidats. Pour la première fois, un communiste est élu au sein de la chambre des députés en la personne de Zénon Bernard, président du PCL. Mais une fois de plus, le gouvernement clérical-libéral, décide qu'un acte anticonstitutionnel a été commis et déclare le 27 novembre que l'élection du député communiste est caduque et le mandat est transféré au parti des travailleurs. Ce parti garde ses distances avec les communistes, bien que le PCL lui fait une proposition pour l'établissement d'un front commun contre le capital et le fascisme le 17 juin 1934 et bien que le PCL ait dissout l'opposition syndicale révolutionnaire le 16 septembre 1934.

Dans son unique discours prononcé le 27 novembre 1934 devant la chambre des députés, Zénon Bernard détaille le programme du PCL et démasque en même temps les manœuvres anti-démocratiques des cléricaux qu'il accuse:

« ne violez pas vous-même la constitution, car le peuple des travailleurs, car le parti communiste, n'ont pas besoin de vous suivre sur cette voie anticonstitutionnelle, illégale et illégitime pour lutter avec des moyens que vous-même utilisez contre nous (...) Ne croyez pas que vous pourrez un jour écraser ou détruire le communisme et le parti communiste. Ce que ni un Tsar, ni un Göring ne peut réussir, ne pourra être réussi par un Bech ».

Cette prédiction se révélera juste. Moins de deux années plus tard, Bech échoue et le gouvernement cléricol-libéral doit démissionner alors que la loi muselière officiellement titrée *loi pour la protection de l'ordre politique et social* et qui interdit le PCL, est refusée par une majorité du peuple luxembourgeois lors du référendum du 6 juin 1937.

Hubert Kesternich

## **LE BARON DE L'ACIER HERMANN RÖCHLING - PROFITEUR DE LA GUERRE ET DE L'ENTRE-DEUX GUERRES DANS LA GRANDE-RÉGION**

À la fin du mois d'août 1914, H. Röchling arrive pour la première fois sous les feux de la rampe de la politique nationale. L'occupation du nord de la France avec ses gains de territoire importants et la croyance que l'armée française se rendra rapidement, pousse le maître de cavalerie H. Röchling à rédiger un mémoire à destination du gouverneur de l'Alsace-Lorraine. Au vu des opérations avancées de l'armée allemande, qui déboucheront selon lui sur un diktat de paix, il y développe une réflexion et des plans concernant le fait que la frontière allemande au nord de Metz doit être redessinée et déplacée vers l'ouest. Il y détaille méticuleusement quels lieux doivent être pris en compte pour l'annexion envisagée. Et bien plus encore. Une pièce maîtresse de son plan impérialiste est la manière de gérer les populations des zones concernées en cas d'annexion.

« Dans la zone minière, la population se compose surtout d'Italiens, de Lorrains, d'Alsaciens et de Polonais, c'est à dire de populations qui doivent être supplantées par des Allemands. »

Avec sa vision brutale du monde, Röchling exprime ouvertement au début de la Première guerre mondiale sa pensée impérialiste, dont il travaillera à la réalisation plus tard, à l'époque du fascisme.

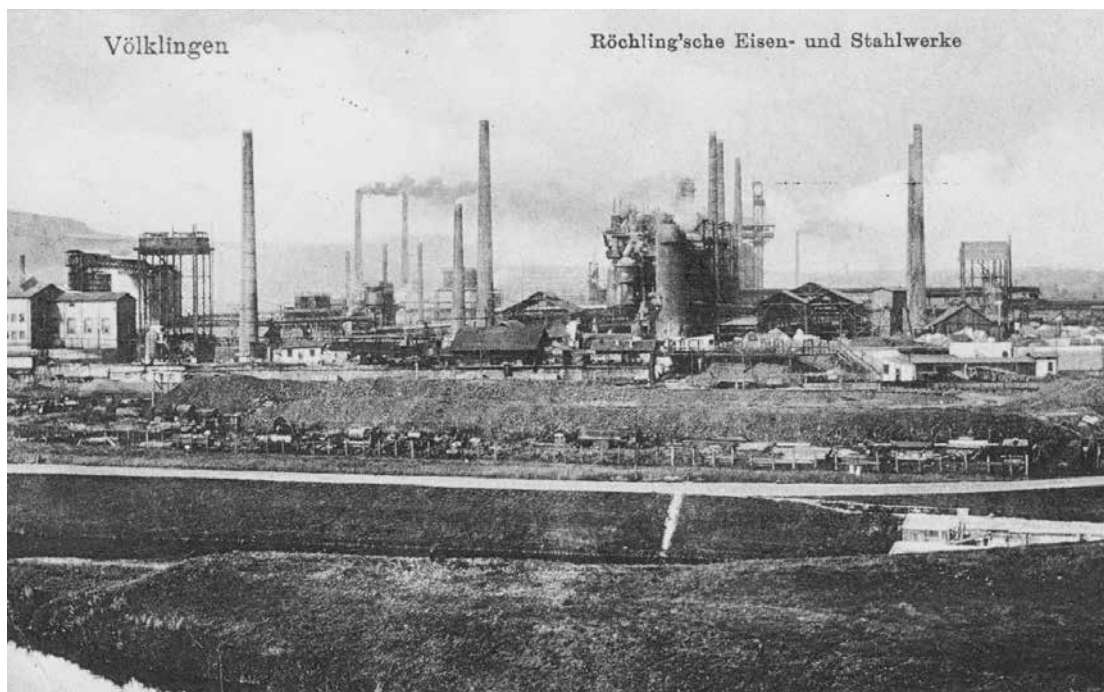
En août 1914, la fondation des offices des matières premières créés à des fins de guerre (KRA) conduit à une gestion forcée des matières premières et à une prise d'influence massive de l'industrie lourde allemande dans la production des biens. Les postes à responsabilité des KRA sont occupés par des industriels qui profitent de leurs positions pour s'octroyer réciproquement des contrats d'armement qui sont alors financés par la population active. « Les dividendes grimpent, les prolétaires tombent » c'est de cette manière que Rosa Luxemburg décrit cette situation.

En Sarre, les Röchlings sont à la barre. Le banquier Eduard Röchling, un frère d'Hermann Röchling, dirige avec d'autres industriels sarrois le bureau de la guerre de Strasbourg. Un autre frère, Louis, a une influence beaucoup plus importante, puisque qu'il dirige de 1907 à 1919 le *Deutscher Stahlwerksverband* (l'union allemande des usines sidérurgiques) et dont le neveu, Paul, devient en 1914 président de la chambre de commerce de Sarrebruck. Avec le fer et l'acier, le charbon et le coke, l'industrie de la Sarre fournit les matériaux de base les plus importants pour la production allemande de l'armement.

L'expansion éclair de la RESW (Röchling'sche Eisen- und Stahlwerke: société Röchling du fer et de l'acier) comme industrie d'armement lors de la Première guerre mondiale commence avec la construction de trois fours Siemens-Martin en 1915-16, de trois fours électriques supplémentaires en 1915-17 et d'une forge pour l'acier en 1913 qui sera complétée en 1915 pour devenir une forge à marteau-pilon et à pressage pour la fabrication exclusive de munitions. Ceci fait des Röchlings les premiers producteurs d'acier inox en Sarre.

Du côté allemand et depuis 1916, un casque en acier vient remplacer le casque à pointe en cuir qui était depuis longtemps le symbole du militarisme prussien. Un grande partie de l'acier qui est alors utilisé de 1916 à 1918 pour la production des 7,5 millions de casques en acier et de 50 000 plaques de blindage frontales en acier est fabriquée par RESW. Des grenades sont produites chez RESW dans un atelier de tournage installé en 1915 et comportant 350 machines pour 500 ouvriers. Une grande partie des machines de tournages utilisées pour la production des grenades et quelques presses pour munitions avaient été réquisitionnées par Hermann Röchling à Valenciennes, dans le nord de la France.

Les trois industriels notables nommés ci-dessus, Paul, Louis et Hermann Röchling font partie de ceux qui se sont montrés co-fondateurs de l'union régionale rhénane du *Deutsche Vaterlandspartei* (Parti Allemand de la Patrie) et par la même occasion partisans de la politique de guerre expansionniste de l'industrie allemande. Même en 1918, alors que l'issue de la guerre est certaine, ils sont prêts à mener encore une décennie de guerre pour l'acquisition du bassin minier de Briey.



Fonderie et aciérie Röchling à Völklingen

C'est le même Hermann Röchling, celui qui 10 ans auparavant voulait continuer la guerre contre les ennemis jurés au nom du précieux minerai justement, qui fait appel à l'armée française lors de la Révolution de novembre pour faire cesser les activités du conseil des travailleurs et des soldats (Arbeiter- und Soldatenrat - ASR) à Völklingen.

De maigres droits, qui ne changent quasiment rien à la position du « maître des lieux » dont jouissent les directeurs des usines, c'est le prix payé pour obtenir l'accord des chefs des syndicats de droite et de la direction du SPD pour la loi *service d'assistance* (Hilfsdienstgesetz) de décembre 1916. De cette manière et selon la formule de Rosa Luxemburg, ce sont les « écuyers de l'impérialisme » qui entrent en jeu.

Au syndicat DMV, l'organisation qui laissera ensuite place à IG Metall, l'influence des forces révolutionnaires et progressistes et la critique envers le comité de direction en raison de sa



Dans l'atelier d'ébardage des usines Röchling, 1918. De plus en plus de femmes étaient engagées pour accomplir ce lourd travail physique.

« politique Burgfrieden » (union sacrée) deviennent plus fortes sous la pression du développement de la guerre. La notion unificatrice d'opposition au sein du DMV est celle exigeant que la guerre se termine aussi vite que possible. Lors de l'assemblée générale en juin 1917, le rejet par les forces progressistes du bureau alors en place est évité de justesse.

Dans les agglomérations industrielles de l'empire, le mécontentement est de plus en plus important, en particulier parmi les travailleurs, durant les développements de la guerre. À partir de l'été 1917, des grèves de masse ont lieu, mais la Sarre reste relativement calme. Ce n'est qu'en mai 1916 que des travailleurs des mines de Sulzbach, Altenwald, Maybach, Jägersfreude et Dudweiler se joignent brièvement au mouvement. Leur objectif est alors l'obtention d'une augmentation des maigres revenus et un meilleur approvisionnement en denrées alimentaires. Les 24/25 septembre 1917, des grèves importantes émanant de Reden et Heinitz ont lieu dans les zones supérieures. Ce n'est que lors de la révolution au début de novembre 1918 que la Sarre fait l'expérience de remous.

Entre le 9 novembre et l'arrivée des militaires français le 22 novembre à Völklingen, les hauts fourneaux sont à l'arrêt. Pendant une des manifestations qui a lieu à ce moment-là, et à laquelle H. Röchling assiste, quelqu'un s'écrie : « Qu'on lui tranche la gorge ». Cette situation est critique pour Röchling ce qui le pousse à chercher la protection des militaires français, les « ennemis héréditaires ». Le 22 novembre, l'ASR de Völklingen est donc dissout.

Les causes de cette relative paix des travailleurs en Sarre sont les unions des travailleurs des hauts fourneaux influentes et à la solde des industriels de la Sarre et de l'organisation plutôt sommaire des syndicats qui en découle. Le territoire de la Sarre est, syndicalement parlant, une *Terra Incognita*.

En 1916 en Sarre, seuls 73 membres sont rassemblés dans le DMV. En 1917, ils sont 2 080 et en 1920, ce sont 34 400 travailleurs des seules usines et de la métallurgie qui sont organisés au sein de la DMV. Un premier rapport de force entre les syndicats devenus plus forts, les industriels toujours aussi puissants économiquement et l'administration militaire française a lieu du 7 au 9 octobre 1919 alors que la grève partie de l'usine sidérurgique de Völklingen s'étend à toute la Sarre.

La guerre ne s'était pas terminée avec le silence des armes. Avec la signature du Traité de Versailles le 28 juin 1919 qui annonce un changement de statut de la Sarre le 10 avril et qui entre en vigueur le 10 janvier 1920, la guerre n'est pas terminée non plus pour H. Röchling. Le 26 février 1920, la commission gouvernementale prend ses fonctions sous la direction de V. Rault.

Les mines sarroises qui sont depuis début décembre 1918 administrées par les Français grâce à la fondation du *Service des Mines*, deviennent par décret officiel le 23 octobre 1919 une entreprise de droit privée caractérisée par un partenariat public-privé qui ne fait plus l'objet d'une surveillance parlementaire directe. Avec l'application du Traité de Versailles le 10 janvier 1920, les mines sarroises deviennent des possessions françaises et sont rebaptisées *Administration des Mines Domaniales Françaises du Bassin de la Sarre*.

À cause de ce Traité, le bassin de la Sarre est placé sous tutelle de la Société des Nations et les mines sarroises sont laissées à la merci de la France à des fins d'exploitation pendant 15 ans. En conséquence de l'application du Traité de Versailles et alors que les usines sidérurgiques



sarroises, à l'exception de l'usine de Burbach (appartenant à un groupe belgo-luxembourgeois), passent sous majorité française, Hermann Röchling réussit à échapper à la domination française en partitionnant l'usine de Völklingen en deux entités indépendantes.

Hermann Röchling et son frère Robert, directeur de l'usine Carlshütte, sont présentés devant une cour martiale française en décembre 1919 à Amiens pour faits de larcin, vol et destruction d'usines françaises. Ils sont condamnés à 10 ans d'incarcération, au paiement d'une amende de 10 millions de francs et à 15 ans d'exil. Robert Röchling effectue 10 mois de sa peine alors que Hermann Röchling échappe à sa peine. Ce verdict renforce sa haine des français, ce qui ne l'empêchera pourtant pas de faire de bonnes affaires avec la France lors de la construction de la ligne Maginot pour laquelle il livrera de l'acier à béton pour les bunkers.

Hermann Röchling, qui est aujourd'hui encore dépeint comme un « ami des travailleurs » par les cercles d'intéressés qui le considèrent aussi comme tel, montre en 1921 son vrai visage.



Vue sur la fonderie et aciérie Röchling à Völklingen

En Sarre en 1921, les salaires des mineurs et ouvriers chutent par paliers successifs de 30%. Afin d'élargir sa marge de manœuvre pour pouvoir appliquer plus de pression sur les salaires, Hermann Röchling se retire de l'union des entrepreneurs en août 1921. Du 1<sup>er</sup> au 30 septembre 1921, l'industrie lourde de la Sarre fait l'objet d'une grève servant à protester contre de nouvelles baisses de salaire. Röchling fait enfermer les 6 000 ouvriers hors de l'usine et licencie les membres élus dans les comités des travailleurs.

En 1924, le même processus se répète de manière bien plus dramatique. Röchling ne vit pas seulement sa haine excessive des français face aux *Mines Domaniales*, à l'administration des mines sarroises et aux syndicats, mais également dès 1922 en tant que député du LVP et de 1924 à 1934 en tant que député du DSVF. Il se considérera toujours plus comme le fer de lance contre tout ce qui est « francophile » en Sarre.

Dans le cadre du conflit qui se prépare alors, Röchling s'en prend aux travailleurs de l'usine sidérurgique de Völklingen, mais il en veut à l'administration des mines sarroise et à l'État français.

Du 15 septembre au 3 novembre 1924, il prend les ouvriers collectivement en otage et les enferme hors des usines pendant 50 jours. Dans une situation alors inédite, en verrouillant les portails et en affichant des annonces, il exige du personnel qu'il travaille dix heures au lieu de huit heures ou qu'il accepte une baisse de salaire de 25%.

Avec son action réactionnaire sur la journée de travail de huit heures qui avait été durement obtenue lors de la révolution de novembre, Röchling veut montrer à son personnel, au comité des travailleurs élu, à la commission gouvernementale qu'il haït et à l'administration des mines sarroises, qu'il est le maître et que seul lui peut décider de ce qui se passe dans son entreprise.

Röchling justifie son attaque contre la journée de huit heures et la prise en otage des 7 300 ouvriers avec en tout 30 000 proches, avec la légère hausse des prix de la houille exigée par l'administration des mines sarroises à l'usine sidérurgique de Völklingen.

Si la grève contre la fermeture des portes ne s'arrête pas, c'est uniquement grâce à l'imagination de l'administration locale de la DMV conduite depuis 1921 par le communiste Albin

Weiß, qui appartient aussi aux conseils communal et municipal de Völklingen depuis 1923. En peu de temps, une grande partie du personnel de l'usine sidérurgique de Völklingen réussit à trouver du travail dans les différents puits des mines sarroises, et dans les mines et usines lorraines ainsi que dans les communes avoisinantes.

C'est la première et la dernière fois que, durant les jours et semaines de la fermeture, des réunions ont lieu, quelquefois plusieurs fois par jour et un large discours concernant le comportement réactionnaire de Röchling se fait entendre à Völklingen et aux alentours, jusque dans le parlement du Land.

Avec cet attentat contre les travailleurs et leurs familles, Röchling a clairement été trop loin. Quatre semaines après le début de la fermeture, il avait cherché l'appui des français qu'il déteste tant, pour former un front d'unité avec l'administration des mines sarroises. Le résultat de la fermeture est une défaite pour Röchling. Au lieu d'appliquer une baisse de 25% des salaires, il ne pourra qu'appliquer 3,5% de baisse. Pour la première fois depuis la fin de la Première guerre mondiale, Röchling s'exprime sur le thème de la guerre dans sa correspondance lors de la fermeture. Celle-ci est « sans aucun doute la forme d'utilisation de la main d'œuvre la moins rentable ».

Et six ans plus tard, en février 1930, H. Röchling participe au débat sur le thème de la guerre avec des déclarations essentielles. Il faut mettre en doute le fait que les raisons de ces déclarations soient la signature en août 1928 du pacte Briand-Kellog qui interdit l'utilisation de la guerre pour résoudre des différends internationaux ou la participation significative du KPD (parti communiste allemand) au plébiscite contre la production de cuirassés en août 1928. Quoi qu'il en soit, H. Röchling écrit dans le *Frankfurter Zeitung*:

« (...) que les peuples cultivés de la Terre sont sur le point de reconnaître déjà qu'il est nécessaire d'éliminer la guerre et de réaliser cet objectif concrètement. Les peuples commencent à comprendre que la guerre moderne a plus d'inconvénients que d'avantages, même pour les soi-disants vainqueurs. Peu importe l'issue, elle est une mauvaise affaire pour tous les partis. Cette prise de conscience va se propager en tous les cas en Europe, comme celle qui expose que la guerre est terrible pour les combattants du front et qui s'est imposée. »



« Proletaires de tous pays, rassemblez-vous ! », la devise d'une manifestation de l'USPD (Parti social-démocrate indépendant d'Allemagne) devant la gare de Vorklingen en 1919

Ceci veille l'attention quant à la connaissance de ce message en Sarre, où il n'aura pourtant pas laissé de traces. Est-ce que H. Röchling devient une personne ambivalente au vu de ces messages pacifistes? Non! Son credo réel, il l'a exprimé en 1928 avec son inscription au *Bund zur Erneuerung des Reiches* (union pour le renouvellement de l'empire). Cette union, à l'époque d'une lutte des classes exacerbe et de la perce parlementaire du parti fasciste NSDAP aux dépends des partis conservateurs, a pour but l'établissement d'un gouvernement présidentiel autoritaire et unit dans ses rangs de nombreuses figures de proue du futur régime national-socialiste.



Albert Vögler, le directeur général des *Vereinigte Stahlwerke* (l'union des industries de la métallurgie), Fritz Thyssen, Gustav Krupp, Paul Reusch, Fritz Springorum et Hermann Röchling pour ne citer que les plus importants qui ont un point commun: ils sont tous des pionniers et des profiteurs du systèmes fasciste en place depuis 1933. Si Alfred Hugenberg n'est pas encore parmi eux à cette époque c'est uniquement car les propositions de l'union ne vont pas assez loin à son goût. Une partie des personnes nommées ci-dessus prennent part en janvier 1933 aux préparatifs pour l'installation du régime fasciste.

L'abolition par les fascistes en 1933 des parlements, qui ne sont-pour Hermann Röchling que des comités Théodule, fait qu'il met rapidement des moyens en œuvre pour une issue favorable au régime nazi dans le cadre du vote concernant le futur de la Sarre après la transmission de pouvoir exécutée par le

président du Reich et les forces réactionnaires qui le soutiennent.-Les flammes du Reichstag viennent juste d'être éteintes le décret d'état d'urgence *pour la protection du peuple et de l'état* promulgué et la *constitution de Weimar* suspendue, lorsque le 23 mars 1933, les partis conservateurs votent dans le sens du NSDAP contre les 94 députés SPD (les 81 mandats du KPD ayant été annulés) et adoptent la loi autorisant le chancelier du Reich Hitler et les forces le soutenant, à faire ce qu'ils souhaitent.

Le chef du groupe industriel Hermann Röchling, qui est aussi un partisan d'Hitler, le rencontre pour la première fois à Berlin le 31 mars pour préparer et clarifier la question de la Sarre après 1935.

« La vitesse étourdissante et la régularité étonnante avec lesquelles les développements au sein du Reich se sont faits et notamment la dissolution des partis politiques ont eu des répercussions extraordinaires dans la région de la Sarre ».

Les sièges des syndicats sont investis par des groupes SA, de nombreux fonctionnaires sont arrêtés, les millions appartenant aux syndicats (les cotisations des membres) sont confisqués et suivant cet engouement, le jour suivant, le 3 mai 1933, Röchling et son beau-fils von Gemmingen rencontrent de nouveau Hitler.

Lors de cette entrevue, Röchling entre directement dans le vif du sujet et fait reconnaître à Hitler qu'il « n'accorde aucune valeur au maintien des anciennes organisations politiques en Sarre ». Bien entendu, Röchling ne parle pas de son DSVP, non, il propose à Hitler de dissoudre les partis conservateurs de la Sarre au profit d'un front nationaliste qu'il faudrait développer.

Le 15 mai, une nouvelle rencontre a lieu entre Hitler, le ministre des affaires étrangères du Reich et une délégation sarroise. En plus de Röchling qui organise cette rencontre, ce sont des représentants des syndicats chrétiens sarrois et du centre de la Sarre qui y participent. L'objet des discussions est entre autres la formation d'un front d'unité allemand, un front d'élection pour le rassemblement des forces nationalistes et la question des 5 000 juifs qui vivent alors en Sarre.

En juillet 1933, il exprime son inquiétude dans une lettre à Hitler en expliquant que la Sarre pourrait devenir après 1935 « une réserve naturelle juive. C'est pourquoi il me semble nécessaire de définir des moyens à mettre en œuvre dès maintenant pour éviter que le territoire de la Sarre ne devienne un ghetto juif pour toute l'Allemagne ».

Cette courte description le montre clairement: déjà très tôt, Röchling s'engage avec énergie pour la formation d'un front de combat nationaliste qui cherchera à influencer le vote sarrois en faveur du régime nazi. Il est donc le père du *Deutsche Front* (front allemand) qui se formera bientôt.

Röchling est d'une brutalité calculatrice. Il le sait : Hitler et son parti sont ce dont rêvent beaucoup d'industriels depuis la révolution de novembre. Pas de syndicats, pas de partis et un gouvernement qui, certes, parle encore souvent de paix, mais qui poursuit des objectifs politiques d'expansion extérieure pour l'instauration d'un nouvel ordre en Europe. Le résultat du référendum du 13 janvier 1935 est connu, je ne vais donc pas m'y attarder.

Avec l'adoption du second *Vierjahresplan* (plan de quatre ans) lors de l'assemblée du parti NSDAP de septembre 1936 à Nuremberg et dont l'objectif principal était d'accélérer le développement de l'économie vers le réarmement et la préparation d'une guerre contre l'Union Soviétique, il obtient l'approbation de Hermann Röchling.

Dans une « guerre, (lors de laquelle il) s'agit en première ligne d'anéantir les ennemis et leurs établissements, Röchling voit ses idéaux se réaliser. « La guerre est la mesure de valeur la plus précise dans tous les domaines (...) » C'est pourquoi « c'est notre devoir de mettre tous les moyens en œuvre pour faire en sorte que nos soldats obtiennent ce dont ils ont besoin ».

Et dans un nouvel écrit semblable à celui d'août 1914, Hermann Röchling s'adresse à Hitler le 16 août 1936, exprimant ainsi :

« Réflexion sur la préparation de guerre et son exécution »

« La guerre à venir sera en premier lieu une guerre de la technique, car ce sont la technique la plus avancée, les hommes les plus courageux et la plus grande endurance face aux privations, qui permettront peut-être la victoire. »

Cet emballement concernant la guerre conduit au sein de la RESW à Völklingen, à un développement rapide de l'usine qui devient une usine d'armement pour la préparation et l'exécution d'une guerre. En même temps, Röchling est nommé *Wehrwirtschaftsführer* (dirigeant de l'économie de guerre) en 1938. En 1940, après l'agression de la France, il est nommé responsable du fer et de l'acier pour les territoires Lorraine et Meurthe-et-Moselle. En 1941, il est nommé au conseil d'administration de la Reichsbank, en 1942 il obtient un poste à l'état-major allemand de l'économie de guerre et est membre du conseil de l'armement. En Mai 1942, Röchling devient par décret du Führer, directeur de l'union pour le fer du Reich. À ce moment, il est au sommet.

Pendant ce temps et jusqu'en 1944, la RESW emploie des travailleurs forcés, des travailleurs étrangers et des prisonniers de guerre, quelquefois dans des conditions inhumaines et pour des salaires de misère, afin d'allonger la durée de la guerre et d'enrichir le clan Röchling.

Au sein de la RESW, il ne dispose pas seulement de sa propre juridiction avec un tribunal en référé mais aussi de son propre bagne à Etzenhofen. Il formule déjà sa philosophie sur le paiement de misère accordé aux travailleurs forcés et aux prisonniers de guerre en 1935 dans son livre: *Wir halten die Saar* (La Sarre est à nous).

« La valeur capitalisée du travail d'un homme est au mieux capitalisée dans l'esclavage, mais le plus souvent, elle ne l'est pas du tout ».

Jusqu'à la fin, jusqu'à la chute du fascisme, il est dévoué au système. Le premier janvier 1943 en tant que directeur RVE, il écrit à toutes les entreprises de la métallurgie du fer et « demande au Tout-Puissant, qu'il nous protège de sa clémence et qu'il continue de nous honorer de la présence du Führer vers lequel nous levons les yeux avec amour et admiration ».

En 1949, lors du Procès de Rastatt pendant lequel il est condamné à dix années d'emprisonnement, lorsque ses biens sont confisqués et ses privilèges civils lui sont retirés, on lui demande quel était le mobile de ses actions, une question à laquelle il se montre incompréhensif en répondant:

« Oui, personne ne m'a forcé. Je l'ai fait parce que j'étais convaincu. »

Röchling était donc un criminel par conviction. De sa peine de dix ans d'emprisonnement, il ne fera que quelques mois qu'il passera dans un monastère de diaconesses, il sera ensuite gracié.

Le constat est clair. Hermann Röchling était un opportuniste et un criminel par conviction, qui, certes, parlait de paix, mais qui en fin de compte a utilisé et profité du système fasciste, ce qui fait de lui un agent d'exécution de ce même régime. De plus, il n'a jamais exprimé de regrets quant à son rôle au sein de ce système criminel.



Aujourd'hui, nous en avons à Vöcklingen les restes et l'héritage sous forme de quatre rues baptisées en mémoire de membres de la famille Röchling. C'est une caractéristique distinctive et unique en Allemagne, un quartier entier qui porte le nom d'un criminel de guerre maintes fois condamné. Il s'agit d'Hermann Röchling.

Il y a trois ans, une initiative a été fondée afin de redonner à ce quartier son nom d'origine; *Bouser-Höhe*. Mais ceci n'a pas abouti. Une majorité au sein du conseil municipal de Vöcklingen a décidé de renommer le quartier *Röchling-Höhe*, honorant de cette manière plusieurs condamnés y compris le criminel de guerre Hermann Röchling. Toutefois, cette initiative a permis le lancement d'un débat sur le rôle et la signification de la famille Röchling à Vöcklingen.

Jean Francois Lassagne

**Novembre 1918 en Lorraine annexée:**

## **« VENU D'ALLEMAGNE, UN AIR DE RÉVOLUTION SOUFFLE SUR LA RÉGION ».**

### **Le contexte.**

L'aggravation de la situation des armées allemandes sur le front ouest amena le nouveau Chancelier (Reichkanzler), le prince Max de Bade, à engager le 4 octobre 1918 une demande d'armistice auprès du président Wilson. Une partie des troupes mobilisées sur le front russe ayant été « contaminées » par la révolution d'octobre, beaucoup rentrèrent après le traité de Brest-Litovsk du 3 mars 1918, animés d'une volonté révolutionnaire.

« La plupart de nos compatriotes se trouvaient au front en Russie tsariste et réactionnaire lorsque la révolution y éclata et ébranla le monde capitaliste... Tous ressentirent qu'il se passait quelque chose de grandiose qui brisait avec le passé... Les soldats du Kaiser fraternisèrent avec les soldats russes... Il y avait donc une issue à ce cauchemar sanglant... Lorsque les unités furent transférées du front de l'est, c'était déjà la désertion de masse qui décimait les unités, premiers signes de la révolution allemande de 1918... »<sup>1</sup>

Conjugué aux souffrances de ces longues années de guerre, l'effondrement des autorités tant militaires que civiles leur ouvrit alors un formidable espoir et la double perspective d'une fin du conflit, et d'une prise de pouvoir. Depuis octobre, à l'initiative notamment de la Ligue Spartacus, Berlin et les villes allemandes connaissaient des manifestations populaires, qui se propagèrent dans tout le pays et prirent une tournure révolutionnaire, notamment avec la révolte des marins et des ouvriers du port de Kiel. Des conseils d'ouvriers et de soldats se mirent partout en place comme à Berlin et en Bavière où ils proclamèrent la Bayerische Räterepublik (République des conseils de Bavière), le 8 novembre.

---

<sup>1</sup> Dahlem, Robert, maire de Sarrelbe de 1945 à 1947, témoignage dans LORANG Henri: Lutttes-Espoirs-Libertés. Les masses laborieuses de Moselle. 1789-1950 p.198 Non édité.

Il ne pouvait pas en être autrement en Alsace-Lorraine, où plus de 380 000 Alsaciens-Lorrains avaient été incorporés dont 10 000 au moins dans la marine allemande et d'autres dans l'armée de terre. Nombre d'entre eux participèrent au mouvement révolutionnaire, parfois loin de leur région comme Henri Janus, un militant sidérurgiste aux usines de Wendel à Rosselange, futur adjoint communiste au maire de Moyeuvre-Grande en Moselle, qui mit en lumière l'effervescence régnant alors parmi les marins de la flotte, et participa au conseil d'ouvriers et de soldats de Hambourg.

En Lorraine annexée la classe ouvrière restait encore bien présente dans les bassins ferrifères et sidérurgiques des vallées de l'Orne et de la Fensch, comme dans les houillères de Moselle-est, lieux stratégiques de la production pour l'effort de guerre allemand, qui avaient conservé intact leur potentiel industriel.



Les troupes allemandes défilent à la Porte des Allemands de Metz

Cependant, du fait de la mobilisation des ouvriers et des cadres allemands, et du départ des travailleurs italiens dès le début de la guerre pour la plupart, ces industries ne pouvaient plus fonctionner alors à plein régime, et le haut commandement dut finalement recourir aux prisonniers de guerre russes et à la démobilisation de 3500 soldats en 1917 pour accroître la production. Au fil des années de guerre, la dictature militaire prussienne se faisait de plus en plus pesante, et dans le même temps la misère ouvrière gagnait du terrain, le prix des vivres et des combustibles augmentant au rythme de la pénurie.

Dans ces bassins industriels, l'activité syndicale des Freie Gewerkschaften (syndicats libres) comme des syndicats chrétiens d'ailleurs, perdura avec plus ou moins de vigueur durant la guerre, car la police y maintenait une surveillance implacable. Néanmoins, face aux pénuries et à la cherté de la vie, des grèves éclatèrent comme en juin 1916 à la mine d'Aumetz, ou en avril 1917 aux mines *Amélie* à Aumetz, *Saint Michel* à Audun-le-Tiche, ainsi qu'à celle de Knutange. A *Sarre et Moselle*, dans le bassin houiller où elle dura cinq jours, la grève déboucha sur une hausse de 20% des salaires, mais fut suivie par le licenciement des dirigeants syndicaux<sup>2</sup>. Une grève des ouvriers à Hayange pour l'augmentation des rations de pain et de viande fut suivie par l'envoi au front des « récalcitrants ».

Le mécontentement grandissait également dans les campagnes confrontées aux prélèvements obligatoires, aux réquisitions fréquentes et aux contrôles vexatoires.

De leur côté les prisonniers russes réquisitionnés dans les usines connaissaient une situation effroyable: C'est dans cette situation très tendue que se mit à « souffler un vent de révolution sur la région ».

---

<sup>2</sup> Roth, François: La Lorraine annexée 1871-1918. Editions Serpenoise. Nouvelle édition-2007- p.615

## Mise en place des conseils:

### A Metz.

Déjà le 7 novembre les messins purent assister à de surprenantes scènes de rues alors fréquentes en Allemagne, où des officiers furent pris à partie et insultés par des hommes de troupe en permission plus ou moins légale.

C'est le 8 novembre au soir qu'un train rapide spécial venant de Wilhelmshaven et de Kiel et passant par Osnabrück, Münster, Düsseldorf et Cologne, déposa une quarantaine de marins dont cinq à Metz, et d'autres à Sarrebruck avant de rejoindre Strasbourg. A Metz ils confortèrent les permissionnaires révolutionnaires qui occupaient les services du chemin de fer, et les officiers comme les chefs furent désarmés<sup>3</sup>.

Les militaires, avec les syndicalistes socialistes Charles Becker, Brauersreuther, Recht et Voortmann, mirent en place un conseil révolutionnaire d'ouvriers et de soldats qui siégea alors en permanence, et dont l'emblème flottant sur la mairie était un drapeau turc teinté au minium, transformé pour la circonstance en drapeau rouge. Le militant lorrain Charles Becker était déjà avant-guerre secrétaire de l'union des syndicats libres (Freie Gewerkschaften) qui avait son siège à Metz, rue de Magny au Sablon, et il tenait des réunions régulières dans la Moselle industrielle, où se développèrent des grèves en 1916 et 1917 contre la vie chère. Heinrich Voortmann, syndicaliste vieil allemand et militant social-démocrate reconnu dans la vallée de l'Orne était influent parmi les sidérurgistes des Aciéries de Rombas.<sup>4</sup>

« Brauersreuther de son côté était un métallo en uniforme de soldat, il avait la nationalité allemande. Dès l'entrée de l'armée française, il fut un des premiers expulsés malgré son activité dévouée purement pour la cause française, en particulier pour la sauvegarde du matériel roulant des chemins de fer ».<sup>5</sup>

Le Conseil prit d'abord la décision de libérer les soldats détenus dans la prison militaire, et organisa le retour des soldats désireux de rentrer chez eux.

---

<sup>3</sup> Diwo, Gérard : article du cahier n° 22 du Cercle Jean Macé.

<sup>4</sup> Roth, François : La Lorraine annexée 1871-1918. Editions Serpenoise. Nouvelle édition-2007

<sup>5</sup> Friedrich, Charles : Histoire de la naissance de la CGT en Lorraine (département de la Moselle)-1960, manuscrit non publié.



Avenue Serpenoise à Metz

Le maire Roger Forêt, ainsi que le gouverneur militaire von Lequis acceptèrent alors de coopérer avec le nouveau pouvoir, auquel ils se soumirent. Les autorités militaires mirent cependant du temps à entrer dans cette voie, mais « pas un coup de feu ne fut tiré ».<sup>6</sup>

Après la mise en place relativement précipitée du Conseil, une assemblée générale des ouvriers de la ville fut convoquée par voie d'affichage à la Chambre syndicale logée rue Mazelle, le matin du 10, pour procéder à l'élection d'un conseil représentatif des ouvriers de Metz qui devait assister le Conseil de soldats. Présentée par le dirigeant syndical local Brauersreuther, cette proposition visait à renforcer le conseil ouvrier, et à assurer le maintien de l'ordre, comme condition de l'action révolutionnaire.

---

<sup>6</sup> Metzger Zeitung, 11/11/1918.

Ce même jour, le 10 novembre, par des affiches en allemand datées du 9, le Conseil s'adressait aux « citoyens et soldats de la ville de Metz », leur demandant de respecter l'ordre public. Se déclarant garant « de la propriété des citoyens » dont il dit assurer la protection, il fit connaître sa volonté d'assurer le ravitaillement, de punir de mort les auteurs de pillage, et déclara que l'administration municipale et les militaires se subordonnaient aux « dispositions prises par le Conseil. L'appel était signé par Heinrich Voortmann, « 1er président du Conseil de soldats » et Tröndle « directeur civil ». Le 11 novembre, repérables par un ruban rouge à la boutonnière, les soldats appliquaient les décisions du Conseil. La fermeture des restaurants et des cafés fut fixée à 22 heures, et la langue française à nouveau autorisée.

Le 12 novembre à midi par voie d'affichage, le Conseil et la municipalité lancèrent un appel aux soldats de retour dans leurs foyers pour la constitution d'une garde civique, dans le but d'éviter les pillages, les exactions et les agressions. Il était signé d'un côté par le maire Roger Forêt et les conseillers municipaux Dietsch et Christmann, et de l'autre, pour le Conseil d'ouvriers et de soldats, par C. Becker et Fr. Brauersreuther pour les « civils » et Voortmann pour les militaires. Le Conseil définitif prit aussitôt un certain nombre de décisions: la libération des prisonniers politiques et des soldats alsaciens-lorrains se trouvant à proximité de Metz, le rappel des expulsés, la fin de la censure postale, et la suppression de toutes les restrictions de voyage. Puis le Conseil s'adressa à Ebert, le nouveau chancelier, pour obtenir de lui la libération des permissionnaires lorrains.

Il en fut de même dans la plupart des villes de Moselle du 8 au 10 novembre, voire au-delà, et avec l'extension du mouvement, des conseils furent mis en place, à Forbach, Saint-Avold (rattachés au Conseil de Sarrebruck)<sup>7</sup>, à Hombourg et Sarralbe...

« A proximité immédiate il y eut également un Conseil à Stiring-Wendel à l'existence tout à fait éphémère, un jour, formé le dix par « le soldat Hellbrück » et le « mineur Franck de Merlebach » ainsi qu'à Petite-Rosselle où il se maintiendra jusqu'à l'arrivée des troupes françaises.

---

<sup>7</sup> Roth, François, op.cit.

Petite-Rosselle sera tout au long de cette période, qu'ouvre la révolution de novembre, l'épicentre de l'agitation dans le bassin houiller. A Sarrebourg est également signalé un Conseil, il est présidé par un aumônier militaire! ».<sup>8</sup>

A **Montigny-lès-Metz** le 6 novembre, la ville fut couverte de pancartes rouges réclamant la création d'un Etat indépendant d'Alsace-Lorraine, et les soldats arrachaient les épaulettes des officiers. Le conseil d'ouvriers et de soldats fut constitué à la mairie le 11 novembre, notamment par Camille Engel, un cheminot syndicaliste des ateliers, ami de Charles Becker. Le conseil prit en charge le ravitaillement de la population par la réquisition de tous les stocks de vivres dans Proviantamt (stocks administratifs). Il assura le passage des troupes, ainsi qu'un certain nombre de décisions, et dut probablement coopérer avec celui de Metz.<sup>9</sup>

A **Thionville**, le lorrain Eugène François, matelot mécanicien venu de l'arsenal militaire de Wilhelmshaven, constitua un soviet avec des soldats allemands ayant quitté leur unité. Ils sont les auteurs d'un tract publié le 10 novembre:

« Le conseil des soldats s'est constitué aujourd'hui. Les soussignés en sont les membres officiels. Leur autorité est attestée par une pièce d'identification portant le sceau du poste de commandement. A compter d'aujourd'hui, le Conseil des soldats a pris en main tous les pouvoirs publics sur toute l'étendue de la place de Thionville et est habilité à employer les mesures extrêmes. Tous les militaires et tous les civils sont placés sous ses ordres ».

Signé: matelot mécanicien François, matelot Hein, capitaine Kneip, capitaine Schäber, réserviste Kaffe, fusilier Müller, canonnier Pommer, major Von Dossow, soldat Hermann, canonnier Lentz, lieutenant Wolkenhauer, canonnier Strohfeld<sup>10</sup>. Le soldat allemand du nom de Kurt Seelow, mobilisé dans les chemins de fer, acteur de profession était également membre du Conseil.

---

8 Richez, Jean-Claude, Conseils ouvriers et Conseils de soldats. Revendications de classes revendications nationales et en Alsace en novembre 1918, Mémoire de maîtrise, Université des lettres et sciences humaines, Strasbourg, 1969. Annexe (texte revu et corrigé avril 2014).

9 Leroy, Fernand: Montigny cité cheminote qui n'a jamais eu de gare. UDESM 1993

10 Archives municipales de Thionville, tract du conseil de soldats de Thionville : document provenant de l'International Institut voor Sociale Geschiednis d'Amsterdam.



Né le 30 juin 1881 il participa au Congrès National des conseils ouvriers et de soldats à Berlin comme délégué de Thionville. Il était enregistré comme membre de la fraction indépendante (USPD, gauche socialiste).<sup>11</sup>

Charles Friedrich cite également Robert Scherer de Fontoy, dans la direction du Conseil en qualité d'ouvrier.

Il en fut ainsi également à **Hayange** le 14 novembre avec la constitution d'un Conseil d'ouvriers et de soldats, dirigé selon Henri Lorang par le mineur de fer Riehl, ainsi que dans la plupart des usines sidérurgiques et des mines de fer, où des grèves éclatèrent avec occupation notamment à celles d'Aumetz-la-Paix et de Knutange, et qui se poursuivirent au-delà de l'arrivée des troupes françaises.

A **Sarreguemines**, la révolution fut apportée par deux matelots de Kiel et des cheminots de Sarrebruck.<sup>12</sup>

« Comme dans toutes les villes, samedi (le 9 novembre) s'est formé ici un Conseil d'ouvriers et de soldats qui représente le pouvoir public. Toutes les autorités antérieures se sont mises à sa disposition ». <sup>13</sup>

A la suite du recueil de revendications du Conseil, le caporal (Gefreiter) Rühling son président, et le tourneur sur métaux (Dreher) Karl Krewett, signèrent avec le maire Martz un appel au calme daté du même jour, dans lequel les rassemblements et manifestations n'étaient pas autorisées, le Conseil exigeant l'ordre le plus strict. Par la suite, présidé par le lorrain Pierre Klein, le Conseil d'ouvriers et de soldats constitua un Comité de ravitaillement avec le conseil municipal, en y déléguant plusieurs de ses membres: Schaaff, Cordier, Fisher et Hennel, sous la présidence du maire. Le 10 novembre, le Comité décida alors d'une mesure tout-à-fait radicale prise que par fort peu de conseils en Alsace et en Lorraine<sup>14</sup>, de confisquer tous les stocks de vivres existant dans l'arrondissement de Sarreguemines et de les transporter aux lieux de distribution (Verteilungsstellen) pour le ravitaillement de la population de sa circonscription

---

11 Richez, Jean-Claude, op. cit.

12 Roth, François. Op.cit.

13 Nomine, Henri: Sarreguemines au pouvoir de Conseil de Soldats et d'Ouvriers. Supplément n°1 aux Cahiers Sarregueminois.

14 Richez, Jean-Claude : op.cit

d'action. Par décision du Conseil, tous les stocks de céréales et produits de la meunerie, ceux de l'association communale (Komunalverband), et de l'office des céréales de l'Empire (Reichsgetreidestelle) se virent confisqués et mis à la disposition du Comité de ravitaillement.

Puis diverses mesures furent adoptées pour l'approvisionnement en farine et pain, en viande, en lait et en pommes de terre achetées à la campagne par des « kommandos d'ouvriers » renforcés par des soldats en cas de résistance des agriculteurs. Après un début de pillage vite arrêté par les soldats munis du brassard rouge, le Conseil décida de récupérer les stocks de vivres de la Grossmarktenderei (Magasin central de l'inspection des Etapes). Dès le début le Conseil de soldats avait pris soin de confisquer les caisses de toutes les formations militaires ayant leur siège à Sarreguemines, et ce « trésor » fut remis au Conseil d'ouvriers et de soldats.



Le 7 décembre 1918 : Des tanks défilent durant un festival en l'honneur du Président de la République.



Le 7 décembre 1918 : L'artillerie défile durant un festival en l'honneur du Président de la République, Place de la République.

Celui-ci siégeait au Palais de justice, une mitrailleuse ayant été placée sur la table derrière laquelle prenaient habituellement place les juges, et où s'était alors installé le Conseil, sous la protection permanente de soldats en armes, pour lesquels des lits avaient été transportés de la caserne. La collaboration avec le conseil municipal était étroite, et les rapports confiants. Après l'armistice, le maire lança le 13 novembre un appel à la création d'une garde civique non armée qui fut constituée le 16. De même fut créée conjointement une « commission de travail et des ouvriers » ainsi qu'une « commission de sécurité ».

Cependant, l'arrivée le 15 novembre du 19<sup>ème</sup> corps d'armée (prussien) à Sarreguemines mit fin à l'activité du Conseil, lequel fut dissous et remplacé par le Conseil central, également nommé par ailleurs « Conseil des Soldats du Groupe d'armée Herny », auquel se plièrent les autorités, jusqu'à l'arrivée des troupes françaises le 20 novembre.

## **A Forbach.**<sup>15</sup>

A Forbach l'initiative est portée à l'origine par des soldats qui dans la journée du 10 se présentent à la mairie comme ayant formé un Conseil.

Le lendemain dans l'après-midi était élu formellement le Conseil de soldats et dans la soirée un Conseil d'ouvriers. C'est le syndicaliste catholique d'origine allemande Wilhelm Elfes qui est porté à sa tête.

Celui-ci selon son témoignage avait engagé la veille une démarche auprès du maire non pas « en révolutionnaire mais pour se concerter avec lui sur les mesures à prendre pour assurer le maintien de l'ordre et de la sécurité ». Réuni dans la nuit du 11 au 12 à la mairie le Conseil d'ouvriers et de soldats adopte une proclamation « An alle Arbeiter, Bürger und Bauern » (A tous les travailleurs, citoyens et paysans), publié dans les trois journaux locaux.

Le Conseil d'ouvriers et de soldats se consacre pour l'essentiel aux questions de ravitaillement, d'ordre et de sécurité. Le principe de la peine de mort pour toute activité de pillage est proclamé. La mesure semble avoir eu peu d'impact. La ville fut le théâtre d'importants pillages qui donnèrent lieu à des affrontements qui semble-t-il firent quelques morts. La population estimait « Les prussiens nous ont longtemps volés, maintenant dédommageons nous ». Les stocks étaient importants. Il y avait du ravitaillement pour deux ou trois mois. Wilhelm Elfes, président du Conseil d'ouvrier, vieil-allemand et patriote, essaya en vain d'en faire transférer une partie en Allemagne pour qu'il ne tombe pas aux mains des français. Il réussit cependant à en vendre une partie à la ville au profit de l'intendance militaire allemande.

Du 17 au 21 les troupes allemandes se retiraient, vidant le mouvement des Conseils de l'essentiel de sa substance et Elfes quittait la ville peu avant l'entrée des troupes françaises ».

## **Le « gouvernement » des Conseils.**

Comme le souligne Jean-Claude Richez, et contrairement à ce qu'il se passait ailleurs en Allemagne, comme en Bavière ou encore en Sarre, et à Strasbourg, les Conseils en Lorraine ne proclamèrent pas la République, dans la perspective de l'instauration d'une république

---

<sup>15</sup> Richez, Jean-Claude. op.cit.

fédérale allemande, position d'une partie de la social-démocratie d'Alsace-Lorraine, du moins pour ce qui concerne la partie allemande des Conseils. Du côté des Lorrains les regards étaient plutôt tournés vers le France.

La brièveté de l'exercice du pouvoir par les Conseils ne leur permit pas de développer un véritable programme politique et de fait, dans la situation chaotique du moment, gestion du quotidien et revendication politique allaient de pair. Dès leur prise de pouvoir les Conseil de soldats et d'ouvriers dressèrent une liste de mesures répondant pour l'essentiel à certains impératifs communs qui dictèrent leur conduite, comme s'ils relevaient d'un programme préétabli pour tous, mais en fait dictés par la situation: le rétablissement des libertés, le maintien de l'ordre, le ravitaillement des soldats et de la population, les aspects sanitaires, la circulation des troupes, notamment. Autant d'impératifs nécessitant de conserver un fonctionnement minimum des services, et le maintien d'une activité économique. Caractérisées par la double volonté de lever toutes les restrictions et atteintes aux libertés, (l'Alsace-Lorraine demeurait depuis 1914 sous le régime de l'état de siège et de la dictature militaire), tout en se gardant des débordements possibles, tels les pillages, passibles généralement de la peine de mort, un certain nombre de mesures convergentes furent prises:

- liberté totale d'expression et de la presse, et suppression de toute censure postale (Briefzensur),
- libération de tous les détenus politiques,
- appel au calme et à l'ordre pour rassurer les populations civiles et militaires,
- interdiction des attroupements,
- protection de la propriété privée,
- suppression de toute restriction de voyage,
- fermeture des établissements, cafés et restaurants à 22 heures, et des locaux publics à 23 heures.
- mise en place d'une police particulière ou garde civique pour assurer le maintien de l'ordre et la sécurité, reconnaissable à un brassard rouge muni d'un tampon.

- compétence du Conseil pour recevoir et examiner toute plainte ou réclamation concernant les autorités civiles ou militaires.

A Montigny-lès-Metz, le Conseil organisa la réquisition des vivres, tout comme à Sarreguemines où fut mis en place un Comité de Ravitaillement présidé par le maire, tirant son autorité du Conseil qui y délégua plusieurs de ses membres et lui fournit cinq camions militaires avec le carburant nécessaire.

Par ailleurs, à Thionville et Sarreguemines, les Conseils appelèrent « les fonctionnaires et ouvriers des institutions publiques et des services de transports (Verkehr): Chemin de fer, postes, Télégraphes etc. à assurer leur service avec la plus grande ponctualité...Les salaires continueront à être payés comme jusqu'ici ». <sup>16</sup>

A Metz des contacts furent établis avec les cheminots pour qu'ils renoncent à faire grève, afin d'éviter de graves perturbations dans le processus de démobilisation des troupes et de leur rapatriement. De plus une sous-commission fut mise en place par le Conseil pour assurer le ravitaillement des permissionnaires et des troupes en transit.

Dans le contexte très tendu des entreprises en grève comme à Hagondange, Rombas, ou Algrange, les Conseils des usines de Wendel portèrent des revendications notamment salariales, y compris après l'entrée des troupes françaises, en raison des privations et de la hausse des prix.

Il est clair que les mesures prises répondaient d'abord à des préoccupations d'ordre général, fortement marquées par leur caractère militaire, même si elles faisaient également écho à des aspirations communes aux civils. Ainsi ces exigences d'assurer la sécurité publique, de respecter les officiers et les fonctionnaires, qu'il était interdit de molester comme d'arracher les insignes de leur grade, et de la demande de traitement convenable (sachgemäß) des hommes de troupe par les chefs hiérarchiques...Pour l'essentiel les Conseils sont dominés au départ par les soldats, et les ouvriers de leur côté n'y tenaient pas le même rôle que dans les Conseils d'ouvriers de mines et d'usines du bassin minier et sidérurgique, où des grèves avaient éclaté. L'arrivée des troupes françaises allait mettre fin à ce pouvoir des Conseils.

---

<sup>16</sup> Nomine, Henri. Op.cit.



Parade du drapeau durant une visite du Maréchal Pétain à Metz, le 19 novembre 1918

#### **IV- La fin du pouvoir des Conseils.**

A Metz, le 15 novembre, jugé par eux trop proche des autorités allemandes, les membres lorrains du conseil municipal décidèrent de remplacer, contre son gré, le maire Henri Forêt par Nicolas Houpert, rédacteur en chef du *Lorrain* et ancien interné à Ehrenbreitstein, qui fut alors chargé de prendre contact avec les autorités françaises. Ce qu'il fit le lendemain en se rendant à Nancy par Pont-à-Mousson, dans le but d'y rencontrer Mirman, préfet de Meurthe-et-Moselle, et futur commissaire de la République pour la Moselle.<sup>17</sup>

Dans l'attente de l'arrivée des troupes françaises, le drapeau tricolore faisant son apparition

---

<sup>17</sup> Bellard, A. « Comment en 1918 Metz a rompu ses chaînes. La mission Houpert Christmann », MAMN 1954-1955, cité dans ROTH François, op. cit. p. 649

aux fenêtres, les symboles messins de l'annexion furent alors mis à mal: les aigles impériaux détruits, les statues déboulonnées notamment celles de l'Esplanade figurant un Feldgrau et Guillaume 1er. Un comité d'accueil des troupes françaises, constitué de membres vétérans du mouvement de protestation à l'annexion formé en 1870, avait été mis en place. De son côté, noyauté et contrôlé par l'abbé Ritz, un journaliste au Lorrain, tout juste rentré de Silésie, le Conseil d'ouvrier et de soldats se démit lui-même de ses fonctions le 15 novembre avec l'entrée des premières troupes françaises à Metz, accueillies triomphalement, sauf par les nombreux Allemands habitant la ville, et conscients de la menace de l'expulsion. Les membres du conseil municipal avaient, pour la circonstance, sollicité Nicolas Jung qui siégeait à Strasbourg au Conseil National et au Comité Exécutif comme ministre des finances pour accueillir les troupes en leur nom.

Les vallées industrielles et bassins miniers connurent un sort différent. Marquée par des difficultés matérielles liées d'abord aux privations endurées et aux hausses de prix de la dernière période qui donnèrent lieu à plusieurs reprises à des grèves, marquée ensuite par la perte de pouvoir d'achat, découlant des décisions françaises d'établir dans un premier temps la parité du mark et du franc, entraînant une perte conséquente du pouvoir d'achat de 20%, puis dans un deuxième temps de la différencier entre Lorrains et Allemands, la population ouvrière exprimait un fort mécontentement, et une animosité certaine envers les Français. Dans ce climat tendu, (à Algrange, Hagondange, Rombas desentreprises étaient en grève), les autorités militaires françaises expulsèrent les directeurs allemands.

Alors que des incidents éclatèrent aux usines de Wendel, cette situation devint intolérable pour les autorités militaires et administratives. Il y a "atteinte à la propriété et à la liberté individuelle qui nécessitera à bref délai l'emploi de la force et des arrestations ».<sup>18</sup>

Au regard de ce constat, on peut penser que les Conseils d'ouvriers qui s'étaient maintenus revendiquaient un pouvoir sur l'entreprise (ils « dictaient leurs conditions et s'installaient à demeure dans les usines »), dans un contexte où l'implantation de toute forme d'organisation, à fortiori révolutionnaire, y était impensable. Dès lors, s'adressant au général Fayolle, le général Lecomte lui demanda « d'occuper de façon effective et permanente la région minière et

---

18 24 novembre 1918, A.N. F 7 13 3 77, cité par Jean-Claude Richez, op.cit.



industrielle ». Dans chaque usine un délégué militaire avec les pleins pouvoirs s'attacha donc à dissoudre immédiatement les soviets, à dénoncer tous les accords signés entre les ouvriers et les dirigeants d'usine, à procéder au blocage des salaires, à organiser l'occupation avec des troupes spéciales envoyées par Foch, et à expulser les « agitateurs d'origine germanique ».<sup>19</sup>

Ailleurs, comme à Thionville avec le député au Landtag Zimmer, et l'archiprêtre Wagner emprisonné pour avoir refusé de prier publiquement pour la victoire allemande, ou à Sarreguemines le 21 novembre avec le maire également député au Landtag Martz, et l'abbé Charles Sigwald ancien déporté et président du *Souvenir Français*, les troupes furent accueillies par un comité de réception dans un climat plus apaisé.

## V- Le retour à la France.

Un demi-siècle d'annexion à l'Allemagne ne s'efface pas facilement, même si l'accueil fut chaleureux, et le retour à la France généralement empreint de grande joie mais cependant sans délire comme le souligne François Roth. D'autant que des inquiétudes diverses se firent jour malgré les promesses faites par Joffre, quant à la gestion à venir des territoires réintégrés d'Alsace-Lorraine. En effet avec une législation particulière dans bien des domaines et notamment en matière sociale, avec des pratiques linguistiques et des mentalités particulières, les Lorrains différaient des Français. Les milieux catholiques quant à eux craignaient l'instauration de la laïcité au détriment du concordat, et du statut confessionnel des écoles.

Les travailleurs allèrent peu à peu connaître des désillusions liées notamment à l'attitude des autorités françaises à leur rencontre. En effet, à leur retour du front, nombre d'ouvriers et de paysans lorrains ayant servi de force dans l'armée allemande furent accueillis avec « une animosité méfiante, comme des prisonniers ennemis...et dirigés vers une forteresse.

Ce n'était certainement pas de leur faute d'avoir servi dans les rangs allemands ».<sup>20</sup> Une série de mesures répressives fut alors prise par les autorités françaises, et l'usage de la langue allemande (langue maternelle pour beaucoup) fut proscrit après 10 heures du soir.

---

<sup>19</sup> François Roth. Op.cit.

<sup>20</sup> Lorang, Henri op.cit. p.213.

« En Moselle, après la liquidation des Conseils ouvriers, les impérialistes français prennent toute une série de mesures répressives et d'oppression. Ces mesures confirment, hélas, la signification des intentions que le gouvernement Poincaré entend donner à sa politique dans les provinces recouvrées: les libertés si chères à nos populations furent bafouées, le droit à la langue maternelle proscrit et supprimé, des dizaines de milliers d'hommes, de femmes et d'enfants ne connaissant que la langue allemande furent expulsés vers l'Allemagne ».<sup>21</sup>

Le 14 décembre 1918, les nouvelles autorités militaires avaient instauré une sélection de la population en fonction de ses origines. Si bien qu'apparurent quatre cartes d'identité différentes, délivrées par les mairies et les sous-préfectures: « carte « A » réservée aux Alsaciens-Lorrains dont les parents sont nés en France avant 1870, carte « B » pour les habitants dont un membre de la famille était d'origine étrangère, carte « C » pour ceux dont les parents étaient originaires de pays alliés ou neutres pendant la guerre, et carte « D » réservée aux étrangers des pays ennemis pendant la guerre, y compris les individus nés en Alsace-Lorraine après 1870. L'épuration se fit donc sur ces bases: on expulse les Allemands, ceux qui ont servi l'administration allemande, mais aussi tous les indésirables, notamment les militants du mouvement ouvrier, pour lequel les expulsions massives représentèrent un coup dur, la plupart de leurs responsables se trouvant concernés, comme Voortmann et Brauersreuther entre autres.

« C'est le début d'une longue chasse aux sorcières dans la Lorraine industrielle qui va marquer profondément le mouvement ouvrier lorrain. Nombre de travailleurs allemands émigreront ou seront expulsés provoquant un renouvellement important de la classe ouvrière. Sur tous ceux qui s'engagent dans la lutte, pèsera le risque d'expulsion en raison d'une éventuelle « origine germanique ».<sup>22</sup>

Cependant et malgré cette répression féroce, le mouvement ouvrier se redéploya en Moselle, tout en s'intégrant au syndicalisme et au socialisme français. Il initia les mouvements de grève qui se développèrent après l'armistice et tout au long de l'année 1919: « les grèves qui touchent les houillères de Moselle en novembre 1918 et janvier 1919 se placent dans le contexte

---

21 Lorang, Henri op.cit. p.214

22 Richez, Jean-Claude. Op.cit.

révolutionnaire de l'immédiat après-guerre, et ont encore peu à voir avec le retour à la nationalité française... ».<sup>23</sup>

En Allemagne le mouvement révolutionnaire fut noyé dans le sang lors de la « semaine sanglante » du 6 au 15 janvier 1919 par le ministre social-démocrate Noske, et les deux dirigeants révolutionnaires Rosa Luxembourg et Karl Liebknecht assassinés par les corps francs sur ordre du même Noske.

Le retour de la Lorraine annexée au sein de la République française se fit sous le signe d'un aiguisement de l'affrontement de classes, renforcé par le scandale de l'affaire des séquestres, qui avait mis en évidence « le plus fructueux pillage qu'on ait jamais connu » au bénéfice entre autre des maîtres de forges, de Wendel en tête.

Bien qu'éphémère, et même s'il est encore difficile d'en cerner plus précisément tous les déterminants, la prise de pouvoir par les Conseils relève sans conteste d'une démarche révolutionnaire, inspirée à la fois d'un dégoût de la guerre, et de l'exemple de la révolution russe, et qui suscita la frayeur du pouvoir et des milieux patronaux, et du même coup leur réaction. Prolongement de ce processus révolutionnaire révélé en 1918, le mouvement gréviste des années suivantes participe d'une évolution radicale des rapports politiques en Moselle, notamment au sein du mouvement socialiste. Ainsi au congrès de Tours, les trois délégués Béron, Brutschy et Klein porteront la totalité des 76 mandats représentant les 7 000 adhérents socialistes mosellans sur l'adhésion à la 3<sup>ème</sup> Internationale, prélude des futures conquêtes du jeune parti communiste<sup>24</sup>, entraînant la majorité des syndicats de la CGT vers la CGTU.

---

<sup>23</sup>Schill, Pierre, « Entre France et Allemagne: grèves et mouvement ouvrier mosellans (1918-1923) », Cahiers d'histoire. Revue d'histoire critique, n° 92, 2003.

Laurent Erbs

**Contrôles antirévolutionnaires après 1918.**

## **LE RECENSEMENT DES COMMUNISTES ALLEMANDS DANS LE DÉPARTEMENT DE LA MOSELLE**

Malgré l'entrée triomphale à Metz de Georges Clémenceau et Raymond Poincaré le 8 décembre 1918, le retour à la France de l'Alsace-Lorraine n'était pas chose facile. Les autorités françaises ont eu des difficultés à comprendre le particularisme de la région et des tensions apparaissaient entre elles et tout ce qui rappelait la présence allemande. Ainsi, le parlement alsacien-lorrain élu en 1911 a été ignoré par les nouvelles autorités. Dans tous les cas, l'Allemagne restait l'ennemi juré, mais aussi la révolution qui venait de l'Est.

En novembre 1918, les députés de la seconde chambre du *Landtag* s'autoproclament « Conseil national ». L'autonomiste Eugène Ricklin en est nommé président et, soutenu par une partie des députés, il adresse au gouvernement français une demande de garantie des traditions, des libertés, des institutions alsaciennes et du maintien du droit local. Dans le même temps, des conseils d'ouvriers et de soldats sont formés en Alsace-Lorraine. Du 10 au 20 novembre, un comité révolutionnaire siège au palais de justice de Strasbourg, pendant que le drapeau rouge flotte sur la cathédrale. Avec l'arrivée de l'armée française, les événements s'enchaînent rapidement.

Le 28 novembre 1918, le commissaire de la république à Metz déclare que les conseils d'ouvriers n'ont aucune existence légale et sont dissous. Les locaux mis à leur disposition dans les usines seront fermés. En parallèle, Les ouvriers ont été prévenus de ne pas se laisser entraîner par des provocateurs car toute agitation serait immédiatement et sévèrement réprimée. À ce titre, le 29 novembre, le général Maud'Huy a donné l'ordre de déployer le 156<sup>e</sup> bataillon d'infanterie dans les centres ouvriers de la vallée de la Moselle, en accord avec Foch et Clémenceau.



La gare de Metz

En décembre 1918, les mineurs s'opposaient à travailler plus de 8 heures par jour, malgré les ordres contraires. Pour faire face aux mouvements sociaux, comme les grèves dans les houillères, les autorités françaises ont demandé l'aide de l'armée américaine pour maintenir l'ordre social. Dans ce contexte instable, les autorités françaises ont utilisé un système de surveillance policière afin d'appuyer le retour de la souveraineté française en Alsace-Lorraine. En premier lieu, il était destiné à repérer et à expulser les citoyens indésirables, mais rapidement devint un dispositif de renseignements à vocation politique. Et c'est ce mécanisme entre pouvoir et savoir policier qui oriente la réflexion car il est instauré dans une situation sortant de l'ordinaire : celle de la sortie de guerre et d'une révolution.

## La mise en place d'un dispositif

Pour affiner son assise en Alsace-Lorraine, le gouvernement français a mis en place une bureaucratie d'état avec ses instruments spécifiques. Parmi ceux-ci, un dispositif policier, en tant que producteur de processus d'objectivation à finalité déterminée, est rapidement déployé dans toute la région. Sa stratégie révèle la volonté de savoir de la police. Elle prend forme à travers l'assignation d'une identité idéologique aux individus déclarés suspects.

Celle-ci est définie à la suite d'opérations de surveillance et de classement qui commencent dès la fin du conflit. Une campagne de renseignements policiers complète la politique d'identification des étrangers, des migrants, et des révolutionnaires, admise comme une priorité nationale pendant la guerre. Aussi, le commissaire de la république ordonne des enquêtes individuelles sur les lorrains d'origine allemande résidant en Moselle. L'objectif premier était de repérer les citoyens germanophiles. Ces enquêtes furent parfois menées à la suite de plaintes ou de dénonciations. C'était évidemment l'heure des règlements de comptes entre lorrains francophiles et les citoyens d'origine allemande. Cette tension était appuyée par la presse qui incitait la population à détester les citoyens allemands, en particulier à cause de leur attitude pendant la guerre. Le commissaire de la république à Metz recevait des lettres anonymes évoquant des motifs plus ou moins futiles.

Par exemple, un anonyme se réjouissait des mesures d'expulsion contre les immigrés indésirables annoncées par les journaux. Son auteur, signant: « un messin au service de la patrie », s'adressait au commissaire de la république de Metz en ces termes: « permettez-moi de vous donner le nom d'une famille 'boche' qui s'est particulièrement distinguée par sa haine pour la France », et de relater les faits survenus. La famille Kaiser, expressément nommée, avait un jour insulté un vieillard accoudé à une fenêtre qui pria pour la victoire de la France.

Pour accentuer ce travail social de compartimentation, l'armée procédait à des arrestations et à des détentions à partir de décembre 1918. Des listes nominales de suspects furent établies dans chaque commune du département. Elles indiquent la civilité, la profession et les motifs de suspicion. Le premier critère était bien sûr la nationalité allemande, puisque les allemands furent désormais considérés comme des immigrés en Alsace-Lorraine, mais des éléments qualitatifs complétaient ces listes. Ainsi, les documents mentionnent le comportement

individuel pendant la durée de la guerre: « espion, dénonciateur de lorrains, allemand anti-français », et aussi si les suspects relevaient de la justice pénale. On recense les voleurs ou les escrocs sur les mêmes documents. Après cette recension, les renseignements étaient transmis à des commissions de triage installées dans le département. Leur fonction était de déterminer si les suspects étaient indésirables, et le cas échéant les expulser du territoire. À Metz-ville, le lieutenant colonel Vaginay, la présidait. Les individus louches y furent convoqués et avaient l'obligation de s'y présenter. Dans le cas contraire, ils s'exposaient à des poursuites judiciaires. Une enquête individuelle effectuée sur chacun des suspects complétait le dossier. Mais généralement, être convoqué devant la commission de triage signifiait déjà être coupable de quelque chose, par conséquent, l'expulsion du territoire était presque certaine. Néanmoins, elle ne fut pas systématique. Par exemple, la séance du 7 décembre à Metz a examiné 15 cas, seuls 7 individus ont fait l'objet d'une décision d'expulsion. La mise en œuvre des renvois des indésirables en Allemagne fut rapidement organisée. Les archives mentionnent que dès janvier 1919, des convois d'expulsés partaient de la gare de Metz en direction de Sarrebrück.

Mais, le dispositif de renseignement policier a été rapidement affiné à partir de décembre 1918. En effet, la police a prit soin de distinguer les militants communistes des sujets pan-germanistes. La rédaction des listes de suspects en a été immédiatement modifiée. Ainsi on séparait de la liste, les agitateurs, les grévistes de « tendance bolcheviste » des autres suspects pour créer des fiches individuelles de militants. Elles sont consécutives à l'ordre donné par le gouvernement français d'expulser tous les agitateurs d'origine allemande et d'appliquer une répression sévère à leur égard. Car l'état major supposait que les allemands avaient laissé dans les arrondissements industriels du Rhin des *soviets* tout organisés, et que des gardes rouges de Berlin ou autres centres révolutionnaires d'Allemagne compléteraient ces *soviets* au moyen des militaires des provinces rhénanes et gagnés à leur cause. Selon la police, leur but était d'influencer l'armée française grâce à la propagande, et de provoquer la révolution en France dans un délai de trois mois.



Caricature anti-allemande

## Étendre la surveillance

Dans une perspective contre-révolutionnaire, le système policier se développa rapidement en 1920. Il fallait faire face aux grèves et au congrès de Tours qui annonçait la scission de la SFIO. Dès lors, la surveillance fut étendue à tous les communistes, quelle que soit leur nationalité. L'ordre émanait du ministère de l'intérieur. Le militant était devenu une fiche signalétique. Celle-ci fait état d'une description individuelle qui révèle une volonté de standardisation des informations. Sont énumérés, la civilité, l'âge, la profession, la nationalité, le domicile, mais aussi une rubrique « observations ». Celle-ci instaure les bases d'un contrôle social affectant la sensibilité de tout lecteur potentiel des fiches de police avec la création d'une idéologie du danger. Le communisme était clairement désigné comme l'ennemi. À Metz, la police enquêtait sur les membres influents du PC que l'on soupçonnait d'être chargés du recrutement de nouveaux adhérents. On voulait endiguer la création de groupes locaux voire de *soviets*,



comme en témoigne un télégramme chiffré, envoyé en 1920 par le commissariat général de la république à tous les préfets de France et d'Algérie.

« Vous prie me faire parvenir urgence par poste liste et composition des soviets existant dans votre département ces organisations peuvent appartenir aux trois-groupes ci-après: parti communiste, comité de la troisième internationale, fédération communiste des soviets ».

Toutefois, les archives contiennent uniquement des réponses négatives provenant de trois sous-préfets de Moselle. À Metz, la police signalait que certains syndicalistes et communistes n'exerçaient plus leur métier d'origine. Ils se consacraient exclusivement à des réunions et à des actions de propagande. La police en avait relevé les effets au moment des grèves du printemps 1920. Générale dans les mines de la vallée d'Algrange, la grève ne touchait que 30 à 40% des effectifs des autres mines de fer. Néanmoins, elle a été appuyée par une grève de solidarité aux houillères et semble-t-il aux usines métallurgiques. À cette occasion, les mineurs de Moselle avaient obtenus 15% de majoration de salaire, mais surtout les premières élections des délégués mineurs, représentants du personnel ouvrier. Ce mouvement social précédait le congrès de Tours de la SFIO en décembre 1920. Avec la création du Parti communiste, la police s'intéressait particulièrement aux conséquences de la scission: contrôler l'expansion des idées communistes était l'enjeu avoué. L'interprétation policière de la position des organisations mosellanes était la suivante:

« la majorité des groupements ont refusé de se rallier à Moscou et ont adopté les théories de la II<sup>e</sup> internationale. Les anciens partis cégétistes, aujourd'hui communistes de la Moselle, ont tendance à se rallier au parti communiste allemand dont le siège est à Francfort ».

On ignore si la police connaissait les conditions d'admission à la III<sup>e</sup> internationale proposées par Lénine qui préconisait l'intensification de la propagande, mais le mécanisme policier de surveillance devint permanent et méticuleux. Ainsi, les faits et gestes des responsables communistes sont relatés dans les fiches de police. Elles méritent une attention particulière dans leur rédaction. En effet, la police a établi une confusion entre sentiment pro-allemand et communiste. Le mécanisme est le suivant : le militant communiste est pro-allemand donc

anti-français. L'utilisation de ce syllogisme est d'autant plus explicite à partir de 1921, surtout lorsqu'elle enregistre la professionnalisation de certains militants. Ainsi, on apprend que Marcel Kirsch, secrétaire départemental de la CGT des mineurs a quitté son emploi en novembre 1920, pour se vouer entièrement à la direction de son parti et à la propagande communiste. La police supputait qu'il était « aux ordres de Zinoviev », et s'opposait au courant majoritaire du syndicat restant fidèle à la ligne idéologique de l'Internationale d'Amsterdam. Pour reprendre la sémantique policière, Marcel Kirsch a été qualifié de « très dangereux », non seulement à cause de sa position politique, mais aussi parce qu'il était considéré comme un « excitateur subventionné par les Allemands ». Aussi, il faisait l'objet de poursuites par la gendarmerie pour avoir dans une réunion invité l'assemblée, en cas de mobilisation, « à s'enrôler sous le drapeau allemand plutôt que français ».

Cet élément était largement exploité par la police et finalement illustre les fortes tensions franco-allemandes qui perduraient pendant l'immédiat après-guerre. L'application du traité de Versailles intervenait sans doute également comme support à la rhétorique policière. Clémenceau disait à ce propos: « La paix, est une guerre poursuivie par d'autres moyens ». De crainte d'une plus ample agitation sociale, la police cherchait à connaître les sentiments de la population locale face aux mouvements sociaux. En application de cette orientation, l'inspecteur de police spéciale Raymond Lhote enregistra dans ses cahiers « que la population de Merlebach est dans le fond calme et amie de l'ordre. Seuls des individus communistes avérés, violemment anti-français menant une propagande intense, donnent à la commune un renom qu'elle ne mérite pas. Quelques uns profitent de leurs origines pour causer à la France le plus grand tort. La population lorraine souhaite vivement le départ de ces révolutionnaires » et de préciser que « Tout ce monde du désordre est d'origine alsacienne. On ne compte aucun lorrain et seulement un ou deux français de l'intérieur ».

L'auteur du rapport se voulait rassurant à l'égard du maintien de l'ordre. Il signalait à sa hiérarchie que les ouvriers n'étaient guère enthousiastes à suivre les syndicats en raison de l'échec des dernières grèves.

« Aucune des promesses faites par les chefs de partis n'a été réalisée. [Les ouvriers] sont fatigués de payer des cotisations élevées qui ne leur rapportent rien du tout ».

Il semble qu'un taux élevé de cotisation fasse alors partie de la stratégie des syndicats en Alsace-Lorraine. C'était le moyen de pouvoir continuer à assurer les secours pécuniaires aux grévistes. En 1923, et en parallèle aux bruits colportés depuis 1918 par des militaires américains à propos d'un plébiscite en Alsace-Lorraine, la police avait verrouillé le mécanisme de causalité « communiste/allemand/anti-français dans ses écrits. Ainsi, les mentions « porte une haine farouche à la cause française » et « Le bolchevisme et le moyen pour détruire notre influence en Lorraine » deviennent des lieux communs. Il faut noter que l'usage de cette rhétorique coïncide avec la campagne de propagande lancée par la CGT et le PC contre l'occupation de la Ruhr. Cette opération a été décidée par le gouvernement français pour obliger l'Allemagne à payer les réparations de guerre. Le comité d'action CGTU-PC de Paris avait organisé une action à l'échelle nationale afin de protester contre la politique impérialiste du gouvernement du Bloc national. On y dénonçait ses conséquences économiques et sociales. La concurrence entre les bassins industriels allemands et lorrains était principalement visée. On estimait qu'elle provoquait des licenciements dans la métallurgie et les mines de Moselle.

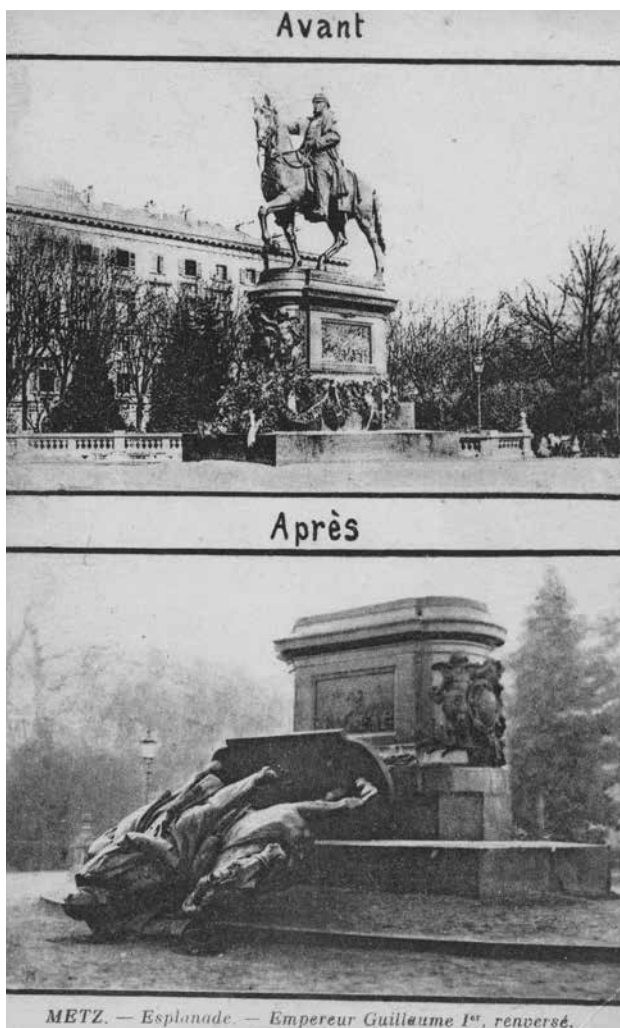
## **Fermer la frontière**

Le retour de l'Alsace-Lorraine à la France nécessitait une réorganisation du contrôle de la frontière. En 1919, le gouvernement français prévoyait de diviser en dix secteurs les 190 kilomètres de la limite entre les deux pays. Chacun d'entre-eux fut placé sous la direction d'un commissaire spécial. La surveillance aux points de passage devait être assurée par une police spéciale, l'armée, la gendarmerie. Cependant, des difficultés de contrôle apparurent très rapidement en raison de carences administratives. Mais, en parallèle au marquage territorial, une surveillance idéologique a été établie tout au long de la frontière.

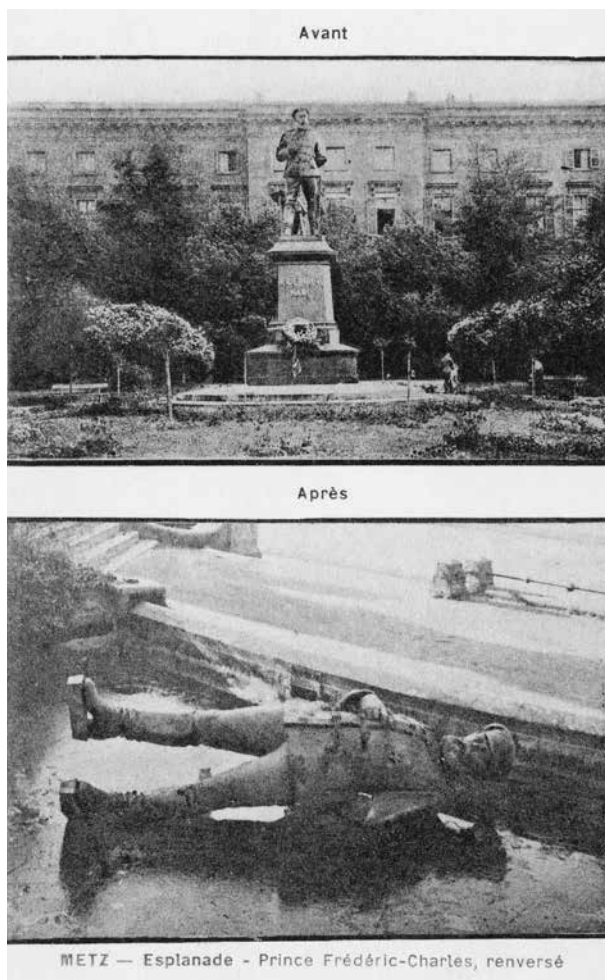
L'objectif était de la rendre étanche pour empêcher la diffusion des idées communistes en provenance d'Allemagne. En conséquence, il en résulte la mise en œuvre d'un double mécanisme de disjonction autorisant ou non le passage de la frontière. Il fonctionnait avec la censure, certains journaux étaient interdits en France, comme le titre: *Arbeiter Illustrierte Zeitung* mais aussi en fermant la frontière aux individus jugés suspects. Cette politique conduisit à une pénalisation de la transgression et à l'expulsion des indésirables. Les militants qui détenaient du matériel de propagande étaient régulièrement arrêtés. La police estimait que

les documents venaient de Berlin pour être stockés chez des dépositaires actifs en Allemagne, au Luxembourg, avant d'être récupérés par des courriers qui clandestinement, leur faisaient passer la frontière française. La police soupçonnait que d'importantes commandes de brochures avaient été faites par le PC de Metz à des contacts à Sarrebrück ou à Luxembourg, pour être en grande partie adressée au comité central à Paris, qui se chargera de la diffusion à grande échelle vers les bibliothèques des sections de province.

L'exemple le plus exhaustif d'une arrestation est relaté par des archives policières datant de décembre 1921. Deux ouvriers luxembourgeois ont été arrêtés par la douane française parce qu'ils étaient porteurs d'une valise contenant 22 kg de brochures, livres, journaux, qu'ils tentaient de passer clandestinement en France. Dès leur arrestation, les deux militants ont été déférés au parquet de Metz. La douane s'est désistée de poursuites à l'audience car les brochures avaient davantage un caractère éducatif que révolutionnaire. D'autre part, les renseignements fournis par le procureur du Luxembourg ne permettaient pas de poursuivre les militants sur la base des dispositions répressives de la loi de 1894 portant sur les menées anarchistes.



Le monument de l'Empereur Guillaume I est renversé de son socle à Metz



Le monument de Frédéric-Charles de Prusse (1828–1885) avant et après sa destruction, 1918.

Cette loi prévoyait des peines de prison allant de 3 mois à 2 ans et une amende allant jusqu'à 2 000 Francs pour tout individu qui aura incité quelqu'un à une action délictuelle dans un but de propagande. Finalement, le matériel de propagande a été saisi par les forces de l'ordre, les deux militants ont été libérés, et expulsés vers le Luxembourg.

À défaut d'expulser, les forces de l'ordre pouvaient interdire l'entrée sur le territoire français. Le 6 décembre 1921, le ministre de l'intérieur de la gauche radicale-socialiste, Pierre Marraud a pris un arrêté d'expulsion contre Clara Zetkin, alors députée au Reichstag. Elle devait être refoulée à la frontière si elle s'y présentait. En effet, les autorités françaises craignaient sa venue. Les renseignements en possession de la police annonçaient sa venue du 25 au 29 décembre 1921. Elle devait se rendre, accompagnée de Nicolas Boukharine, au premier congrès du Parti communiste à Marseille. Pour l'y empêcher, des instructions ont été données aux commissaires spéciaux de la frontière, aux

brigades de gendarmerie et aux douanes pour qu'ils redoublent de vigilance dans la surveillance des étrangers pénétrant en France, tant par les routes que par les chemins de fer ou même les sentiers de montagne.

Dès le 7 décembre, une surveillance accrue des communistes de Moselle s'en suivie. Ainsi, la police s'intéressait à un nommé Fritsch résidant à Basse-Yutz, près de Thionville. On pensait qu'il jouait un rôle important pour faciliter le passage aux frontières de personnalités jugées indésirables en France. Mais sa surveillance n'apporta aucun nouvel élément à l'enquête. Pour la faire progresser, des policiers supplémentaires avaient été affectés à la surveillance de la gare de Metz et du terrain d'aviation de Metz-Frescaty, en plus des deux agents chargés en permanence, de la visite des trains et des entrées en gare. Deux autres agents ont eut pour consigne d'observer Beron et Liebrich du PC de Metz car ces derniers avaient été nommés délégués au congrès de Marseille. La police pensait qu'ils auraient entrepris de conduire Zetkin à Marseille. La photo de la députée a été présentée aux agents intéressés car on la soupçonnait de vouloir se déguiser en homme. Tous les hôtels à proximité de la gare de Metz ont aussi été étroitement

surveillés. Pourtant, le 22 décembre, la police ne savait toujours pas si Clara Zetkin était en France. Le dispositif policier montrait ses limites car la frontière franco-allemande demeurait malgré tout poreuse. Il est vrai qu'en Moselle, la géographie des lieux facilitait son passage. Le pays est plat, de grosses agglomérations dotées de centres industriels construits à cheval



La population patriote se réjouit de la chute du monument d'Frédéric-Charles de Prusse (1828-1885)

sur les deux pays n'entravent pas réellement une circulation difficilement maîtrisable avec un faible effectif policier. Ainsi, déjà en 1920, Clara Zetkin avait déjoué la surveillance de la police française en se rendant au congrès de Tours de la SFIO sans en être autrement inquiétée.

En réalité, le dispositif de surveillance policière établi en 1918 n'était pas nouveau en soi. Déjà en 1793, un décret prévoyait que les étrangers vivant en France seraient soit emprisonnés, soit reconduits à la frontière, soit rendus visibles et donc contrôlables. Mais, à la sortie de la grande guerre, la surveillance se distinguait aussi par son marquage idéologique puisque les révolutions allemande et russe, lui donnaient un écho supplémentaire. Le régime était hanté par le spectre du bouleversement de l'ordre établi. On craignait la révolution venant de l'étranger. Surveiller les communistes devenait l'enjeu d'une police instrumentalisée par l'ordre capitaliste. Si dans un premier temps, les autorités françaises recherchaient les militants allemands pour les expulser, rapidement on prêta attention à tous les communistes, qu'elle que puisse être leur nationalité.

L'espionnage des militants communistes dépassa rapidement la période de la sortie de guerre pour devenir récurrent par la suite. La peur du complot communiste obsédait les esprits et touchait tous les rouages de l'administration publique. Dès 1920, les autorités militaires, notamment, ont estimé que les risques d'insurrection communiste devaient être pris très au sérieux. Cette hypothèse était donc perçue comme un problème de défense nationale. Le scénario était le suivant. La première période d'exécution serait marquée par des grèves et des manifestations avant la prise du pouvoir. Aussi, la fonction de maintien de l'ordre politique de la police a été confortée et mise en lumière à travers les antagonismes de classe.

Par exemple, en 1931, le préfet de la Moselle diffusait dans une note confidentielle adressée aux sous-préfets du département, un télégramme du président du conseil l'informant de la décision du PC et de la CGTU de préparer des rassemblements de chômeurs devant les préfectures et les mairies le jour de la rentrée des Chambres. Le gouvernement recommandait d'accroître la surveillance de ces organisations. À une autre échelle, la police et les agents du service de la main d'œuvre préconisaient la radiation des membres du parti communiste des listes de chômage. Le but avoué était de les empêcher des allocations de secours. Comme le rapportait en 1938, le commissaire de police de Metz:

« le chômage obligerait les ouvriers à s'abstenir d'une quelconque nouvelle revendication ».

Il est vrai que les classes dominantes disposent d'un gendarme pacifique, silencieux, permanent et gratuit : la faim. Finalement, de cette confrontation résultait une bipolarisation dont Marx avait écrit quelque part: « eux contre les autres ».





Rainer Dörrenbecher

## **EFFETS ET CONSÉQUENCES DANS LA RÉGION DE LA SARRE - QUELQUES POINTS IMPORTANTS**

« La naissance de la Sarre - Une discussion avec des historiens internationaux ». C'est sous ce titre que les organisateurs de la conférence d'aujourd'hui, la Marx-Engels-Stiftung Wuppertal et la Peter-Imandt-Gesellschaft ont fait la promotion de cette conférence.

Dans les contributions annoncées, aucune ne semble traiter réellement des développements dans la région correspondant à l'ancien bassin de la Sarre, à l'exception de l'exposé d'Hubert Kesternich sur la famille Röchling, grande famille capitaliste. Mais ceci ne couvre pas le sujet des « conséquences dans le bassin de la Sarre » dans son ensemble. Ceci est l'occasion pour moi de présenter une contribution complémentaire.

Aujourd'hui, si vous prenez le train de Sarrebruck à Coblenche en passant par Trêves, vous voyagez le long de la « Kanonenbahn » (ligne de chemin de fer des canons, NdT) de Trêves à Coblenche. C'est ainsi que l'on appelle cette ligne dans le langage populaire. Et il y a quelques années, à Apach, située en Lorraine dans le triangle tri-national allemand-luxembourgeois-lorrain, un castor a déraillé sur le tronçon français de cette même « Kanonenbahn ». Pour dire les choses telles qu'elles le sont, de Kanonenbahn à ligne des déchets nucléaires, ceci est peut être aussi un des aspects du 21<sup>ème</sup> siècle.

Après la guerre Franco-Prussienne de 1871/72, le militarisme allemand fait pression avec succès pour la construction d'une ligne de chemin de fer entre Berlin et Metz suivant des arguments stratégiques.

« On appelle ligne de chemin de fer stratégique, les lignes qui sont construites pour des raisons militaires, sans prendre en considération les éventuelles raisons économiques ou civiles en temps de paix. Des paramètres de conception, comme le rayon de courbe, l'inclinaison et la charge doivent être respectés. Il était prévu de construire deux voies avec l'objectif, d'éviter les agglomérations. » (cf. Wikipédia « Kanonenbahn »)

Elles sont terminées à la fin de la décennie. Lors de la Première guerre mondiale, elle fait ses preuves et est nommée Kanonenbahn. Les préparatifs pour la Première guerre mondiale de l'Empire Allemand commencent déjà avant le plan Schlieffen de 1905. Les préparatifs militaires et stratégiques avaient déjà commencé 30 ans auparavant. Dans ce sens, la belle ligne de chemin de fer mosellane fait partie des retombées de la Première guerre mondiale. (cf. Wikipédia)

Concernant maintenant quelques conséquences socio-politiques.

Je m'appuie ici essentiellement sur la thèse de doctorat de l'historien et politicien communiste sarrois Luitwin Bies (†). Luitwin Bies décrit une représentation de l'histoire du mouvement des travailleurs dans le bassin de la Sarre de 1919 à 1935 en particulier de sa branche révolutionnaire, le parti communiste. Même en prenant en compte cette particularité, c'est la représentation la plus complète de cette période vu d'en-dessous. Ce travail a été publié en 1978 sous le titre *Klassenkampf an der Saar* (Lutte des classes le long de la Sarre, NdT) par la maison d'édition Marxistische Blätter.

Après la révolution de novembre, les structures étatiques féodales de l'Allemagne sont écartées et une république parlementaire conservatrice s'installe. Une des conséquences du Traité de Versailles est que la Sarre devient une unité territoriale et étatique. Il ne s'agit cependant pas d'une entité républicaine, mais de facto d'un protectorat français géré par une commission gouvernementale française mise en place par la Société des Nations. Le Landesrat, c'est à dire le parlement, n'a aucun pouvoir, le droit d'autogestion des communes est toujours en perte. La démocratie n'existe que dans la rue.

Dans le cadre de cet exposé, il n'est pas possible d'examiner le cas de l'établissement du territoire spécial de la « Sarre » de manière plus intensive. Il s'agit en fait d'un compromis entre les impérialismes français et britanniques. Les frontières sont arbitraires, de Villeroy & Boch en passant par les entrepôts de charbons jusqu'aux usines métallurgiques de Homburg avec un réservoir de main-d'œuvre dans les environs. La population n'a aucune influence sur le processus de ce que l'on appelle « l'histoire de la formation de la Sarre ».

La révolution de novembre a également des retombées dans le bassin industriel de la Sarre et de la Blies. Dans certains lieux, des conseils de travailleurs et de soldats sont mis en place qui prennent le pouvoir local pendant une courte période... Comme dans l'Empire, des matelots et soldats révolutionnaires revenus dans la région sarroise, portent la révolution dans leurs valises. Mais sans conditions révolutionnaires sur place, cette révolution serait restée dans leurs valises. À Dudweiler, August Hey, qui est un « Matelot de Kiel » de retour au bercail, fait partie des membres fondateurs du KPD sarrois et est un leader du conseil des travailleurs et soldats. Il est plus tard député du KP au Landesrat et est meneur actif au sein du « Einheitsfront » (front unitaire). Sa famille avait fui en France lors de la montée du fascisme. Après la libération, August reste membre du KP jusqu'à sa mort. À Neunkirchen, le socio-démocrate Karl Schneider, un ophtalmologue, est président. Lors de la période fasciste, il aide des juifs, est dénoncé, emprisonné et exécuté à Dachau. À Neunkirchen, une rue porte son nom.

Le temps des conseils de travailleurs et de soldats est limité, mais l'esprit révolutionnaire reste. Il reste, tout comme les problèmes sociaux et les autres, les difficultés d'approvisionnement, les restrictions de la vie en raison du statut d'occupation. Au début du mois d'octobre 1919, dans le quartier Schnappach à St. Ingbert, des travailleurs révolutionnaires fondent le premier groupe du KPD en Sarre, sous les conditions du régime d'occupation. C'est ainsi que naît la cellule souche de l'organisation locale du KPD. Au sommet du groupe partisan de St. Ingbert se tiennent des spartakistes. « On connaît de tradition les noms de Franz Fuhrmeister et Peter Deffland, de Hermann Kreckmann et Mathias Schneider. Nous savons de Kreckmann qu'il avait rencontré Karl Liebknecht durant la guerre et que cette rencontre avait influencé ses propres décisions et développements ». (\*1) Franz Fuhrmeister est membre du DKP après 1968 et décède très âgé en 1977.

Dans les semaines et mois qui suivent, des travailleurs révolutionnaires s'inspirent activement de cet exemple.

« Des groupes locaux communistes sont fondés à Dilling, Sarrebruck, Sulzbach, Dudweiler, Völklingen, Wiebelskirchen, Neunkirchen, Ludweiler, Homburg et St. Wendel. En avril 1922, un an et demi après l'acte pionnier de Schnappach, on dénombre en Sarre déjà trente groupes locaux du KPD ».

Le KPD se fonde de lui-même en Sarre, et pas seulement. Aucun émissaire berlinois ou moscovite ne se rend dans les villages. Ce sont avant tout les travailleurs des mines et usines, qui ne sont plus prêts à accepter l'opportunisme du SPD dans son acceptation des emprunts de guerre et de « défense de la patrie », dans les différends sociaux et dans le refus d'accepter une société socialiste.

« Puisque les travailleurs dans les villes et les communes de Sarre se laissent guider par leur expérience de la lutte des classes et leur conscience socio-politique affûtée malgré les persécutions, ils réussissent à accomplir une œuvre durable ». (\*2)

Le mouvement socio-démocrate des travailleurs librement syndiqués a la vie dure le long de la Sarre et de la Blies. Le « système Stumm » ne se limite pas à l'usine métallurgique de Neunkirchen et à celle de Halberg; du côté des mines nationales prussiennes et des autres usines métallurgiques les conditions sont semblables. Et même parmi la classe ouvrière encore relativement jeune, un catholicisme fort ancré et répandu est un obstacle difficile à franchir.

C'est ainsi que le parti centriste catholique obtient la majorité absolue au Landesrat avec 30 députés en juin 1922 lors des premières élections. Le SPD remporte 5 mandats avec env. 29 000 voix, le KPD 2 mandats avec env. 14 500 voix. « La position du parti catholique, qui obtient la majorité absolue au Landesrat, est avant tout supérieure, puisqu'il obtient une position de force incomparable à celle du grand parti. » (\*3) La participation du scrutin n'est cependant que de 54%.

Dans les années qui suivent, des différends surviennent de manière répétitive, en particulier lorsqu'il s'agit de questions sociales, mais également de revendications démocratiques, comme le droit d'autogestion des communes. Ce qui est légendaire, c'est le succès des cent jours de grève des mineurs qui débouche sur une augmentation des salaires et sur le respect des règlements de sécurité.

La population parle de plus en plus politique, ce qui se reflète dans une participation accrue aux élections. Les partis des travailleurs gagnent en influence dans la classe ouvrière. En particulier le KP qui se renforce dans les luttes sociales. Le soutien au SPD stagne et recule enfin, en raison de la politique souvent opportuniste et à deux vitesses vis-à-vis de la gestion des

mines et des industriels capitalistes germano-sarrois. Lors de la dernière élection au Landesrat en février 1932, le KP atteint deux fois le nombre de voix du SPD. Le centre est toujours le parti de loin le plus puissant, mais il n'a plus la majorité absolue déjà à partir de 1924.

« L'organisation des communistes rassemble, au milieu de l'année 1934 plus de 7 500 adhérents, qui se répartissent dans 142 groupes locaux et 24 cellules de gestion ». (\*4)

L'évènement politique selon moi le plus significatif avant le vote du 13 janvier 1935, est l'élaboration de l'accord du front unitaire antifasciste entre les partis communiste et socio-démocrate. Le terme élaboration exprime l'idée, qu'après la prise de pouvoir par les nazis au sein du Reich, les communistes développent leur politique unitaire d'action vers une politique frontiste unitaire antifasciste. Ceci n'est pas le cas pour le parti SPD. Seuls quelques membres et fonctionnaires, comme Max Braun dans la région de la Sarre, reconnaissent la nécessité d'une union antifasciste pour s'affranchir du fascisme allemand et pour mettre en place une coopération des partis des travailleurs dans la lutte pour le progrès social contre le capital. La création d'un front unitaire dans la région de la Sarre est une unité formée à partir d'offres persistantes des leaders du KP à ceux du SP et du développement de coopérations concrètes au niveau local.

L'accord, signé par le président du KP Fritz Pford et par le président du SP Max Braun est rendu public le 4 juillet par le journal communiste *Arbeiterzeitung* et le journal socio-démocrate *Rundschau*. Il avait été signé la veille. Un mois auparavant, les communistes et les socio-démocrates avaient conclu le premier accord frontiste unitaire local à Landsweiler. D'autres suivront, encouragés par la direction du KP. Déjà le 12 août 1933, la direction régionale du KP avait lancé un premier appel au parti socio-démocrate et aux syndicats pour « une mobilisation unitaire contre le fascisme sanglant ». (\*5) Le SP sarrois à l'inverse fait en 1934 encore l'objet d'une forte pression de la part de la direction qui essaie toujours de faire obstacle.

Cet accord frontiste unitaire est aujourd'hui encore un péché originel pour la sociale démocratie. D'abord ignorée pendant des décennies, son existence est reconnue lors du travail de mémoire dans les années 80. Après toutes les allégations mensongères envers les communistes, le contenu en est réduit à la résistance antifasciste.

Gerhard Paul écrit dans son livre *Deutsche Mutter heim zu Dir* de 1984:

« Le programme du « front unitaire »...était du point de vue du contenu comme de celui de l'organisation, le plus petit dénominateur commun de la coopération entre les deux partis alors antagonistes. ...seules quelques actions devaient être menées et une organisation de protection commune devait voir le jour. Tous étaient d'accord sur le refus du régime d'Hitler, auquel la Sarre ne devait pas être livrée. ...La lutte commune devait être conduite pour « la libération de tous les prisonniers antifascistes », pour la réalisation de droits de libertés civiles et sociales en Sarre, pour la formation d'un front de lutte syndical et contre la fascisation de la vie publique et des entreprises ». (\*\*1)

Ce « plus petit dénominateur commun » me semble considérable, en particulier lorsque les personnes prennent connaissance de l'accord dans sa version originale.

Même l'historien Joachim Heinz ne peut résister à l'envie de réduction et de déformer l'histoire par la même occasion. En 2009, il avait conçu une exposition sur le front unitaire de la Sarre, qui a été montrée pour le 80ème anniversaire du front à Bonn. Dans l'entrevue très intéressante qu'il a eu avec le «*Saarbrücker Zeitung*», (5 septembre 2014, page B4), on peut également lire:

« Question : Est-ce que le front unitaire aurait eu une chance s'il avait été formé plus tôt ?

Heinz : Oui. Après l'arrivée d'Hitler au pouvoir, le SPD et le KPD ont eu besoin de plus d'un an pour surmonter leurs différends et réussir à travailler ensemble et à s'unir sur un seul point : la lutte contre Hitler ».

Gerhard Paul va déjà plus loin dans son livre en 1984. Le « oui » de J. Heinz est avant tout naïf, à l'observer de plus près, il s'avère infondé et politique. Gerhard Paul a, dans son livre, prouvé l'opinion exactement contraire. En préface, Eike Hennig écrit :

« Sans la cohabitation du climat politico-social empreint de peur, qui est efficacement ancré et développé avec des mécanismes de surveillance quotidiens (Blockwartesystem, système de gardiens d'immeuble chargés d'espionner leurs concitoyens pendant la période nazie, NdT) et les mesures d'intimidation (prise en photo de participants aux réunions du front unitaire), et la manière d'argumenter dans le national-socialisme (le

NSDAP semble s'effacer devant le peuple allemand et l'état), le résultat du vote reste incompréhensible ». (\*\*2)

L'adhésion massive des évêques catholiques de Speyer et Trêves au Front Allemand joue également un rôle important. Luitwin Bies et Gerhard Paul l'ont tous deux interprété en détail. L'accord contient bien plus que seul « le point » mentionné par J. Heinz. Dans le texte de l'accord, on peut lire entre autres :

« Joignez-vous totalement et sans retenue à la lutte syndicale, battez-vous pour l'augmentation des salaires, des retraites et des aides et l'amélioration de tous les acquis sociaux, contre la terreur fasciste dans les usines et pour l'intégration sans exception si possible de tous les ouvriers, employés, fonctionnaires dans les syndicats en combattant les pseudos syndicats « jaunes » (qui ne sont, selon les syndicats « rouges » de gauche, que des syndicats vitrines à la solde des partis dirigeants, NdT) ». (\*6)

Aucun commentaire supplémentaire.

Ce 80ème anniversaire pourrait signifier quelque chose pour Die Linke, qui prend l'idée d'une société différente au sérieux, qui veut surmonter l'existence d'une société qui enfante toujours de nouveau la guerre, qui reproduit toujours des modèles d'exploitation indicibles, qui détruit sans remords l'essence de nos vies – la nature – pour elle, cet écrit d'un autre temps pourrait encore être une source d'inspiration.

### ***Et pour finir:***

On sait que seulement 9% votent le 13 janvier 1935 pour le status quo, Hitler, Röchling et la Deutsche Bank connaissent un grand succès. 90% des votants de la Sarre et de la Blies voulaient avant tout être allemands. On ne peut y décerner une particularité sarroise ou bien même une autonomie. Seuls 9% souhaitaient être Sarrois. - Oui, cette observation est un peu banale.

La formation de la Sarre qui partirait de « l'homoncule politique » (Luitwin Bies) qu'est le bassin de la Sarre, qui naît comme résultat de la Première guerre mondiale après un accord franco-britannique, me paraît cependant être une thèse osée.



**Citations<sup>1</sup> de Luitwin Bies: *Klassenkampf an der Saar***

\*1 page 11 / \*2 page 12 / \*3 page 29 / \*4 page 104 / \*5 page 169 / \*6 page 183

**Gerhard Paul: *Deutsche Mutter heim zu Dir*, Bund-Verlag**

\*\*1 page 276 / \*\*2 page 18

---

1 Note de la traductrice : toutes les citations issues des ouvrages en langue allemande cités ci-dessus ont été traduites en substance.





# **DIE AUTOR\_INNEN / LES AUTEURS**

### Rainer Dörrenbecher, Neunkirchen

Neunkircher Forum für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus  
und Marx Engels Stiftung, Saarbrücken-Trier

Forum de Neunkirchen pour la liberté, la démocratie, et l'antifascisme, et organisation Marx Engels, Sarrebruck-Trèves



### Laurent Erbs, Nancy

lehrt als Dozent an der Universität von Lothringen. Er ist Autor von sozialgeschichtlichen Arbeiten, insbesondere zur Geschichte der Arbeit im 20. Jahrhundert und der zeitgenössischen Gegenwart.

enseigne en tant que maître de conférences à l'Université de Lorraine. Il est l'auteur de travaux socio-historiques, en particulier au sujet de l'histoire du travail au 20ème siècle et de l'époque contemporaine.



### Hubert Kesternich, Völklingen

Ehemaliger Hüttenarbeiter und Historiker, mit Schwerpunkt Völklinger Hütte, Stadtgeschichte und die Familie Röchling.

Ancien métallurgiste et historien, spécialisé dans l'industrie métallurgique de Völklingen, l'histoire de la ville, et de la famille Röchling.



### Annie Lacroix-Riz, Paris

Historikerin und emeritierte Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Paris VII - Denis Diderot. Sie ist Spezialistin für internationale Beziehungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Historienne et professeure honoraire d'histoire contemporaine à l'Université Paris VII - Denis Diderot. Elle est spécialisée dans les relations internationales de la première moitié du 20ème siècle.



### Jean-François Lassagne, Metz

Historiker und Leiter für internationale Beziehungen der Gewerkschaft CGT-Lothringen

Historien et chargé des relations internationales auprès du syndicat CGT Lorraine



### Herwig Lerouge, Brüssel

Historiker und Direktor des Instituts für Marxistische Studien (Etudes marxistes) und Mitglied des Nationalrates der Partei der Arbeit Belgiens (PTB/PVDA).

Historien et directeur de l'Institut des Études marxistes et membre du Conseil national du Parti du Travail de Belgique (PTB/PVDA).



### Salvador Oberhaus

Historiker, Referent für kommunalpolitische Bildung bei der Rosa Luxemburg Stiftung. Von 2009 bis 2016 Leiter des Regionalbüros der RLS, Rheinland-Pfalz\*

Historien, intervenant pour l'éducation communale politique à la Rosa Luxemburg Stiftung. Entre 2009 et 2016, directeur du bureau régional de la RLS, Rhénanie-Palatinat



### Michael Quetting, St. Ingbert

Sekretär der Gewerkschaft VERDI-Saar. Quetting ist Vorsitzender der Peter Imandt Gesellschaft e.V..

Secrétaire du syndicat VERDI-Saar. Quetting est président de l'association Peter Imandt.



### Ali Ruckert, Luxemburg

Luxemburger Politiker und Journalist. Chefredakteur der „Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek“. Seit 1999 Präsident der Kommunistischen Partei Luxemburgs.

Politicien et journaliste luxembourgeois. Rédacteur en chef du « Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek » (Journal du peuple luxembourgeois). Président du Parti communiste luxembourgeois depuis 1999.







## EBENFALLS ERSCHIENEN IM BLATTLAUSVERLAG



Hubert Kesternich  
**Kohle, Stahl und Klassenkampf**

1918 - 1935 Völklingen und Umgebung

Mit zahlreichen historischen Bildern und Dokumenten

140 Seiten

19,80 Euro

ISBN: 978-3-930771-64-6



Hubert Kesternich  
**Tod im Schacht**

Eine Chronologie

Mit zahlreichen historischen Bildern und Dokumenten

400 Seiten

25 Euro

ISBN: 978-3-930771-74-5



Hubert Kesternich  
**Aufstieg und Wandel**

140 Jahre Völklinger Hütte

Mit zahlreichen historischen Bildern und Dokumenten

560 Seiten

29,50 Euro

ISBN: 978-3-930771-91-2



Max Hewer  
**Von der Saar zum Ebro**

Saarländer als Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg 1936 - 1939

290 Seiten

26 Euro

ISBN: 978-3-945996-08-9

[www.blattlausverlag.de](http://www.blattlausverlag.de)

**BLATTLAUS** VERLAG

Auf kaum eine andere Region in Europa haben sich der Erste Weltkrieg und sein für Deutschland verlorenes Ende von 1918 so nachhaltig ausgewirkt wie auf das Saarland, Elsass-Lothringen und Luxemburg sowie auch auf die Wallonie und die Pfalz.

Anlässlich einer Tagung in Saarbrücken riefen Historiker die Fragen ins öffentliche Bewusstsein zurück, wie sich vor 100 Jahren die politischen Schwerpunkte verschoben, welche politische Eliten Einfluss auf den Verlauf der neugezogenen Grenzen nahmen und wie revolutionäre Bestrebungen erstickt wurden, aber die sie auslösenden gesellschaftlichen Widersprüche bestehen blieben.

Mit dem Jahr 1918 begann auch die Zeit, in der die politischen Akteure die heute bestehende Großregion »Saar-Lor-Lux« als europäische »Kernregion« schufen und die nun nach einer gemeinsamen Identität sucht. Die vorliegende Schrift will zum besseren Verständnis dieser Zeit »nach dem Schlachtenlärm« beitragen.

Il y a peu de régions d'Europe sur lesquelles la Première Guerre Mondiale et sa fin avec la défaite de l'Allemagne en 1918 ont eu un impact aussi durable que sur le Pays de la Sarre, l'Alsace-Lorraine, et le Luxembourg, ainsi que sur la Wallonie et le Palatinat.

À l'occasion d'un congrès à Sarrebruck, les historiens nous ont rappelé comment, il y a cent ans, les priorités politiques ont changé, quelles élites ont influencé le cours des nouvelles frontières, et comment les efforts révolutionnaires ont été étouffés, mais aussi comment les oppositions sociales les ayant causés ont subsisté.

L'an 1918 a aussi marqué le début de la période durant laquelle les acteurs politiques ont créé la Grande Région « Saar-Lor-Lux » afin qu'elle soit une « région centrale » qui recherche désormais une identité commune. Le texte qui suit a pour but d'aider à la compréhension de cette période « après le vacarme des batailles. »



26,50 Euro

ISBN: 978-3-945996-17-1

**BLATILAU** VERLAG